



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80**

05.05.1983 - Plenarprotokoll - 82. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## 82. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Mai 1983

### Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	6353	<b>Bremisches Sofortprogramm zur Bekämpfung des sauren Regens</b>	
<b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berufsvertretung, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Heilberufsgesetz-HeilBerG)</b>		Antrag der Gruppe der GUL vom 15. April 1983 (Drucksache 10/1083)	
Mitteilung des Senats vom 21. März 1983 (Drucksache 10/1075)		Abg. Willers (GUL) . . . . .	6361
1. Lesung . . . . .	6353	Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	6363
<b>Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz)</b>		Abg. Oeing (CDU) . . . . .	6365
Mitteilung des Senats vom 11. April 1983 (Drucksache 10/1078)		Abg. Eva-Maria Lemke (SPD) . . . . .	6367
1. Lesung . . . . .		Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner . . . . .	6369
<b>D a z u</b>		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	6372
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD vom 3. Mai 1983</b>		Abg. Willers (GUL) . . . . .	6374
(Drucksache 10/1101)		Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	6376
Abg. Urban (CDU) . . . . .	6354	Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner . . . . .	6376
Abg. Tepperwien (SPD) . . . . .	6355	Abstimmung . . . . .	6377
Abg. Jäger (FDP) . . . . .	6358	<b>Öffentliches Hearing zur Rüstungspolitik im Lande Bremen</b>	
Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner . . . . .	6359	Antrag der Gruppe der GUL vom 15. April 1983 (Drucksache 10/1084)	
Abstimmung . . . . .	6361	Abg. Willers (GUL) . . . . .	6377
<b>Gesetz über die Bestätigung der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben zwischen der Bundesregierung und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen</b>		Abg. Richter (FDP) . . . . .	6378
Mitteilung des Senats vom 11. April 1983 (Drucksache 10/1079)		Abg. Hettling (SPD) . . . . .	6379
1. Lesung . . . . .	6361	Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	6379
		Abg. Klein (CDU) . . . . .	6382
		Abg. Willers (GUL) . . . . .	6384
		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	6384
		Abg. Schröder (GUL) . . . . .	6386
		Abstimmung . . . . .	6387
		<b>Berlin-Förderungsgesetz</b>	
		Antrag der Fraktion der SPD vom 19. April 1983 (Drucksache 10/1087)	

**Abwehr unerwünschter Folgen der Berlin-Förderung**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. April 1983  
(Drucksache 10/1098)

**Berlin-Förderung**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 3. Mai 1983  
(Drucksache 10/1099)

**Berlin-Förderung**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
sowie der Gruppe der BGL  
vom 5. Mai 1983  
(Drucksache 10/1113)

Abg. Schmidt (SPD)	6388
Abg. Kudella (CDU)	6390
Abg. Lahmann (FDP)	6391
Abg. Adamietz (BGL)	6394
Abg. Wedemeier (SPD)	6398
Abg. Neumann (CDU)	6400
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms	6401
Abg. Lahmann (FDP)	6403
Abg. Schröder (GUL)	6405
Abg. Adamietz (BGL)	6406
Abstimmung	6407

**Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1089)

Abg. Kudella (CDU)	6408
Abg. Wedemeier (SPD)	6411
Abg. Ostendorff (FDP)	6417
Abg. Dinné (BGL)	6419
Abg. Kudella (CDU)	6421
Abg. Willers (GUL)	6423
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms	6424
Abg. Dinné (BGL)	6426
Abstimmung	6426

**Eingeständnis der Erfolglosigkeit der Senatspolitik zur Verwaltung der Gleichstellung der Frau**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1091)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 5. Mai 1983**

(Drucksache 10/1110)

Abg. Josette Delphine Brox (BGL)	6427
Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung	6429
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung	6429
Abg. Ingeborg Förster (CDU)	6429
Abg. v. Schönfeldt (FDP)	6431
Abg. Schröder (GUL)	6434
Abg. Hede Lütjen (SPD)	6434
Abg. Adamietz (BGL)	6436
Senator für Bundesangelegenheiten Dr. Czichon	6438
Abstimmung	6439

**Gesetz zur Übertragung der Aufgaben des Steueramtes der Freien Hansestadt Bremen und zur Änderung des Bremischen Abgabengesetzes sowie des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung**

Mitteilung des Senats vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1095)

1. Lesung	6439
-----------	------

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 61 vom 7. März 1983**

(Drucksache 10/1053) . . . . . 6439

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 62 vom 21. März 1983**

(Drucksache 10/1074) . . . . . 6439

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 63 vom 15. April 1983**

(Drucksache 10/1086) . . . . . 6440

**Wahl des Vizepräsidenten und eines weiteren Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen**

6440

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Stäcker.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführer Pötting**

**Vizepräsident Schmidt**

**Schriftführer Ravens**

---

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Soziales, Jugend und Sport **Dr. Scherf** (SPD)

Senator für Bundesangelegenheiten **Dr. Czichon** (SPD)

---

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

Frau **Kerstein** (Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau)

Handwritten section header or title.

Handwritten text on the left side of the page.

Handwritten text on the right side of the page.

Handwritten section header or title.

Handwritten text block in the middle of the page.

Handwritten text block at the bottom of the page.

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 82. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse des Schulzentrums Kornstraße, eine Klasse der Schule In der Vahr, eine Klasse des Schulzentrums Graubündener Straße, eine Klasse des Schulzentrums Carl-Goerdeler-Straße, eine Klasse des Alten Gymnasiums und eine Klasse des Berufsbildungswerks des Reichsbundes.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Verordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über die hygienische Behandlung von Lebensmitteln tierischer Herkunft (Hygiene-Verordnung) Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1983 (Drucksache 10/1104)
2. 1. Jahresbericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1983 (Drucksache 10/1105)
3. Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1983 (Drucksache 10/1106)
4. Verzicht auf Kostenbescheide im Zusammenhang mit der Demonstration vom 6. 5. 1980 Antrag der Gruppe der GUL vom 4. Mai 1983 (Drucksache 10/1107)

Die Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

Meine Damen und Herren, beim Betreten des Hauses haben Sie sicher bemerkt, daß Parlament und Rathaus beflaggt sind. Heute ist Europatag. An die europäische Einigung erinnert auch die Briefmarkenausstellung von Ernst-August Lenz in unserem Festsaal. Wegen der heutigen Plenarsitzung haben wir den jährlichen Empfang der Bürgerschaft zum Europatag auf den morgigen Freitag, 15 Uhr, verlegt. Die Hauptrede hält diesmal der Bremer Europaabgeordnete Dr. Ernst Müller-Hermann, und der Bildungssenator wird den erfreulich vielen Bundes- und Landessiegern im europäischen Schülerwettbewerb Urkunden und Preise überreichen.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen des Hauses herzlich bitten, an der morgigen Veranstaltung teilzunehmen.

Die allgemein beklagte Europamüdigkeit bezeugt deutlich, daß noch immer nationalegoistisches Denken in den Ministerkanzleien der Mitgliedsländer

den europäischen Gemeinschaftsgeist verdrängt. Aber statt zu resignieren, sollten wir überall offensiv die Impulse des Europäischen Parlaments etwa zur Beschäftigungspolitik aufgreifen und unterstützen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis erwarten die Bürger Europas klare Antworten und Hilfen aus Straßburg und Brüssel. Wir alle sind aufgerufen, durch unsere Politik diesen Erwartungen gerecht zu werden. Darum würde ich Sie sehr herzlich bitten.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berufsvertretung, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Heilberufsgesetz — HeilBerG)**

Mitteilung des Senats vom 21. März 1983  
(Drucksache 10/1075)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berufsvertretung, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dann ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

(Einstimmig)

#### **Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz)**

Mitteilung des Senats vom 11. April 1983  
(Drucksache 10/1078)

1. Lesung

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der SPD vom 3. Mai 1983**

(Drucksache 10/1101)

**Drucksache 10/1101**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Mitteilung des Senats wird wie folgt geändert:

1. § 1 letzter Satzteil „... nach den §§ 63 und 64 des Strafgesetzbuches.“ wird gestrichen.

(B)

(D)

- (A) 2. An § 12 ist als Absatz 6 anzufügen:  
 „(6) Eine Behandlung, die die Persönlichkeit des Patienten in ihrem Kernbereich verändern würde, ist unzulässig.“  
 Tepperwien, Wedemeier und Fraktion der SPD

Wir kommen zur ersten Lesung.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung der Gesetzesvorlage statt. Ihr folgt in der Regel die Einzelberatung.

Ich schlage Ihnen jedoch vor, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur Gesetzesvorlage mit in die allgemeine Aussprache einzubeziehen.

Ergibt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Die

### allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Urban.

- (B) Abg. Urban (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Vorberatungen in den drei betroffenen Deputationen hat die CDU-Fraktion den vorliegenden Gesetzentwurf zum Maßregelvollzug aus einer Reihe von Gründen abgelehnt, und da die Bedenken der CDU-Fraktion in den Deputationen bei der Mehrheitsfraktion bis auf die Annahme eines kleineren Änderungsantrags in der Frage der Seelsorge der Unterzubringenden unberücksichtigt geblieben sind, wird es auch heute bei der Abstimmung des Gesetzentwurfs seitens der CDU-Fraktion ein ablehnendes Votum geben.

Aus den genannten Gründen — Ablehnung in den Deputationen — haben wir es auch für wenig sinnvoll gehalten, für heute Änderungsanträge oder sogar einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, obwohl wir Teile des vorgelegten Entwurfs mittragen können. Auch den Änderungsantrag, der von der SPD-Fraktion vorgelegt worden ist, die Drucksache 10/1101, können wir mittragen. Aber es gibt entscheidende Ansätze der CDU-Fraktion, entscheidende Kritikpunkte.

Wir haben nach wie vor zu bemängeln, daß es nicht zu analogen länderübergreifenden Regelungen in entscheidenden Fragen gekommen ist. Hierbei denken wir nicht nur an die Vorgaben des Rahmenentwurfs des Deutschen Bundestages, sondern vor allen Dingen an die mangelnde Abstimmung mit dem Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetz vom 1. Juni vergangenen Jahres. Der Senat sagt in seiner Vorlage zwar selbst, daß länderübergreifende Lösungen notwendig sind, aber zu einer länderübergreifenden Abstimmung ist es dabei leider nicht gekommen.

Wir befürchten, daß bei Vollzug dieses Gesetzes die Bremer Seite, so möchte ich das einmal sagen, in Schwierigkeiten kommen kann, denn nicht zu verkennen ist, daß der Bremer Gesetzentwurf, und

(C) dies gewollt, wie ja auch aus der Begründung ersichtlich ist, eine Öffnung zu mehr Rechten des Patienten — man streitet sich ja immer noch um die richtige Bezeichnung, Patient, Unterzubringender, Zwangsunterzubringender, aber bleiben wir einmal bei dieser Bezeichnung Patienten — vorsieht, daß es also im Bremer Gesetzentwurf eben zu wesentlich mehr Rechten des Patienten gekommen ist oder, wie der Senat es in seiner Begründung sagt, daß alles eben großzügiger gestaltet worden sei.

Damit das klar ist, auch die CDU-Fraktion will in dieser Frage mehr Therapie denn Zwangsunterbringung oder Bewahrung, wie das ja gerade vorgestern in der Fernsehsendung „Report“ begründet wurde. Aber es kommt in Ihrem Entwurf viel zu wenig zum Ausdruck, daß die nach dem Strafgesetzbuch anzuordnenden freiheitsentziehenden Maßregeln nicht nur ein Entziehungs- und Heilungsziel, sondern auch das Ziel des Schutzes der Allgemeinheit beinhalten. Immerhin ist nach Paragraphen 63, 64 und 65 des Strafgesetzbuches Voraussetzung einer Zwangsunterbringung — und um eine solche handelt es sich nach wie vor — in einer entsprechenden Einrichtung, daß infolge des Zustandes des Unterzubringenden erhebliche weitere rechtswidrige Straftaten zu erwarten sind und er, der Unterzubringende oder der Patient, deshalb für die Allgemeinheit weiter als gefährlich anzusehen ist. Dieser Auflage des Strafgesetzbuches, das heißt der vom psychisch kranken oder rauchmittelabhängigen Rechtsbrecher ausgehenden oder zu erwartenden Gefahr für die Allgemeinheit, wird der vorliegende Entwurf nur unzulänglich gerecht.

(D) Auffällig ist weiterhin, daß der Bremer Entwurf im Gegensatz zum niedersächsischen Gesetz oder auch anderer vorliegender Gesetzentwürfe kein ausreichendes Behandlungsziel vorgibt. Die dürftigen Formulierungen in Paragraph 7 erscheinen uns unzureichend.

Es erscheint uns ebenfalls zweifelhaft, ob die sehr häufigen Hinweise auf die Zustimmung des Patienten bei bestimmten Maßnahmen innerhalb des Therapievollzugs auch dem Strafgesetzbuch gerecht werden. Ich kann das aus zeitlichen Gründen im einzelnen nicht ausführlich darlegen, ich verweise aber auf Paragraph 12 Absatz 4, Paragraph 13 Satz 2, Paragraph 15 Absatz 1 und Paragraph 28 Absatz 1 Ihres Entwurfs. Aus diesen und anderen Bestimmungen wird leider deutlich, daß therapeutisch sinnvolle und notwendige Maßnahmen vom Patienten selbst, und in diesem Falle auch noch rechtlich abgesichert, unterlaufen werden können. Das aber scheint uns im Sinne des Maßregelvollzuges zu weitgehend.

Wir sind nicht davon überzeugt, ob diese häufigen Hinweise auf die Zustimmung des Patienten und die Eingriffsmöglichkeiten bei bestimmten Maßnahmen innerhalb des Vollzuges dem Anliegen einer sinnvollen Behandlung gerecht werden. Lassen Sie mich dies an ganz wenigen Beispielen deutlich machen!

(A) Der Senat sagt selbst in der Vorlage der Deputation für Soziales vom Januar dieses Jahres, daß die gruppen- und therapiegerechte Unterbringung wegen zu kleiner Gruppen in Bremen nicht in jedem Falle möglich ist und eine Abgabe an andere Bundesländer — und hier kommt unseres Erachtens hauptsächlich das Land Niedersachsen in Frage — erforderlich sei. Aber wenn dann in einem anderen Bundesland — hier Niedersachsen — eine Einrichtung eines kommunalen oder eines freien Trägers als die für die Therapie sinnvollste und für die Heilung sinnvollste Einrichtung angesehen wird, kann die Unterbringung dort wieder nur mit Zustimmung des Patienten erfolgen. Übrigens gilt diese Bestimmung der Unterbringung in einer kommunalen und freien Einrichtung auch für das Land Bremen, und hier erhebt sich wirklich die Frage, ob wir hier nicht der Bewahrung mehr oder weniger Vorschub leisten, einer Bewahrung, die wir natürlich auch nicht wollen. Der Patient wird sich nämlich die Urlaubsregelung ansehen. Bleibt er in Bremen, hat er Aussicht, bis zu 120 Tage Urlaub aus diesem Maßregelvollzug zu erhalten, in Niedersachsen im gleichen Zeitraum im offenen Vollzug nur 90 Tage und im geschlossenen Vollzug 60 Tage. Das wird unseres Erachtens auch nicht gerade zur Motivation der Unterzubringenden beitragen, in eine therapeutisch sinnvolle Einrichtung nach Niedersachsen zu gehen.

(B) Er wird sich zum Beispiel auch die Gewährung und die Verfügung von Arbeits- und Eingliederungsgeld ansehen. Kann das Taschengeld in Bremen noch aus therapeutischen Gründen versagt oder gekürzt werden, so ist dies bei Arbeits- oder Eingliederungsgeld, auch wenn die Kürzung für die Therapie oder für die Heilung notwendig erscheint, ohne die Zustimmung des Patienten wiederum nicht möglich, wobei wir Ansätze sehen, daß hierdurch Heilungsprozesse gefährdet werden können.

Das, meine Damen und Herren, sind nur einige wenige Beispiele, die beim Vollzug des Bremer Gesetzes zu Schwierigkeiten führen und die bestmögliche Therapie in Frage stellen können. Zumindest sollte man diesen Schwierigkeiten durch eine zu großzügige Handhabung nicht Vorschub leisten, wobei natürlich auch die CDU-Fraktion weiß, daß wir auch auf die Mitarbeit — ich möchte hier einmal sagen freiwilligen — der Unterzubringenden angewiesen sein werden.

Wir können abschließend nur erneut darauf hinweisen, daß der Auflage der Paragraphen 63 und 64 des Strafgesetzbuches, Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus beziehungsweise in einer Entziehungsanstalt, nämlich daß sich das Maß des Freiheitsentzugs, und um einen solchen handelt es sich ja noch, nicht ausschließlich am Krankheitsbild des Unterzubringenden zu orientieren habe, sondern auch daran, daß eine Gefährdung der Allgemeinheit verhindert werden muß, daß eben dieser Auflage nicht genügend Rechnung getragen wurde.

(Beifall bei der CDU)

(C) Wir befinden uns hier in dieser unserer Meinung auch in Übereinstimmung mit dem Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg, der zu einer Neuordnung 1985 führen soll. Weil die Zielvorgaben eines Maßregelvollzuges auch bei der angestrebten Neuordnung — Therapie und Heilung auf der einen und Schutz der Allgemeinheit auf der anderen Seite — sich im vorliegenden Gesetzentwurf eben nicht überzeugend ergänzen, lehnen wir das Gesetz ab.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

Abg. **Tepperwien** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung zu Ihnen, Herr Kollege Urban!

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben zwar bei der Behandlung dieses Gesetzes das Wort „Patient“ gebraucht, aber Sie haben meines Erachtens daraus nicht die nötigen Schlußfolgerungen gezogen. Es ist bezeichnend, daß bei Ihnen das Wort „krank“ oder „Kranke“ überhaupt nicht vorgekommen ist.

(Abg. Urban [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

(D) Doch, ich habe genau aufgepaßt! Sie haben nicht ein einziges Mal das Wort „krank“ oder „Kranke“ gebraucht, zwar das Wort „Patient“, aber daraus muß man, wenn man weiß, wo sich diese Patienten üblicherweise aufhalten, auch die nötigen Schlüsse ziehen. Das zeigt, von welcher Sichtweise her Sie an dieses Gesetz herangehen, einem Gesetz, das sich mit kranken Menschen beschäftigt, die straffällig geworden sind, vielleicht gerade wegen einer psychischen Erkrankung straffällig geworden sind. Ich werde darauf noch zurückkommen.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Tepperwien, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Urban anzunehmen?

Abg. **Tepperwien** (SPD): Lassen Sie mich dies erst ausführen! Ich bin gerade am Anfang, Herr Kollege Urban!

(Unruhe bei der CDU)

Bitte schön! Wenn Sie so großen Wert darauf legen!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte, Herr Urban!

Abg. **Urban** (CDU): Darf ich Sie darauf hinweisen — es geht ganz kurz —, daß wir, wenn wir ständig von Therapie und Heilung sprechen, ja wohl unterstellt haben, daß wir es hier mit psychisch beziehungsweise abhängigen Kranken zu tun haben?

(Beifall bei der CDU)

(A) **Abg. Tepperwien (SPD):** Ich nehme das zur Kenntnis, trotzdem ist es mir aufgefallen, daß Sie dieses Wort nicht erwähnt haben, Herr Kollege Urban!

Nun zur Vorgeschichte und zum Zweck dieses Gesetzes! Mit dem vom Senat vorgelegten Maßregelvollzugsgesetz wird eine Gesetzeslücke beseitigt und ein Auftrag des Bundesverfassungsgerichts von 1976 erfüllt, denn im Strafvollzugsgesetz sind bisher nur die Rechte und Pflichten von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten gründlich geregelt worden. Für den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt gibt es bisher im Strafvollzugsgesetz nur allgemeine Grundsätze, die nähere Ausgestaltung sollte gemäß Paragraph 138 dieses Gesetzes den Ländern vorbehalten bleiben. Deswegen haben wir hier heute auch ein Landesgesetz vorliegen. Aus diesem Grund haben dann in den letzten Jahren verschiedene Länder solche Maßregelvollzugsgesetze erlassen.

Dieser Weg ist nach Auffassung der SPD auch dem vorzuziehen, den einige andere Länder gegangen sind, indem sie diese Regelungen in ihre Gesetze über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten aufgenommen haben. Diese Vermischung von gesetzlichen Grundlagen für die Unterbringung von psychisch Kranken und von psychisch kranken Gesetzesbrechern erscheint uns jedoch problematisch. Deswegen erscheint uns der in Niedersachsen und Bremen gewählte Weg, hierfür ein eigenes Gesetz zu erlassen, als der bessere, und ich glaube, insoweit waren wir in der Deputation auch alle einer Auffassung, auch wenn sich hier in der Behandlung des Gesetzes noch Unterschiede ergeben.

(B) Andererseits läßt sich die enge Verwandtschaft dieses Gesetzes zum PsychKG nicht leugnen. Hier gibt es die entscheidenden Unterschiede zwischen der CDU auf der einen Seite und der SPD/FDP auf der anderen Seite. Für uns handelt es sich auch bei Rechtsbrechern, die wegen ihrer Krankheit in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt untergebracht werden, zunächst um Patienten, deswegen auch eine solche Bezeichnung, bei denen der Gedanke der Therapie und Heilung im Vordergrund stehen muß. Deswegen sollen sie als Kranke in einem psychiatrischen Krankenhaus auch allen anderen dort Untergebrachten möglichst gleichgestellt werden. Das Gesetz sieht deswegen eine Mitwirkung und teilweise Zustimmung dieser Kranken vor, zum Beispiel bei der Verlegung in andere therapeutische Einrichtungen, von denen Herr Urban gesprochen hat, weil sich doch jeder hier in diesem Haus, meine Damen und Herren, vorstellen kann, daß eine Therapie in einer anderen Einrichtung oder überhaupt eine gänzlich andere Therapie gegen den Willen des Patienten ohnehin nicht sinnvoll und erfolgreich wäre.

Wenn Herr Urban hier die mögliche Entziehung des Arbeitsentgelts, die aber nur mit Zustimmung

(C) des Patienten möglich sein soll, angesprochen hat, dann muß man natürlich hier den Unterschied zwischen einem freiwillig gewährten Taschengeld und einem Arbeitsentgelt sehen, was sich der Patient selbst verdient hat. Deswegen sind wir der Auffassung, daß man dies auch nicht ohne seine Zustimmung einfach entziehen kann.

Für die CDU steht dagegen, und das ist auch in dem Beitrag von Herrn Urban deutlich geworden, der Gedanke der Sicherheit so stark im Vordergrund, daß diesem der Gedanke der Therapie und Heilung eindeutig untergeordnet wird. Deswegen will uns die CDU hier das Niedersächsische Maßregelvollzugsgesetz andienen, wobei die Unterschiede übrigens nicht so groß sind, wie Sie hier gemeint haben, Herr Urban, weil darin an bestimmten Stellen angeblich der Schutz der Öffentlichkeit besser gewährleistet sei. Dies ist nach unserer Auffassung jedoch nicht der Fall. Der Schutz der Öffentlichkeit ist voll gewährleistet durch die auch in diesem Gesetz vorhandenen Einschränkungen der Grundrechte und weitere Beschränkungen, wie sie sich aus den Paragraphen 30 und folgende dieses Gesetzentwurfs ergeben.

(D) Im übrigen ist natürlich für jeden Patienten, der nach diesem Gesetz untergebracht wird, ein Behandlungs- und Eingliederungsplan zu erstellen. Dabei gibt es zwar verschiedenste Möglichkeiten einer Lockerung des Vollzugs, diese können aber im Einzelfall natürlich nicht ohne eine Abwägung des Schutzes der Öffentlichkeit erfolgen. Das heißt natürlich in der Praxis, daß eine Verlegung zum Beispiel in eine offene psychiatrische Einrichtung nur dann erfolgen kann, wenn nach einer gründlichen Abwägung aller Sicherheits- und Sicherheitsaspekte diese keine entscheidende Rolle spielen.

Da es sich aber hierbei natürlich um eine Ermessens- und Beurteilungsfrage von Ärzten und Therapeuten handelt, bleibt wie bei der Resozialisierung von im Regelstrafvollzug befindlichen Strafgefangenen natürlich ein gewisses Restrisiko, das kann man nie ausschließen. Dies muß zwar im Interesse der Öffentlichkeit möglichst gering gehalten werden, sollte dann aber im Interesse einer Heilung von kranken Menschen, auch wenn sie straffällig geworden sind, in Kauf genommen werden. Therapie und Heilung lassen sich mit der CDU-Forderung nach absoluter Sicherheit nicht hundertprozentig in Einklang bringen, Herr Kollege Urban, da muß man sich dann für die eine oder andere Seite entscheiden, und man muß sich entscheiden, welcher Seite man den Vorrang gibt, ohne daß die Seite, der man den Vorrang gibt, nun eindeutig dominiert. Für uns als SPD-Fraktion hat die Behandlung und Heilung der Kranken Vorrang, für Sie die sichere Verwahrung des Rechtsbrechers. Da unterscheiden sich dann eben Progressive und Konservative.

(Abg. Klein [CDU]: So einfach ist das!)

(A) Ja, das ist aber der Fall!

(Abg. Klein [CDU]: Nein, nein! Das ist ein bißchen zu einfach gestrickt!)

Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen — bitte, sehen Sie es sich im Gesetz an —, daß es ja einen eigenen Abschnitt, ich habe das eben schon erwähnt, mit den Paragraphen 30 und folgende über Sicherheit und Ordnung sowie unmittelbaren Zwang gibt. Wir vertreten die Auffassung, daß diese Regelungen ausreichend sind. Wir müssen uns aber, wie bei jedem kranken Menschen, alle Möglichkeiten einer effektiven Therapie und Heilung offenhalten, denn, das betone ich nochmals, solange diese Rechtsbrecher wegen ihrer psychischen Krankheit in einem Krankenhaus untergebracht werden müssen, sind sie für uns zunächst einmal Kranke.

Im übrigen ist hinsichtlich der teilweise unterschiedlichen Regelungen in Niedersachsen und Bayern stets das Prinzip der Territorialität maßgebend, das heißt, wenn psychisch kranke Rechtsbrecher in eine Einrichtung nach Niedersachsen verlegt werden, dann gelten, darauf hat Herr Urban schon hingewiesen, die dortigen Regelungen. Selbst wenn hier nun einheitliche Regelungen mit Niedersachsen getroffen würden, würde das das Problem unterschiedlicher Regelungen in den Bundesländern durchaus nicht beseitigen, denn es sind zum Beispiel auch Vollzugsgemeinschaften mit Schleswig-Holstein und Hamburg denkbar, und auch hier sind die Gesetze nicht vollkommen mit unserem identisch. Man kann es bedauern, daß man auf Bundesebene in solchen wichtigen Fragen nicht dazu kommt, einheitliche Gesetze zu erlassen, es gibt dafür ja auch andere Beispiele, aber wenn das schon nicht der Fall ist, dann muß es zumindest auch möglich sein, daß der Landesgesetzgeber seine eigenen Auffassungen, seine gesundheitspolitischen Auffassungen in dieses Gesetz hineinschreibt.

Nun noch ein paar Anmerkungen zu unserem Änderungsantrag! Herr Urban hat ja schon angedeutet, daß die CDU-Fraktion ihn mitmachen könnte. Wir haben diesen letzten Halbsatz im Paragraphen 1 mit dem Hinweis auf die Paragraphen 63 und 64 des Strafgesetzbuches deswegen gestrichen, weil dort der Paragraph 67 a nicht enthalten ist, der die Sicherungsverwahrten behandelt, das ist wohl vergessen worden, er hätte normalerweise da mit hineingehört. Aber es gibt noch einen anderen wichtigen Grund. Die Paragraphen 63, 64 und 67 a des Strafgesetzbuches behandeln nur diejenigen Fälle, die bereits im Gerichtsverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung angeordnet bekommen. Es kann natürlich aber auch passieren, daß ein Straffälliger in der Straftat psychisch erkrankt. Ihn müssen wir auch behandeln können, und deswegen sind wir der Auffassung, das haben wir auch mit dem Bundesjustizministerium abgesichert, es teilt voll unsere Auffassung, daß man diesen Halbsatz streichen sollte, um eine allgemeine

Behandlung von Straffälligen bei solchen Erkrankungen zu ermöglichen. (C)

Die zweite Änderung, die wir vorschlagen, ist identisch mit einer Formulierung im Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetz, und zwar in Paragraph 8 Absatz 4. Diese Regelung lese ich einmal vor. Dort heißt es: „Eine Behandlung, die die Persönlichkeit des Patienten in ihrem Kernbereich verändern würde, ist unzulässig.“ Diese Formulierung, die wir in das Gesetz hineinbringen wollen, richtet sich gegen schwerwiegende, die Persönlichkeit verändernde medizinische Eingriffe, zu denen Patienten im Maßregelvollzug eventuell ihre Zustimmung geben könnten, weil sie dann auf eine Strafvverkürzung hoffen. Sie überblicken dabei aber vielleicht nicht, damit auch eine dauerhafte Veränderung ihrer Persönlichkeit einhergehen kann, und wer die Prozesse der vergangenen Jahre über medizinische Eingriffe bei Strafgefangenen verfolgt hat, der weiß, wie äußerst umstritten diese Frage auch unter Medizinern ist.

(Abg. Karin Stieringer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich bin gleich fertig, Frau Stieringer, dann nehme ich Ihre Frage gern an!

Deswegen sind wir der Auffassung, daß die Formulierung, die auch im niedersächsischen Gesetz enthalten ist, woran man also sehen kann, daß es sich hier nicht um eine gesellschaftspolitische Frage, sondern um eine grundlegende Frage handelt, auch in das bremische Gesetz hinein muß. (D)

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Tepperwien, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Stieringer anzunehmen?

Abg. Tepperwien (SPD): Ja, bitte!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte, Frau Stieringer!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Kollege Tepperwien, könnten Sie sich nicht vorstellen, daß es im Sinne des Patienten ist, daß mancher vielleicht sogar flehentlich darum bittet, die Faktoren zu beseitigen, die ihn zu einem Kriminellen stempeln? Ich denke ganz besonders an die Sexualtäter und an die Forschung, die hier so weit fortgeschritten ist, daß es möglich ist, diesen Menschen sozusagen wirklich wieder zu heilen, seine Persönlichkeit, die abnorm ist, wieder zu einer normalen Persönlichkeit zu formen. Darf ich gleich hinzufügen: Meinen Sie nicht, daß mit diesem Satz, den Sie hier anfügen, die Behandlung von vornherein auch für die Zukunft unmöglich gemacht wird trotz seiner Einwilligung?

Abg. Tepperwien (SPD): Nein! Zunächst einmal, Frau Kollegin Stieringer, bin ich etwas erstaunt

(A) darüber, woher Sie die Sachkenntnis nehmen, beurteilen zu können —.

(Abg. Karin Stieringer [CDU]: Entschuldigen Sie, ich bin Juristin von Beruf!)

Ja, aber keine Gesundheitspolitikerin! Dies ist eine medizinische und gesundheitspolitische Frage,

(Abg. Klein [CDU]: Ich würde vorsichtig sein mit dem Bestreiten von Sachkenntnis!)

und deswegen frage ich mich, woher Sie die Sachkenntnis nehmen, mit solcher absoluten Gewißheit behaupten zu können, daß heute die Wirksamkeit solcher medizinischen Eingriffe voll zu übersehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich behaupte, und das ist die Meinung auch der Gesundheitspolitiker der SPD und, wenn ich es richtig sehe, der Gesundheitspolitiker dieses gesamten Hauses, daß bis heute die Wirksamkeit solcher medizinischen Eingriffe eben nicht voll zu übersehen ist. Solange das nicht der Fall ist, sind wir dagegen. Wir sind, wenn ich das sagen darf, nicht gegen jeden medizinischen Eingriff, aber diese Formulierung besagt, daß die Ärzte sich vorher überlegen müssen, ob ein Eingriff, den sie vornehmen, so schwerwiegend ist, daß er eventuell den Kern der Persönlichkeit des Betroffenen verändern kann. Das heißt, wir setzen ihnen eine moralische Schwelle, die sie bei ihrer medizinischen Behandlung mit in Rechnung stellen müssen und die sie möglicherweise davon abhält, aus angenommener medizinischer Sachkenntnis heraus Eingriffe zu machen, die dann zum Gegenteil führen. Das haben verschiedene Fälle der vergangenen Jahre nachgewiesen, das ist eine höchst bedenkliche Sache, und deswegen sind wir, wie auch der niedersächsische Gesetzgeber, dagegen.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Kollege Tepperwien, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Schröder anzunehmen?

Abg. Tepperwien (SPD): Ja, bitte!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte, Herr Schröder!

Abg. Schröder (GUL): Herr Kollege Tepperwien, könnten Sie dem Hohen Haus bei dieser Gelegenheit einmal erklären, was Sie unter dem Kern der Persönlichkeit verstehen?

Abg. Tepperwien (SPD): Herr Schröder, das ist zugegebenermaßen eine sehr schwierige Frage! Das ist eine Frage, die kann ein Politiker nicht bis ins letzte entscheiden. Deswegen habe ich auch gesagt, es gibt keine andere Formulierung, um überhaupt das, was man mit solch einem Gesetz erreichen will, in Worte zu fassen. Dies ist gewissermaßen eine moralische Forderung aus dem Gesetz heraus an die Ärzte, sich darüber Rechenschaft zu legen, was

sie mit einem solchen Eingriff überhaupt bewirken können. Dies kann letzten Endes immer ein Arzt besser beurteilen, wenn er es beurteilen kann, als ein Politiker. Das dürfte klar sein. Deswegen wendet sich die Forderung an die Therapeuten. Diejenigen, die einen solchen Menschen behandeln, die haben das in Rechnung zu stellen.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Tepperwien, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Tepperwien (SPD): Ja, bitte!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller!

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Kollege Tepperwien, ist Ihnen bekannt, daß bei einer Reihe von Medikamentierungen, zum Beispiel der Anfallsleiden, die Ärzte und auch die Juristen von vornherein eine gewisse Veränderung auch der Persönlichkeit in Kauf nehmen, weil sie dem Patienten helfen?

Abg. Tepperwien (SPD): Das ist mir bekannt, Herr von Groeling-Müller, und Sie haben ja auch sehr differenziert und gesagt, eine gewisse Veränderung der Persönlichkeit des Patienten. Die soll hier natürlich nicht ausgeschlossen werden, wie überhaupt nicht jede medizinische Behandlung ausgeschlossen werden soll. Hier geht es um den Kernbereich der Persönlichkeit. Deswegen ist dieses Wort so im Gesetz enthalten.

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Wie sieht der aus? — Abg. Willers [GUL]: Erklären Sie das einmal!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, nicht nur unseren Änderungsanträgen, sondern auch dem Gesetz selbst zuzustimmen! — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. Jäger (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die FDP-Fraktion dieses Hauses stimmt der Zielsetzung, die in der umfangreichen Begründung dieses Gesetzentwurfs zum Ausdruck kommt, zu, und ich kann mich deshalb auch auf einige wenige ergänzende Anmerkungen zu dem Gesetzentwurf beschränken.

Wir begrüßen insbesondere die Abwägung, die in diesem Gesetzentwurf getroffen wurde, den Personenkreis, an den sich dieses Gesetz wendet, in erster Linie als Patienten zu sehen und dabei auch in Kauf zu nehmen, daß der Sicherheitsaspekt nicht im Vordergrund steht.

(Beifall bei der FDP)

Wir schließen uns auch der Konsequenz hinsichtlich der Kostenfrage, die sich daraus ergibt, an.

(C)

(B)

(D)

- (A) Es ist ja innerhalb der Deputationen, die sich mit diesem Gesetzentwurf beschäftigt haben, eine unterschiedliche Auffassung zum Ausdruck gekommen, ob Patienten, die sich einer solchen Therapie unterziehen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach dem Sozialhilfegesetz zu den Kosten herangezogen werden können. Es gibt sicher einige Gründe dafür, hier, so wie die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug wohl zunächst argumentiert hat, eine Gleichstellung mit dem Strafgefangenen zu sehen und eine Kostenbeteiligung abzulehnen. Wir meinen aber, es ist konsequent, daß, wenn man den Gedanken des Patienten in den Vordergrund stellt, dann auch dieser Personenkreis, der aufgrund einer Anordnung therapiert wird, nicht besser behandelt wird als jemand, der sich freiwillig, aus Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Therapie, in eine derartige Einrichtung begibt.

(Beifall bei der FDP)

Derjenige, der freiwillig eine solche Therapie wählt, wird selbstverständlich, so ist die Gesetzeslage, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu den Kosten herangezogen. Hier, meinen wir, führt die Gleichbehandlung der Patienten zwingend zu dem Schluß, daß auch im Rahmen der Möglichkeiten eine Kostentragung erfolgt.

- (B) Wir begrüßen auch insbesondere die Tendenz dieses Gesetzentwurfs und ermuntern die Sozialdemokraten, auf diesem Wege fortzufahren, daß freie Träger bei der Einrichtung solcher Maßnahmen berücksichtigt werden und die hoheitliche Funktion, die sie dann zwangsweise ausüben müssen, ihnen übertragen wird. Ein solches Beispiel, Herr Tepperwien, könnte auch für andere Bereiche, in denen wir uns nach wie vor offenbar streiten, beispielgebend sein. Auch hier könnte man durchaus den Staat von Dingen, die er nicht mehr leisten kann — auch eine solche Unterbringung in einer Einrichtung können wir uns ja nicht mehr leisten, das steht ja auch dahinter, daß man freie Träger damit betraut —, entlasten und an andere Träger geben, die es besser können. Dies sollte beispielhaft sein für andere Überlegungen.

Nun noch eine Anmerkung zu dem Änderungsantrag, den die SPD uns vorgelegt hat! Hier ist bei den Zwischenfragen schon deutlich geworden, Herr Tepperwien, daß es sich um ein ausgesprochen schwieriges Feld handelt. Wenn Sie sagen, eine Behandlung, die den Kernbereich der Persönlichkeit eines Patienten verändern kann, soll unzulässig sein, dann kann man dagegen eigentlich wenig sagen. Insofern könnte man dieser Tendenz durchaus zustimmen. Die Frage ist nur, was ist der Kernbereich der Persönlichkeit. Da ist, wenn man diese Vorschrift nicht nur sozusagen als Deklamation begreift, sondern wenn sie wirklich eine Handlungsanweisung für die behandelnden Ärzte sein soll, es notwendig, daß der Gesetzgeber oder Verwaltungsgeber klarer definiert, was mit dem Kernbereich der Person gemeint ist.

(C) Wenn Sie auf die Zwischenfrage meines Kollegen von Groeling-Müller eingeräumt haben, daß gewisse medikamentöse Behandlungen zu einer Veränderung der Persönlichkeit führen, die nach wie vor, wenn die Einwilligung des Patienten vorliegt, zulässig sein soll, und darauf zielte ja auch die Frage von Frau Kollegin Stieringer ab, dann müssen Sie einfach die Abgrenzung vornehmen, Herr Tepperwien! Sie müssen die Abgrenzung vornehmen, wann diese zulässige Veränderung des Persönlichkeitsbildes so weit greift, daß sie in den Kernbereich eingreift. Das können Sie nicht einem Theorienstreit unter Medizinern überlassen. Es gibt da unterschiedliche Theorien, die je nach medizinischer Schule, möglicherweise je nach Einrichtung, unterschiedlich angewendet werden. Das darf nicht sein. Hier ist der Gesetzgeber, wenn er schon eine Klarstellung vornehmen will, gefordert, diese Klarstellung auch so vorzunehmen, daß sie handhabbar ist. Deshalb möchte ich Sie bitten, hierzu, wo der Grenzbereich ist, wo die Veränderung des Kernbereichs eingreift, noch Erläuterungen zu geben, mehr als Sie auf die Zwischenfragen gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind inhaltlich nicht sehr weit auseinander. Die Notwendigkeit des Gesetzes aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils ist Ihnen bekannt. Die Zielsetzung des Gesetzes wird von Ihnen voll geteilt, von Herrn Urban in etwa auch geteilt, so daß es, glaube ich, Herr Urban, nur zwei Punkte gibt, die Sie nicht mittragen können: zum einen die Frage der Ländereinheitlichkeit und zum anderen die Frage der Therapie und Behandlung und ihrer stärkeren Betonung.

Ich glaube, daß es auf eine Ländereinheitlichkeit nicht weiter ankommt, weil immer das Gesetz des Bundeslandes gilt, in dem der Patient behandelt wird. Es ist auch nicht möglich, das noch länder einheitlich zu machen, weil es in anderen Ländern völlig anders geregelt ist. Bayern und Schleswig-Holstein haben in ihrem Gesetz zur Unterbringung psychisch Kranker einfach einen Abschnitt mit eingebracht, in dem dies mit behandelt wird. Das können wir gar nicht mehr und ist auch bei der Besonderheit, die hier vorliegt, für die nach Paragraphen 63 und 64 des Strafgesetzbuches untergebrachten Patienten, nicht angebracht. Zwischen Niedersachsen und Bremen gibt es die größtmögliche Annäherung in allen wichtigen Paragraphen.

Was bleibt, ist die Frage des Vorranges der Behandlung der Patienten oder der Sicherheit. Auch da, glaube ich, ist nach dem, was Sie gesagt haben, Herr Urban, der Unterschied nicht sehr groß. Wenn Sie — Herr Tepperwien hat darauf hingewiesen — sich die Paragraphen 30 bis 32 ansehen, werden Sie feststellen, daß es in der Tat bei Fehlverhalten des

(A) Patienten geeignete Möglichkeiten für den Arzt gibt, und zwar bis hin zur Verwahrung im geschlossenen Raum. Diese Maßnahmen sollen jedoch nur nach ärztlicher Überprüfung vorgenommen werden, und es soll die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung dieser Maßnahme möglich sein. Das gerade sollte an diesem Punkt mit erreicht werden.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch extra die Regelung aufgenommen haben, daß die Besuchskommission für psychisch Kranke auch für diesen Teil der Untergebrachten in der Psychiatrie zuständig ist und jährlich kontrolliert, so daß auch hier eine zusätzliche Beobachtung und Kontrolle dieser Patienten möglich ist.

Ich möchte noch ganz kurz eingehen auf das in der Tat, Herr Jäger, schwierige Problem der Persönlichkeitsverändernden Behandlung. Dieser Änderungsantrag zu Paragraph 12, der von der SPD-Fraktion eingebracht wurde, wird von mir unterstützt, obwohl wir diese Regelung auch wegen der Schwierigkeit der Abgrenzung im Gesetzentwurf nicht vorgesehen hatten. Nun ist aber nach den Diskussionen, die wir mittlerweile geführt haben, und auch nach den Anstößen, die wir in dieser Sache auch aus dem Bereich der Justiz bekommen haben, unserer Meinung nach eine solche Aufnahme sinnvoll und im Sinne des Patienten und des Behandlungsgedankens wichtig und die Abgrenzung auch durchaus möglich.

(B) Ich denke, daß die Forschung — Frau Stieringer hat ja in bezug auf die medizinischen Möglichkeiten danach gefragt — eindeutig nicht so weit ist, daß das mit Sicherheit handhabbare Behandlungsmöglichkeiten sind. Im Gegenteil, die Erfahrungen solcher Eingriffe, sei es Stereotaxie oder andere Dinge, bei —

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Was ist das?)

Das ist ein Eingriff im Gehirn, der eine Veränderung im Wesen des Patienten bewirken kann, die in der Einstellung zu sich und zu anderen Menschen Wesensmerkmale mit beinhaltet und den Patienten zu einem anderen Menschen macht, wenn man so will.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Brückner:** Ja, natürlich! Ich wollte es noch erklären, aber vielleicht kann ich es dann mit aufnehmen!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte sehr, Frau Abgeordnete Stieringer!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß auch wir die letzten sind, die diese Patienten bei sozusagen noch nicht ausgereifter Forschung im Kern der Persönlichkeit betroffen sehen möchten, nur — und das ist die Zusatzfrage —, verschließen Sie nicht mit

dieser bedingungslosen Forderung der Unzulässigkeit überhaupt den Patienten die Möglichkeit, einmal, wenn die Forschung so weit ist, sich auch ihrer freiwillig und mit ihrer Zustimmung zu bedienen?

**Senator Brückner:** Darauf wollte ich gerade eingehen, und das ist der Konflikt oder die Schwierigkeit hier in der Beurteilung. Auch die Frage von Herrn von Groeling-Müller weist in diese Richtung, obwohl, Herr von Groeling-Müller, der Bezug, den Sie zu Anfallsleiden hergestellt haben, hier nicht paßt. Anfallsleiden sind keine psychiatrischen Erkrankungen. Aber wenn Sie das gleiche, was Sie gefragt haben, auf dieses Krankheitsbild anwenden, dann ist die entscheidende Frage, ob es zu einer Veränderung im Kernbereich der Persönlichkeit kommt oder ob diese Veränderung nicht eintritt. Es erfolgen im Sinne von Therapie und medikamentöser Behandlung Veränderungen. Die sind auch gewollt. Solche Veränderungen sind im Sinne des Heilerfolges und des Behandlungszieles notwendig und richtig. Bei den Veränderungen im Kernbereich der Persönlichkeit des Patienten handelt es sich um solche Veränderungen, die das Wesen des Patienten verändern und irreversibel sind, das heißt, nicht wieder korrigierbar sind. Solche Veränderungen sollen ausgeschlossen sein mit diesem Abschnitt, nicht aber die Veränderungen, die durch Behandlung möglich sind. Im Gegenteil, solche Veränderungen sind ja als Ziel des Behandlungsvollzuges gedacht. In der Medizin ist es nicht schwierig, eine solche Unterscheidung herbeizuführen. Da, vermute ich, ist ein solcher Streit, Herr Jäger, nicht zu erwarten. Was irreversible Wesensveränderungen sind beim Menschen und was —

(Abg. Jäger [FDP]: Dann kann man es auch hineinschreiben!)

Jetzt kann man es hineinschreiben! Das ist ja die Frage, wie man das formuliert!

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: In die Begründung!)

Vielleicht kann man nach der Debatte hier die Begründung noch erweitern. Das wäre vielleicht sinnvoll.

Wir haben die Formulierung des Änderungsantrags der SPD-Fraktion deshalb unterstützt, weil sie die gleiche Formulierung ist wie in Niedersachsen, wo die gleiche Diskussion stattgefunden hat. Wenn wir diesen Punkt zwischen Bremen und Niedersachsen noch unterschiedlich behandeln, wäre das ganz schlecht. Wenn schon eine solche Regelung aufgenommen werden soll, dann sollte sie den gleichen Wortlaut haben. Ich nehme die Anregung auf — das können wir uns zur zweiten Lesung vornehmen —, eine erweiterte Begründung zu diesem heute, wenn das so erfolgt, beschlossenen Paragraphen vorzunehmen, um dann die Bedenken, die damit verbunden sind, noch aufzunehmen. Insgesamt denke ich aber, daß ein solches Gesetz für diesen

(A) Teil der Patienten entsprechende Verbesserungen bringt. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 10/1101 abstimmen.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen GUL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage des Senats, Drucksache 10/1078, in erster Lesung.

Wer das Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt — Maßregelvollzugsgesetz — unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(GUL)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

**Gesetz über die Bestätigung der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben zwischen der Bundesregierung und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 11. April 1983  
(Drucksache 10/1079)

1. Lesung

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Bestätigung der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Ausübung

der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben zwischen der Bundesregierung und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und Abg. Schröder [GUL])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

**Bremisches Sofortprogramm zur Bekämpfung des sauren Regens**

Antrag der Gruppe der GUL

vom 15. April 1983

(Drucksache 10/1083)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, als konkreten bremischen Beitrag zur Bekämpfung des sauren Regens sofort folgende Initiativen einzuleiten:

1. Vorlage eines Gesetzentwurfs im Bundesrat, mit dem

- eine sofortige Herabsetzung der Grenzwerte für die Emission von Schwefeldioxid und Stickoxiden bei allen am 1. Juli 1983 vorhandenen und im Bau befindlichen Kraftwerken — auch bei Anlagen unter 450 MW — im Rauchgas auf das zur Zeit technisch mögliche Mindestmaß,
- eine Umstellung der Altanlagen bis spätestens 1989 und

— die Erhebung einer von Jahr zu Jahr progressiv steigenden Abgabe auf den Anteil des Schwefels im Rauchgas aller Kraftwerke gesetzlich geregelt wird.

2. Ohne weiteren Verzug und ohne entsprechende Bundesregelungen abzuwarten das mit Steinkohle befeuerte Kraftwerk Hafen Block 6 mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage nachzurüsten. Die Finanzierung ist durch eine entsprechende Gestaltung der Stromtarife sicherzustellen.

Die erforderlichen Aufträge sind noch in diesem Sommer zu erteilen. Dabei ist zu prüfen, ob bremische Betriebe in der Lage sind, die Aufträge auszuführen. Sollte dies der Fall sein, sollen sie eine Präferenz bei der Auftragsvergabe erhalten.

Willers (GUL), Schröder (GUL)

Die Beratung ist eröffnet.

Zunächst hat das Wort zur Begründung der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir möchten mit diesem Antrag drei Dinge erreichen: erstens eine Gesetzesinitiative Bremens im Bundesrat, die eine Großfeuerungsanlagenverordnung bewirkt, die man wirklich mit dem Namen Umweltschutzmaßnahme versehen kann, zweitens, daß der Senat sofort und ohne weiteren Verzug, das heißt auch, ohne befriedigende Regelungen des Bundes abzuwarten, in Bremen tätig wird und die Stadtwerke Bremen AG veranlaßt, das Kraftwerk Hafen mit einer Rauchgaswäsche zu

(A) versehen. Drittens möchten wir, daß bei dieser Maßnahme darüber nachgedacht wird, ob die dazu notwendigen Maßnahmen oder ein Teil davon durch notleidende Bremer Betriebe durchgeführt werden können.

Unser Antrag greift ein entsprechendes Anliegen und eine Forderung der Umweltschutzorganisation Robin Wood auf. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß Sie inzwischen alle wissen, daß es mit dem deutschen Wald nicht mehr fünf vor, sondern schon ein ganzes Stück nach zwölf ist. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie und diejenigen, die an anderer Stelle politische Verantwortung für diesen Zustand tragen, sich darüber klar sind, was es bedeutet, wenn große Teile des europäischen Waldes vernichtet werden: totale klimatologische Veränderungen, Bodenerosion und — das wird Sie vielleicht am meisten beeindrucken — unermeßliche Kosten.

Wenn massenhaftes Waldsterben jetzt noch verhindert oder verlangsamt werden kann, und ich zweifele langsam schon daran, werden die sechs bis sieben Milliarden DM, die notwendig wären, die Hauptverursacher jetzt sauberer zu machen, eine lächerliche Bagatelle, volkswirtschaftlich gesehen, im Vergleich zu den Kosten, die anschließend auf uns zukommen. Aber welcher Politiker denkt schon volkswirtschaftlich?

(Abg. Neumann [CDU]: Sie als einziger!)

(B)

Was sich vor kurzem im Bundesrat und davor auch anderswo zur sogenannten Großfeuerungsanlagenverordnung abgespielt hat, ist in meinen Augen eine politische Tragödie. Adolf Schmidt von der Bergarbeitergewerkschaft und der SPD und Siegfried Mann vom Bundesverband der Deutschen Industrie haben hinter den Kulissen gemeinsam die Fäden gezogen und die Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung verhindert.

(Zuruf: Waren Sie dabei?)

Nun seien Sie einmal ruhig! Ich lobe ja sogar die CDU/CSU, oder kam das eben von der FDP? Na, das ist derselbe Pott!

Edmund Stoiber überholte dann den SPD-Ministerpräsidenten Rau links mit dem Hinweis, angesichts einer ökologischen Katastrophe könne auf wirtschaftliche Gesichtspunkte keine Rücksicht mehr genommen werden.

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, ich war auch ganz überrascht!)

Herr Neumann, das finde ich ja ganz toll! Ich weiß nicht, wie Herr Stoiber reagiert hätte, wenn er in Nordrhein-Westfalen Verantwortung getragen hätte, aber das ist eine andere Frage.

Was ist denn nun bei dieser Bundesratssitzung herausgekommen? Der „Spiegel“ schreibt das am Montag ganz drastisch. Ich zitiere es einmal: „Zahl-

reiche Schlupflöcher indes machen die Bonner Verordnung nahezu wertlos, denn weitgehend ausgenommen sind Altanlagen, immerhin 205 der 216 westdeutschen Kohle- und Mischfeuerkraftwerke. Die alten Klitschen, die laut Umweltbundesamt bis zu sechsmal mehr SO<sub>2</sub> ausstoßen als moderne Kohlestromfabriken, sind schuld daran, daß nicht nur schätzungsweise 30 Prozent der 7,3 Millionen Hektar Wald in der Bundesrepublik krank oder akut bedroht sind, sondern auch Fische krepieren und Bauwerke zerbröckeln, vom Kölner Dom bis zum Hamburger Fernsehturm.

Zwar haben die Länder durchgesetzt, daß die alten Öfen je nach Größe statt 40 000 nur noch 30 000 Stunden oder statt 15 000 nur noch 10 000 Stunden brennen dürfen. Die Übergangszeit freilich, bis dann entschwefelt werden muß, reicht weiterhin bis 1993. Die Anlagen, längst abgeschrieben, sorgen für besonders dicke Gewinne. Geradezu grotesk mutet an, daß der Begriff Altanlage weiterhin so ausgelegt werden kann, daß sogar im Bau befindliche Fabriken mit alten Bewilligungsbescheiden darunter fallen. Nach Paragraph 17 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes brauchen Altanlagen zudem nicht einmal nachgerüstet zu werden, wenn das „nach dem Stand der Technik nicht erfüllbar oder aber für den Betreiber wirtschaftlich nicht vertretbar“ ist.“

Meine Damen und Herren, die Frage, die sich mir vor allem dabei stellt, ist, was in aller Welt ruft diesen massiven Widerstand der Industrie gegen die Nachrüstung der Kraftwerke hervor? Sechs Milliarden DM sind nun wirklich nicht alle Welt, soviel kostet heute ein einziges Atomkraftwerk, und davon werden in der Bundesrepublik eine ganze Reihe gebaut. Dieser Betrag wäre ohnehin auf den Endverbraucher abzuwälzen, und der Betrag, um den sich die Stromrechnung dadurch erhöhen würde, 60 Pfennig pro Person und Monat, ist nun eine zumutbare Größenordnung.

Bis jetzt haben die Energieversorgungsunternehmen sich auch noch nie den Kopf über solche Zumutbarkeiten gegenüber den Abnehmern zerbrochen. Was also macht diesen Widerstand aus? Das Argument mangelnder politischer Einflußmöglichkeiten zieht nun eigentlich nicht, denn bei zwei Dritteln der westdeutschen Energieversorgungsunternehmen ist die öffentliche Hand Mehrheitseigner. Aber wie auch immer, hier wird jedenfalls sehenden Auges ein Verbrechen an der Natur und an uns allen begangen, denn auch Unterlassungen können Verbrechen sein.

Jetzt zu Bremen! Über Bremens Attacken umweltbewußter Sozialdemokraten im Bundesrat war zumindest in der Presse nichts zu vernehmen. Sehr glaubhaft wäre das auch nicht gewesen, denn wer im Glashauss sitzt, kann nur schwer mit Steinen werfen! Darum — hic Rhodus, hic salta — kommt es darauf an, jetzt hier in Bremen und sofort etwas zu tun. Es gibt wirklich keinen vernünftigen Grund, noch länger zu zögern. Es gilt, 4 500 Tonnen Schwefel, die durch das Kraftwerk Hafen in Bremen jähr-

(C)

(D)

(A) lich in die Luft geblasen werden, dadurch zu verhindern, daß das Steinkohlekraftwerk Hafem mit einer Rauchgasentschwefelung ausgerüstet wird.

Wenn jetzt wieder Kostengründe zur Verzögerung vorgeschoben werden sollten: Wir sind sicher, daß die bremische Bevölkerung mit einer geringen Strompreiserhöhung aus diesem Grund einverstanden wäre. Aber wir denken, das müßte nicht einmal sein, denn die Stadtwerke könnten dazu auch ihre Rücklagen verwenden. Also, Senat — Herr Brückner ist als einziger da —, fangen Sie einmal an, Herr Senator Brückner! Dann können Sie das nächste Mal mit freiem Rücken und mit stolz geschwellter Brust — Sie oder Ihre Kollegen — im Bundesrat fechten.

Machen Sie es doch einmal wie die Nürnberger, die auch, ohne eine Bundesregelung abzuwarten, zur Tat geschritten sind und 35 Millionen DM investiert haben in ihr Kraftwerk! Wenn es dann noch gelingen würde, bremische Betriebe mit den Ausführungsaufträgen zu betrauen, dann könnten Sie Ihren Wählern am 25. September mit etwas weniger schlechtem Gewissen ins Auge sehen.

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Zum Antrag! Ich habe den Punkt eins unverändert gelassen, obwohl inzwischen die erwähnte Bundesratssetzung stattgefunden hat und sich möglicherweise dadurch eine sinnvolle Veränderung meines Antrags ergeben haben kann. Ich weiß es nicht, weil ich nicht dabei war.

(B)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wir waren auch nicht dabei!)

Aber vielleicht wäre es einmal möglich, daß wir in dieser Sache den Parteienhickhack beiseite lassen und der Senat aus seiner Kenntnis der Vorgänge im Bundesrat, Herr Brückner, einen Vorschlag zur Änderung meines Punktes eins macht. Das wäre dann zwar neu, es würde aber die Ernsthaftigkeit des Senats unter Beweis stellen und sein Bemühen um die Sache. — Schönen Dank!

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der sogenannte saure Regen oder, genauer ausgedrückt, die im Bundesgebiet auftretenden Waldschäden haben in den letzten Wochen und Monaten, Herr Willers hat darauf hingewiesen, die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Das, obwohl diese Umstände schon seit längerem den Naturschützern und nicht nur Robin Wood und anderen Organisationen und den damit befaßten Behörden und Instanzen bekannt gewesen sind! Für den Waldfreund und für meine Fraktion stellt sich allerdings die Frage, ob die inzwischen getroffenen politischen Entscheidungen tatsächlich eine wirkungsvolle Bekämpfungsmaßnahme darstellen, ob man damit einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan hat oder ob man nur ein

Bein gehoben hat, während das andere, das Standbein, unverändert am alten Fleck geblieben ist.

(C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber beide gleichzeitig zu heben ist auch gefährlich!)

Zu untersuchen ist, Herr Wedemeier, ob dabei die Beschlüsse der Bundesregierung zur Novellierung der TA Luft und zur Großfeuerungsanlagenverordnung ausreichend sind. Die zum Inkrafttreten der Großfeuerungsanlagenverordnung erforderliche Beratung im Bundesrat und deren Ergebnisse sind, wie Herr Willers gesagt hat, veröffentlicht, und es ist auch schon darauf hingewiesen worden. Trotzdem geht die FDP-Fraktion bei der Betrachtung dieses Phänomens weiterhin von der Tatsache aus, daß wir, was immer ursächlich für die Schäden an den Wäldern ist, ob es Schwefeldioxid ist, ob es Stickoxide sind, ob in Verbindung damit der Ozon der Kraftfahrzeuge steht, ob die Schloten der Ölheizungen ansonsten ursächlich sind, weil es in der Tat fünf Minuten nach zwölf für einen großen Teil unseres Waldes ist, unbedingt Maßnahmen ergreifen müssen, um dem entgegenzutreten.

(Beifall bei der FDP — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, politische Entscheidungen heute müssen auf der von Herrn Willers angedeuteten und von mir bestätigten Unsicherheit aufbauen, wer nun im einzelnen ursächlich ist für das Absterben unserer Wälder. Wir dürfen dem vorrangigen Bedürfnis unserer Bevölkerung nicht tatenlos zusehen, die den Wald als einen Teil ihrer Lebensqualität begreift, die ohne Wald und die damit verbundenen natürlichen Vorgänge meines Erachtens gar nicht lebensfähig ist.

(D)

(Beifall bei der FDP — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr von Schönfeldt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Schumacher!

Abg. Heinrich Schumacher (CDU): Herr Kollege von Schönfeldt, sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß der sogenannte saure Regen nicht nur schädlich für den Wald ist, sondern auch für die Wohngebiete unserer Städte und andere Flächen in unserem Bundesgebiet und hiermit diese Maßnahmen nicht nur für den Wald gelten?

(Beifall bei der CDU)

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Selbstverständlich, ich bestätige das, was Sie gesagt haben, in vollem Umfang. Nur, wir haben eine ganze Reihe von Schäden an der Zivilisation angerichtet, wir haben an Bauwerken, an Menschen, an Tieren außerhalb des Waldes sicherlich auch eine Fülle von Symptomen zu verzeichnen — denken Sie an die Debatte über die Wümme-Wiesen! —, zu denen wir uns auch

(A) darüber zu unterhalten haben, wer ursächlich ist für das, was in Feld und Wald geschieht.

Wir haben sicherlich allen Anlaß, auch darüber zu reden, wenn wir über den sauren Regen reden. Aber es ist nun einmal erwiesen, daß dieser saure Regen und die Auswürfe der Großfeuerungsanlagen nachweislich in erster Linie fühlbar, spürbar, sichtbar den Wald betreffen, und hier muß angesetzt werden, wenn es darum geht, einen so offenkundigen Bereich, soweit es überhaupt noch möglich ist, zu retten.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich räume Ihnen ein, Herr Schumacher, es ist sicherlich für alle beteiligten Bereiche notwendig, Maßnahmen zu ergreifen.

Zu Beginn dieses Jahres ist eine Neufassung der TA Luft erfolgt nach dem Vorbild einer Regierungsvorlage unter Federführung des damaligen Innenministers Baum. Diese TA Luft hat sicherlich eine Reihe von Verbesserungen erbracht, aber sie reichen für uns nicht aus. Die in der TA Luft festgelegten Grenzwerte für die zulässige Belastung eines Raums mit Schwefeldioxid sind gegenüber der vorher in Geltung befindlichen Fassung leider nicht verändert worden.

Als zulässige Höchstwerte gelten nach wie vor — das ist ja hier auch erwähnt worden — 140 Mikrogramm pro Kubikmeter als Langzeitwert und 400 Mikrogramm pro Kubikmeter als Kurzzeitwert. Schon lange war und ist bekannt, daß diese Werte, insbesondere der Kurzzeitwert, bei sämtlichen empfindlichen Pflanzen — und dazu gehören zahlreiche Baumarten nun einmal — Schädigungen hervorrufen. Dafür gibt es sehr viele Sachverständigengutachten. Beim Sachverständigenhearing des Bundestags 1978 hat der forstwissenschaftliche Sachverständige, Herr Dr. Wenzel, unter Berufung auf fast alle naturwissenschaftlichen Untersuchungen darauf hingewiesen, daß Waldbäume schon bei einer unteren Grenze angesprochen, betroffen und geschädigt werden. Deswegen sind wir der Auffassung, daß seiner Forderung Rechnung getragen werden sollte und daß in der TA Luft ein maximaler Kurzzeitwert von 200 Mikrogramm zu fordern ist.

(Beifall bei der FDP)

Dazu kommt, meine Damen und Herren, daß die TA Luft in ihrer Grundkonzeption, wie wir meinen, überhaupt nicht geeignet ist, Waldschäden zu bekämpfen, denn ich habe mich darüber kundig gemacht, daß der Bemessungsumfang bei Schloten sechs Kilometer vom Schornstein entfernt beträgt. Eine Entfernung vom Schornstein von sechs Kilometern, das ist der Bereich, der gemessen wird. Da wir nun unter einem Bundeskanzler Brandt erlebt haben, wie man „den blauen Himmel des Ruhrgebiets“ wiederherstellte — das hat er wahlwirksam gesagt, auch dann forciert betrieben —, nämlich indem die Schloten lediglich hochgezogen wurden.

Damit ist der ganze Dreck selbstredend aus einem Bereich der Schloten herausgekommen, aber wir haben leider feststellen müssen, daß er lediglich in eine größere Entfernung transportiert worden ist, so daß die Bemessungsgrundlage, sechs Kilometer im Umkreis um den Schornstein, für die Berechnung nach meinem Dafürhalten nicht ausreicht. Der Ferntransport der Abgase ist über mehrere hundert Kilometer möglich, und deswegen müßte auch in der TA Luft insoweit ein anderer Bemessungsmaßstab angesetzt werden.

Aus diesen Gründen muß festgestellt werden, daß der erhobene Anspruch, durch eine Novellierung der TA Luft sei nun die Maßnahme zur Bekämpfung des Waldsterbens gesetzt worden, von den Fakten noch nicht bestätigt wird.

(Beifall bei der FDP)

Die hier schon angesprochene Großfeuerungsanlagenverordnung stellt insofern noch einen deutlichen Fortschritt dar, Herr Willers, als sie erstmalig konkrete Vorgaben für die Sanierung von Altanlagen vorsieht. Gerade das ist in der gegenwärtigen Situation wichtig, denn von den Altanlagen geht in der Tat das Hauptemissionspotential aus.

Mein Fraktionskollege Neujahr hat am 13. 12. 1982 den Standpunkt der FDP vorgetragen, daß weder die darin vorgesehenen Fristen noch die darin vorgesehenen Grenzwerte ausreichend seien, um die hier beschriebene Umweltkatastrophe in zehn Jahren verhindern zu können. Vor diesem Hintergrund tritt meine Fraktion für folgende Maßnahmen ein: erstens die Halbierung des Anpassungszeitraums möglichst auf fünf Jahre; zweitens die Verringerung der Emissionen auf das unseres Erachtens technisch machbare Maximum von 200 Milligramm pro Kubikmeter Abgas für Kraftwerke aller Größenordnungen; drittens, wir sind dafür, daß die Kosten über den Produktpreis, Energiepreis aufgebracht werden und vom Letztverbraucher, das heißt vom Haushalt als Energiekonsument zu tragen sind, wobei wir sicher sind, meine Damen und Herren, daß es an der Bereitschaft und dem Verständnis der Bürger nicht fehlt, auf diese Weise in Form eines Waldpfennigs zur Beseitigung der Maßnahme beizutragen.

(Beifall bei der FDP)

Das haben Umfragen bestätigt. Auch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat jüngst eine Umfrage veröffentlicht, in der der Prozentsatz derjenigen Bürger, die sich dazu bereit erklärt haben, auch ohne Rücksicht auf sicherlich notwendige Maßnahmen anderer Länder im europäischen und außer-europäischen Raum jetzt sofort hier und heute damit zu beginnen, daß wenigstens ein Teil dieser Emissionen aufgehalten wird. Dazu haben sich über 70 Prozent der Bevölkerung, der befragten Bevölkerung, bereit erklärt, und ein wesentlich höherer Prozentsatz war damit einverstanden, daß in Form

(A) eines so von mir definierten Waldpfennigs auch hier ein Beitrag der Gemeinschaft in Form einer Gemeinlast dazu geleistet wird.

Für mich persönlich ist der Gedanke darüber hinaus zum Ausdruck gekommen, dies alles, was nachher notwendig sein wird, um das wieder herzustellen, was zerstört worden ist, in Form einer Art „Stiftung Waldpfennig“, in Form von Wohlfahrtsmarken, Vergabe von Toto-, Lotto-, Wettmitteln, Erlösen aus Spielbanken durchzuführen, um womöglich Zuschüsse zu zahlen für die Bereiche, die nicht aus eigenen Mitteln wieder hergestellt worden sind.

Meine Damen und Herren, für uns alle sollte die Erhaltung dieses wichtigen Lebensraums, die Erhaltung überhaupt unserer Umwelt, die Erhaltung unserer Flora und Fauna so wichtig und so lebenswichtig sein, daß wir solche Initiativen unterstützen müssen und auch hier unsere Bereitschaft, unsere Opferbereitschaft bekunden können.

(Beifall bei der FDP)

(B) Was die Forderung in dem Antrag anbelangte, die sich in dem Spiegelstrich Nummer drei befindet, die Erhebung einer von Jahr zu Jahr progressiv steigenden Abgabe auf den Anteil des Schwefels im Rauchgas aller Kraftwerke, da sind wir grundsätzlich der Meinung, daß es den Unternehmen möglichst freigestellt werden muß, wie und in welchem Zeitraum sie die für jedes Jahr vorzuschreibende Gesamtreduktion der Emissionen realisieren, weil dadurch die volkswirtschaftlich günstigste, das heißt, die billigste Lösung erzielbar ist. Je kostengünstiger die Schwefeldioxidreduktion verwirklicht werden kann, desto weitreichender können Anforderungen des Umweltschutzes erfüllt werden.

So gesehen könnte die Maßnahme, die Sie vorsehen, zu dem Ziel führen, das wir auch mitverfolgen, aber, ich bitte zu bedenken, ob nicht hier eine Regelung möglich ist, ähnlich wie beim Abwasserabgabengesetz, je reiner die Abgase sind, je mehr der Unternehmer dazu beiträgt, desto geringer sollen die Abgaben progressiv werden. Bei dem Abgabenaufkommen sollte daran gedacht werden, daß man gegebenenfalls auch aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder sonstigen Gründen Zuschüsse zu den Investitionskosten zahlt, so wie man es ja auch beim Abwasserabgabengesetz handhabt.

(Beifall bei der FDP)

Dies wäre eine pragmatische Regelung womöglich für die Bewältigung der damit verbundenen Kosten. Aber für uns gibt es keinen Zweifel, meine Damen und Herren, es muß hier und heute auch in unserem Bereich, soweit wir darauf Einfluß haben, etwas geschehen, und deswegen unterstützen wir auch die Aufforderung, in Sachen Kraftwerk Nähe Bremen tätig zu werden. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Oeing.

Abg. Oeing (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Schönfeldt, das, was Sie gesagt haben, findet inhaltlich natürlich auch unsere Zustimmung, allerdings mit einer Ausnahme, Sie haben hier Herrn Baum so gelobt, da kann ich nun gar nicht mitmachen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund, Herr Baum hat sehr viel angekündigt, er hatte nur das Problem, daß er nie etwas durchsetzen konnte.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier eine Mitteilung der Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen, datiert vom 20. Dezember 1982, in der folgendes zu lesen steht — ich zitiere —:

„Aus Anlaß einer Anhörung, die am Dienstag, dem 21. 12. 1982, in Bonn stattfindet, hat der Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Herbert Brückner, folgendes Fernschreiben an Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann gerichtet.“ Darin steht folgendes: „Das immer deutlicher werdende bedrohliche Ausmaß der forstlichen Schäden durch Luftverunreinigungen, die jetzt sogar schon hier oben im Küstenraum feststellbar sind, veranlaßt mich, Sie dringendst zu bitten, bei der Überarbeitung des Entwurfs der Verordnung über Großfeuerungsanlagen folgende Forderungen zu berücksichtigen: Erstens: Ich halte es für dringend erforderlich, den Emissionswert für Schwefeldioxid von 400 Milligramm pro Kubikmeter Abgas erneut mit dem Ziel einer Absenkung dieser Werte auf 200 Milligramm pro Kubikmeter Abgas zu diskutieren.“

(Beifall bei der SPD)

Das unterstütze ich voll und ganz! „Zweitens: Die Begrenzung der Schwefeldioxidemissionen auf möglichst 200 Milligramm pro Kubikmeter Abgas darf nicht erst bei Anlagen ab einer Feuerungswärmeleistung von 400 Megawatt gefordert werden, sondern hier ist eine deutliche Absenkung der Leistungsgrenze notwendig. Drittens: Der Sanierung der Altanlagen muß durch präzise Vorgaben größter Nachdruck verliehen werden. Es muß sichergestellt werden, daß die Sanierung der Altanlagen ohne Ausnahme spätestens in fünf Jahren abgeschlossen ist. Darüber hinaus muß gewährleistet werden, daß nach diesem Zeitpunkt alle in Frage kommenden Anlagen nicht mehr als möglich 200 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Abgas emittieren.“ Das kann ich alles unterstützen!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Dann lassen Sie uns das doch beschließen!)

Es kommen noch weitere Forderungen, nur, Frau Lemke, ich darf dem natürlich vorgreifen, Sie haben signalisiert, daß Sie den Antrag der GUL

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nicht mitmachen. Dafür habe ich dann allerdings kein Verständnis, denn genau die Forderungen, die Ihr Senator hier erhebt, stehen zum Teil in diesem Antrag!

(Senator Brückner: Das Gesetz ist schon da! Sie sind nicht auf dem laufenden!)

Das sehe ich etwas anders, Herr Brückner!

Meine Damen und Herren, ich möchte inhaltlich auf das Thema saurer Regen nicht mehr eingehen, ich glaube, das haben wir hier in mehreren Debatten schon getan. Die Probleme werden in den Medien auch hinreichend geschildert, die Ursachen des sauren Regens scheinen zumindest im weitläufigen Sinne bekannt zu sein. Eine der Lösungen heißt, wir brauchen wieder eine saubere Luft. In die Richtung zielt der Antrag der Grünen, und den wollen wir dann auch gern mitmachen, schon deshalb, weil es hier im Parlament gerade die CDU war, die in den vorausgegangenen Debatten deutlich gemacht hat, daß sie alles unterstützen wird, was zu einem Abbau der Luftverschmutzung führt.

Außerdem, Herr Willers, in Ihrem Antrag erheben Sie Forderungen, die wir hier schon vor eineinviertel Jahren erhoben haben. Nur leider, das wissen Sie auch, hatten wir damals noch eine SPD/FDP-Regierung, und da war ja bekanntlich nichts zu holen. Ich bin sicher, daß es bei der neuen Bundesregierung ganz anders ist. Sie redet nicht nur laufend vom Umweltschutz wie die damalige SPD/FDP-Regierung, sondern — und das hat auch schon die größten Skeptiker überzeugt — sie handelt!

(B)

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

Den Antrag der Grünen machen wir auch deshalb gern mit, weil die letzte Bundesratssitzung ganz deutlich gemacht hat, daß man diesen hier gestellten Forderungen ein erhebliches Stück entgegengekommen ist. Ich glaube, gerade die letzte Bundesratssitzung, in der über den sauren Regen und die Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung gesprochen worden ist, hat gezeigt, wer sich in erster Linie engagiert für eine bessere, für eine saubere Luft ausgesprochen hat, ich meine hier die CDU/CSU-regierten Länder Baden-Württemberg und Bayern, und wer versucht hat, dies zu blockieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch auf einen Zeitungsartikel eingehen vom 29. 4. 1983, in dem die SPD folgendes fordert: „SPD will Notprogramm gegen Waldsterben — Verschärfung der Schadstoffverordnung gefordert.“ Meine Damen und Herren, gegen diese Forderung ist eigentlich nichts einzuwenden, sie ist sogar richtig. Nur, wer in all den Jahren seiner Regierungszeit noch nicht einmal eine Verordnung verabschieden konnte und dann nach einem halben Jahr in der Opposition, nachdem die neue Regie-

rung nach kurzer Zeit eben diese Verordnung verabschiedet hat, nach einer Verschärfung schreit, wirkt unglaubwürdig.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das gleiche gilt natürlich hier in Bremen für den Senator Brückner. Ich habe auch hier Pressemitteilungen vorliegen, in denen zu lesen steht: „Senator Brückner wünscht eine saubere Luft, Senator Brückner möchte die Hilfestellung der Bonner Regierung.“

(Zuruf von Senator Brückner)

Doch, Herr Brückner, ich habe Sie auch gesehen in einem Fernsehinterview, in dem Sie versucht haben, Bundesinnenminister Zimmermann so ein bißchen unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Ich darf Ihnen sagen, das ist Ihnen eigentlich nicht gelungen!

Sie müssen doch nun wirklich zugeben, daß der Bundesinnenminister Zimmermann Herrn Baum doch noch mittlerweile links überholt, mindestens in Umweltfragen.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Beckmeyer [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Aber noch einmal zurück zu Ihnen, Herr Senator Brückner! Dieses Interview war insofern interessant, weil Sie Dinge fordern, die Ihre eigene Fraktion hier ablehnt. Ich bin der Meinung, dieses ewige Miesmachen der TA Luft und der Großfeuerungsanlagenverordnung wirkt so lange unehrlich bei Ihnen, solange es in Bremen Kraftwerke gibt und auch eine MVA, die noch nicht einmal mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet sind.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich stimme mit Ihnen allerdings darin überein, daß sowohl die TA Luft als auch die Großfeuerungsanlagenverordnung laufend verbessert werden müßten, weil die Grenzwerte einfach noch viel zu hoch sind.

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Doch! Ich mache keinen Hehl daraus. Sie kennen meine Position!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Deshalb ist der Zimmermann auch so links!)

Nur, Herr Senator, ich konnte in der TA Luft und auch in der Großfeuerungsanlagenverordnung keinen Hinweis finden, daß Sie die aus Ihrer Sicht zu hohen Grenzwerte nicht unterschreiten dürfen in Ihren Bereichen. Das können Sie doch ohne weiteres machen.

(Senator Brückner: Das machen wir ja!)

- (A) Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, dann können Sie zumindest da, wo Sie Einfluß haben —

(Abg. Klein [CDU]: Hier hat er doch keinen!)

ich hoffe, Sie haben ihn! —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Natürlich!)

zumindest hier in Bremen neue Maßstäbe setzen. Dann würde das, was Sie auch sagen würden, wesentlich glaubwürdiger wirken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dieses Haus ist sich einig darüber, daß wir alles unternehmen müssen, um ein weiteres Waldsterben zu verhindern. Die Voraussetzung dafür ist die Reinhaltung der Luft, die wiederum nur dann zu gewährleisten ist, wenn jeder in seinem Bereich das Menschenmögliche tut. Das heißt unter anderem für Bremen: Einbau von Filter- und Entschwefelungsanlagen in den Kraftwerken und der MVA; für die Bundesregierung: Herabsetzung der Höchstgrenzen für die TA Luft und in der Großfeuerungsanlagenverordnung.

- (B) Da Luftschadstoffe nicht an Ländergrenzen halten, also nationale Maßnahmen nicht ausreichen, müssen und — wie ich erfahren habe — werden auch Gespräche geführt mit dem Ziel, auf europäischer Ebene zu Ergebnissen zu kommen, die die Schadstoffbelastung der Luft erheblich reduzieren. Die neue Bundesregierung hat die ersten Schritte in die richtige Richtung getan, und wir von der CDU sind auch ganz sicher, daß weitere folgen werden. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke.

Abg. Eva-Maria **Lemke** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte es Ihnen und mir ersparen genauso wie meine Vorredner — bis auf Herrn von Schönfeldt von der FDP —, nochmals hier und heute inhaltlich auf die Problematik des sauren Regens einzugehen, weil ich glaube, daß bei den vielen Debatten, die wir dazu geführt haben, im letzten Jahr sicher alle acht Wochen, das kommt ungefähr hin, Ihnen die Ursachen und Fakten inzwischen hinlänglich bekannt sind. Insofern erspare ich mir das.

In Erinnerung rufen möchte ich nur noch einmal, daß die Haltung der Bremer SPD-Fraktion dabei stets war, dieser schlimmen Entwicklung entgegenzusteuern. Ich verweise dabei auf die Beschlüsse zur Müllverbrennungsanlage und zum Kraftwerk Hastedt, zu denen die SPD-Fraktion aus Gründen der sauberen Umwelt entsprechende Anträge eingebracht hat, die auch einstimmig von Ihnen verabschiedet worden sind. Ich glaube nicht, daß man

das so schnell vergessen sollte, auch von seiten der anderen Fraktionen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr von Schönfeldt, zu Ihnen möchte ich sagen, daß ich wirklich große Hoffnungen habe, daß Sie Ihre Haltung, die Haltung der Bremer FDP-Fraktion hier, an den Grafen Lambsdorff weitervermitteln können,

(Beifall bei der SPD)

der nämlich dem Druck einer ganz anderen Lobby offensichtlich weicht.

(Abg. Jäger [FDP]: Dem Herrn Rau, Frau Kollegin! — Abg. Richter [FDP]: Fragen Sie einmal Herrn Rau!)

Ich komme darauf! Werden Sie nicht ungeduldig! Nichtsdestoweniger ist das andere genauso richtig! Herr Lambsdorff hat mit Herrn Zimmermann einig zusammengearbeitet in dieser Frage.

Herr Oeing, zu Ihnen! Ich finde das sehr freundlich von Ihnen, daß Sie Senator Brückner so oft hier zitiert haben und auch so oft unterstützt haben, dafür bedanke ich mich wirklich. Das zeigt, daß die Politik des Senats in dieser Richtung auch von Ihnen mit unterstützt wird — insofern kann man Einigkeit erzielen —, von uns natürlich ganz bestimmt.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Nur, Ihr konkretes Handeln ist ein ganz anderes, und zwar sowohl hier als auch in Bonn, denn die sogenannte Großfeuerungsanlagenverordnung, die nun insbesondere wichtig ist, ist in den Wochen vor der Bundesratssitzung von Herrn Zimmermann, dem neuen Innenminister, Ihrem politischen Freund, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, bis zur Unwirksamkeit verwässert worden,

(Beifall bei der SPD)

zum Teil in trauter Zusammenarbeit mit dem Grafen Lambsdorff.

(Zurufe — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Der Lambsdorff muß doch wirklich etwas können!)

Es ist schön, daß Sie von ihm so denken! Sogar Herr Zimmermann als auch die neue Bundesregierung verkaufen diese vorgelegte Fassung als wirksames Instrument gegen das Waldsterben. Nun sind zum Glück nicht alle diesem großen Bluff aufgegeben, auch das Land Bremen nicht, denn im Klartext bedeuten diese Regelungen keine Reduzierung der Schadstoffemissionen aus Kraftwerken bis weit hinein in die neunziger Jahre, das muß deutlich gesagt werden. Demgemäß war es die dringende Pflicht der sozialdemokratisch geführten Länder und so natürlich auch des Landes Bremen, sprich Senator Brückner, die besorgte Öffentlichkeit über den wahren Gehalt dieser Verordnung, die vorgelegt worden war, aufzuklären.

(A) Das Ziel, das sich die Sozialdemokraten dabei gesetzt hatten, ist jedenfalls teilweise erreicht worden, so daß selbst unionsregierte Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg — obwohl sie forstreiche Staaten sind, das muß man auch einmal sagen, und wenn Sie in Nordrhein-Westfalen Verantwortung hätten, dann, glaube ich, hätten Sie sich ganz anders verhalten, als Sie das in dieser Frage getan haben — aufmerksam wurden und strengere Bestimmungen verlangt haben. So geschehen in der letzten Sitzung des Bundesrats, die vor sechs Tagen stattgefunden hat, bei der einige Verschärfungen gefordert beziehungsweise beschlossen wurden!

Zum Beispiel soll der Grenzwert für den Gehalt an Schwefeldioxid pro Kubikmeter Abluft verringert werden, leider aber nicht auf das technisch mögliche Mindestmaß, was Sie vorhin schon hier ausgeführt haben, nämlich auf 200 Milli- nicht Mikrogramm, sondern Milligramm pro Kubikmeter. In einer zusätzlichen Entschließung bestand der Bundesrat auf weitere Maßnahmen zur Verminderung der Stickstoffimmissionen. Sie wissen ja, ein Zusammenwirken ist verantwortlich für die Luftverschmutzung insgesamt, nicht nur immer ein Stoff, sondern das Zusammenwirken vieler Stoffe. Einzelheiten dazu kann Ihnen sicher Herr Senator Brückner mitteilen, der Informationen über die Details dieser Bundesratssitzung hat.

(B) Damit steht fest, daß der Entwurf in der Bundesregierung erneut abgestimmt werden muß, denn die Bundesregierung hatte diesen alten Entwurf, auf den und auf seine Schwächen ich eben schon einmal hingewiesen habe, so in den Bundesrat eingebracht, konnte ihn aber nicht durchhalten. Nun bin ich gespannt, wie die Bundesregierung über diese Verschärfungen erneut abstimmen wird, und daran werden Sie sich dann messen lassen müssen, auch Sie, Herr Oeing!

(Beifall bei der SPD)

Leider muß ich auch hinzufügen, daß diese neue Bonner Verordnung — selbst nach diesen verlangten Verschärfungen der Länderkammer — immer noch zahlreiche Schlupflöcher für die Kraftwerksbetreiber enthält. So wird die Formulierung nach Paragraph 17 Bundes-Immissionsschutzgesetz, nach dem Altanlagen — im übrigen die größten Dreckschleudern — nicht nachgerüstet werden müssen, ich zitiere, „wenn das nach dem Stand der Technik nicht erfüllbar oder aber für den Betreiber wirtschaftlich nicht vertretbar ist“, in diesem Jahrzehnt konkret keine Hilfe bringen!

In der Praxis sieht das doch dann in der Regel so aus, daß sich Behörden und Anlagenbetreiber zu Lasten der Umwelt über das technisch und finanziell Machbare streiten. Insofern ist auch die Initiative richtig, wie ich das heute gelesen habe, daß die SPD-Bundestagsfraktion erneut einen Antrag einbringen wird, den sie nennt „Notprogramm zur Bekämpfung des sauren Regens“, mit dem sich die

Minister der Länder bereits im Mai befassen sollen. (C)  
So ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion!

(Abg. Brass e [CDU]: Auf einmal werden sie wach!)

Ich weiß, die Einsicht ist da, aber bei vielen fehlt wirklich der politische Wille.

Nun komme ich zu Ihrem Antrag! Zunächst zu Punkt eins, Herr Abgeordneter Willers!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Frau Abgeordnete Lemke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Eva-Maria Lemke (SPD): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Fischer!

Abg. Werner Fischer (CDU): Frau Lemke, wie erklären Sie sich eigentlich, daß vor Oktober 1982, das heißt also, als SPD/FDP in Bonn regiert haben — da gab es das Problem mit dem sauren Regen ja auch schon —, außer Lippenbekenntnissen nichts passiert ist?

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Sie wissen ja nicht einmal, wie ein Baum aussieht! — Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Eva-Maria Lemke (SPD): Das ist unrichtig, (D) so wie Sie das sagen! Sie wissen, daß die Umweltminister sich seit langem darüber einig waren und Maßnahmen gefordert haben, aber geblockt worden sind von der Unionsmehrheit, ebenso wie jetzt im Bundesrat.

(Beifall bei der SPD)

Insofern schlägt diese Frage auf Sie selbst zurück.

(Abg. Klein [CDU]: Was haben Sie denn in den 13 Jahren erreicht, Frau Kollegin? Wesentlich weniger als wir in dem halben Jahr! — Lachen bei der SPD)

Ich glaube, Sie haben nicht zugehört, Herr Klein!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das stimmt! Das müssen wir noch einmal im Detail besprechen!)

Also, ich komme jetzt zu dem Antrag, den Herr Willers vorgelegt hat. Zunächst zu Punkt eins! Das, was Sie in Ihrem Punkt eins fordern, Herr Willers, ist in der letzten Bundesratssitzung vorgelegt und verhandelt worden. Das Land Bremen hat entsprechende Initiativen unterstützt oder selbst initiiert, wie freundlicherweise Herr Oeing hier vorhin zitiert hat, was Herr Senator Brückner gefordert hat, welche Anstrengungen unternommen werden müßten. Deshalb muß der Senat nicht noch einmal und heute hier nachträglich dazu aufgefordert werden,

(A) solche Gesetzesvorhaben einzubringen. Er hat meines Erachtens das Seinige getan.

(Beifall bei der SPD — Abg. J ä g e r [FDP]:  
Den können wir ja noch einmal belobigen!)

Zum Punkt zwei — Herr Willers, hören Sie gut zu! — stimme ich mit Ihnen darin überein, daß die Nachrüstung des Kraftwerks Hafen mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage dringend geboten ist. Nun hat aber der Aufsichtsrat der Stadtwerke genau für dieses Vorhaben bereits 30 Millionen DM in diesem Jahr eingesetzt. Dieser Betrag reicht noch nicht aus, das ist klar! Aber es ist bereits gehandelt worden, und das möchte ich ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern erledigt sich das auch! Die Auftragsvergabe noch in diesem Sommer scheint mir im übrigen illusorisch, und nach meinem Wissen, das wissen Sie, glaube ich, genauso gut, sind bremische Betriebe zur Zeit nicht in der Lage, solche Aufträge auszuführen, vielleicht aber in naher Zukunft.

Sie haben es sicher schon meinen Ausführungen entnommen, meine Damen und Herren, meine Fraktion lehnt aus den genannten Gründen den gesamten Antrag ab. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Brückner.

(B) **Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist in der Sache wichtig, sie ist interessant, und sie ist zu einem Teil amüsant, dann jedenfalls, wenn manche Redner den Versuch machen, jetzt nachträglich auf Positionen zu turnen, die ich vor einem Jahr hier und anderswo vertreten habe. Ich will das gleich im einzelnen belegen.

(Abg. Neumann [CDU]: Wir setzen sie dann durch, und Sie können das nicht mehr! — Abg. Klein [CDU]: Zwischen Reden und Handeln gibt es immer einen großen Unterschied!)

Sie haben es im wesentlichen mit dem Reden, Herr Klein, das kennen wir, oder mit dem Zwischenfragen, damit ist es dann auch schon beendet!

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt auch — —.

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

Ja, dann soll man das aber nicht vorwerfen! Wir haben es mit dem Handeln, und das zeige ich Ihnen gleich im einzelnen auf, was wir alles getan haben!

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag, der hier vorliegt, der kommt, darauf hat Frau Lemke eben hingewiesen, natürlich viel

zu spät. Das, was zu diesen Punkten zu tun war, haben wir im letzten Jahr getan. Das Gesetz ist bereits im Lauf, schon in der Bundesratsberatung. (C)

(Abg. Ostendorff [FDP]: Das ist im Parlament! — Abg. Neumann [CDU]: Das ist im Parlament!)

Uns aufzufordern, jetzt eines einzubringen, nachdem wir bei einem eingebrachten entscheidend mitgewirkt haben, ist wirklich nur so zu bezeichnen, daß Sie, Herr Willers, spät aufgewacht sind in dieser Sache.

(Beifall bei der SPD)

Ich teile Ihre und von anderen vorgebrachte Kritik an diesem Entwurf, ich will das nachher noch im einzelnen sagen. Ich halte sie für berechtigt. Ich halte die Kritik am Senat für nicht berechtigt und will das im einzelnen belegen, was der Senat in dieser Sache getan hat.

Meine Damen und Herren, daß es zu einer Großfeuerungsanlagenverordnung gekommen ist, ist mit ein Verdienst des Bremer Senats, der schon in den Umweltministerkonferenzen zu Zeiten der sozialliberalen Regierung mit dafür gesorgt hat, daß die sozialliberale Regierung den Entwurf für die Großfeuerungsanlagenverordnung erarbeitet hatte.

Herr Fischer, Ihre Zwischenfrage kommt immer auf das gleiche hinaus, Sie tun so, als wäre das Ihr Werk! (D)

(Zuruf des Abg. Werner Fischer [CDU])

In Wirklichkeit ist die Großfeuerungsanlagenverordnung Werk der sozialliberalen Koalition. Was hat Herr Zimmermann gemacht? Er hat diesen fertigen Baum beschnitten — Baum fast wörtlich, wenn Sie so wollen — und hat gesagt, das nicht, das nicht, das nicht, hat ihn verschlechtert und dann schnell herausgegeben. Das nennen Sie handeln? Das ist ein so schlechtes Handeln — —.

(Abg. Klein [CDU]: Das lag fertig in der Schublade!)

Das lag nicht in der Schublade! Das war fertig. Der Zeitpunkt ist rein zufällig dadurch gekommen, daß Sie fälschlicher-, unnötiger- und für dieses Land auch mit negativen Auswirkungen versehener Weise an die Regierung gekommen sind in Bonn.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Früchte geerntet, und Sie haben sie zu einem Teil ausfaulen lassen. Daß Sie am 6. März gewählt sind, nehme ich zur Kenntnis, akzeptiere ich, und daß die Bevölkerung die Erfahrungen noch damit sammeln wird, das weiß ich auch. An diesem Punkt liegen Erfahrungen vor, die ich im einzelnen noch aufzählen will.

(A) Der erste Punkt war, daß Bremen hier die Dinge eben mit in Gang gebracht hat —

(Abg. Neumann [CDU]: Von den Genossen haben sie die Nase voll, das haben wir gesehen!)

hören Sie gut zu, Herr Neumann! —, daß wir die Briefe, Herr Oeing hat es selbst vorgelesen, im vergangenen Jahr bei diesem Gesetzentwurf mit konkreten Verbesserungsvorschlägen versehen haben, daß Bremen die Anträge der SPD-regierten Länder mit formuliert hat, die in den Bundesratsausschüssen überall Mehrheit gefunden haben, daß der Senator für Arbeit in Bremen auf der Grundlage dieser Beratungen schon am 30. November 1982 im vergangenen Jahr die Stadtwerke aufgefordert hat, die Entschwefelungsanlage vorzusehen, also, bevor dieser Entwurf und die gesetzliche Notwendigkeit überhaupt bestanden.

Frau Lemke hat darauf hingewiesen, daß Vorstand und Aufsichtsrat der Stadtwerke hier bereits im Vorgriff auf diese mögliche Regelung einen großen Batzen Geld, eine erste Rate zur Verfügung gestellt haben. Ich bin sicher, daß Bremen unabhängig von dem, was in Bonn entschieden wird — es wird unseren Ansprüchen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht genügen, auch nicht nach den Verschärfungen, die am vergangenen Freitag dazugekommen sind —, handeln wird und wir noch in diesem Jahr mit dem, was im Hafen beim Kraftwerk notwendig ist, das Notwendige tun werden, wohl auch noch Aufträge vergeben werden.

Einer solchen Aufforderung wie in Absatz zwei bedarf es überhaupt nicht, da dieses Handeln zum Teil bereits geschehen ist und ansonsten entsprechend zum richtigen Zeitpunkt eingeleitet wird. Soweit, meine Damen und Herren, zum Handeln des Senats, immer der Zeit, sogar zum Teil den gesetzlichen Notwendigkeiten entscheidenden Raum voraus!

Nun zu der Kritik an der Bundesregierung und zu ihrem Verhalten! Ich habe schon darauf hingewiesen, wie Herr Dr. Zimmermann als Innenminister das getan hat. Deshalb empfinde ich das, was Herr Oeing hier gesagt hat, die Bundesregierung hätte nun gehandelt und hätte etwas getan, sie hätte sozusagen die Sache erfunden und in Gang gebracht, als eine Sache, die Sie wie immer nach dem gleichen Motto vorbringen: Man kann ruhig Falsches behaupten, man muß es nur oft genug wiederholen, dann wird schon irgend etwas daran hängenbleiben,

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Darin sind Sie Meister!)

in der Hoffnung, die CDU könnte sich mit diesem Motto sozusagen beim Waldsterben irgendwo eine Laterne anhängen.

Im übrigen habe ich festgestellt, daß Herr Oeing zwar nicht mit dem Beifall seiner Fraktion, aber doch wohl mit Zustimmung seiner Fraktion gesagt hat, daß links überholen offensichtlich etwas Gutes ist

und daß das jetzt neuerdings auch von der CDU (C) unterstützt wird.

(Abg. Neumann [CDU]: Es kann nur links überholt werden im Straßenverkehr!)

Politisch, Herr Neumann, politisch! Ich denke, daß auch hier mit solchen Sätzen der Versuch gemacht wird, dann später zu sagen, aber wir haben auch etwas getan.

Was haben Sie denn getan? Diese Bundesregierung hat einen Entwurf eingebracht mit dem Hinweis, das sollte nun das Waldsterben beseitigen, mit dem der vorgelegte Entwurf verschlechtert worden ist. Dann haben wir, die SPD-regierten Länder, Verschärfungen eingebracht, die alle von Herrn Dr. Zimmermann nicht übernommen wurden, kein einziger Punkt. Das hätte er alles übernehmen können. Nun sind sie in den Bundesrat eingebracht worden, und wie hat die Bundesregierung sich dazu gestellt? Die Bundesregierung hat gesagt, Herr Dr. Zimmermann: Ich gehe damit ins Kabinett, ich werde einmal sehen, wie sich mein Kollege Lambsdorff dazu verhält. Das ist die offizielle Erklärung der Bundesregierung. Er sagt also, ich kann es nicht allein, wir werden einmal sehen, wie die Bundesregierung entscheidet. Wir werden einmal sehen, meine Damen und Herren, was aus dem Kabinett wieder herauskommt!

Ich nenne Ihnen einmal kurz die Verschärfungen, die auf unsere Anträge hin im Bundesrat in der vergangenen Woche entschieden worden sind. Die Summen der Stickoxide sind erheblich heruntersgesetzt worden, erstens! Zweitens, das, was hier im Antrag gefordert wird, nämlich die Geltung dieser Verordnung für Kraftwerke ab 200 Megawatt, wie ich das gefordert habe in meinem Brief, den Herr Oeing freundlicherweise vorgelesen hat, ist im Bundesrat — früher war ja Herr Dr. Zimmermann für 400 Megawatt — immerhin für Kraftwerke ab 300 Megawatt heruntersgesetzt worden, obwohl man sehen muß, generell gilt die Verordnung für alle Kraftwerke ab 50 Megawatt, nur die Ausnahmen für Schwefeldioxid sind auf Kraftwerke ab 300 Megawatt, jetzt im Bundesrat so beschlossen, heruntersgesetzt worden.

Dann war es früher so, daß die Anlagen getrennt gezählt wurden. Nach dem Beschluß des Bundesrates wird es sich jetzt immer dann um eine gemeinsame Anlage handeln, wenn ein gemeinsamer Schornstein oder die betriebliche Zusammengehörigkeit einer solchen Anlage gegeben ist. Auch dies ist ein Antrag der Länder.

Dann sind die Altanlagen — dieses Hauptproblem, das hier auch mehrfach angesprochen worden ist — zwar nicht auf, wie wir das beantragt hatten, die Hälfte der Zeit heruntergebracht worden, sondern in ihren Betriebsstunden von 15 000 auf 10 000 heruntersgesetzt worden, also um etwa ein Drittel, oder in ihrer Menge für diejenigen, die bis zu fünf Jahre noch bestehen, statt auf 40 000 mit 30 000 Betriebsstunden angesetzt. Es sind Verbesserungen

(A) erfolgt, Verschärfungen, der Fernwärmebonus ist entfallen. Die Braunkohleregelung, die Herr Rau gewünscht hat, ist nicht im Bundesrat beschlossen worden. Ich möchte nur darauf hinweisen.

Nun liegen diese Verschärfungen, die alle etwa zur Hälfte unseren Anträgen entsprechen, beim Bundeskabinett. Ich möchte einmal sehen, was die Bundesregierung daraus macht! Die Unterstützung, die wir spät, aber dankenswerterweise für unsere Anträge bekommen haben, kommt von Bayern und Baden-Württemberg. Diese beiden Länder haben sich spät, in der Umweltministerkonferenz noch nicht, aber dann später im Bundesrat unseren Anträgen angeschlossen und haben insoweit eine Bundesratsmehrheit mit herbeigeführt.

Nun finde ich das schon erstaunlich, wie Herr von Schönfeldt — er hat zwar meinen Brief nicht zitiert, aber ihn wohl gekannt oder auch nicht gekannt — die inhaltlichen Forderungen dieses Briefes aufnimmt und sagt, das wollen wir nun verbessert haben. Also, meine Damen und Herren von der FDP, ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer Bundestagsfraktion, Ihnen, Herr Lahmann, im Präsidium Ihrer Partei,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Besten Dank!)

denn darauf wird es ganz entscheidend ankommen, wie die FDP sich verhält.

(B) Manchmal habe ich die Vermutung, daß manche Herren bei der CDU laut reden und denken, na, nachher wird es wohl doch nicht so kommen, das Kabinett entscheidet. Wir werden ganz genau darauf achten, ob hier die großen Sprüche nicht von dem einen oder anderen im Kabinett nachher so beschnitten werden, daß etwas ganz anderes dabei herauskommt. Sie haben einen großen Anteil daran, ob es am Ende wenigstens so wird, wie der Bundesrat dies beschlossen hat.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Brückner:** Ja, natürlich!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Neujahr!

Abg. Neujahr (FDP): Herr Senator Brückner, darf ich in Erinnerung rufen, daß wir bereits in der letzten Debatte über den sauren Regen — ich glaube, das war im November letzten Jahres — darauf hingewiesen haben, daß in Japan 250 und 200 Milligramm pro Kubikmeter möglich sind, daß es also technisch möglich ist? Und darf ich Sie daran erinnern, daß Sie damals zustimmend mit dem Kopf genickt haben von Ihrer Bank aus?

(Senator Brückner: Wie jetzt!)

Insofern ist das also für uns nichts Neues, wir waren schon lange daran!

(C) **Senator Brückner:** Herr Neujahr, ich stimme Ihnen gern zu, zumal auch ich etwa zum gleichen Zeitpunkt die Unterlagen aus Japan und aus den USA bekommen habe. In der Tat wurde bis dahin darüber geredet, daß nur 400 Milligramm technisch möglich seien. Daß dies eine Fehlbehauptung war, haben wir mit diesen neueren Unterlagen aus dem Ausland belegen können, insofern will ich über das Erstgeburtsrecht hier nicht streiten. Ich finde nur, daß die Argumentation von Herrn von Schönfeldt hier an diesem Pult nun ausgetragen werden muß, nachdem unsere Anträge vorlagen im Bundesrat und bei der Bundesregierung, an der Stelle, wo Sie möglicherweise mehr Einfluß haben. Das kann mit einem Beschluß im Landtag nun hier nicht mehr praktiziert werden, weil es an anderer Stelle auf unseren Antrag hin schon abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung hier in der Zeit, in der sie dafür zuständig ist, nicht genügend getan hat, ist mit den Beschlüssen des Bundesrats ergiebig bewiesen. Daß sie noch die Chance hat, mehr zu tun, ist der Fall. Wir werden das in Kürze sehen. Bremen wird — das kann ich für den Senat sagen — unabhängig davon, wie die Grenzwerte und wie die Altanlagen- und Einzelanlagenregelung ausfallen wird, darauf vorbereitet sein, sofort nach Verabschiedung dieses Entwurfs für das Kraftwerk im Hafen das Notwendige zu tun und durchzuführen.

(D) Meine Damen und Herren, ich will nur der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, daß damit dem Waldsterben noch nicht Genüge getan ist. Schwefeldioxid ist nur eine der entscheidenden Belastungen, Stickoxide kommen entscheidend aus den Pkw, andere Schadstoffe auch. Der nächste große Punkt der Auseinandersetzung, der stattfindet, ist der der Schadstoffminderung bei den Kraftfahrzeugen. Ich hoffe, daß alle diejenigen, die heute so gegen das Waldsterben reden, das dann auch alles unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt, meine Damen und Herren, im Bundesrat ein Gesetzentwurf des Landes Hessen vor, unterstützt von den sozialdemokratisch regierten Bundesländern, auf Einführung einer Schwefelabgabe, so wie sie Herr von Schönfeldt eben hier genannt hat. Schon mit dem Gesetzentwurf in der Mai-Sitzung im Bundesrat wird darüber entschieden werden. Ich bin gespannt, wie sich die CDU-regierten Länder zu dieser Abgabe verhalten werden! Wir sind an dieser Stelle zum Glück durch die umweltpolitische Diskussion so weit, daß wir eine breite Unterstützung der Bevölkerung für dieses Vorhaben haben, auch eine Bereitschaft, das mit zu finanzieren über den Strompfennig, und ich hoffe sehr, daß diejenigen, die hier durch Mehrheit im Bundesrat oder durch ihre Koalition in der Bundesregierung die Chance hätten, das Notwendige auch zu tun, das tatsächlich machen.

(A) Beim Waldsterben verhält es sich wie an vielen anderen Stellen damit so, daß wir eine Änderung in unserem Denken vollziehen müssen, die auch in der Politik noch nicht an allen Stellen vollzogen ist. Ich will deshalb schließen mit einem Zitat des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Herrn Vogel, der gestern in der Bundestagsdebatte bei der Auseinandersetzung über die Fragen der Zukunft des Umweltschutzes deutlich gemacht hat, daß nach seiner Auffassung die Phase und die Zeit vorbei seien, in der der Mensch sich schützen müsse vor den Gewalten der Natur und der Umwelt, sondern daß es höchste Zeit sei, daß die Natur und die Umwelt geschützt würden vor der Macht und der Gewalt des Menschen. In dieser Zielsetzung sollten wir weiterarbeiten!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Die FDP hat beantragt, den letzten Absatz gesondert zur Abstimmung zu stellen.

(B) **Abg. Adamietz (BGL) \*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir vor ungefähr anderthalb Jahren das Thema saurer Regen hier in die Bremische Bürgerschaft einbrachten, war es das erste Mal, daß überhaupt ein deutsches Parlament — Bundes- oder Landesparlament — mit diesem Thema befaßt wurde. Über den Kreis derjenigen hinaus, die nun vielleicht professionell befaßt waren, beispielsweise Förster, über den Kreis der Experten hinaus wurde damals die politische Debatte eröffnet. Diese Initiative hat immerhin dazu geführt, daß seitdem — natürlich nicht nur aufgrund unseres Antrags, sondern auch aufgrund der erschreckenden Zustände — die politische Debatte zu diesem Thema nicht abreißt, und das ist gut so.

Es muß nachdrücklich unterstützt werden, auch wenn es dazu führt, daß wir alle acht Wochen darüber reden. Man sollte das nicht mit einem vielleicht etwas abfälligen Beiton machen. Natürlich müssen wir uns jeweils dann auf den aktuellen Stand konzentrieren und sehen, wie wir vorankommen. In der Sache selbst, was die Gefahren anbelangt, ist in der Tat nichts Neues zu sagen, auch wenn es so ist, daß nun wieder einige ankommen und sagen, es ist doch wieder alles unsicher, und wir wissen gar nicht, ob das Waldsterben nur durch den sauren Regen verursacht wird. Wir wissen immerhin soviel, daß wir eine Gefahrenquelle kennen und die ausschließen müssen, und darum geht es hier auch entscheidend.

Die politische Frage ist also, ob es nicht richtig ist, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir Maßnahmen haben, die wirklich greifen, nach dem Motto vorzugehen, steter Tropfen höhlt den Stein. In dem Sinne ist auch hier dieser Antrag aufzufassen und zu unterstützen. Wir müssen uns gewissermaßen alle an die Brust klopfen und sagen, da ist überhaupt

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) nicht genug getan, es kann gar nicht genug getan werden. Deswegen ist es gut, daß es Umweltschutzorganisationen gibt wie Robin Wood, die sich damit befassen, oder eben parlamentarische Initiativen, die das aufgreifen, auch wenn sie denn sicherlich spät kommen. Wir kommen alle zu spät in dieser Frage.

Wenn das aber die politische Kernfrage ist, dann muß man sich natürlich einfach und schlicht fragen, warum wird dann so eine Initiative abgelehnt, warum wird politisch damit der Eindruck erweckt, es sei eben genug getan, man könne sich politisch an die Brust klopfen, wir haben das ja getan. Das macht der SPD-Senat hier gern, und ich sehe, daß hier schon viel Wahlkampfgeklingel darin ist. In der Sache kommen wir nämlich dann nicht voran, wenn wir uns nur gegenseitig vorhalten, wieviel man denn getan hat.

Weil das Wahlkampfgeklingel ist, will ich das aber auch entsprechend noch einmal hier deutlich machen, daß es so nicht geht und daß es so auch nichts nützt.

(D) Nach welchem Motto geht hier die SPD-Fraktion und auch die Landesregierung vor? Es wird erklärt, die Großfeuerungsanlagenverordnung sei ja im Entwurf schon fertiggestellt worden von der alten sozialliberalen Koalition. Richtig! Ob das eine Heldentat ist, ist eine andere Frage, denn erstens kam sie sehr spät und zweitens, dieser Entwurf der sozialliberalen Koalition war schon heftig umstritten, weil er unzulänglich war. Alle Eingeweihten haben in vielen Debatten, in vielen Hearings, in vielen Eingaben schon Kritik daran geübt und deutlich gemacht, hier muß mehr geschehen. Das ist alles im Zusammenhang mit der Änderung der sogenannten Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft und hier der Großfeuerungsanlagenverordnung geschehen.

Also, richtig ist, daß dieser Verordnungsentwurf vor der jetzigen Koalition eingebracht wurde. Aber er war schon damals vom Standpunkt derjenigen, die den Wald schützen wollen, nicht umfassend genug, er war schon damals umstritten. Jetzt versucht die SPD-Opposition Profilierungsversuche gegen die jetzige Koalition, die diesen Entwurf weiter verwässert, oder man muß vielleicht eher sagen, versauert hatte.

Dann kommt die nächste Phase der Profilierung! Hatte man sich also da schon eine gute Presse verschafft, kommt jetzt die nächste Phase der Profilierung, indem man wiederum Verbesserungen dieses versauerten Entwurfs vorschlägt und jammert, daß die nicht ganz so weit durchkommen, wie man das wollte, die aber auch nicht eigentlich das herstellen, was technisch machbar ist und was politisch notwendig ist.

Es geht tatsächlich nicht darum, einfach nur ein paar Grenzwerte herabzusetzen, weil das sozusagen von den Zahlenspielerien her dann optisch ganz gut klingt, Grenzwerte, egal welche Maßeinheiten

(A) wir nehmen — wir haben die von 400 jetzt auf 300, wie das auch deutlich gemacht wurde —, besagen doch gar nichts, wenn wir uns nicht vor Augen halten, was wir tun können, und politisch wissen wir, was wir tun müssen. Deswegen ist es tatsächlich richtig, das auf das erforderliche Mindestmaß zu reduzieren, was überhaupt nur nach dem Stand von Wissenschaft und Technik möglich ist. Das aber fordert hier auch die SPD-Opposition nicht, und schon gar nicht tut sie es dort, wo sie politisch die Macht in den Händen hat, nämlich in den Ländern.

Frau Lemke hat für die SPD-Fraktion erklärt, wir haben das alles schon aufgegriffen, wir sind die Vorreiter, wir haben auch Anträge dafür eingebracht, und die sind ja auch hier verabschiedet worden. Also sozusagen, uns kann man hier nichts vormachen, wir sind schon diejenigen, die Nägel mit Köpfen machen.

Meine Damen und Herren, das hat mich doch etwas empört, und das ist wirklich eine solche bodenlose Wahlkampfvormacherei hier, daß man das hier nicht so im Raum stehenlassen kann. Ich will Ihnen das nur einmal an einem Beispiel kurz deutlich machen. Ich habe es mir schnell noch einmal herausuchen lassen, denn so kurz ist unser Gedächtnis ja wohl nicht, daß diese kurzen Beine hier nicht auch noch aufgeführt werden können.

Beispiel: Debatte Juni 1982 in der Stadtbürgerschaft, genau das Thema Müllverbrennungsanlage, das sie angesprochen hat! Da haben wir einen Antrag eingebracht, am 22. April 1982. Darin wurde der Senat aufgefordert, Maßnahmen gegen den in Bremen verschuldeten sauren Regen zu ergreifen und die existierende Verbrennungsanlage mit den notwendigen technischen Einrichtungen wie zum Beispiel einer Rauchgaswaschanlage zu versehen. Den Antrag hat, wie gesagt, Frau Brox gestellt unter dem Datum 22. April 1982.

Dann kam auch eine Debatte im Juni, und dazwischen, im berühmten Nachklappverfahren, hat dann tatsächlich die SPD-Fraktion auch einen Antrag eingebracht, am 6. Mai 1982. Der ist natürlich, wie man sich denken kann, dann auch verabschiedet worden, während die anderen Anträge, die alle auch noch nachkamen und etwas schärfer profiliert waren, abgelehnt wurden.

Wie lautet nun der Antrag, den Frau Lemke für die SPD-Fraktion hier eingebracht hat? Da wurde der Senat aufgefordert, die Abgasanlagen der Müllverbrennungsanlage dem erforderlichen Stand der Technik und den notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten entsprechend auszurüsten.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Einen Augenblick! Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner!

**Abg. Adamietz (BGL):** Meine Damen und Herren, dem erforderlichen Stand der Technik! Ich weiß

nicht, was der erforderliche Stand der Technik ist. Ich kann sagen, was politisch erforderlich ist. Ich weiß auch, was der Stand der Technik — Wissenschaft und Technik müßte man hier zusammenfassen — ist. Was der erforderliche Stand der Technik ist, weiß ich nicht. Das ist eine politische Frage! Da muß man genau klar bekennen, erforderlich ist hier Herabsetzung, soweit das irgend möglich ist, in diesem konkreten Fall zum Beispiel, so eine Waschanlage einzurichten. Da ist nichts mehr mit erforderlichem Stand der Technik sozusagen offenzuhalten und irgendeine Instanz dann noch zu befragen, was denn erforderlich sei.

Aber schlimmer noch wird der nächste Halbsatz. Den notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten entsprechend! Meine Damen und Herren, daß die Finanzierung dann notwendig ist, wenn ich so etwas politisch durchsetzen will, ist klar. Notwendig ist dann, Geld herbeizuschaffen, das haben wir gesagt! Dann muß das über die Stromtarife abgewälzt werden, dann muß ein Waldpfennig, und das wird er vielleicht sogar, wenn wir uns nicht beeilen, ein Waldgroschen werden. Das muß alles finanziert werden! Also, insofern ist die Finanzierung notwendig. Der notwendigen Finanzierung entsprechend muß das geschehen, na schön, dann heißt das, das ist eine Auflage an den Senat, das entsprechend bei der Aufstellung des Finanzplans zu berücksichtigen.

(Abg. Sixt [SPD]: Möglichkeiten!)

Ja, Möglichkeiten, das ist das Stichwort, Herr Sixt! Was sind denn nun die notwendigen Möglichkeiten? Das ist doch genau das, daß Sie sagen, wir haben kein Geld in den Kassen, wir schaffen das nicht. Wir machen vielleicht noch Gutachteraufträge. Das ist genau immer Ihr Hintertürchen, Sie machen vorher ein großes Wortgeklingel, erklären ganz großartig, wir sind ja die Vorreiter. Aber wenn es dann an die konkreten Maßnahmen geht, dann ist Schluß. Das haben wir schon in anderen Themen gehabt.

Gestern groß die Debatte über die Asbestverfahren! Wir sind alle für den Vorrang des Schutzes des Lebens und der Gesundheit vor den wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber wenn es dann zu Potte kommt, wenn es dann auch um wirtschaftliche Probleme geht, dann auf einmal ist dieser Vorrang wegdiskutiert, weil man sich in die Tasche lügt, man könne das ja auch alles anders. Das ist genau diese Politik, auf der einen Seite große Erklärungen abgeben, auf der anderen Seite praktisch nichts tun! Ich meine, erlauben Sie mir jetzt an diesem Beispiel einmal die Polemik, weil ich nun gerade so eine Presseerklärung auf den Tisch bekommen habe, zu diesem selben Thema! Groß wird erklärt, hier auf der einen Seite, öffentlich in einer Presseerklärung, die vielleicht dann an Betriebsräte geht oder so, wir sind für den Schutz des Lebens, und wir sind auch gegen entsprechende Abmahnungen von Betriebsvorständen, wie das in dem Fall Vulkan geschehen ist.

(A) Hier in der Bürgerschaft, und darum geht es, da wird genau andersherum abgestimmt, da wird nicht das Wort ergriffen für solche Kollegen. Das ist genau das, was wir immer kritisieren. Für die Öffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, man tut etwas. Aber wenn man dann hier zu parlamentarischen Beschlüssen kommen will, wenn dann auch eine Landesregierung gezwungen werden soll, sich entsprechend zu verhalten, dann wird gekniffen. Das ist allerdings Volksvertretung in Ihrem Sinn!

Meine Damen und Herren, genauso ist das hier. Natürlich hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Müllverbrennungsanlage eingebracht. Natürlich hat sie ihn auch durchbekommen mit ihrer absoluten Mehrheit. Die CDU, das sage ich ganz drastisch, war dumm genug, da auch noch mitzustimmen.

(Abg. Dr. Menke [CDU]: Na, na!)

Aber jetzt das noch als einen Erfolg zu verkaufen, wenn deutlich wird, daß tatsächlich eine Rauchgaswaschanlage nun eingesetzt wird als konkreter Beschluß, daß der abgelehnt wird und man einen verwässerten Antrag einbringt, man kann schon hier sagen, versauert oder vermüllt, wie man das auch immer ausdrücken will, einen solchen verwässerten Antrag einzubringen, in dem überhaupt nichts steht, mit dem der Senat zu überhaupt nichts gezwungen wird, mit dem er nicht festgenagelt werden kann, das dann noch zu verkaufen als politischen Erfolg, das ist schon wirklich skandalös.

(B) Meine Damen und Herren, deswegen muß man auch ganz klar sagen, bei dieser Wahlkampfprofilierung muß man Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Das nützt Ihnen nichts! Sie können auf diese Art und Weise in der Tat niemanden überzeugen, daß Sie etwas tun. Sie als Landesregierung müssen handeln. Sie müssen da nicht nur groß hier reden. Deswegen, meine ich, ist es richtig, diesen Antrag zu unterstützen, auch wenn wir da Kritik an einzelnen Punkten haben.

Richtig ist der Grundsatz, Bremen muß selbst handeln, muß sofort handeln, braucht nicht und darf nicht warten, bis nun andere Bundesländer bundesweit entsprechende Verordnungen vielleicht erlassen. Es ist Ihnen unbenommen, besser als diese Verordnungen, die Sie selbst kritisieren, zu sein. Wenn Sie das alles im Bundesrat nicht durchbekommen, wenn Sie sagen, da wollen wir einmal sehen, was die CDU-Mehrheit da macht, bitte, bestellen Sie erst einmal Ihr eigenes Haus! Zeigen Sie denen einmal, daß Sie auch handeln können! Dann können Sie auch politisch bundesweit richtig auftreten. Aber das tun Sie nicht, wollen Sie nicht. Sie wollen sich nur dahinter verstecken, daß die anderen noch viel schlimmer sind.

Die Kritik an diesem Antrag, unsere Kritik an diesem Antrag, will ich Ihnen kurz an ein paar Punkten benennen. Hier in dieser Situation den Senat aufzufordern, tätig zu werden, ist ein bißchen naiv, das haben wir schon oft gesagt. Wenn man ihn

auffordert, dann soll man nicht fordern, er solle irgend etwas tun mit nur ein paar Richtlinien, zum Beispiel soll er hier einen Gesetzesentwurf einbringen, dann muß man Nägel mit Köpfen machen. Dann muß man ihn festnageln. Dann muß man so einen Entwurf beifügen — außerdem geht es hier ja meistens um Verordnungen —, dann muß man ihm also konkrete Änderungsanträge für das Verfahren vorgeben, damit er die dann auch vertritt.

Wir haben auch Probleme, wir meinen, daß das bis 1989 etwas spät ist. Fünf Jahre sind genug. Das ist also spätestens 1988. Wir meinen auch, daß eine solche Sache wie, die bremischen Betriebe sollten diese Aufträge ausführen, wenn das möglich ist, natürlich nur eine Selbstverständlichkeit ist. Das darf man nicht in so einen Antrag hineinschreiben, dann kommen die in Bayern an und sagen, nur noch bayerische Firmen für Bayern, nur noch baden-württembergische Firmen für baden-württembergische Aufträge. Bremen wird dann immer hinten herunterfallen.

So etwas macht man! Da prüft man, ob die in der Lage sind und läßt man sich Angebote geben und erklärt denen auch, wie die Angebote entsprechend billig aussehen müssen. Aber das können wir hier eigentlich nicht so groß öffentlich debattieren. Das ist eigentlich politisch etwas naiv. Sei es darum! In der Stoßrichtung und um deutlich zu machen, wie ernst dieses Problem ist, unterstützen wir diesen Antrag und meinen, daß es auch der SPD gut anstünde, hier sich nicht so zu verhalten, wie sie es angekündigt hat.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte zu meinem naiven Antrag und auch zu dem, was Herr Brückner und Frau Lemke gesagt haben!

Ich finde es ziemlich unerträglich, Frau Lemke, wenn Sie sich die Lorbeeren bestimmter Beschlüsse, Mehrheitsbeschlüsse aufgrund von Anträgen, die Sie nachgeklappt haben,

(Abg. Wilhelms [CDU]: Was machen Sie denn?)

hier um das Haupt winden. Herr Adamietz hat das schon sehr deutlich gesagt, gerade diesen MVA-Beschluß können Sie sich nun nicht an den Hut stecken. So, wie er gefaßt worden ist, bringt er leider auch überhaupt nichts, denn wenn die finanziellen Einschränkungen dabei — und das war wohl die Hauptsache — im Beschluß festgeschrieben werden, dann passiert auf Dauer, auf längere Zeit jedenfalls, auch da nichts.

Ich fand die Debatte überhaupt hier teilweise kleinkariertes Politikastertum. Herr Brückner, Sie haben natürlich schon längst, bevor irgend jemand

(A) auf den Gedanken gekommen ist, alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Bloß, ich schaue zum Kraftwerk Hafen und sehe da nichts. Das ist das Problem!

(Zurufe von der SPD)

Worte machen, Herr Senator Brückner, das ist eine relativ einfache Angelegenheit. Ich habe immer den Eindruck, daß das Beste an Ihnen, Herr Senator Brückner, Ihr Herr Marckhoff ist, der Ihre Public-Relations-Abteilung macht.

(Senator Brückner: Wenn Sie nichts mehr wissen, kommen Sie damit!)

Ja, das ist so! Wirklich! Ich habe schon einmal gesagt, Sie machen aus der größten Niederlage mit Ihrem Public-Relations-Manager immerhin noch eine vertretbare, für Sie vertretbare, Geschichte. Wenn Robin Wood bei Ihnen in Schwärme auf den Schornstein krabbeln würde, würde Ihr Public-Relations-Manager auch noch eine Personality-Show für Sie davon machen.

(Abg. Seifriz [SPD]: Das wollen wir hoffen!)

Aber wie auch immer! Ich hätte auch gern einmal etwas gehört, was Sie denn so eigentlich meinen, Herr Brückner, ich habe die Frage auch in meinem Beitrag gestellt, warum eigentlich der Widerstand gegen diese Geschichte so groß ist angesichts der Tatsache, daß die ganze Sache ohnehin auf den Verbraucher abgewälzt wird und abgewälzt werden kann und sogar akzeptiert werden würde. Das hätte mich einmal interessiert, wie Sie das einschätzen.

(B)

Die ganze Art und Weise, wie hier von der SPD wieder vorgegangen wird, ist die des großen Kompromisses. Das hat dann letzten Endes die Auswirkung, daß vielleicht nicht 30 Prozent des Waldes kaputtgehen, sondern 20 Prozent. Auch das wird sicher noch als Erfolg verkauft.

Mit so einer Art Politik, wie Sie sie treiben, so halbherzig und — ich weiß nicht, wie ich das genauer sagen soll — nur auf Verhandlungen und auf Kompromiß ausgerichtet, unterstützen Sie solche Tendenzen, wie sie zum Beispiel die IG Bergbau und Energie in wirklich schlimmer Art und Weise von sich gibt. Die haben in ihrer Zeitschrift „Einheit“ von Scheuklappenumweltschutz geredet.

Die sagen nicht saurer Regen, sondern die sagen sogenannter saurer Regen. Die machen sogar bestimmte Radarstrahlen für das Baumsterben verantwortlich und sehen das ganze Problem der sterbenden Wälder als ein Problem der Medienmanipulateure, die dieses Problem hochspielen. Solche Tendenzen werden unterstützt, wenn man nicht einmütig genug und energisch dagegen vorgeht. Ich bin so naiv, es noch einmal zu versuchen auch mit der SPD, und ich denke, vielleicht, Herr Wedemeier, sollten wir doch noch einmal einen Versuch wagen. Vielleicht kann auch Ihre Fraktion oder können Sie sich doch noch ad hoc und ohne Fraktionsvollver-

sammlung dazu bereitfinden, diesem Antrag mit einer Änderung zuzustimmen. Ich habe einfach ein Interesse daran, daß er nicht abgelehnt wird, sondern Grundlage auch Ihres Handelns wird.

(C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir handeln doch danach!)

Ja, dann können Sie es auch noch einmal bestätigen, Herr Wedemeier!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Dann schreiben Sie da hinein, wir begrüßen, daß der Senat — —. Dann können wir das beschließen!)

Ja, so ähnlich wird das ja auch!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das ist schön!)

Ich schlage folgendes vor: Die Änderung ergibt folgenden Text: „Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, als konkreten bremischen Beitrag zur Bekämpfung des sauren Regens auch weiterhin im Bundesrat für“ — und dann kommen die drei Spiegelstriche — „zu kämpfen.“

Sehen Sie, Herr Senator Brückner, da anerkenne ich sogar, daß Sie bisher schon gekämpft haben, obwohl ich da gelinde Zweifel habe. Aber wie das dann formuliert ist, gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund mehr, das abzulehnen.

Da es mir einleuchtet, daß es schwierig sein wird, die Aufträge noch im Sommer zu erteilen für die Rauchgaswäsche im Kraftwerk Hafen, will ich das ändern. Im letzten Absatz müßte es dann heißen: „Die erforderlichen Aufträge sind unverzüglich“ — unverzüglich nach juristischer Definition, ohne schuldhaftes Verzögern — „zu erteilen.“

(D)

Ich denke, das müßte möglich sein. Ich habe sehr große Zweifel, daß beim Kraftwerk Hafen wirklich in der notwendigen kurzen Zeit etwas passiert, wenn jetzt das Geld noch nicht einmal voll bereitgestellt wird, aber unverzüglich, wie gesagt, müßte eigentlich die notwendige politisch eindeutige Aussage zu dieser Sache sein.

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Willers, das ist kein Änderungsantrag, sondern Sie haben Ihren Antrag in dieser Fassung vorgelegt? Er kommt also nicht zur Abstimmung, sondern er wird in dieser Fassung dann zur Abstimmung gestellt?

(Abg. Willers [GUL]: Ja!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nun bekanntgeben, wie nun die Änderungen lauten. Der Eingangssatz würde heißen: „Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, als konkreten bremischen Beitrag zur Bekämpfung des sauren Regens“ — und nun kommt die Änderung — „auch weiterhin im Bundesrat für — —.“ Das würde ersetzen: „sofort folgende Initiativen einzuleiten: Vorlage eines Gesetzentwurfs im Bundesrat, mit dem — —.“, dies wurde gestrichen, und dann „ge-

(A) setzlich geregelt wird" wird ebenfalls gestrichen unter Ziffer 1, und dafür kommt „zu kämpfen“. Dann im letzten Abschnitt „noch in diesem Sommer“ soll ersetzt werden durch „unverzüglich“.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wird getrennt abgestimmt!)

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden von der FDP, allerdings bei der alten Fassung noch, und zwar in folgender Form: Bis auf den letzten Absatz, der anfängt „die erforderlichen Aufträge“, wird abgestimmt und dann der letzte Absatz, so daß wir zwei Abstimmungsvorgänge haben.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre gut, wenn über diese Sache eine Einigung erzielt würde, denn ich bin mit meinen Fraktionskollegen der Meinung, daß es hier unabhängig von unterschiedlichen und in der Tat auch wirtschaftlichen Interessen, die aber nun durch alle Bereiche des gesellschaftlichen und des politischen Lebens gehen, für das Bremer Landesparlament darauf nicht ankommen sollte, nun dem einen oder anderen zuzuschieben, er habe zu irgendeinem Zeitpunkt früher oder später etwas oder weniger oder mehr in dieser Angelegenheit getan.

(B) Meine Damen und Herren, wir wissen doch selbst, und die SPD-Fraktion weiß doch aus leidiger Erfahrung selbst, daß auch das nicht alles durchzusetzen ist in ihren eigenen Bundesgremien, was sie sich für Bremen wünscht und was sie gern haben möchte. Es gibt doch eine Fülle von Beispielen, bei denen auch sie — auch in dieser Frage — an dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau scheitern werden. Das wird ein Widerpart sein, der ganz handfeste wirtschaftliche Interessen des Ruhrgebiets zu vertreten hat, und da sollten Sie doch nicht so tun hier, sich irgendwo einen Buhmann suchen und sagen, weil der dort ist, nehmen wir euch nicht ab, daß euer Engagement und euer Einsatz für diese Sache mehr wert sind als die eigenen.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf für meine Fraktion erklären, meine Damen und Herren und auch Ihnen, Herr Senator Brückner, zu Gehör, daß wir auf der Basis der hier von mir vorgetragenen Vorschläge, konkreten Vorschläge, jede Initiative und auch dieses hier besagte Kämpfen unterstützen werden, damit dies im Interesse der Sache erreicht wird. Das ist die Meinung der FDP-Fraktion in diesem Landtag geschlossen, und das sollten Sie auch mit einbringen in Ihre Überlegungen, wenn Sie für diese Sache etwas tun.

(Beifall bei der FDP)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Letztlich, meine Damen und Herren, Herr Willers hat uns vorgehalten oder hat dem Parlament in seiner pharisäerhaften Art und Weise einmal mehr vorgehalten — —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort Pharisäer weise ich zurück!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Jawohl, nehme ich zurück! Er hat uns vorgehalten, wann denken Politiker schon einmal volkswirtschaftlich —

(Unruhe)

das ist die Entscheidung des Präsidenten! —

(Abg. Lahmann [FDP]: Ja, aber eine falsche Entscheidung!)

wann denken Politiker schon einmal volkswirtschaftlich. Erstens, Herr Willers, Sie machen zwar Doppelstrategie, aber Sie sind auch Politiker.

Zweitens darf ich Sie anhand Ihres Antrags auf einen volkswirtschaftlichen Fehlschluß hinweisen. Deswegen lehnen wir auch den letzten Teil der Ziffer 2, das heißt den Absatz ab, der da heißt: „Die erforderlichen Aufträge“ — da soll es ja nun heißen — „sind unverzüglich zu erteilen“, das sollte man mit unterstützen, aber wir lehnen diesen Teil ab, weil es darin heißt „Dabei ist zu prüfen, ob bremische Betriebe in der Lage sind, die Aufträge auszuführen. Sollte dies der Fall sein, sollen sie eine Präferenz bei der Auftragsvergabe erhalten.“

Meine Damen und Herren, dies ist volkswirtschaftlich und auch gesellschaftspolitisch von uns nicht zu teilen. Dies ist volkswirtschaftlich ein ganz, ganz falscher Ansatz, Herr Willers. Ich hoffe, daß dies auch nicht im Interesse der bremischen Wirtschaft so durchgeführt wird, wie Herr Willers das beschrieben hat. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Brückner.

Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich nicht zu den Anträgen äußern, ich habe mich gemeldet, als Herr Adamietz noch einmal versuchte, zu den Anträgen vom Mai vergangenen Jahres zurückzukommen. Ich will das deshalb noch einmal auf den Punkt bringen:

Der Unterschied zwischen Ihrer und meiner Argumentation ist der, daß Sie sagen, nun macht doch einmal ein Gesetz. Ich habe Ihnen nachgewiesen, wir haben bereits ein Gesetz gemacht. Zweitens: Sie sagen, setzt euch einmal für das und das und das ein, diese drei Spiegelstriche. Ich habe Ihnen nachgewiesen, wir haben uns bereits für dies und für noch mehr eingesetzt, sowohl bei den Punkten, die hier stehen, als auch bei zusätzlichen. Sie sagen,

(C)

(D)

(A) nun macht doch einmal etwas im Kraftwerk Hafen. Ich sage Ihnen, wir machen schon etwas, und zwar mehr als hier steht, nicht nur Block sechs, auch Block vier und Block fünf. Darüber haben wir überhaupt nicht diskutiert.

Der Unterschied ist der, Sie sagen, handelt einmal, ich habe Ihnen nachgewiesen, wir haben bereits gehandelt, das ist der Unterschied der Debatte hier.

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Sie sollen weiter handeln!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich lasse über die Neufassung der Drucksache 10/1083 abstimmen. Es ist beantragt worden, diesen Antrag in folgender Weise zur Abstimmung zu bringen: Ziffer 1 und Ziffer 2 erster Abschnitt ein Abstimmungsvorgang, und der zweite Abstimmungsvorgang würde dann der Absatz 2 der Ziffer 2 sein.

Dann lasse ich nunmehr abstimmen über den ersten Teil des Antrags.

Wer dem ersten Teil des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dieser Teil ist angenommen.

(Einstimmig)

Ich lasse nunmehr über den Abschnitt 2 der Ziffer 2 abstimmen.

Wer diesem Teil des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL und GUL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Marianne Hänecke [CDU] und Abg. Klein [CDU])

Ich stelle fest, der Antrag ist in der Fassung angenommen worden, daß der Abschnitt 2 der Ziffer 2 nicht zum Zuge kommt, sondern nur bis zum Absatz 1 der Ziffer 2 ist der Antrag angenommen.

### Öffentliches Hearing zur Rüstungspolitik im Lande Bremen

Antrag der Gruppe der GUL  
vom 15. April 1983  
(Drucksache 10/1084)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt eine Anregung der bremischen Friedensinitiativen auf und veranstaltet

baldmöglich gemeinsam mit ihnen ein öffentliches Hearing, in dem die Frage geklärt werden soll, welche Rolle der Raum Bremen im Rahmen der Rüstungs- und Militärpolitik spielt, welche Gefahren dabei auf die Bevölkerung zukommen und welche Aktionsmöglichkeiten Kommunen und Bundesländer in diesem Zusammenhang haben.

Der Senat wird aufgefordert, sich ebenfalls an diesem Hearing zu beteiligen.

Willers (GUL), Schröder (GUL)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Meine Damen und Herren! Wir haben im März hier eine ausführliche Debatte um Bremen als atomwaffenfreie Zone, um Rüstungspolitik und um den ganzen Problemkomplex Krieg und Frieden gehabt. Im Zusammenhang damit hat Ihnen eine große Zahl Bremer Friedensinitiativen einen Brief geschrieben, einen Brief, der damals zur Sitzung an Sie gegangen ist und der nicht nur an dieses Haus, sondern auch an die Parteien, die in diesem Haus vertreten sind, und an die Fraktionen gegangen ist. Dieser Brief ist meines Wissens jedenfalls von keinem der Adressaten bis heute beantwortet worden.

Die Friedensinitiativen haben damals, wie ich finde, in sehr eindringlicher und auch moderater Form ihre Kooperation bei der Bearbeitung der Probleme den Parteien und auch diesem Hause angeboten. Sie haben zum Ausdruck ihres Willens, in eine solche Kooperation einzutreten, ein Angebot gemacht, und dieses Angebot ist Inhalt meines Antrags.

Damit noch einmal klar wird, was die Friedensinitiativen von diesem Hause und vom Senat wünschen, und weil ich fürchte, daß der Brief bei vielen von Ihnen entweder abgelegt oder unter P abgelegt worden ist — Papierkorb —, will ich noch einmal die wesentlichen Punkte, die zu diesem Antrag gehören, aus dem Brief wiederholen. Die Friedensinitiativen haben damals geschrieben:

„Wir wenden uns besonders an das Gewissen jener Abgeordneten, die unser Unbehagen teilen, und möchten sie ermutigen, das Ihrige zu tun, damit eine Abrüstungsspirale in Gang kommt, ein Prozeß, der nur damit beginnen kann, daß Europa sich seiner zugeordneten Rolle als Kriegsschauplatz entzieht. Wir möchten damit in Bremen anfangen. Die Möglichkeiten, auf Landesebene der Rüstung entgegenzutreten, sind gering, aber sie sind nicht gleich Null, es sei denn, die Bremische Bürgerschaft erklärt sich selbst zur Null, indem sie Handlungsmöglichkeiten, die sie hat, von sich weist.“

Wir sind uns dessen bewußt, daß die verfassungsmäßigen Möglichkeiten eines Landes oder einer Stadt gering sind, dem Wettrüsten, über dessen Fortgang immer noch in Bonn, Brüssel oder Washington entschieden wird, entgegenzutreten, obwohl es gerade die Kommunen sind, die die Rechnung dafür zu zahlen haben, weil dann für die wichtigen sozialen Aufgaben kein Geld mehr bleibt und der Landes- und Kommunalpolitik jegliche materielle Grundlage entzogen wird.

(C)

(D)

(A) Wir gehen nicht davon aus, daß die Bürgerschaft oder der Senat auf alle diese Fragen umgehend Antworten findet. Wir wollen allerdings, daß die Bürgerschaft und der Senat mit der Friedensbewegung in einen dauerhaften Dialog eintreten, und erwarten hierzu eine Stellungnahme. Vor allem möchten wir, daß den Politikern und der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben wird, sich zu informieren und gründlich darüber nachzudenken, welchen Beitrag das Land Bremen zu einem friedlichen, atomwaffenfreien Europa leisten kann. Schließlich ist Bremen nicht der erste Ort, an dem das Konzept einer atomwaffenfreien Zone diskutiert wird.

Unsere erste Forderung lautet daher: Bürgerschaft und Senat sollen ein öffentliches Hearing darüber veranstalten, welche Aktionsmöglichkeiten atomwaffenfreie Kommunen und Bundesländer in bezug auf Friedenspolitik haben, welche Rolle der Raum Bremen im Rahmen der Militärplanung spielt und welchen Gefahren dadurch die Bremer Bevölkerung ausgesetzt ist. Wir schlagen als Termin für dieses Hearing die dritte Maiwoche vor — das wäre jetzt natürlich zu knapp — „und sind bereit, selbst Fachleute für ein solches Hearing einzuladen.

Wir wissen, daß es der Bürgerschaft freisteht, unsere Vorschläge zu ignorieren. Sie kann den Antrag, ein atomwaffenfreies Bremen zu schaffen, vom Tisch wischen — was geschehen ist — „und uns auf Genf verträsten oder uns statt dessen ein Windei vorsetzen, ein paar Phrasen und Appelle verabschieden, die zu nichts verpflichten und morgen schon Makulatur sind.

(B)

Bisherige Erfahrungen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik mit den gewählten Repräsentanten der Bürger sind nicht eben ermutigend. Aber Bremen könnte auch eine Ausnahme werden, ein Modell und ein Beweis dafür, daß Politiker und Friedensbewegung miteinander kommunizieren können und daß zumindest auf der untersten Ebene des Staates Bürger und Politiker gemeinsam gegen die Kriegsgefahr ankämpfen.

Dies ist ein Experiment. Wenn es scheitert, werden wir natürlich auch ohne Unterstützung unseren Widerstand fortsetzen. Die Friedensbewegung wird sich der lebensbedrohenden Stationierung neuer Raketen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Wenn jetzt der Dialog mit den Politikern scheitert und keine praktischen Konsequenzen hat, möge uns später niemand mehr an unsere gewählten Vertreter zurückverweisen.“

Soweit der relevante Text aus dem längeren Brief der Friedensinitiative! Dem ist auch, glaube ich, nicht mehr viel hinzuzufügen.

Ich möchte nur sagen, meine Damen und Herren, bitte, weisen Sie diesen Vorschlag nicht vorschnell von sich! Ich bin der Meinung, daß zu einem so wichtigen Thema wie diesem ein solches Hearing möglich sein müßte, hier im Hause und unter Beteiligung von Bürgerschaft und Senat. Wenn ich mir vorstelle, daß vor einigen Tagen in diesem Hause ein Hearing zu den Wümmewiesen stattgefunden

hat, was ich auch wichtig finde, müßte das auch zu diesem Thema möglich sein. — Vielen Dank! (C)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

**Abg. Richter (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte soll, das hat Herr Willers auch eben deutlich gemacht, nach dem Willen der Antragsteller der zweite Aufguß der Debatte über die sogenannte atomwaffenfreie Zone in Bremen sein, einen Antrag also, den das Haus am 16. 3. abgelehnt hat. Alter Wein in neuen Schläuchen! Die Überschrift des Antrags bezieht sich allerdings formal, indem ein Hearing gefordert wird, wie vom Plenum Bremen atomwaffenfreie Zone angeregt, auf etwas anderes, was aber in einem untrennbaren Zusammenhang damit steht.

Militärpolitik ist nun freilich nicht Aufgabenbereich dieses Parlaments. Überhaupt wünschte man sich ja gelegentlich, daß sich dieses Parlament mit der gleichen Intensität immer seinen ureigenen Aufgaben zuwenden würde,

(Beifall bei FDP und CDU)

mit der es sich den großen Dingen der Weltpolitik widmet. Nun, sei es drum!

Interessant wird der Antrag, wenn man den Zusammenhang herstellt zu dem Papier, aus dem der Kollege Willers hier eben vorgelesen hat. Man findet in der Tat in dem umfänglichen Papier Aussagen, die fordern, Bremen zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen. Aber dann findet man auch etwas, was Herr Willers nicht vorgelesen hat, und das will ich Ihnen vorlesen. Da steht nämlich im Zusammenhang mit der Forderung nach der atomwaffenfreien Zone folgendes:

(D)

„Die Bürgerschaft und der Senat sollten überhaupt prüfen, wie das Land Bremen mit Hafen, Flughafen, Bahn, Straße und Fluß in derzeitige Kriegsvorbereitungen und zukünftige Kriegspläne mit einbezogen ist.“

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland ist ein friedliebendes Land. Die Außenpolitik der Bundesrepublik ist auf Verständigung mit den Nachbarn, auf Frieden in der Welt gerichtet, vielfältige Vertragswerke mit verschiedensten Staaten dokumentieren die Praxis unseres Landes, dokumentieren die friedlichen Absichten der Bundesrepublik. Selbst die Streitkräfte der Bundesrepublik haben unbestreitbar eine defensive Ausrichtung, und dann wird behauptet, diese Bundesrepublik betreibe Kriegsvorbereitungen, es gäbe Kriegspläne. Eine Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Die Absurdität dieser Behauptung wird nur durch die Dreistigkeit übertroffen, mit der die GUL diese abstrusen Dinge aufnimmt und dem Senat und der Bürgerschaft zumuten möchte, den Autoren dieser Zeilen ein schönes Forum zu schaffen. Wir machen das nicht mit, meine Damen und Herren!

(A) Die Absicht ist klar, nach dem Raketenwahlkampf im März soll jetzt ein Raketenwahlkampf im September eingeläutet werden. Deshalb wollen Sie hier ein Thema auf kleiner Flamme köcheln, damit alle Kollegen, die wohlbegründet in der Sicherheitspolitik andere Auffassungen vertreten als Sie, in die Ecke gestellt werden und ihnen alle möglichen unredlichen Motive unterstellt werden können, sie seien Kriegstreiber oder was weiß ich auch immer.

Das mögen Sie versuchen, wir werden uns auch dagegen weiterhin verwahren. Für derartige Kampagnen allerdings nun auch noch unsererseits das Forum zu schaffen, nein, danke!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hettling. Es ist seine Erstrede im Parlament.

Abg. Hettling (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten unterstützen natürlich

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Den Frieden, das ist doch klar!)

nicht nur den Frieden, auch die Bewegung, die sich bei den Bürgern entwickelt hat, nämlich die Friedensbewegung und deren Motive. Um das vorweg zu sagen, die Schlüsse, die die GUL aus dieser Friedensbewegung zieht, können wir nicht teilen, und wir werden deswegen den Antrag ablehnen. Aber ich möchte auf einige Hintergründe gerade im Zusammenhang mit der Friedensbewegung und der Situation der Gewerkschaften aus unserer Sicht als Arbeitnehmer eingehen.

(B)

Am 1. Mai haben führende Gewerkschafter sich sehr deutlich dazu ausgesprochen, daß wir in Ost und West massive Abrüstungsverhandlungen betreiben müssen, um von dem wegzukommen, was wir heute festzustellen haben, nämlich 650 Milliarden Dollar für Rüstungsausgaben. Wenn man das sieht, dann muß man sich fragen, wie man denn die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt von Arbeitsplätzen in eine solche Debatte einbeziehen kann.

Hier möchte ich insgesamt auch an die Adresse der Friedensbewegung sagen, daß man eine Debatte darüber nur führen kann mit den Betroffenen in der Bundeswehr und auch in den Rüstungsbetrieben,

(Beifall bei der SPD)

und zwar unter den Gesichtspunkten, daß, wenn massive Abrüstungsverhandlungen zu einem Erfolg kommen sollen, man dann auch wissen muß, was man mit den Kapazitäten macht, die aufgebaut worden sind, wenn man nicht einem Rüstungsexport das Wort reden will. Ich erinnere daran, was vor zwei Jahren in Kiel gewesen ist, nämlich daß Arbeitnehmer aus Angst um ihre Arbeitsplätze für den Rüstungsexport — U-Boote für Chile — gestreikt haben.

Wenn man das also sieht, dann kann man nur sagen, es reicht nicht, ein Hearing zu veranstalten, an dem alle möglichen Organisationen teilnehmen, sondern man muß mit den Betroffenen, die in solchen Betrieben tätig sind, aber auch mit den Betroffenen in der Bundeswehr darüber reden, um sie gemeinsam mit uns dazu zu bewegen, daß wir in eine Situation kommen, die uns allgemein in Ost und West zu einer Abrüstungsverhandlung bringt,

(C)

(Beifall bei der SPD)

die uns in die Lage versetzt, diese Rüstungsbetriebe auch umzustellen auf andere Produktionen. Bei uns im Bereich der Gewerkschaften nennt man das alternative Produktion. Welche Problematik dahintersteckt, wie wenig Mitbestimmung wir haben, um darauf Einfluß zu nehmen, sollte jedem klar sein, der das Betriebsgeschehen kennt.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß nur dann die Bewegung in der Bevölkerung, ob innerhalb der sogenannten Friedensbewegung, in den Parteien oder in den Gewerkschaften, zu einem Erfolg werden kann, wenn man die betroffenen Arbeitnehmer in der Bundeswehr und in den Rüstungsbetrieben einbezieht. Deswegen sind wir der Auffassung, daß alles, was in den Betrieben sich in dieser Richtung tut, unterstützt werden sollte. Die Frage, ob das mit einem Hearing des Parlaments erreicht werden kann, können wir so nicht bejahen. Wir empfehlen jedem, diese Initiativen der Arbeitnehmer in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu unterstützen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*): Meine Damen und Herren! Für uns ist die Frage, wie in dieser Zeit Frieden erhalten werden kann, in der Tat zu ernst, um sie im Wahlkampfgeklingel verkommen zu lassen. Wir wollen auch keinen bremischen Raketenwahlkampf, in dem dann Profilierungen erfolgen sollen, die natürlich nichtssagend sind, aber eine Polarisierung bewirken. Auf der einen Seite wird nämlich jeder erklären, er sei ja für den Frieden, auf der anderen Seite wird festzustellen sein, man ist sich uneinig, wie denn dieser Weg dorthin aussehen soll, und im Ergebnis bedeutet dies, daß die Einigkeit über den Ernst dieser Frage in kleiner Münze ausgegeben wird, zerfließt und politisch zur Parallelisierung, zur Blockierung führen wird und politisch nur denen nützt, die nicht auf dieser Linie liegen, ob sie nun hier im Lande sich befinden oder irgendwo anders.

Wir fürchten in der Tat, daß auch diese Initiativen jetzt in eine solche Wahlkampfzeit hier bei uns hineinkommen. Aber wir sehen auch, daß es notwendig ist, hierüber zu debattieren, und natürlich, nur weil Wahlkampf ist, können wir nicht sagen, wir schal-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ten diese Diskussion ab. Das ist völlig klar. Wir werden deswegen auch gleich noch einen Vorschlag machen, der mit einem anderen Wahlkampf zusammenhängt.

Ich meine insgesamt, daß es sehr unklug ist, eine solche Möglichkeit, die hier angedeutet wird, nicht aufzugreifen. Es geht mir nicht so sehr um den berühmten Dialog mit der Friedensbewegung, weder von der Friedensbewegung her noch von den Politikern oder den Parteien zur Friedensbewegung hin. Ich bekenne freimütig, daß es mich an denen, die solche Briefe schreiben, auch an uns, und hier etwa ein solches Hearing fordern, stört, wie man sich selbst zur Friedensbewegung ernannt.

Ich bekomme dann einen Brief, in dem steht, wir sind die Friedensbewegung, und wir fordern von Ihnen, daß Sie unsere Forderungen hier einbringen. Damit ist man praktisch automatisch außerhalb der Friedensbewegung gestellt. Welche Arroganz steckt doch dahinter, aber auch welche politischen Fehler, indem man nämlich tatsächlich — —.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Pharisäer!)

Herr von Schönfeldt, das Wort gebrauche ich nicht, das wird gerügt!

(Abg. Kunick [SPD]: Sagen Sie Schriftgelehrter!)

(B) Welche politische Naivität steckt auch darin, denn was ist das Ergebnis? Das Ergebnis ist doch, daß man nicht Leute gewinnt, die bisher noch diesen Gedanken fernstehen, die etwa dadurch, daß sie 35 Jahre lang in eine politische Situation hineinversetzt waren, in politischen Auffassungen so schnell nicht umdenken können oder wollen, die auch Interessen haben, die auch Ängste haben und denen man erklärt hat, die seien anders zu beheben, und man gewinnt keine Leute, die aus sonstigen Gründen diesen Gedanken noch fernstehen. Die aber will man doch gewinnen.

Wenn man genau diese Front aufbaut — und darin steckt auch immer ein Stück „wir haben die Wahrheit gepachtet, und ihr müßt nun unsere Auffassung übernehmen“ —, dann ist das sehr problematisch. Das bekenne ich hier freimütig, und deswegen haben wir auch diese Initiative, wie sie gekommen ist, nicht aufgegriffen.

Ich sage auch genauso freimütig, wenn solche Initiativen kommen, die identisch sind mit bestimmten politischen Auffassungen — hier im Rahmen der Friedensbewegung —, haben auch wir damit unsere Schwierigkeiten. Wir haben hier für die Bremer Grüne Liste seit Anbeginn, seitdem wir in diesem Parlament sind, deutlich gemacht, wofür wir eintreten, daß wir tatsächlich etwas wollen, was man vielleicht, ich will es ganz harmlos ausdrücken, Abrüstung auf allen Gebieten nennen kann.

Das ist etwas, was nicht nur militärisch, sondern auch psychologisch-politisch bedeutsam ist: Herunter mit der Rüstung, herunter mit diesen Kämpfen aller gegen alle, herunter mit diesem Gedanken, jeder ist

sozusagen seine eigene Burg und muß irgendwelche Lanzenreiter aussenden, um andere zu bekämpfen! Wir würden es uns wünschen, wenn das abzubauen wäre.

Wir stecken in einem Parlament in solch einer Auseinandersetzung und beteiligen uns natürlich auch daran. Wir wehren uns und greifen auch an, aber wir wissen, daß das eigentlich ein Ziel wäre. Wir haben das bei verschiedenen Gelegenheiten auch in heftigen Debatten hier im Hause deutlich gemacht.

Aber wir wissen auch, daß man nicht die Augen verschließen darf vor Realitäten, wir wissen auch, daß man nicht von einem Tag zum anderen politische Situationen ändern kann, und wir wissen auch, daß man Realitäten wie Afghanistan, wie Kriegsrecht in Polen und — länger zurückliegend — Tschechoslowakei, Ungarn oder auch den 17. Juni, Rechnung tragen muß.

Wir wissen auch, daß es eine Bundeswehr gibt, die nicht von heute auf morgen abzuschaffen ist. Wir wissen auch, daß es Konzeptionen gibt, eine Verteidigungsarmee zu strukturieren, die auf Atomwaffen verzichten kann, die vielleicht nur Panzerabwehrwaffen hat, kleine Raketen, die von einzelnen Personen oder kleinen Fahrzeugen abzufeuern sind, als ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wissen also, daß da auch Kompromisse gegenwärtig nötig sind.

Alles dies führt uns dazu, immer wieder diese Problematik anzubringen und auch für den Frieden einzutreten, aber auch natürlich vorsichtig zu sein, was uns denn politisch unterschoben wird. Ich sage auch freimütig, wenn das Plenum Bremen atomwaffenfreie Zone uns ein solches Schreiben schickt und uns fragt, ob wir bereit seien, in den Dialog mit der Friedensbewegung, sprich diesem Plenum, einzutreten, dann haben wir Schwierigkeiten.

Wenn man dann in den Anhang sieht, sind da nicht nur die Stadtteilstreitfriedensinitiativen aufgeführt — wer das ist, weiß man ja dann noch nicht —, sondern da sind natürlich auch viele andere Gruppen, einige, die wir kennen, die wir auch achten und schätzen, zum Beispiel stehen hier die Russell-Friedensgruppe und die Bürgeraktion Küste.

Aber darin stehen natürlich auch genauso die DFU, die Sozialistische Jugend Deutschlands, die Falken, das ist die eine Seite, aber auch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend — SDAJ —, die andere Seite. Was ich übrigens vergeblich suche, ist die DKP, die Deutsche Kommunistische Partei, die scheint nicht für eine bremische atomwaffenfreie Zone zu sein.

(Abg. Diné [BGL]: Die hält sich taktisch zurück!)

Das weiß ich nicht, aber ich kenne die DFU. Ich will die DFU hier gar nicht insgesamt schlechtmachen, aber ich war auf einem Diskussionsforum, auf dem der Vertreter der DFU Stellung genommen hat. Es war für mich erschreckend, wie er Stellung ge-

(A) nommen hat. Er hat nämlich immer von der Überrüstung gesprochen. Er hat immer davon gesprochen, daß die Nachrüstung mit den Pershing 2 zu einem Ungleichgewicht führe, zu einer Überrüstung. Dann wurde auch noch erklärt, daß man — damals lebte Breschnew noch — mit diesen Raketen direkt in den Kreml oder auf den Kreml schießen könne, Breschnew könne mit seinem Hund nicht mehr sorgenfrei auf dem Roten Platz spazieren gehen.

Meine Damen und Herren, da konnte ich auch nicht mehr mit! Ich habe nicht den Eindruck — ich habe leider keinen Hund —, daß ich mit meinem Hund hier friedlich spazieren gehen kann,

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Das können Sie nicht!)

wenn ich daran denke, wie die Raketensituation tatsächlich aussieht. Nur, diese Seite sieht man natürlich nicht, das ist ja offenbar nur der Splitter im Auge der anderen und nicht der Balken.

(Zuruf des Abg. Willers [GUL])

Herr Willers, darauf komme ich zurück, das will ich Ihnen auch gleich gern erklären!

Ich wollte damit nur deutlich machen, die Vertreter der DFU sind mir bekannt als die Abschreckungspolitiker, die nur eines im Sinne haben, daß der Westen nicht überrüstet, aber die sich nicht darum scheeren, wenn das Gleichgewicht dann hergestellt ist, wie die Waffen im Osten aussehen.

(B) Das können wir nicht mitmachen. Wir meinen, es ist Überrüstung vorhanden auf beiden Seiten, und deswegen wenden wir uns auch gegen die berühmte Nachrüstung hier, aber wir wenden uns auch gegen die berühmte Nachrüstung im Osten. Ich frage mich zum Beispiel, wofür sie so viele U-Boote brauchen, nur damit sie etwa in Gewässern vor Norwegen — Nato-Land —, aber auch vor neutralen Ländern wie Schweden herumfahren können.

(Beifall bei BGL und CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen, das sagen wir ganz freimütig, haben wir da auch Probleme. Aber wir haben natürlich auch Probleme — ich will den Zwischenruf von Herrn Willers einmal aufgreifen —, und da gehen die Probleme dann weiter, mit der Bürgeraktion Garlstedter Heide. Wir haben Anträge hier eingebracht, mit denen wir uns gegen die Verwüstung der Garlstedter Heide durch Militärbasen, aber insbesondere natürlich auch durch die Stationierung von Raketen, möglicherweise Atomraketen, gewandt haben.

Diese Anträge sind abgelehnt worden. Die SPD hatte in der Manier, wie wir sie ja häufig gekennzeichnet haben, dann einen Nachklappantrag eingebracht, der die ganze Sache etwas verwässert hat, und der wurde angenommen.

Nun, eine Riesenzeitung, „Die Neue“ — das ist schon etwas länger her, 23. 7. 1982, die Zeitung ist inzwischen eingegangen —, bringt einen ganzseiti-

gen Artikel von dem Herrn Ernst Busche, seines Zeichens Bürgeraktion Garlstedter Heide. (C)

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Aber DFU, auch DKP!)

Worin der steckt, dazu will ich mich nicht weiter äußern, mir reicht, was er geschrieben hat. Er hat nämlich die Abgeordneten alle befragt. Das war die Aktion, jeden Tag einen Abgeordneten zu fragen, was er von Aufrüstung halte oder was er tue. Es wurde also diese Ein-Mann-Initiative beschrieben und wie sie Wirkung zeigt. Ein Mann, das ist klar, das ist der Herr Busche, aber man erklärt ja immer, man habe so viele Leute.

„SPD-Leinemann“ steht hier — ich will nicht unhöflich sein, aber das steht hier so, Frau Leinemann! —:

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Kann ich auch nicht helfen!)

„Tue überall etwas“; „SPD-Schmurr: Reagan soll weg“; „SPD-Janke: Deutlich nein!“, damit meint er wahrscheinlich nicht, Reagan soll weg, sondern die Raketen; „CDU-Brasse: Bin für Reagan“; „SPD-Kallweit: Kenne den Iwan!“. Hört, hört!

(Heiterkeit und Beifall bei BGL und CDU)

Auf dem Vulkan muß man etwas anders reden, nicht wahr!

(Abg. Kunick [SPD]: Der kommt doch aus Königsberg!)

(D)

Jetzt kommt „SPD-Lütjen: Hoffe auf DGB!“.

(Lachen bei der BGL)

Soweit das Szenario! Wir sind hier nicht befragt worden, aber interessant ist, daß wir trotzdem zitiert werden, und das ist das Interessante, was sicherlich auch Herr Willers hier meint. Weil wir den Antrag der SPD damals — übrigens mit Herrn Willers — abgelehnt haben, weil er zu verwässert war, nicht friedenspolitisch konsequent, werden wir hier gekennzeichnet, wir hätten ja einen Antiraketenantrag abgelehnt und gehörten nunmehr zur Partei der Aufrüster. Meine Damen und Herren, so kann man das machen!

Ich habe auf einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung auch etwas in dem Sinne erklärt wie eben, daß es besser sei, eine Verteidigungskonzeption für die Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten, die nicht auf meinem Mist gewachsen ist, das bekenne ich freimütig. Generäle der Bundeswehr, übrigens nicht solche a. D., sondern die noch aktiv sind, haben das ausgearbeitet, die natürlich besser wissen, wie man nämlich Panzer bekämpfen kann, und zwar eben mit Bazookas. Das habe ich noch selbst damals gelernt, aber heutzutage gibt es ja viel bessere Sachen. Im letzten „Stern“ oder „Spiegel“ oder irgendwo anders war ein kleiner Buggy zu sehen, so ein Kleinfahrzeug, eine Art

(A) Jeep, auf den man eine Rakete setzen kann, wunderbar wendig und so weiter.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war das Auto von E.T.!)

So ungefähr, so kann man Panzer bekämpfen. Das ist wichtig, weil die ganze Angststrategie der Nato darauf beruht, daß die Sowjetunion so viele Panzer hat, auch in der DDR, und daß man die unter Umständen, weil wir ja konventionell zu schwach sind, eben mit taktischen Atomwaffen, Lance-Raketen, die nur 120 Kilometer Reichweite haben, bekämpfen muß.

Das ist genau der entscheidende Punkt. Es gibt Möglichkeiten, dieser Panzerbedrohung, wenn man sie denn so sieht, Herr zu werden oder sie eben strategisch im Sinne der Abschreckungstheorie auszugleichen durch konventionelle Waffen. Wir meinen, daß das ein Schritt herunter in der Rüstung ist.

Aber der Herr Puppe, seines Zeichens auch damals Vorstand oder Sprecher der GUL-Vereinigung, ein parteipolitischer Ableger, hat dann auch gleich erklärt, wir seien Aufrüster, denn wir wollten ja solche Bazookas, solche Kleinraketen, anschaffen. Das muß man sicherlich Demagogie nennen, daß man ein Aufrüster dann ist, wenn man gewissermaßen eine Handfeuerwaffe befürwortet statt einer Pershing-Rakete. Da kommen wir nicht so ganz mit.

(B) Meine Damen und Herren, meine Redezeit geht zu Ende, ich will aber ganz kurz abschließen, warum wir trotzdem diesen Antrag unterstützen. Wir meinen, ein solches Hearing zu veranstalten ist eben schon etwas Richtiges, wir meinen, daß Sie diese Fragen nicht so beiseite wischen sollten und meinen sollten, das ginge einen nichts an.

Was habe ich denn in der Erklärung von Herrn Vogel in den Nachrichten noch gestern gehört als Antwort auf die Bundesregierung, da sei eine Grundwelle im Gang, und die dürfe man nicht verpassen? Meine Damen und Herren, das machen Sie natürlich von der SPD, wenn Sie das hier ablehnen!

Stören Sie sich doch nicht an den einzelnen Formulierungen hier! Immerhin steht darin nicht, daß Sie den Krefelder Appell unterschreiben sollen, obwohl Sie das ja gemacht haben, wir machen es nicht, und es steht auch nicht darin, daß Sie nun mit der DKP dieses Hearing machen müssen, aber machen wir doch ein Hearing! Dann befragen wir doch einmal die katholische Kirche zum Beispiel! Die hat doch gerade in der Bundesrepublik Deutschland, aber noch mehr in den USA Aussagen zur Friedenspolitik gemacht!

(Glocke)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident! Fragen wir doch einmal diese Personen, die sich ernsthaft Gedanken machen und die natürlich auch in ernsthaften Konflikten stehen, wie man ja an der katholischen Kirche gesehen hat oder an ihren Papieren und an den Debatten, die in der letzten Zeit darum geführt wurden im Fernsehen! Fragen wir sie doch

(C) einmal, ob sie nicht an einem solchen Hearing teilnehmen will, und ich glaube, wir werden noch sehr viel mehr Menschen dann dazu veranlassen, daß sie aufmerksam ein solches Hearing verfolgen und sich eine Meinung bilden, als wenn wir nur ein Hearing mit der selbsternannten Bewegung atomwaffenfreie Zone veranstalten.

Es kommt doch nicht darauf an, die DKP zu überzeugen, auch nicht die Friedensinitiative Steintor zu überzeugen, sondern es kommt darauf an, die Menschen zu überzeugen, die bisher fernstehen und sagen, wir haben doch jetzt 30 Jahre Nato, und es ist uns doch eingeredet worden, die Nato erhält den Frieden, machen wir doch so weiter! Diese Leute muß man überzeugen, wie ernst die Lage ist, und natürlich auch befragen oder informieren, wie denn der richtige Weg zum Frieden heute aussieht.

Ich will schließen mit einem Stichwort, das ich einmal als Mahnung zu bedenken gebe. Wir sind der Meinung, die Zielrichtung heute sollte, durchaus im Sinne eines Kompromisses, nicht so sehr darauf hinauslaufen zu sagen, wir führen jetzt einen großen Kampf gegen die Aufstellung der Raketen und können das alles blockieren, wir werden dann auch in eine Art, wie das an die Wand gemalt wurde — ich hoffe, es kommt nicht so dazu —, Bürgerkriegssituation hier hineinschlittern, sondern wir machen den Vorschlag, daß das Hauptziel gegenwärtig sein sollte, und darauf kann sich vielleicht auch eine Partei wie die SPD, die den Nato-Doppelbeschluß ja trägt, verständigen, diesen Nato-Doppelbeschluß zunächst einmal für ein Jahr zu verlängern. (D)

Das klingt im ersten Moment vielleicht etwas nichtssagend oder wie eine Verschiebungstaktik, aber bedenken Sie bitte eines: In einem Jahr sind Wahlen in den USA! Da wird sich dann die Frage stellen, ob Mister Reagan wieder kandidiert und wieder gewählt wird. Da wird die politische Entscheidung fallen, nicht hier in der Bundesrepublik und nicht durch die Wahl am 6. März und nicht durch die Wahl am 25. September. Durch die Wahlen in den USA wird diese Frage entschieden werden.

Wenn dann die amerikanischen Bischöfe noch bei ihrem Papier sind und wenn dann die amerikanische Friedensbewegung, die nicht so überspannt ist wie manche Teile der westdeutschen Friedensbewegung, dann dort ein Momentum, ein politisches Momentum hat, das in allen anderen Ländern der Nato, insbesondere auch in europäischen Ländern, in einer gewissen Seriosität getragen wird, dann hat man Aussicht auf Erfolg, beide Seiten tatsächlich herunterzubringen, die amerikanische wie die sowjetische.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wie Herr Kollege Richter schon zutreffend bemerkte, haben wir in der letzten Sitzung dieses Hauses im März sehr gründlich und ausführlich die Friedenspolitik diskutiert,

(A) und die Initiative des Herrn Willers, die er hier vorgetragen und begründet hat für die Friedensinitiative, ist in diesem Haus gescheitert. Aus den verschiedensten politischen Gründen ist der Antrag der GUL vom Haus insgesamt abgelehnt worden. Sie erinnern sich: Das Thema dieses Antrags lautete ABC-Waffen-freies Bremen.

Nach dieser parlamentarischen Debatte legt nun Herr Willers heute,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Den zweiten Auf-  
guß vor!)

und zwar eindeutig im politischen Auftrag der Friedensinitiative, einen inhaltlich gleichen Antrag vor, atomwaffenfreies Bremen. Nur der Aufhänger hat sich etwas gewandelt. Nun will man mit diesem Parlament, das sich bereits ausführlich geäußert hat, gemeinsam ein Hearing machen, um die hier abgelehnte Politik dort weiter betreiben zu können.

Das ist kurz zusammengefaßt Ihre politische Motivation, Herr Willers, wobei ich Ihnen durchaus konzidiere, daß Sie sicherlich ein politisches Interesse daran haben, eine Basis zu halten oder zu gewinnen. Nur, Herr Willers, das politische Anliegen, nachdem es hier nach parlamentarischer Debatte gescheitert ist, in dieser Weise wieder aufleben zu lassen, findet nicht die Zustimmung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Wir lassen uns nicht als Transmissionsriemen dieser Friedensinitiative benutzen aus den inhaltlichen Gründen, die hier bereits in der letzten Sitzung dargelegt worden sind, aber auch, Herr Willers, dann nicht, wenn verhüllt gedroht wird, wie das auch aus Ihren Ausführungen hervorging, als Sie das Schreiben der Friedensinitiative zitierten.

Dort haben Sie nämlich gesagt, die Friedensinitiative sei der Meinung, wenn mit dem Parlament, mit diesem Parlament, meine Damen und Herren, das ABC-Waffen-freie Bremen nicht geschaffen werden könne, dann werde — wörtlich — „mit allen Mitteln“ Widerstand geleistet, und, nun sinngemäß, eine Zurückverweisung an parlamentarische Mandatsträger sei dann nicht mehr möglich.

Meine Damen und Herren, das ist eine verhüllte Drohung mit außerparlamentarischen Mitteln einschließlich der politischen Gewalt, und das lehnen wir nach unserem parlamentarischen Selbstverständnis entschieden ab.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir nehmen aber, wie die Kollegen der anderen Fraktionen, diese Gelegenheit wahr, auch inhaltlich noch einmal Position zu beziehen, zumal wir unsere Auffassung mehrmals in den letzten Jahren der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Abstimmung gestellt haben und hier Mehrheiten nach wie vor erzielt haben und erzielen.

(C) Meine Damen und Herren, wir sind — ich fasse unsere Grundposition in der Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik zusammen — für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir sind für einen Dialog mit den Regierungen der Mitglieder des Warschauer Paktes. Wir sind aber auch für eine wirksame Verteidigungsfähigkeit und für eine psychologische Verteidigungsbereitschaft des Nato-Bündnisses als Voraussetzungen gegen ein militärisches Übergewicht der Sowjetunion, des Bereichs des Warschauer Paktes. Deswegen setzen wir uns nach wie vor politisch dafür ein, daß das Atlantische Bündnis als eine Friedens- und Wertegemeinschaft gestärkt wird, und wir setzen uns vor allem dafür ein, daß die Bemühungen der Bundesregierung gestützt werden, im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

In dem Zusammenhang ist es wichtig, daß wir den Abbau von real existierenden sowjetischen Raketen wollen und dabei verzichten wollen auf die Stationierung angekündigter US-Raketen und daß wir eintreten für eine allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen auf einem möglichst niedrigen Niveau militärischen Gleichgewichts.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, diese zusammengefaßte Position der Union zur Friedenspolitik, zur Sicherung von Frieden und Freiheit, enthält im Kern die politische Aussage, Abschreckung auf der Basis eines immer mehr abzusenkenden Gleichgewichts ist eine Station auf dem Wege zu einer gewaltfreien, zu einer friedlichen Staatengemeinschaft. Das ist die entscheidende Aussage.

Niemand möge hier auf den Gedanken kommen, Abschreckung und Gleichgewicht seien geschichtliche, sozusagen philosophische Perspektiven! Es sind Übergangslösungen, Stationen auf dem Weg zu einer friedlichen Staatengemeinschaft, wie wir, die Demokratien des freien Westens, es erreicht haben, unsere innenpolitischen Auseinandersetzungen regelgerecht einer friedlichen Lösung zuzuführen.

Auch hier wird ja friedlich gestritten in diesem Haus, wie in jedem anderen demokratisch-parlamentarischen System. Wie wir es geschafft haben, politische Auseinandersetzungen nicht mehr blutig auszutragen, sondern friedlich, so wird es möglich sein, und darum kämpfen wir in einer langen Sicht, eine friedliche, gewaltfreie Staatengemeinschaft zu erreichen. Solange dies nicht Realität ist, so lange muß auch eine Station der Abschreckung auf der Basis eines immer weiter abzusenkenden Gleichgewichts erhalten bleiben im Interesse des Friedens und der Freiheit.

Meine Damen und Herren, dies steht auch im Einklang mit Änderungen in der Diskussion, die seit unserer letzten Debatte hier im Haus festzustellen waren, im Einklang zum Beispiel mit der Verlautbarung der Konferenz der deutschen katholi-

(A) schen Bischöfe, die Sie ja in den letzten Tagen zur Kenntnis genommen haben.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber, wie man mit denjenigen umgeht, die diese von mir gerade skizzierte politische Auffassung nicht teilen, und da bin ich auch wieder bei der Friedensinitiative. Natürlich müssen wir immer in einem parlamentarisch-demokratischen System ringen um die jeweils beste, die richtige Entscheidung, und deswegen sind wir für den Dialog, auch wenn wir heute aus den genannten Gründen Ihre Initiative, Herr Willers, ablehnen. Wir sind für die Fortsetzung des Dialogs, und wir stellen uns auch in Zukunft diesem Dialog, weil wir immer wieder die Mehrheit der Bevölkerung für unsere Auffassung in demokratischen Wahlen gewinnen müssen.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, Herr Willers, daß ein solcher Dialog durch politische Gewalt gefährdet, ja sogar gestört, zerstört werden kann. Deswegen möchte ich Ihnen vorhalten, was zu dieser entscheidenden, auch für die Zukunft der Bundesrepublik entscheidenden Frage die deutschen katholischen Bischöfe gesagt haben. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren! Vielleicht sind Sie so freundlich, auch das in die Diskussion der Friedensinitiative einzuführen, zumal die ideologische Struktur dieser Friedensinitiative hier ja zutreffend von den Herren Kollegen Richter und Adamietz geschildert worden ist. Die deutschen Bischöfe haben dazu folgendes gesagt:

(B) „Der innere und äußere Frieden einer Gesellschaft darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen“ — ich füge ein, ich nehme unsere Auffassung als demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidung in Anspruch —, „die sich auf Gerechtigkeit und Recht berufen können, verlangen, gerade von Christen respektiert zu werden. Das gilt besonders für den Fall, daß sie mit dem eigenen Urteil im Einzelfall nicht übereinstimmen. Gruppen und Initiativen, die Entscheidungen der Politiker als falsch empfinden, müssen immer wieder prüfen, ob Methoden ihres Einspruchs oder Protests ihren christlichen Friedenswillen glaubhaft bezeugen. Wir bitten Sie“ — sagen die Bischöfe —, „wir bitten Sie, Wege zu wählen, von denen Sie begründet sagen können, daß sie gewaltfrei bleiben, den Grundwerten des Grundgesetzes verpflichtet sind und nicht zu gesetzwidrigen Handlungen führen.“

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns im Dialog fortfahren, aber lassen Sie uns diese Sätze beherzigen, lassen Sie uns diese Sätze realisieren! Dann, bin ich sicher, wird es uns gelingen, auch weiterhin den Frieden in Freiheit zu bewahren. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

**Abg. Willers (GUL):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Bemerkung noch zu Herrn

(C) Klein! Herr Klein, wenn Sie die katholischen Bischöfe bemühen, um Ihre Ablehnung eines Dialogangebots der Friedensinitiativen hier zu begründen, finde ich das schon sehr bemerkenswert.

Ich habe mich aber eigentlich gemeldet, um noch einige Bemerkungen zu Herrn Adamietz zu machen, weil mir das, was er hier gesagt hat, auch gerade aus unserer Ihnen bekannten früheren politischen Nähe besonders problematisch zu sein scheint. Ich habe den Eindruck, daß die BGL ihre vollzogene politische Isolation jetzt dadurch zu rechtfertigen sucht, daß sie jedem, der sich für Frieden ausspricht und der nicht dort hinten auf den beiden Bänken sitzt, in einen Sack steckt, mit dem Etikett „Kommunisten“ versieht, um kräftig daraufschlagen zu können.

Herr Adamietz, Ihr Beitrag war auch insofern impertinent, als Sie den Eindruck erweckt haben, die Friedensinitiativen seien mehr oder weniger, eher mehr als weniger, alle DKP oder DKP-gesteuert, vielleicht abgesehen von einigen Naivlingen. Das zeugt, Herr Adamietz, von einem wirklichen Realitätsverlust, das zeugt davon, daß Sie nicht mehr wissen, was in den Friedensinitiativen vor sich geht und wer dort ist.

Herr Adamietz, wir sind nicht so wie Sie, daß wir schreiend davonlaufen, wenn wir aus der Ferne einen Kommunisten erblicken. Sie kennen ganz genau die Position der Grünen zu Kommunisten, und Sie wissen auch, daß wir explizit erklärt haben, daß wir insbesondere die DKP aus der Friedensbewegung herausdiskutieren wollen, weil wir ihre Position in Friedensfragen mit der Einäugigkeit, die sie da an den Tag legen,

(D) (Abg. Kunick [SPD]: Sie setzen sich doch gerade an einen Tisch und diskutieren eine Wahlliste!)

für verlogen halten. Das weiß Herr Adamietz alles, und wenn er hier das Gegenteil davon sagt, dann finde ich das problematisch.

Herr Adamietz, ich möchte Sie einmal fragen, wie überzeugen Sie denn die von Ihnen immer zitierte schweigende Mehrheit, wie machen Sie das denn praktisch, wo leisten Sie denn Überzeugungsarbeit? Sie haben sich so schrecklich in die Ecke gestellt, mit Allgemeinheiten und Unverbindlichkeiten hier argumentiert, obwohl Sie sonst immer sehr konkret sind. Ich hätte gern gewußt, was Sie konkret tun. Mit Ihrem Beitrag haben Sie sich selbst Ihre politische Handlungsunfähigkeit und, finde ich, noch schlimmer, Ihre Handlungsunwilligkeit bescheinigt.

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

**Abg. Adamietz (BGL)\*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns ist dieses Thema schon

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) wichtiger als ein Hickhack mit Herrn Willers, der seine eigene Vergangenheit ja nicht bewältigt hat, denn was ich zum Beispiel zitiert habe von dem Herrn Busche und über die Anträge zur Garlstedter Heide, das stammt in der Tat aus gemeinschaftlicher Vergangenheit, das stammt in der Tat aus einer Zeit, als er begründet hat, warum wir den SPD-Antrag damals abgelehnt haben. Das stammt eben aus einer Zeit, die vor seinen jetzigen Positionen liegt, und natürlich kann er dann nicht wahrhaben, wie die Realität aussieht.

Wenn es hier in dieser Zeitung heißt, die Bremer Grüne Liste habe sich von der Mutterpartei „Die Grünen“ abgesplittert, und sie schlug sich im Bremer Parlament auf die Seite der Aufrüster, dann kann ich nur sagen, das ist allerdingst-  
verfälschung, wie wir sie in bestimmten politischen Kreisen real existierend schon seit langem kennen.

(Zuruf des Abg. Willers [GUL])

Mutterpartei „Die Grünen“! Bestenfalls hat sie sich von uns sozusagen abgesplittert, Sie können auch sagen, emanzipiert in eine Richtung, die wir allerdings nicht teilen, und dann auf die Seite der Aufrüster, das ist schon Demagogie! Das ist allerdings Masche, die wir kennen, die wir kennen aus Geschichtsklitterung, die wir kennen, wann immer die Geschichte neu geschrieben werden muß, wenn ein neuer Staatsmann und Führer da ist.

(B) Das allerdings können wir nur entsprechend zurückweisen. Wir kennen die Bilder — ich habe sie natürlich jetzt nicht dabei —, auf denen etwa Herr Dubcek regelrecht wegretuschiert wurde, damit das gemeinsame Pressefoto noch stimmt, weil dieser Mann auf einmal Persona non grata war. Nein, meine Damen und Herren, so kann man tatsächlich nicht Politik machen!

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um das einmal deutlich zu machen, was nämlich genau dieser Mechanismus ist, mit dem man natürlich gern uns überziehen will und worauf man natürlich auch gern politisch reiten will, nicht nur Herr Willers von der GUL, natürlich auch die SPD. Das gestehe ich Ihnen ja gern zu, daß Sie versuchen, auch Honig daraus zu saugen nach dem Motto „Teile und herrsche“, möglichst alle klein halten.

(Abg. Kunick [SPD]: Der einzige, der keinen Honig mag, sind Sie!)

Wenn man das dann kann, bitte, Herr Kunick, das ist Ihr gutes Recht! Ich meine, diese Friedensbewegung dazu auch zu benutzen, sie eben zum Kronzeugen zu machen und zu sagen, die Bremer Grüne Liste habe sich isoliert und — das ist ja dann das berühmte Stichwort — habe keine Basis mehr und so weiter!

Ich wollte an diesem Beispiel eigentlich nur deutlich machen, wie arrogant diese Haltung ist, daß man selbst nämlich die Basis sei. Wir allerdings wollen tatsächlich nicht die Basis sein von der

SDAJ oder von der DFU, wir wollen auch nicht diese Basis haben, und wir wollen auch kein imperatives Mandat von dieser Basis haben, um das ganz klipp und klar hier zu sagen!

(Beifall bei der BGL)

Herr Willers, Ihre Reden sind dann doch Heuchelei, wenn ich auf der anderen Seite höre — vielleicht nicht Ihre persönlich, das möchte ich jetzt gar nicht hier in den Raum stellen, also aus Ihrer Gruppe beziehungsweise Partei — oder wenn ich dann in der Zeitung lese, welche ernsthaften Verhandlungen Sie eben führen und Sie bei jedem Pressegespräch von den Reportern doch gefragt werden, ob denn eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der DKP möglich sei. Ungezählte Zitate kann ich Ihnen bringen! Natürlich wird gesagt, im Parlament nicht, sondern außerparlamentarische Zusammenarbeit. Warum? Weil die DKP in keinem Parlament ist, kann man auch nicht im Parlament mit ihr zusammenarbeiten!

(Beifall bei der BGL)

Aber das Außerparlamentarische, das wollen Sie, und wir haben nur deutlich gemacht, wir wollen das nicht. Wir wollen in der Tat auch keinen politischen Druck durch ein solches Forum, beispielsweise dadurch, daß wir dann auf einmal gezwungen werden, den Krefelder Appell zu unterschreiben. Ich nehme das nur einmal als ein Schlagwort, weil der bekannt ist.

Der Krefelder Appell ist nach unserer Auffassung eben ein einseitiges Dokument,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Richtig!)

weil tatsächlich nur sozusagen der Balken der Pershings darin steht, die Nachrüstung damit soll also abgelehnt werden, aber der genauso große Balken der sowjetischen Raketen, ob das nun SS-20 sind oder andere, die wir gar nicht kennen, das ist mir auch egal, steht natürlich nicht darin. Deswegen ist immer wieder der Hinweis auf diesen Krefelder Appell eine politisch einseitige Festlegung.

(Beifall bei BGL und FDP)

Wir wollen dem aber Rechnung tragen, und wir betonen es noch einmal ganz klar, wir wollen — und das unterscheidet uns sicherlich, und in den Augen von vielen macht uns das eben auch sozusagen zu Personen, die in solchen Bewegungen nicht mehr so ganz akzeptiert sind — keine Traumtänzer sein.

(Beifall bei der BGL)

Das liegt aber daran, daß wir Realpolitik machen wollen. Es nützt uns nichts, Zukunftsvisionen — ich habe sie ja selbst hier in diesem Haus vorgetragen — zu entwickeln, die in 40 oder 50 Jahren theoretisch erreichbar wären, wenn man jetzt die Schritte einleiten würde, die man aber, weil man jetzt die Schritte nicht einleitet, nicht einleiten kann und

(C)

(D)

(A) politisch nicht durchsetzen kann, natürlich auch nicht erreichen wird.

Wir sind für Pazifismus. Jemand wie Gandhi ist unser Vorbild, wobei wir auch die Unterschiede sehen, wenn man das jetzt historisch genau nimmt, aber von der politischen und ethischen Haltung her. Nur, wir wissen eben auch, was politisch durchsetzbar sein muß. Nur das ist etwas, was realistischerweise auch jetzt von Politikern hier umgesetzt werden kann oder gefordert werden kann. Wenn ich aber meine Forderungen so hoch schraube, daß sie zwar gut klingen in einem kleinen Kreis, aber ich sie politisch nicht umsetzen kann, dann bin ich eben nachher überhaupt nicht mehr effektiv. Mir ist wichtiger, daß ich überhaupt schrittweise vorankomme.

Nehmen wir noch einmal die Debatte über den sauren Regen! Auch wenn ich die SPD dort kritisiere, gerade weil sie zu wenig tut, bin ich aber insgesamt natürlich froh, daß dort Schritte in Gang kommen, ich bin froh, daß in den letzten eineinhalb Jahren zum Thema saurer Regen sehr viel mehr passiert ist, und genauso ist das natürlich mit der Friedensentwicklung.

Deswegen meine ich eigentlich nur, man sollte eben dann tatsächlich nicht Leute auch in solch einer Friedensbewegung festlegen wollen mit immer wieder neuen Appellen. Das alles, wenn Sie fragen, wo wir denn tätig sind!

(B) Wir haben ja selbst damals einen Aufruf formuliert, das Stichwort war Solidarnosc oder, auf deutsch, Solidarität. Das ist das politische Stichwort der Zeit, das ist ja nun auch schon wieder, kann man fast sagen, Schnee von gestern. Die Historie geht ja fast darüber hinweg.

Natürlich sind wir tätig! Soll ich Ihnen aufzählen, welche Kontakte wir geknüpft haben, welche einzelnen Aktionen wir machen?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Müßig ist es! Müßig ist es, in der Tat! Entscheidend ist doch, daß man nicht einfach nur große Foren macht oder Plenumsveranstaltungen oder auch kleine Initiativgruppen, die aber so aussehen, daß man am Schluß eine Resolution unterschreiben muß, und wenn man die nicht unterschreibt, dann gehört man zur Aufrüsterpartei. Das ist doch der entscheidende Punkt! Das polarisiert, ja das isoliert die Leute, die für den Frieden eintreten, und deswegen beteiligen wir uns nicht an solchen Initiativen.

Aber deswegen sagen wir genauso auch den etablierten Parteien hier im Haus, verwerfen Sie das nicht, tun Sie es nicht nur als taktische Maßnahme ab, die es natürlich ist, völlig klar, aber greifen Sie doch diese Initiative auf, und dann — ich sage es einmal ganz im Sinne Ihrer etablierten Positionen — setzen Sie sich doch einmal an die Spitze einer solchen Bewegung auch in Bremen, und gestalten Sie doch einmal ein Hearing!

(C) Sie sind ja — an die etablierten Fraktionen jetzt — schlichtweg zu dumm, diese politische Situation zu ergreifen, indem Sie das ablehnen. Machen Sie doch ein Hearing, und dann haben Sie die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, wie es läuft!

Das Hearing wird gemacht, das wird zum Tribunal gemacht werden, und dann werden allerdings — und dann kann Herr Willers zehnmal reden — die DKP-Kader das Sagen haben, auch wenn es nur eine Handvoll ist und wenn der Saal voll ist von anderen Leuten. Wer aber oben auf dem Podium sitzen wird, wer die Resolution verfaßt hat, wer die Presseerklärungen hinterher macht, das werden der Herr Eckhard Lentz und ähnliche Leute sein.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Busche!)

Oder Herr Busche!

Das ist doch der entscheidende Punkt, und dieser Chance, hier nun etwas in Gang zu setzen und diesen Kreis zu verbreitern, begeben Sie sich. Das ist politisch einfach unklug, das ist politisch dumm, und da sind Sie tatsächlich in der politischen Entwicklung hinterher.

Das Wort der Bischöfe, kann ich nur noch einmal sagen als aktuelle Spitze — und die Evangelische Kirche hat ja auch ähnliches formuliert oder ist dabei, es zu formulieren —, dieses Wort der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA macht doch deutlich, wie ernsthaft das ist und daß es eben tatsächlich nicht ein kleiner Kreis von Bevölkerung nur ist, der sich Sorgen macht und der dieses Thema Frieden aufgreift. (D)

Die Erklärung von Herrn Willers, man habe sich da isoliert, wenn man auf dieser Linie liege, glaube ich, fällt in sich zusammen. Die Erklärungen, die die deutschen katholischen Bischöfe und die amerikanischen Bischöfe in schärferer Form sogar jetzt noch verabschiedet haben, machen doch deutlich, auf dieser Linie, und auf dieser Linie liegen wir in der Tat, ist es möglich, eine ganz breite Bewegung hier zu initiieren, die auch politisches Gewicht hat, nämlich letztendlich, und das ist der entscheidende Punkt sicherlich, dann die Regierungen zu zwingen, politisch tätig zu werden im Sinne dieser Bewegung.

Das unterstützen wir nachdrücklich, und wir meinen, dort sind auch alle taktischen und strategischen Einschätzungen wichtig, etwa unser Vorschlag, sich erst einmal auf eine Verlängerung dieses Nato-Doppelbeschlusses zu konzentrieren. Das scheint uns ein realistischer Vorschlag, sicher ein Kompromißvorschlag, aber etwas, was diskutabel ist.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. Schröder (GUL): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es dauert nicht lange! Auch wenn dieser Antrag, den wir gestellt haben,

(A) abgelehnt wird, kann ich gerade auch Ihnen, Herr Adamietz, sagen, daß dieses Forum stattfinden wird,

(Abg. Adamietz [BGL]: Das habe ich Ihnen doch eben gesagt!)

auch ohne Beteiligung oder Unterstützung dieses Hauses und im übrigen auch ohne Beteiligung der DKP. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber die BAB wird dort sein!)

Es werden Betroffene dort sein, aber nicht unbedingt diese Leute, die Sie beschrieben haben. Herr Adamietz, Sie müssen sich auch gefallen lassen, daß es natürlich eine verkürzte Sicht ist, allein von der DFU oder von der DKP als der Friedensinitiative zu sprechen. Sie bezeichnen sich selbst ja teilweise — ich muß sagen teilweise — als Friedensinitiative.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Als friedlich!)

Ich würde Ihnen selbst, Herr Adamietz, das abnehmen. Ob das für Ihre Gruppe gilt, weiß ich allerdings nicht.

(Abg. Adamietz [BGL]: Hauptsache ausgrenzen!)

Ich kann nur das berichten, Herr Adamietz, was ich selbst erlebt habe und was mich persönlich betroffen macht!

(B)

Ich habe den Dialog mit den Jugendoffizieren erlebt. Ich war dort anwesend, als Herr Dinné noch das Wort hatte und mit den Offizieren sprach. Ich habe das Glück gehabt, daß Herr Dinné von den Jugendoffizieren eingeladen wurde. Dagegen ist gar nichts zu sagen, allerdings beruhte der Grund der Einladung auf einer Aussage, die Herr Dinné dort gemacht hat, und die war in der Tendenz mehr für Aufrüstung und für Nachrüstung als für alles andere.

(Widerspruch bei der BGL)

Das aber nur nebenbei!

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Schröder! — Bitte sehr!

(Zurufe)

Abg. Schröder (GUL): Natürlich ist das unver-schämt! Ich habe es mit eigenen Ohren gehört!

(Abg. Neumann [CDU]: Zitieren Sie doch einmal! — Abg. Wedemeier [SPD]: Das muß jetzt hier geklärt werden!)

Ich möchte noch Gelegenheit nehmen, etwas zu Herrn Klein zu sagen! Herr Klein, Sie sprachen die philosophische Betrachtungsweise an, die die katholischen Bischöfe in die Diskussion gebracht haben. Man muß bei dieser Diskussion, glaube ich, auch

beachten, daß eine Hinwendung der politischen Interessen der Amerikaner hin zum Pazifik, weg vom Atlantik zu beobachten ist. Man wird von der Bundesrepublik aus größeres Augenmerk auf diese Tatsachen legen müssen, und man muß auch beachten, daß beispielsweise im Pentagon Diskussionen im Gang sind, die die Führbarkeit eines atomaren Krieges auf Europa begrenzt für möglich halten, für wahrscheinlich halten, und dies bedeutet in der Tat eine andere Qualität von Rüstung. Man muß auch beachten, daß gerade in dem Moment, als die Verhandlungen in Genf begannen — das ist zwar auch kalter Kaffee von gestern —, die Neutronenwaffe in die Diskussion eingeführt wurde.

Dann kann man es sich nicht so einfach machen, daß man sagt, wir lehnen den Dialog mit diesen Leuten, die nun wie immer Forderungen stellen, ab. Ich möchte nur daran erinnern, daß wir es häufig gesehen haben, daß zum Beispiel Frauen der Evangelischen Kirche hier auf dem Marktplatz demonstriert haben. Ich würde es mir sehr wünschen, wenn diese Frauen in diesen Dialog einbezogen würden, und dann reicht es nicht aus, nur „nein, danke!“ zu sagen, meine Damen und Herren!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Gruppe der GUL mit der Drucksachen-Nummer 10/1084 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(D)

(Dafür BGL und GUL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir treffen uns wieder um 14.30 Uhr. Wir setzen dann die Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 18, Berlin-Förderungsgesetz, fort.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.57 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen eine Gruppe der Altentagesstätte Anna-Stiegler-Haus, eine Gruppe der Altentagesstätte Farge, eine Gruppe Ruheständler der Deut-

(A) schen Postgewerkschaft und ein Kurs Krankenpflegerinnen und -schüler des Zentralkrankenhauses Bremen-Nord als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir fahren in der Beratung der Tagesordnung fort.

#### Berlin-Förderungsgesetz

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1087)

Wir verbinden hiermit:

#### Abwehr unerwünschter Folgen der Berlin-Förderung

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. April 1983  
(Drucksache 10/1098)

#### Berlin-Förderung

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 3. Mai 1983  
(Drucksache 10/1099)

#### Drucksache 10/1087

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

(B) 1. Die Bürgerschaft (Landtag) beobachtet mit Sorge die bereits nach kurzer Zeit sichtbar werdenden Auswirkungen des neuen Berlin-Förderungsgesetzes. Diese Neuregelung hat dazu geführt, daß gerade in Bremen ansässige Branchen Produktions- teile nach Berlin verlagern.

Aus arbeitsmarkt- und regionalpolitischer Sicht hält es die Bürgerschaft (Landtag) nicht für vertretbar, Arbeitsplätze aus dem Bundesgebiet mit Steuermitteln nach Berlin zu verlagern, wenn mit der Verlagerung eine Arbeitsplatzvernichtung verbunden ist und außerdem solche Regionen weitere Arbeitsplatzopfer bringen müssen, die ohnehin schon erhebliche Strukturprobleme aufweisen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb den Senat auf, nach Möglichkeiten zu suchen, wie das Berlin-Förderungsgesetz geändert werden kann. Dabei sollte sich der Senat von zwei Grundsätzen leiten lassen:

— Die Dauersubventionierung reiner Arbeitsplatzverlagerungen ist aus der Berlin-Förderung herauszunehmen.

— Die Förderungsbedingungen sollten nur dann zur Anwendung kommen, wenn Arbeitsplätze in Berlin zusätzlich geschaffen werden.

Wedemeier und Fraktion der SPD

#### Drucksache 10/1098

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu der Aufgabe, die wirtschaftliche und politische Zukunft Berlins zu sichern. Deshalb unterstützt die Bremische Bürgerschaft die Zielsetzung der alten wie der neuen Bundesregierung, Berlin wirtschaftlich besonders zu fördern.

Der Grundgedanke der Berlin-Förderung, neue zusätzliche und hochwertige Arbeitsplätze in Berlin zu

(C) schaffen, darf aber nicht verfälscht werden. Die Berlin-Förderung darf nicht zu einer bloßen Verlagerung bei gleichzeitiger Reduzierung der Gesamtzahl der Arbeitsplätze führen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat und in Verhandlungen mit der Bundesregierung für eine entsprechende Lösung einzusetzen.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU

#### Drucksache 10/1099

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu der Aufgabe, die wirtschaftliche und politische Zukunft Berlins zu sichern. Deshalb unterstützt die Bremische Bürgerschaft die Zielsetzung der alten wie der neuen Bundesregierung, Berlin wirtschaftlich besonders zu fördern.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist jedoch der Auffassung, daß die Berlin-Förderung nicht zu zusätzlichen Belastungen strukturschwacher Gebiete führen soll. In diesem Zusammenhang erwartet die Bürgerschaft (Landtag) u. a., daß Bremen Bundesergänzungszuweisungen erhält und als Fördergebiet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ berücksichtigt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, sich im Bundesrat und in Verhandlungen mit der Bundesregierung für entsprechende Lösungen einzusetzen.

Lahmann und Fraktion der FDP

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 10/1099 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt.

(D) Abg. Schmidt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der gestern vorgelegte Bericht des Arbeitsamtes hat sehr deutlich gemacht, daß mit einer Entspannung auf dem bremischen Arbeitsmarkt, das heißt mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit, in absehbarer Zeit wohl nicht gerechnet werden kann.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Aus diesem Grund ist es verständlich, daß anlässlich der letzten Bürgerschaftssitzung Beschäftigte der Zigarettenindustrie der Firma Brinkmann mit ihrer Gewerkschaft vor dem Parlamentsgebäude demonstriert und von den Vorsitzenden der Fraktionen klare Aussagen gefordert haben, wie sie es mit der von der Bundesregierung subventionierten Vernichtung ihrer Arbeitsplätze in Bremen halten und was dagegen unternommen werden soll. Mit Recht hat die zuständige Gewerkschaft jetzt nachgefragt, was denn in diesen acht Wochen nun geschehen sei.

Aus der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers von gestern ist nicht hervorgegangen, daß eine Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für diesen Bereich vorgesehen ist. Vielmehr wird die Hoffnung darauf gesetzt, daß der

(A) Markt sich selbst regelt. Wie das, um es in einem Nebensatz zu erwähnen, für andere Bereiche, wie zum Beispiel die Werften, bei uns möglich sein soll, ist mir unverständlich, aber ich bin ja nur Landespolitiker.

(Abg. Neumann [CDU]: Das merkt man!)

Herr Kollege Neumann, wer diese Zwischenbemerkung macht, weiß wahrscheinlich nicht um die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen bei Brinkmann, bei Kaffee Hag oder bei Onko!

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Was hat das mit der Regierungserklärung zu tun?)

Diesen Aktionen der Beschäftigten der Firma Brinkmann haben sich in den letzten Wochen auch die Beschäftigten der Kaffeeröstereien angeschlossen.

(Abg. Neumann [CDU]: Einstimmiger Beschluß des Deutschen Bundestages!)

Sie vertreiben zum Beispiel einen Anstecker, auf dem es heißt: „Der Jobkiller, die Berlin-Präferenzen!“

(B) Ich kann mir aufgrund einiger Aussagen von Unionspolitikern aus Berlin, aufgrund der Aussagen, die gemacht worden sind zu den Aussagen meines Fraktionsvorsitzenden und der jetzigen Formulierung der Beschäftigten vorstellen, wie das nun wieder ausgelegt wird. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wäre wirklich gut beraten, wenn er sich bei der Erörterung über Fragen der Arbeitsplatzvernichtung in Bremen und der Subventionierung der gleichen Arbeitsplätze in Berlin einmal mit den dort zuständigen Gewerkschaften unterhalten würde, um deren Auffassungen dazu zu hören, und sich auch einmal über den Begriff Solidarität, wie er von den Gewerkschaften praktiziert wird, zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage dies nicht, um eine nicht erforderliche Schärfe in diese Debatte zu bringen,

(Abg. Neumann [CDU]: Sie sind doch schon dabei!)

sondern um aufzuzeigen, wie mit Emotionen versucht wird, eine dringend erforderliche Sachdebatte politisch auszuspielen und dadurch Gegensätze zu erzeugen, die weder notwendig sind noch geschaffen werden müssen.

Um was geht es? Es steht ohne Zweifel fest, daß jede demokratische Partei, ja jede demokratische Organisation die besondere Situation Berlins kennt und es für erforderlich hält, daß aufgrund der Insellage und der damit verbundenen erschwerten wirtschaftlichen Konkurrenzsituation besondere

(C) Förderungsmaßnahmen erfolgen müssen. Das ist geschehen mit den steuerlichen Vergünstigungen, bekannt unter dem Begriff Berlin-Präferenzen. Trotz dieser Präferenzen und der Vergünstigungen sind in Berlin in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Industriearbeitsplätze verlorengegangen. Man nennt die Zahl von fast 90 000, so daß auch hier überprüft werden muß, ob es struktur- oder konjunkturabhängige Folgen sind, die hier sichtbar werden.

Die vom Bundeskanzler Ende 1982 initiierte Wirtschaftskonferenz Berlin hat nicht nur Versprechungen, sondern auch Zusagen über weitere Vergünstigungen zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen als Ergebnis gehabt. Für unmöglich halten wir es aber, wenn hier mit zusätzlichen Fördermitteln nicht etwa zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, die dem gesamten Arbeitsmarkt dienen, weil sie ihn entlasten, sondern Arbeitsplätze zum Beispiel in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, zum Beispiel in Bremen, vernichtet werden, indem sie hier abgebaut und nach Berlin mit erheblichen Mitteln verlagert werden.

(D) Diese Entwicklung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat zu einer ungünstigen Beschäftigungsentwicklung im bremischen verarbeitenden Gewerbe beigetragen. Auffallend oder sogar herausragend ist der Beschäftigtenrückgang bei der Verarbeitung von Kaffee und Tee von 17 Prozent und der Umsatzrückgang von 34 Prozent. Diese ungünstige Entwicklung ist eine Konsequenz, die sich aus dem Berlin-Förderungsgesetz ergibt. Die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze und des Umsatzes in Berlin, in Bremen und im Bundesgebiet zeigt insgesamt, daß schon die frühere Ausgestaltung der Förderungsgesetze erhebliche Auswirkungen mit sich brachte.

Meine Damen und Herren, mein Vorwurf und meine Forderung, die ich hier im Namen der SPD-Fraktion zu vertreten habe, richten sich nicht nur gegen das, was von der neuen Regierung erwartet wird, sondern auch gegen das, was bisher in diesen Bereichen geschehen ist, um es ganz deutlich zu sagen. Schon in den Jahren 1977 bis 1981 hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Kaffee- und Tabakindustrie wie folgt verändert: Im Bundesgebiet gab es einen Rückgang von 1,2 Prozent, in Bremen einen Rückgang von 13 Prozent und in Berlin einen Zugang von 9,4 Prozent. Damit steht fest, daß die negative Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bremen unterstützt wird von der Förderungspolitik des Bundes in Berlin.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten hat in gleichlautenden Schreiben an den Ersten Bürgermeister in Hamburg und an den Präsidenten des Senats in Bremen darauf hingewiesen, daß ein Arbeitsplatz in den von mir genannten Industriebereichen durch den Bund mit bis zu 25 000 DM pro Jahr gefördert wird. Der Protest der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften richtet sich nicht gegen die Förderung von zu-

(A) sätzlichen Arbeitsplätzen, die hier geschaffen werden sollen, sondern gegen eine Politik, die gleichzeitig Arbeitsplätze in Bremen oder anderswo vernichtet. Das deutlich zu machen ist Sinn unseres Antrags und war auch Anliegen des Präsidenten des Senats bei seinen Ausführungen vor der Vollversammlung der Angestelltenkammer.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in den letzten Tagen sehr aufmerksam die Medien zu dieser Problematik verfolgt haben, werden Sie feststellen müssen, daß nicht nur in den unmittelbaren Bereichen, sondern auch in der Hafenvirtschaft negative Folgen eingetreten sind. Von daher begrüße ich es, daß, nachdem unser Antrag eingereicht worden ist, auch die beiden anderen Fraktionen Anträge eingebracht haben, die sich mit der gleichen Frage beschäftigen, ohne daß sie jedoch deutlich machen, was eigentlich gefordert und getan werden soll. Ich begrüße besonders im Antrag der FDP, daß hier noch einmal die Forderung nach der Bundesergänzungszuweisung aufgeworfen wird.

Unabhängig auch von dieser Formulierung, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen und darf schon jetzt erklären, daß wir dem Antrag der CDU und auch dem Dringlichkeitsantrag der FDP zustimmen werden, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es durch gemeinsame Anstrengung gelingen wird, die ungünstigen und verzerrten Wettbewerbsbedingungen für Bremen zu beseitigen und damit auch den Arbeitsmarkt in Bremen sicherer zu machen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen deutlich machen, und diesen Appell möchte ich an alle Parteien und Gruppen, die hier im Plenum vertreten sind, richten, daß es hier keinen Antrag und keine Debatte gegen Berlin gibt, sondern daß es um die Frage gerechter Präferenzen und ausgewogener politischer Entscheidungen geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir Bremer sind möglicherweise, ich könnte auch sagen sehr wahrscheinlich, ebenfalls auf weitere Hilfen des Bundes und auf Kombattanten im Bundesgebiet und bei den Ländern angewiesen. Es würde uns schlecht anstehen, wenn wir hier in negativer Art und Weise die Speerspitze gegen Berlin bilden würden. Davor möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus warnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Berlin, meine Damen und Herren, hat nach Auffassung der CDU eine nationale Aufgabe zu erfüllen, zu der sich die CDU uneingeschränkt bekennt, und wir wollen die wirtschaftliche und die politische Zukunft Berlins sichern. Dies ist ein Er-

fordernis, dem sich niemand entziehen kann. Berlin braucht aufgrund seiner geographischen und politischen Lage auf Dauer einen Ausgleich von Standortnachteilen, und in Berlin muß zu besonderen strukturellen Anpassungen der Wirtschaft angeregt werden. Dies ist bisher gemeinsame Auffassung der großen Parteien gewesen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden aus 1978, und ich zitiere einmal ganz kurz. Hierin heißt es unter anderem: „Die Förderung der Berliner Wirtschaft wird verstärkt weitergeführt.“ Weiter heißt es: „Die Standortnachteile der Wirtschaft werden durch eine dauerhaft angelegte Berlin-Förderung in der Weise ausgeglichen, daß der vom Gesetzgeber gewollte deutliche Präferenzvorsprung gegenüber anderen Fördergebieten erhalten bleibt oder wiederhergestellt wird.“ Dies war die gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden.

Auch die Berlin-Präferenzen, über die wir uns unterhalten, sind im Bundesrat und im Bundestag einstimmig beschlossen worden. Deswegen glaube ich, daß wir auf dieser Linie die politische Argumentation weiterführen müssen. Das schließt nicht aus, meine Damen und Herren, daß möglicherweise, und diesen Eindruck hat auch die CDU, in dem einen oder anderen Punkt jetzt Verschiebungen eingetreten sind, die über das gewollte Ziel hinausschießen und die einer Korrektur bedürfen. Deswegen glauben wir, daß ein solcher Antrag, wie wir ihn gestellt haben, auch seine Rechtfertigung hat, meine Damen und Herren.

Die Berliner sagen im übrigen auch zu Recht, daß es andere Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die gefördert werden. Es ist in diesem Zusammenhang nicht zu Unrecht darauf hingewiesen worden, daß im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auch ein Teil des Landes Bremen, nämlich Bremerhaven, solche Vorteile bekommt. Natürlich ist es so, das möchte ich auch gerade an die FDP sagen, daß solche Subventionen oder indirekten Vorteile, die gewährt werden, immer zu Lasten einer anderen Wirtschaftsregion gehen. Insofern kann ich logisch den Schluß, zu dem Sie in Ihrem Antrag kommen, nicht nachvollziehen, weil Sie so etwas im zweiten Absatz ausschließen wollen.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Was wollen wir denn ausschließen?)

Ich kann nur sagen, wenn ich irgendwo fördere, Herr Lahmann, dann geht es auch gleichzeitig immer auf Kosten einer anderen Region. Ich sage ja nicht, daß es auf unsere Kosten gehen muß, sondern das gilt ganz generell. Dies können Sie nicht ausschließen, und deswegen können wir Ihren Antrag nicht mitmachen und werden uns der Stimme enthalten.

Das, was wir in Berlin allerdings zu beklagen haben, hat, glaube ich, sehr gut der dortige DGB-Chef Pagels ausgedrückt — ich entnehme das jedenfalls der „Berliner Morgenpost“ —, indem er sagt, „die

- (A) Verlagerung der Produktion von ‚Lord Extra‘ der Brinkmann AG kostet in Bremen 350 Arbeitsplätze, schafft in Berlin nur 49 neue Arbeitsplätze und wird daneben noch mit Herstellerpräferenz mit 9,9 Millionen DM und Abnehmerpräferenz mit 26,3 Millionen DM subventioniert. Dies ist eine falsche Politik, die wir nicht mittragen können als DGB“, und dies meinen wir von seiten der CDU ebenfalls!

(Beifall bei der CDU)

Dort, wo Arbeitsplätze nur verlagert werden oder wo die Verlagerung zu zusätzlicher Vernichtung führt, ist die Förderung nicht sinnvoll und muß zukünftig unterbunden werden, meine Damen und Herren!

Wir haben uns mit den Berliner CDU-Kollegen noch einmal zusammengesetzt und haben die Angelegenheit insgesamt besprochen und problematisiert. Das, was Sie in der Neufassung unseres Antrags im zweiten Absatz finden, ist im übrigen auch Auffassung der Berliner CDU, zu der wir uns als Bremer CDU uneingeschränkt bekennen, nämlich daß der Grundgedanke der Berlin-Förderung, neue und vor allen Dingen zusätzliche Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen, nach wie vor für die Berlin-Förderung gelten soll. Genauso deutlich wird aber gesagt — ich zitiere —: „Die Berlin-Förderung darf nicht zu einer bloßen Verlagerung bei gleichzeitiger Reduzierung der Gesamtzahl der Arbeitsplätze führen.“

- (B) Dies, meine Damen und Herren, ist natürlich nicht ad hoc oder mit einem Patentrezept zu lösen, weil es in der Tat vielfältige Sachverhalte und Probleme zu bedenken gilt. Deswegen haben wir uns auch davor gehütet, ein solches Patentrezept in unserem Antrag anzubieten, sondern wir fordern den Senat auf, sich im Bundesrat und in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß es zu differenzierten Lösungen kommt, die der Aufgabe gerecht werden, zum einen nicht unsinnige Subventionen zum Abbau von Arbeitsplätzen oder zur Verlagerung von Arbeitsplätzen zu leisten und zum anderen Berlin insofern zu helfen, daß neue zusätzliche und hochwertige Arbeitsplätze dort geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, wir werden uns auch bei dem Antrag der SPD der Stimme enthalten,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Was? —  
Präsident Dr. Klink übernimmt wieder  
den Vorsitz.)

weil uns ein wichtiges politisches Anliegen, Herr Kollege Wedemeier, im Antrag Ihrer Fraktion fehlt, nämlich ein eindeutiges Bekenntnis auch der Bremer SPD zu der Aufgabe, die politische, aber auch die wirtschaftliche Zukunft Berlins zu sichern. Ich glaube, daß man darauf in der politischen Auseinandersetzung, wenn Anträge nicht mißverstanden werden sollen, nicht verzichten kann. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann. (C)

Abg. Lahmann (FDP \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Dies ist ein gutes Beispiel dafür, daß „Subventionitis“ ihre Tücken hat, daß Subventionen ihre Nebenwirkungen haben, wie das manchmal auch bei Medikamenten ist, wo die Nebenwirkungen manchmal gefährlicher sind als die zu behandelnde Krankheit. Das sage ich zu denen, die sofort, wenn ein Problem auftaucht, eine Subvention verlangen.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist ein Beispiel, das man einmal unter dem allgemeinen Aspekt auch mit in seinen Hinterkopf nehmen sollte bei weiteren Forderungen, was die Wirtschaftsstruktur betrifft.

(Abg. Klein [CDU]: Das dürfen Sie nur nicht in bezug auf Berlin sagen!)

Aber zum Thema selbst, Herr Kollege!

(Abg. Klein [CDU]: Berlin ist ja ein Ausnahmefall!)

Ich komme darauf ja zu sprechen!

(Abg. Klein [CDU]: Das ist nicht mit allgemeiner Subventionsmentalität zu verwechseln!)

Meine Damen und Herren, zu Berlin und vor allem zu Bremen, weil wir ja in Bremen Politik zu machen haben! Das ist der Anlaß, warum wir darüber sprechen. Ich möchte ganz deutlich sagen, daß die FDP-Bürgerschaftsfraktion wirklich in einer Front steht mit allen, die um die Sicherung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Land Bremen kämpfen. Wir sind wie alle Mitglieder dieses Hauses, denke ich, in großer Sorge wegen jedes einzelnen Arbeitslosen, der hier im Land keine Arbeit hat, auch wegen des hohen Anteils der Arbeitslosigkeit von jetzt 13 Prozent, ein Anteil an Arbeitslosigkeit, der bekanntlich höher ist als der in Berlin, um schon einmal auf Berlin zu sprechen zu kommen. (D)

Wir machen uns wie Sie alle große Sorge wegen des überproportionalen Anteils der Problembranchen im Land Bremen, 38 Prozent der Industriebeschäftigten sind im Land Bremen in solchen Branchen beschäftigt gegenüber nur fünf Prozent der Industriebeschäftigten im übrigen Bundesgebiet. Wir machen uns gerade auch deshalb große Sorgen um die Verlagerung von Betriebsteilen und von Arbeitsplätzen nach Berlin. Wir machen uns große Sorgen, denn wir müssen sehen, daß in dieser Szene, in der wir hier Politik zu machen haben, diese Entwicklung, die schon beschrieben worden ist, im Land Bremen sich besonders schädlich bemerkbar macht. Darum sage ich auch jetzt schon, auch wir sind für eine Überprüfung der beschlos-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) senen Regelungen für die Berlin-Förderung, denn wir haben schließlich, nachdem wir nun derartige Wirkungen feststellen, in Bremen Politik zu betreiben, und für uns ist nun einmal das Hemd näher als der Rock. Wir sind verantwortlich für das, was in diesem Land passiert.

(Beifall bei der FDP)

Das habe ich auch auf der Kundgebung, die Herr Kollege Schmidt zitiert hat, schon gesagt. Ich meine das ernst und habe mich auch, ich möchte das noch schildern, angestrengt, hier etwas zur Lösung des Problems beizutragen. Ich möchte übrigens, Herr Kollege Schmidt, auch insofern auf die Kundgebung noch zurückkommen, als der Herr Döding bei dieser Gelegenheit den Wunsch geäußert hat, daß die Fraktionen einen gemeinsamen Antrag zu dieser Angelegenheit einbringen. Ich glaube, daß das eindrucksvoller und besser gewesen wäre.

(B) Ich meine auch, eine Schärfe ist nicht erforderlich in dieser Debatte. Wir sind uns in der Beurteilung der Situation sicher einig, und darum hoffe ich eigentlich immer noch darauf, daß wir uns noch dazu durchringen können, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen. Wir sollten es nicht dabei belassen, daß nun über diese drei Anträge, die nun einmal eingebracht werden mußten, weil es zu einvernehmlichen Verhandlungen nicht gekommen ist, verhandelt werden muß. Nun gut! Ich appelliere noch einmal, daß wir uns doch noch überlegen sollten, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen!

Meine Damen und Herren, was kann getan werden, was können wir tun, um dieser Entwicklung vorzubeugen oder ihr entgegenzuwirken? Ich möchte gleich sagen, meine Damen und Herren, natürlich können wir Beschlüsse fassen und an andere appellieren. Es wird darauf ankommen, was wir mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg tun können, um die Situation im Land Bremen zu bessern. Dort, glaube ich, müssen wir tatsächlich die Ursachen differenziert betrachten und müssen dann die Maßnahmen abwägen.

Ich greife das Schlagwort, das Herr Kollege Schmidt hier eingeführt hat, von dem Job-Killer Berlin-Präferenz, auf. Ich möchte differenzierend sagen, Herr Kollege Schmidt, daß dieses Schlagwort leicht den Eindruck erwecken könnte, als hätte Bremen wieder einmal Veranlassung, mit dem Finger ausschließlich auf andere zu zeigen und zu sagen, hier haben wir ein Problem, das haben andere geschaffen, und deshalb müssen wir jetzt an andere appellieren, damit das abgestellt wird.

Meine Damen und Herren, wir sollten nicht vergessen — es ist ja in Bremen üblich geworden, wenn ein Problem auftaucht, appellieren wir an andere, bei den Werften ist das so, bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, jetzt auch wieder bei diesem Problem —, daß Bremen an der Entstehung dieses Problems mitgewirkt hat. Das ist nun einmal so, und wir sollten gar nicht so vorwurfsvoll gegenüber den Berlinern oder den Bon-

nern auftreten. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kudella hat schon erwähnt, daß der Bundestag am 3. Dezember 1982 diese Änderung einstimmig beschlossen hat,

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

also alle Vertreter der hier anwesenden großen Parteien haben dieser Lösung zugestimmt.

(Abg. Klein [CDU]: Großen und größeren Parteien!)

Es ist nicht ganz uninteressant — das möchte ich ergänzen, Herr Kudella —, daß auch der Bundesrat dieser Regelung einstimmig zugestimmt hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Auch einstimmig?)

Das war am 17. Dezember 1982, also vor wenigen Monaten. Auch der Senat hat also dieser Regelung, dieser Novellierung der Berlin-Präferenzen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, soll ich die Anträge, die alle drei Fraktionen eingebracht haben, also als Senatsschelte oder sagen wir einmal als Weckruf an den Senat betrachten? Das letztere kommt vielleicht eher hin. Wenn das alles so erkennbar schlimm war, hätte man doch wenigstens erwarten müssen, daß der Senat dann einmal im Bundesrat seinen Mund aufmacht und auf das Problem hinweist!

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Das ist nicht geschehen.

(D) Meine Damen und Herren, es mag sein, daß der Senat gute Gründe dafür gehabt hat, dies nicht anzuprangern oder nicht dagegen Stellung zu nehmen, und darum möchte ich auf die Inhalte kurz zu sprechen kommen. In der Tat sind auch sie differenziert zu betrachten. Ich bin zunächst einmal mit dem Kollegen Kudella — sicher ist Herr Schmidt genau der gleichen Auffassung, er hat es nur nicht so deutlich herausgestellt — der Meinung, daß die Berlin-Förderung notwendig ist. Wir alle haben — jedenfalls unsere Parteien — jahrelang und immer wieder auch mit großem Erfolg geschildert und zur Kenntnis genommen, daß Berlin ein politisches Notstandsgebiet ist, das wirtschaftlich nicht ausbluten darf. Berlin, das Schaufenster der Freiheit, das Symbol der Freiheit sozusagen, leidet natürlich unter geographischen und politischen Standortnachteilen, die ausgeglichen werden sollen. Das ist übereinstimmende Meinung aller Beteiligten. Berlin soll keine Vorteile erhalten, man muß in diesem Fall genau untersuchen, ob das hier passiert ist, es sollen aber die geschilderten Nachteile ausgeglichen werden. Darum meine ich, daß die Bürgerschaft alle Veranlassung hätte, gerade als Parlament eines nun nachteilig betroffenen Landes auszudrücken, daß auch wir uns ausdrücklich zu der Aufgabe bekennen, daß die wirtschaftliche und politische Zukunft Berlins gesichert werden muß, und daß wir deswegen

(A) auch die Zielsetzung aller Bundesregierungen, die bisher amtiert haben, unterstützen, Berlin wirtschaftlich besonders zu fördern.

Meine Damen und Herren, die Neuregelung, die eingeführt worden ist durch die eben geschilderten, einstimmig gefaßten Beschlüsse, gilt teilweise zumindest ab Anfang dieses Jahres. Diese Neuregelung, ich glaube, auch das müssen wir erkennen, wenn wir mit Berlin und den anderen Ländern sowie dem Bund über diese Frage diskutieren, ist aus der Sicht Berlins alles andere als abwegig. Sie ist sozusagen auch systematisch nicht abwegig, denn wenn es bisher möglich war, in Berlin Subventionen dafür zu erlangen, daß eine Ware, die bereits hergestellt war, nach Berlin geschafft wurde, dort mit einem neuen Etikett versehen wurde und dann nur wieder aus Berlin heraustransportiert wurde, wenn es also möglich war — und so war es ja früher —, daß eine Subvention für eine nicht erbrachte Leistung gezahlt wurde, für eine ganz geringfügige Wertschöpfung, dann ist es doch sinnvoll, diese dadurch möglichen Mißbräuche abzustellen. Es ist doch sinnvoll zu überlegen, wie man es anstellen kann, daß tatsächlich eine Wertschöpfung in Berlin erbracht wird, daß tatsächlich Arbeit in Berlin stattfindet. Das war der wirtschaftliche und politische Sinn, damit Berlin eben wirtschaftlich nicht ausblutet. Die Antwort auf diese Überlegung lautete, man muß auf eine tatsächlich in Berlin erzielte Wertschöpfung die Subvention geben. Das ist im Prinzip sinnvoll.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Je mehr Leistung, je mehr Wertschöpfung, desto höher ist die Umsatzsteuer-Präferenz. Das ist der Sinn der Neuregelung. Das ist an sich also nicht abwegig.

Nun hat aber jede Medaille, wie wir in Bremen schmerzhaft empfinden, eine Kehrseite, und unter dieser Kehrseite leiden wir. Dagegen muß etwas getan werden. Die Regelung muß überdacht werden. Ich habe es schon gesagt.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir nun erwarten würden, wie Herr Kudella es, glaube ich, gesagt hat, daß man nun nur zusätzlich entstehende Arbeitsplätze in Berlin subventionieren sollte, dann ist das die große Frage, ob das technisch überhaupt bewerkstelligt werden kann. Es müßte das ganze System der Berlin-Förderung geändert werden, das ja nicht auf Arbeitsplätze abstellt, sondern auf erzielte Wertschöpfung, auf Leistung. Das System der Berlin-Förderung insgesamt zu ändern würde im Zweifel — wir machen ja eine realistische Politik — kaum möglich sein, weil Sie dafür Mehrheiten nicht finden. So einfach diese Forderung aufzustellen spricht sich zwar leicht aus, ist aber in Wirklichkeit kaum zu verwirklichen, jedenfalls nur sehr schwer.

Deshalb, meine Damen und Herren, bei allem Erfordernis, über dieses Problem auch im System nachzudenken, komme ich zu dem Ergebnis, daß,

weil Bremen schwerpunktartig betroffen ist — kein anderes Land ist doch in dem Maß betroffen, weil sich hier eben die interessanten Industrien so zusammendrängen und nach Berlin gezogen werden können —, deswegen komme ich also zu dem Ergebnis, daß man versuchen muß, eine spezifisch bremische Lösung des Problem zu finden, weil wir es wahrscheinlich nicht schaffen werden, das System zu ändern.

(C)

Wir haben das auf unserer Fraktionsvorsitzendenkonferenz zum Beispiel intensiv diskutiert, und ich denke, daß sich da Lösungsmöglichkeiten abzeichnen. Aber diese, eine spezielle Region besonders belastende Nebenwirkung der Berlin-Förderung muß fest in den Blick genommen werden, weil Bremen als kleines Land es sich eben, und da stimme ich Herrn Kudella wieder zu, nicht leisten kann, sich gegen alle querzulegen, sich mit Berlin anzulegen. Wir brauchen Verbündete, und deswegen müssen wir auf dem Verhandlungsweg dieses Problem, wie ich meine, eher bremenspezifisch lösen, als daß wir mit Aussicht auf Erfolg das ganze System uns anmaßen könnten zu kippen. Das wird kaum möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen anschließen: Wenn wir über dieses Thema mit den anderen diskutieren, die wir für die Lösung unserer Probleme gewinnen müssen, dann können wir nicht umhin, auch die Gegenargumente zu beachten. Dazu muß man erst einmal sagen, meine Damen und Herren, daß zu Unrecht der Eindruck erweckt wird, als hätte die soeben beschlossene Änderung der Berlin-Präferenzen schon das bewirkt, was wir hier in Bremen beobachten. Diese Regelung ist erst seit wenigen Monaten in Kraft, außerdem tritt sie erst schrittweise nach und nach in Kraft. Sie ist erst mit einem kleinen ersten Schritt überhaupt in die Tat umgesetzt worden. Die ganze Regelung tritt schrittweise in Kraft und tritt erst 1987 voll in Kraft. Das ist der eine Punkt.

(D)

Der zweite Punkt: Wir beobachten, wenn wir die Arbeitsplatzentwicklung in Bremen betrachten, auf dem Gebiet der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, insbesondere bei der Verarbeitung von Kaffee und Tee, das greife ich einmal heraus, eine Schrumpfung der Arbeitsplatzzahlen seit 1977. Ich habe hier zufällig eine Aufstellung, die 1977 anfängt. Daraus folgt, daß die Arbeitsplätze jährlich, und zwar deutlich spürbar zurückgegangen sind. Nicht also erst in diesem Jahr 1983, sondern bereits vorher. Ersichtlich kann diese Entwicklung, die wir natürlich jetzt besonders deutlich bemerken, weil darauf laut und deutlich hingewiesen worden ist, auf die Novelle, die gerade eben beschlossen ist, des Berlin-Förderungsgesetzes zurückgeführt werden.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Richtig!)

Es sind da starke Schrumpfungen eingetreten, die eben nicht erst durch die neueste Regelung

(A) verursacht sind, vielleicht auch mit Ursprungsformen der Berlin-Förderung zusammenhängen, aber wohl nicht nur. Darauf will ich zum Abschluß zu sprechen kommen, meine Damen und Herren.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Schon als Sie in der Opposition in Bonn waren, Herr Lahmann!)

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluß! Mir liegt vor, meine Damen und Herren, ein Schreiben eines Bremer Kaffeeunternehmens an den Wirtschaftssenator Willms.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ein größeres oder ein kleineres Unternehmen?)

In diesem Schreiben — es tut nichts zur Sache, wer es geschrieben hat, es kommt nur auf den Inhalt an, Herr Klein, mit dem setze ich mich hier auseinander — wird im Zusammenhang mit dem Personalabbau bei einigen Bremer Röstereien darauf hingewiesen, meine Damen und Herren, daß dieser Personalabbau vor allem im Vertrieb stattgefunden habe, wobei das aus Kostengründen geschehen sei, weil der Außendienst habe reduziert werden müssen. Dann heißt es dazu: „Diese Zahlen in der Beschäftigung erscheinen zwar in der Bremer Statistik, der Personalabbau betrifft aber nicht in Bremen beschäftigte Personen, da deren Wohnsitz sich im Binnenland befindet.“

(B) Also, in der Statistik tritt dies hervor, es sind davon aber möglicherweise nicht Arbeitnehmer, die in Bremen arbeiten, betroffen. Das wird hier behauptet. Ich wäre daran interessiert zu hören, was der Wirtschaftssenator zu diesen Feststellungen sagt.

Die zweite Abteilung, meine Damen und Herren, ist wesentlicher.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident! Ich glaube, wir müssen an solche Ursachen auch erinnern, jedenfalls müssen wir sie mit erörtern. Es wird hier folgendes gesagt: Bremer Unternehmer haben ihren Standort aufgegeben oder verkauft, da die Besteuerung — in Bremen ist gemeint — konfiskatorisch ist. Wer nur in Bremen seine Steuern zahlt, kann durch den Hebesatz bei der Gewerbesteuer seine Eigenkapitalstruktur nicht halten. Zur Sicherung des Bestandes des Unternehmens und der damit verbundenen Arbeitsplätze muß er eine zunehmende Fremdkapitalquote in Kauf nehmen, was einer sukzessiven Enteignung gleichkommt.

Letzendlich, meine Damen und Herren, weist der Unternehmer darauf hin, daß er diese Situation durch eine Teilverlagerung seines Betriebes nach Berlin wenigstens teilweise auffangen kann, weil die kommunale Steuerlast in Berlin niedriger ist. Er weist darauf hin, daß eine Maßnahme, Bremen für sein Unternehmen wieder attraktiver zu machen,

darin besteht, daß zum Beispiel die Gewerbesteuer gesenkt wird. (C)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich werfe diese Frage auf, und zwar abschließend mit der folgenden Feststellung: Ich glaube, daß wir sowohl die Lösung auf Bundesebene suchen müssen, ich glaube aber auch, daß wir bremenspezifische Lösungen suchen müssen. Wir müssen selbst aktiv werden. Es nützt nichts, daß wir nur danach rufen, daß andere uns helfen sollen, sondern wir müssen auch selbst tätig werden, um unsere Situation zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen hat die FDP-Fraktion den Antrag eingebracht und gesagt, dann nehmen wir doch bitte auch diese Situation als einen weiteren Grund, zusätzlich Mittel zu beschaffen, mit denen wir dann hier versuchen, unsere Wirtschaftsstruktur zu verbessern und die Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen in Bremen zu verbessern. Ich muß darauf hinweisen, daß es eine Feststellung des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium gibt, warum Bremen noch nicht einmal Fördergebiet für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist.

Erstens, wird geschrieben, weil Bremen noch nicht genügend detailliert die Entwicklungspässe dargelegt habe,

(Senator Willms: Also, das ist doch!)

(D)

die es gibt — ich kenne den Brief —, und zweitens, meine Damen und Herren, weil Bremen nicht schwerpunktartig in Wirtschaft und wirtschaftsnahe Investitionen investiere. Wenn es da Planungen gäbe, würde die Situation, als Fördergebiet aufgenommen zu werden, sich wesentlich verbessern.

Das ist es, meine Damen und Herren, was ich meine, wenn ich sage, Bremen muß selbst aktiv werden, wir müssen ein Bündel von Maßnahmen, gerade der Maßnahmen, die wir selbst beeinflussen und beschließen können, ergreifen. Wir sollten nicht immer nur nach anderen rufen, sondern wir sollten auch bei uns selbst alle Bemühungen anstellen, was offenbar noch nicht perfekt geschehen ist, um die Lage zu verbessern. Die FDP in diesem Parlament ist bereit, alle Bemühungen, möglichst gemeinsame Bemühungen, nachhaltig zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(Unruhe bei SPD und CDU)

Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Herr Wedemeier, das können wir öffentlich klären! Herr Lahmann, wer hat den Brief bekommen?

(Unruhe bei der SPD — Glocke)

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz!

(Abg. Neumann [CDU]: Sie sind doch sonst für die Beschaffung solcher vertraulicher Dinge zuständig!)

Abg. Adamietz (BGL): Herr Lahmann, nehmen Sie eine Zwischenfrage an? Woher haben Sie den Brief denn?

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, diese Debatte ist gespenstisch.

(Abg. Neumann [CDU]: Gespenstisch?)

Man muß das hier am Anfang ganz klar sagen, ich werde es auch begründen. Ich meine, daß diese Debatte politisch ein Mißgriff ist. Die öffentliche Finanzierung der Vernichtung von Arbeitsplätzen ist ein Thema, das wir wiederholt seit Anbeginn dieser Legislaturperiode hier eingebracht haben, indem wir uns gegen Subventionierung im allgemeinen ausgesprochen haben, aber insbesondere eben gegen die besonderen Formen der Finanzpolitik und der Subventionspolitik.

Die Subventionierung nämlich des Kapitals, der Investitionen in kapitalintensive Produktionstechniken, die dazu führt, daß eben gerade wirtschaftlich die Vernichtung von Arbeitsplätzen interessant ist für die Unternehmer, die Ersetzung der Arbeiter durch Maschinen, durch Kapitalinvestitionen, das ist das Thema der Wirtschaftspolitik überhaupt in diesen Jahren, wahrscheinlich schon, kann man sagen, seit einigen Jahrzehnten.

(B) Deswegen ist das eine ganz klare Aussage für uns. Eine solche Politik ist in jedem Fall von uns abzulehnen, und zwar sowohl im Hinblick auf eine Situation in Berlin als auch in Bremen. In jedem Fall sind wir der Meinung, daß dieses wirtschaftspolitische Konzept schon an der Wand steht oder, besser gesagt, uns noch weiter den Abhang hinunterbringt.

Ich greife das Wort von Herrn Lahmann auf, man müsse über das System der Berlin-Förderung insgesamt nachdenken. Ich meine, man muß über das System der Wirtschaftspolitik überhaupt nachdenken. Wir müssen tatsächlich Arbeitsplätze fördern, wenn wir denn Geld dafür ausgeben müssen. Wir müssen die Einrichtung von Arbeitsplätzen prämiieren und nicht die Einsetzung von Maschinen.

Wir hatten einmal eine Lohnsummensteuer, die sozusagen noch danach bemessen wurde, wieviel Löhne man zahlte, letztlich wie viele Arbeitnehmer man beschäftigte. Es wurde dann deutlich, daß das im Grunde ein Maßstab ist, der diejenigen begünstigt,

(Abg. Lahmann [FDP]: Arbeitsplatzbestrafung!)

die möglichst wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, eine Bestrafung derjenigen, die arbeitsinten-

(C) siv sind. Nun gut, man hat diese Steuer abgeschafft, aber das System letztlich ist nicht wesentlich geändert worden.

Wir haben keine Steuerpräferenzierung der Arbeitsplätze, etwa im Hinblick auf den Erlaß der Gewerbesteuer oder ähnliches. Wir haben immer die Abschreibungsmöglichkeiten für Maschinen, aber wir haben keine Verbesserung für diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen, ob das nun Ausbildungsplätze sind oder eben auch Arbeitsplätze. Deswegen, meinen wir, muß diese grundlegende Änderung dieses Systems hier debattiert werden, wenn denn debattiert wird.

Wir sagen, Berlin muß gefördert werden. Wir schließen uns dieser Aussage und Haltung an, nicht weil wir pathetisch von der nationalen Aufgabe Berlins reden, sondern weil wir das als Erbe einer historischen Entwicklung, und zwar einer schuldhaften historischen Entwicklung Deutschlands überhaupt ansehen, und dann kann man schlichtweg sagen, man darf die Berliner da nicht hängenlassen. Sie leiden am meisten unter diesem gemeinsam verschuldeten Schicksal, und deswegen ist es unsere Pflicht, hier auch zu helfen. Das ist auch der Ansatz der Berlin-Förderung gewesen und auch der Ansatz der Änderung des Gesetzes zum Ende letzten Jahres.

Da wurde doch gesprochen in all den Debatten davon, daß Berlin nur noch verlängerte Werkbank ist,

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

(D)

daß in Berlin auch durch die bisherige Förderung insbesondere gerade rohstoff- und kapitalintensive Herstellungen, Betriebe gefördert wurden, aber nicht Arbeitsplätze. Man hat dann Zahlen vorgewiesen, ich glaube, ich habe das noch im Kopf, so rund 34 Prozent Rückgang — ich glaube, Herr Schmidt hat noch einige Zahlen genannt —, man hat dann darauf hingewiesen, daß das in den Städten, und da waren natürlich Paradebeispiele gerade zur Hand, Stuttgart und München, Westdeutschlands also ganz anders sei. Bremen hat man da übrigens nicht erwähnt.

Also, klare Aussage, Berlin muß gefördert werden! Aber dann natürlich das Dilemma, was bedeutet das für uns in Bremen! Wir als Bremer Grüne Liste wollen auch nicht, daß die Brinkmann-Arbeiter hier dann nach Berlin gehen müssen, wir wollen, daß die hier in Bremen weiter arbeiten können. Allerdings sind wir auch der Meinung, daß muß dann nicht unbedingt bei Brinkmann sein, sie müssen vielleicht einen anderen Arbeitsplatz haben, einen gleichwertigen, dafür muß etwas getan werden.

Was bedeutet also dann diese Haltung in diesem Dilemma? Herr Kudella hat ganz recht, er sagt, es geht auf jeden Fall auf Kosten anderer Regionen, wenn man eine Region

(Abg. Neumann [CDU]: Besonders fördert! Präferenz!)

(A) besonders bevorzugt, das ist ja der Ausdruck der Präferenz, das kann man allerdings nur unterstreichen. Man lügt sich ein bißchen in die Tasche, wenn man sagt, na ja, es geht nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch neue Arbeitsplätze, wenn sie denn überhaupt in Westdeutschland oder in Berlin angesiedelt werden, gehen auf Kosten anderer Regionen. Solange wir Konkurrenz sozusagen untereinander machen, geht es dem einen dann besser und dem anderen dann schlechter. In diesen sauren Apfel muß man in der Tat beißen, dazu muß man sich auch offen bekennen und darf nicht sagen, wir wollen fördern, aber wenn es an das eigene Portemonnaie geht, dann geht es nicht mehr. Das ist eine Haltung, die wir grundsätzlich nicht akzeptieren können.

Wenn Herr Lahmann deswegen sagt, das Hemd ist näher als der Rock, dann hat er in all seinen Ausführungen, die er vorher gemacht hat, Gutes gesagt zur Berlin-Förderung, aber im Endergebnis genau gesagt, na ja, wenn es denn zum Hauen und Stechen kommt, Spitz auf Knopf, dann ist mir das Hemd doch näher als der Rock, dann lieber doch nicht, sozusagen Berlin-Förderung eben nur solange es zu Lasten anderer Bundesländer geht oder jedenfalls zu Lasten derer, denen es besser geht.

(B) Wir meinen, daß das nicht die richtige Haltung sein kann. Die Sachlage ist sicherlich kompliziert, und wenn man das Änderungsgesetz ansieht, dann sieht das so ein bißchen technisch aus wie unsere Haushaltsgesetzänderungen, eine drei statt einer vier oder fünf, 17 statt 21, da soll dann noch einer durchblicken, das sind dann irgendwelche Steuerdaten und sonstiges. Sicherlich, man kann normalerweise kaum durchfinden, man kann eigentlich hier nur eine politische Aussage treffen. Aber wir meinen, daß diese politische Aussage getroffen wurde und darin von all dem, was Sie jetzt hier gesagt haben, nichts zu hören war. Herr Lahmann hat das kurz angedeutet, vielleicht aus dem schlechten Gewissen heraus, vielleicht auch aus einer ein bißchen besseren Position in dieser Debatte heraus, aber ich meine, man muß das noch einmal ein bißchen deutlicher machen.

Der Änderungsentwurf zu dem Berlin-Förderungsgesetz, Drucksache Nummer 2086 aus der neunten Wahlperiode des Bundestags, ist vom 8. November 1982. Das ist ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP ganz gemeinsam. Zur allgemeinen Begründung heißt es: „Nach der Umgestaltung soll die Herstellerpräferenz verstärkt Anreize zu einer Erhöhung der Wertschöpfung in der Berliner Industrie bieten sowie zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer insbesondere höherwertiger Arbeitsplätze und zur Intensivierung der gewerblichen Verflechtungen in Berlin-West beitragen.“

Genau die Zielsetzung, die ganz deutlich macht, in dem Moment, in dem Berlin in Konkurrenz zum Bundesgebiet ist und nicht etwa zum Ausland, geht es zu Lasten eben des Bundesgebiets. In dem Vor-

blatt dieses Entwurfs heißt es dann unter c) wie üblich: „Alternativen: Keine“. Das war die Haltung aller Fraktionen im Bundestag! (C)

Ich will das jetzt nicht im einzelnen zitieren. Erste Lesung, einhundertsebenundzwanzigste Sitzung, Bonn, 11. November 1982: Redner aller drei Fraktionen sind sich einig, Berlin als verlängerte Werkbank soll verschwinden sozusagen, soll eben nicht präferiert werden, es sollen nicht rohstoffintensive und kapitalintensive Produktionen gefördert werden, sondern natürlich Arbeitsplätze. Sowohl für die CDU als auch für die SPD wird das so gesagt, und der SPD-Abgeordnete Dr. Spöri verweist sogar noch auf diese anderen Städte, daß Berlin eben noch schlechter daran sei. Dann für die FDP genau dasselbe, man ist sich einig, der Parlamentarische Staatssekretär, einstimmig wird das an die Ausschüsse verwiesen.

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, sogar noch die Anlage zu diesem Stenografischen Bericht anzusehen, die Liste der entschuldigten Abgeordneten, etwa zehn Abgeordnete fehlen entschuldigt. Von den Bremer Abgeordneten hatte niemand gefehlt. Von den Bremer Abgeordneten hatte auch niemand das Wort ergriffen. Von den Bremer Abgeordneten war auch niemand so gedankenvoll

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Wie der Senat!)

wie die Herren und Damen, die jetzt diese Anträge eingebracht haben und jammern und wehklagen.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wir wehklagen ja nicht!) (D)

Nun kann man weitermachen: 26. November, Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, vom selben Tag Bericht des Haushaltsausschusses, alles einstimmig. Sehen Sie sich das an, ich habe mir extra noch einmal kopiert, für Zwischenfragen bin ich dankbar, um das hier deutlich zu machen!

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Das sagen Sie doch selbst!)

Zweite und dritte Beratung, 3. Dezember 1982, ohne Aussprache einstimmig angenommen! Dann wird der Gesetzesbeschluß an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat, fünfhundertachtzehnte Sitzung, es spricht nur der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr von Weizsäcker, er betonte noch einmal die Notwendigkeit, eine Aussprache findet nicht statt, einstimmig angenommen! Für Niedersachsen gibt allerdings Herr Minister Hasselmann noch eine Erklärung zu Protokoll, und diese Erklärung bezieht sich auf das Problem, daß die Existenz von Zulieferern aus dem übrigen Bundesgebiet nach Berlin bedroht sein könnte.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Aha!)

Bremen gibt nichts zu Protokoll. Bremen gibt auch nicht die Verlagerung der Hauptbetriebsstätten zu Protokoll als Problem, Bremen tut nichts, sagt nichts,

(A) sondern stimmt einstimmig zu. Um das noch einmal zu ergänzen und zu verschärfen, nicht auch irgendwer hat da gegessen im Bundesrat und nicht aufgepaßt für Bremen, meine Damen und Herren, das war eine bemerkenswerte Sitzung am 17. Dezember 1982. Anwesenheitsliste Bremen:

(Abg. Wilhelms [CDU]: Wer war da denn aus Bremen?)

Koschnick, Präsident des Senats, Bürgermeister!

(Abg. Neumann [CDU]: Was? Der war da?)

Der war an diesem Tag da, denn es galt ja auch immerhin,

(Abg. Neumann [CDU]: Dann ist Herr Willms ja aus dem Schneider!)

das neue Gesetz zur Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1982 zu verabschieden, meine Damen und Herren. Herr Senator Fröhlich und Herr Senator Kahrs werden hier noch als Anwesende aufgeführt.

(Abg. Neumann [CDU]: Wenn Sie da gewesen wären, wäre das nicht passiert, Herr Senator!)

Meine Damen und Herren, das ist doch die Sachlage, und alle, die Sie jetzt hier jammern und wehklagen, müssen sich doch an die Nase fassen und fragen, wo waren Sie denn, als es darum ging, etwas zu tun und nicht nur zu reden, nicht nur hohe Worte zu sprechen für die Berlin-Förderung und hinterher zu sagen, na ja, das Hemd ist uns näher als der Rock! So geht es nun doch nicht, also soviel fördern wollen wir nun doch nicht!

(B) Meine Damen und Herren, deswegen werden wir auch ganz klar sagen, wir lehnen diese Anträge ab, die nun darauf hinauslaufen, daß der Senat, ausgerechnet dieser Senat, der nun geschlafen hat, aufgefordert werden soll, Gesetzesinitiativen einzubringen aus einer politischen Position in Bonn, in der dieser Senat wirklich mit dem Rücken an der Wand steht. Da soll der nun noch initiativ werden, um Berlin etwas wegzunehmen, was nun gerade durch eine große gemeinsame Superkoalition zustande gebracht worden ist, weil man die dramatische Entwicklung in Berlin gesehen hat, Bevölkerungsrückgang, Arbeitsplatzrückgang, Steuerrückgang.

Berlin hat gerade vielleicht das Doppelte des Steueraufkommens von Bremen, ein bißchen mehr. Angesichts der Größe der Stadt kann man sehen, wie dramatisch das da ist. Da soll also an diesen Senat appelliert werden, daß er da etwas zuwege bringt? Meine Damen und Herren, wenn es nicht so ernst wäre, müßte man sich kaputt lachen.

Jetzt kommen diese Anträge hier in die Bürgerschaft. Niemand hat es gewagt zu zitieren, und die Zeit läuft mir davon, ich werde es nicht mehr zitieren, sondern nur darauf hinweisen. Haben Sie sich

(C) denn das bundesweite Presseecho einmal angesehen, die überregionalen Zeitungen? Darin steht, Bremen bastelt jetzt an der Berlin-Förderung herum, Bremen steht in dem Geruch, diese Berlin-Förderung, die Sie alle so schön wollten, gewissermaßen zu beseitigen, natürlich auch etwas undifferenziert, natürlich nicht in der Kenntnis der Bremer Probleme, aber dann bringen Sie die Bremer Probleme auch der Presse an, bringen Sie die auch nach Bonn, bringen Sie sie ein in Verhandlungen, wenn es denn Zeit ist, und kommen Sie nicht hinterher!

Uns, die wir nicht einmal in Deputationen anwesend sind, werden hier fertige Gesetzentwürfe vorgelegt, die wir in erster und zweiter Lesung verabschieden sollen. Vielleicht haben wir noch einmal vierzehn Tage vorher Zeit, so einen Gesetzentwurf zur Kenntnis zu nehmen. Sie sagen, na ja, das ist Ihr Pech, so ist eben die politische Lage und so weiter. Aber Sie, die Sie im gesamten Gesetzgebungsverfahren beteiligt sind, wenn Sie dann etwas verschlafen, dürfen sich nicht wundern, daß man überall verdutzt schaut und dann aber auch den Bremer Initiativen nicht die eigentlich notwendige Aufmerksamkeit gibt.

Politisch sind wir deswegen der Meinung, wenn man hier hätte ernsthaft etwas tun wollen, dann hätte man das klammheimlich gemacht, um das einmal so auszudrücken, dann wäre man tätig geworden. Wenn man es denn verschlafen hat im Dezember, dann hätte man es inzwischen gemacht, hätte man gedrängt und gesagt, so geht es nun nicht, wir müssen das ändern, aber ohne ein bundesweites Echo, das als ein Prestigeverlust für Berlin angesehen wird!

(D) Wenn man aber meint, man käme politisch nicht durch mit so kleinen Schritten gewissermaßen in Bonn über die bremische Vertretung dort, von Ministerium zu Ministerium, oder wie immer das geschehen mag, meinetwegen auch von Bürgermeister zu Bundeskanzler oder zum Regierenden Bürgermeister in Berlin hin, dem man sich sozusagen einmal anvertraut und sagt, bitte, wir beiden Stadtstaaten hier haben gemeinsame Probleme, wir können die nicht untereinander ausgleichen, die anderen müssen uns helfen, Bundesergänzungszuweisungen als ein Stichwort meinetwegen, wenn das denn so nicht geht, wenn man sagt, wir müssen ein politisches Signal setzen, aber dann bitte doch nicht mit drei verschiedenen Anträgen! Jeder sucht sich sozusagen seinen Teil des Kuchens aus und entdeckt noch, was der andere falsch im Antrag hat.

Ist das ein Schauspiel für die Bundesrepublik! Wenn Sie ein gemeinsames Anliegen haben und am Berlin-Image, dem Denkmal, kratzen wollen, dann müssen Sie doch wirklich einen gemeinsamen Antrag einbringen, so wie wir gemeinsam in der Lage sind, hier den Vizepräsidenten des Rechnungshofs zu wählen. Da unterschreiben wir auf einmal alle, bei allem politischen Streit, den wir untereinander haben. Einträchtig unterschreiben wir das alles unbeschweren. Klar, weil wir wissen, wir wollen nicht daran

(A) kratzen, wir wollen, daß das eine Institution ist, die oberhalb allen Parteienstreits hier im Haus steht.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, der Präsident klingelt mich ab, er meint sicherlich nicht die Sache!

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Abgeordneter Adamietz, Ihre Redezeit ist abgelaufen! Kommen Sie bitte zum Schluß!

Abg. **Adamietz** (BGL): Ich komme zum Schluß! Wenn Sie also gemeint hätten, eine politische Initiative wäre notwendig, damit auch sozusagen der Wille der bremischen Parlamentarier gemeinsam hier dokumentiert wird nach außen hin, dann hätten Sie auch ein entsprechendes Verfahren wählen müssen. Nein, ich sehe, es ist anders, und ich weiß auch, wie es natürlich gekommen ist, es ist ja angeklungen: Hier waren Demonstrationen.

Zu Recht haben sich die Arbeiter hier gesorgt, Betriebsräte, Gewerkschafter haben sich gemeldet, sie wollten wissen, was machen die Bremer Politiker, und sie fragen natürlich auch jetzt, was habt ihr die letzten acht Wochen oder vielleicht fünf Monate seit Inkrafttreten des Gesetzes getan. Das Ergebnis ist eben: Nichts. Das Ergebnis war, daß man dann einmal schnell einen Antrag einbringt, in dem ein paar Absichtserklärungen oder Aufträge an die Regierung sind, die soll nun einmal tätig werden, getan worden ist aber nichts. Es ist getan worden, Antrag an ein Parlament zu reden, zu heilen, was man vorher falsch gemacht hatte.

Meine Damen und Herren, insbesondere an die SPD gilt das, wenn denn der Senat sowieso auch dieser Meinung ist, dann hätte er auch schon tätig werden können in Bonn, dann braucht er doch nicht mehr diesen Beschluß. Muß er denn die Aufforderung von der SPD-Fraktion bekommen, und ist der Senat etwa nicht der Meinung, daß hier am Berlin-Förderungsgesetz etwas geändert werden muß?

Nun, ich muß zum Schluß kommen! Meine Damen und Herren, ich habe deutlich gemacht, wir unterstützen hier die Brinkmann-Arbeiter. Das ist für uns eine klare Sache. Wir können aber nicht dieses Verfahren, dieses politische Schauspiel unterstützen. Wir meinen, bundesweit wäre Bremen besser beraten, nicht so in die Schlagzeilen zu kommen. Wir meinen, wenn denn an diesem ganzen System herumgebastelt werden soll, bitte, dann grundsätzlich, dann stellen Sie grundsätzlich Ihre Subventionspolitik einmal um und subventionieren Sie Arbeitsplätze und nicht deren Wegrationalisierung!

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nur den Versuch unternehmen, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen, und ich glaube, daß es auch ge-

lingt. Ich will aber jetzt doch, Herr Adamietz, noch zwei Sätze zu Ihnen sagen.

Ihr ganzes Lamentieren hier nützt nichts, wenn Sie nicht auch durch Abstimmungsverhalten deutlich machen, daß Sie tatsächlich die Brinkmann-Arbeiter unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Also, das nur zu sagen nützt Ihnen gar nichts. Hier eine lange Rede zu halten, warum man an der Berlin-Präferenz nichts ändern darf, aber anschließend zu sagen, ich bin auf der Seite der Brinkmann-Kollegen, das widerspricht sich ja in einem Satz. Ich weiß, daß Ihnen das öfter gelingt, aber Sie müssen da auch zu Taten kommen und nicht nur zu Reden! Das ist das, was draußen dann auch gefragt ist.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Wollen wir Berlin helfen oder nicht?)

Natürlich wollen wir Berlin helfen, aber nicht so, wie Sie sich das vielleicht vorstellen, daß dadurch in Bremen 1000 Menschen arbeitslos werden! Da gibt es sicherlich auch andere Wege, Berlin zu helfen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. **Adamietz** [BGL])

Dann bin ich gleich beim ersten Punkt, ich will Ihnen etwas zu Berlin sagen. Also, Herr Kudella, richtig ist, daß ein klares Bekenntnis zu Berlin in unserem Antrag fehlt. Wir haben das nicht gemacht, weil wir gemeint haben, dies sei für jeden anständigen Deutschen selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU)

Nun fordern Sie das ab. Wir haben keine Mühe, ein solches Bekenntnis in unseren Antrag hineinzunehmen, und übernehmen deshalb Ihren ersten Absatz in unseren Antrag, so wie es die FDP auch schon getan hat, und erleichtern Ihnen dadurch sicherlich die Zustimmung.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Zu unserem Antrag!)

Noch etwas zu Berlin! Ich glaube, daß alle in der Bundesrepublik der Meinung sind, daß man für Berlin auch zu besonderen Taten schreiten muß. Aber Berlin ist, und das muß auch einmal gesagt werden, nicht nur auf verbale Solidarität angewiesen, sondern auch auf tatsächliche Solidarität. Die könnte zerstört werden, wenn die Arbeitnehmer, die am Ende ihre Arbeitsplätze über solche Präferenzregelungen verlieren, aus dieser Solidarität schon einmal ausscheren und wenn die Steuerzahler, die beides bezahlen sollen, die neuen Arbeitsplätze in Berlin und den Arbeitsplatzverlust in Bremen, sei es über Arbeitslosenhilfe, über Sozialhilfe oder über sonst etwas, plötzlich aufhören mit dieser Solidarität. Dazu darf es nicht kommen, das muß schon ausgewogen geschehen!

(C)

(D)

(A) Deshalb sind wir der Meinung, daß wirklich nur neue Arbeitsplätze in Berlin — und soviel wie möglich, wenn es geht — gefördert werden sollen. Das geht, da haben Sie recht, Herr Adamietz, auch schon zu Lasten anderer Regionen. Das nehmen wir aber auch hin. Dieses Opfer müssen wir bringen. Nur, eben bestehende Arbeitsplätze zu vernichten, Menschen, die 30 Jahre bei Brinkmann waren, zu sagen, tut mir leid, es gibt Berlin, ab morgen bist du arbeitslos, das geht nicht, und das ist wohl auch nicht Sinn der Sache.

(Beifall bei der SPD)

In einem sonst von Unkenntnis geprägten Kommentar der „Frankfurter Rundschau“ steht ja auch, daß mit der Berlin-Förderung noch nicht in der Bundesrepublik vertretene Zukunftsindustrien gefördert werden sollen. Das war eigentlich der Sinn der Debatte im Bundesrat und im Bundestag und auch in den Ausschüssen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Noch etwas zu der Einstimmigkeit! Ich halte nicht damit hinter dem Berg, ich finde, da ist wirklich ein Fehler passiert. Ich weiß jetzt nicht, wie sich die Bremer Abgeordneten in den Fraktionen verhalten haben, ich nehme an, daß in den Fraktionen unserer Bremer Abgeordneten schon etwas gelaufen ist, aber im Bundestag kam dann natürlich — das Prinzip haben wir ja auch, die Fraktionssolidarität gilt — eben die Einstimmigkeit. Aber zum Bundestag will ich gar nichts sagen!

Zum Bundesrat! Es wäre natürlich im Bundesrat an der Zeit gewesen zu sagen, was da auf Bremen zukommt, und nein zu sagen. Das ist klar! Hier hätte, wenn ich mir diese Kritik erlauben darf, der Senat nein zu diesem Änderungsgesetz sagen müssen, weil man hätte erkennen können, was auf Bremen zukommt. Das gilt übrigens auch für Hamburg!

Das Änderungsgesetz hat übrigens auch Vorteile für uns, weil andere Subventionen und Präferenzen nicht mehr in dem Maße da sind, wie es bisher der Fall war. Ich will das jetzt nicht im einzelnen erklären. Es hat auch Vorteile, an diesem Punkt aber Nachteile, und deshalb hätte man an diesem Punkt besonders darauf hinweisen müssen.

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Äußerungen sagen, Herr Lahmann, ganz kurz, dann bin ich fertig, Wirtschaftsministerium! Ich weiß, daß Sie in einer schwierigen Rolle sind. Aber ich glaube, Sie machen zu oft den Versuch, die Untätigkeit des Wirtschaftsministeriums in Bonn in vielen Fragen —

(Abg. Lahmann [FDP]: Sie meinen das in Bremen?)

ich meine die Untätigkeit des Wirtschaftsministeriums in Bonn! — dadurch zu erklären, daß Sie entschuldigend sagen, die Bonner konnten nicht, haben nicht, weil die Bremer — —. Da muß man sich, meine ich, durchringen. Entweder man vertritt

Bremer Interessen oder Lambsdorff-Interessen. Das ist die Frage, vor der Sie stehen. (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Oh!)

Doch! Ich will das einmal an zwei Beispielen, obwohl das jetzt gar nicht in die Debatte gehört, deutlich machen. Das eine hat er eben selbst gebracht:

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Das dürfen Sie doch nicht so sagen!)

Werftkonferenz! Natürlich sind Sie in der Werftkonferenz nicht beteiligt, weil Sie nun in der Norddeutschen Tiefebene keinen Minister haben.

(Abg. Neumann [CDU]: Aber in der Hochebene!)

Aber da setzen sie sich hin, ob CDU oder SPD, und dann bringen sie, nach meiner Meinung, einen Minimalkonsens zusammen, der eine wichtige Ausgangsposition für die Bremer Interessen darstellt, das, was sie gemacht haben, und jetzt ist der Bund gefordert. Soweit haben sich zwei CDU-, zwei SPD-Ministerpräsidenten durchgerungen. Ich halte das für eine Leistung! Das will ich an einer anderen Stelle hier im Parlament noch einmal deutlicher sagen.

(Beifall bei der SPD)

Gut! Sie waren jetzt nicht dabei! Was machen Sie? Andere halten sich wie auch in der Vergangenheit viel mehr zurück, weil wir mehr an der Sache arbeiten als an der Öffentlichkeitsarbeit. Sie stellen sich hin und sagen, heiße Luft! Ganz schlicht, heiße Luft! Mehr fällt Ihnen nicht ein als heiße Luft! (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Mehr fällt mir nicht ein?)

Herr Lahmann, das ist zu wenig! Da hätten Sie auch sagen können, wenn Sie schon etwas dazu sagen: Zu wenig für Bremen, zu wenig für die Arbeitnehmer, aber Minimalkonsens, und jetzt ist Bonn einmal gefordert, Graf Lambsdorff, du bist gefordert. Haben Sie nicht solche Ängste vor dem Mann!

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelms [CDU]: Jawohl!)

Hier erlebe ich jetzt genau das gleiche! Jetzt sagen Sie, ich habe das so mitbekommen, da soll ein Brief, aber ist ja egal, ob Brief — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Was für ein Brief ist das denn? Egal ist das nicht!)

Da soll ein Brief gekommen sein, ist ja egal! Es gibt eine Äußerung aus dem Bundeswirtschaftsministerium: Bremen helfen, das gehe gar nicht so richtig, weil die nicht selbst tätig würden. Sie hätten nicht belegt, daß Bremen in die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

(A) struktur hinein müsse. Wieder das gleiche Strickmuster!

Der Wirtschaftssenator legt vor langer Zeit ein Unterweser-Strukturprogramm vor, was, soweit ich mich erinnern kann, eigentlich als Maßnahme unumstritten war,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Völlig unumstritten!)

auch wenn wir nur Teile davon, nicht alle, gebilligt haben und nicht alle in Übereinstimmung waren, begründet ausdrücklich, warum die Struktur in der Unterweserregion geändert werden muß. Das kann man heute noch in dem Programm nachlesen. Ich gehe davon aus, Sie haben das nach Bonn geschickt, Herr Senator, und das ist da auch angekommen!

(Zuruf von Senator W i l l m s)

Ich habe auch damals eine Erklärung gelesen, die betraf nicht das Unterweser-Strukturprogramm, sondern das Küsten-Strukturprogramm. Da hat der Bonner Minister gesagt: Warenhauskatalog! Noch zu unserer gemeinsamen Zeit in Bonn jedenfalls! Da haben wir uns gemeinsam darüber aufgeregt. Jetzt, zwei Jahre später, das sei nicht ausreichend begründet! Da rauft man sich die Haare!

Was tun die denn da eigentlich im Wirtschaftsministerium? Es genügt doch — da brauchen wir überhaupt keine Begründungen vom Wirtschaftsminister mit den Materialien, die veröffentlicht werden über die Unterweserstruktur, über die Unterweserregion, über Norddeutschland, über Bremen, über Hamburg, über Schleswig-Holstein, über Niedersachsen, Ostfriesland — nur das „Handelsblatt“, im „FAZ“-Wirtschaftsteil

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: „Spiegel“!)

und andere Wirtschaftsteile zu lesen, dann weiß ich, was hier los ist. Dann kann ich doch nicht sagen: Nicht hinreichend begründet! Die Arbeitsmarktzahlen geben doch her, daß hier etwas getan werden muß.

(Beifall bei SPD und CDU)

Da muß man doch nicht Bälle hin- und herschieben! Ich sage ganz offen, da lobe ich mir oder wir uns Minister in Bonn, die von hier kommen, aus Schleswig-Holstein zum Beispiel, die wissen, was los ist, und die wissen, daß hier geholfen werden muß, und die nicht dauernd jemanden suchen müssen in der Region, der ihr Nichthandeln entschuldigt. Wir kommen auch bei Ihrem Minister in Bonn nur klar, wenn wir drei zumindest gemeinsam untergehakt dort marschieren und Sie nicht dauernd dahin sehen, aber der Schritt nach rückwärts geht. So geht das nicht!

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es wäre natürlich verlockend,

die Diskussion, die sich insbesondere zwischen Herrn Wedemeier und Herrn Lahmann abspielt, zu ergänzen. Das will ich nicht tun, insbesondere ja auch deshalb, weil wir in Bonn mit der FDP zusammen regieren, was für mich allerdings nicht bedeutet, daß wir identifiziert werden in jeder Weise mit dem Wirtschaftsminister. Ich lege immer Wert darauf, daß die —

(Abg. v. S c h ö n f e l d t [FDP]: Mit Herrn Zimmermann wollen Sie doch verglichen werden!)

Ja! Wenn Herr Lambsdorff teilweise so fortschrittliche Einstellung hätte wie Herr Zimmermann im Umweltschutz!

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Im Umweltschutz stimmt das!)

Im Umweltschutz, Herr Kollege! Mir, Herr Kollege Lahmann, wäre es auch sehr wichtig, wenn wir bezogen auf Bremische Interessen am gleichen Strang beim Wirtschaftsminister ziehen könnten, denn es ist nicht zu leugnen, daß der Wirtschaftsminister bezogen auf die Werftsituation und auf die Stahlsituation erst einmal in Bonn in Vordergrund ist. Das war immer so, das war immer derselbe und ist jetzt so und ist auch derselbe.

Deshalb finde ich es schon richtig — insofern möchte ich mich zumindest atmosphärisch dem anschließen, was Herr Wedemeier gesagt hat —, daß wir Bremer, so sehr wir sonst eingebettet sind in unsere Bundesparteien, die Bremisch-spezifischen Interessen nach Bonn weitergeben, nicht nur weitergeben, sondern manchmal dann auch Sprüche, die die Selbstheilungskräfte des Marktes angehen und dann möglicherweise auf Werften und Stahl bezogen sind, korrigieren, nicht weil ich gegen Selbstheilungskräfte des Marktes bin, dafür bin ich, aber nur dort, wo ein echter Markt vorhanden ist, und den gibt es eben bei den Werften und der deutschen Stahlindustrie nicht.

(Beifall bei CDU und SPD — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Ja, genau!)

Ich weiß, daß Sie genauso denken, aber es würde Sie unterstützen, wenn wir gemeinsam, an jeder Stelle und jedem Minister in Bonn, dies sagen.

Zu den Berlin-Anträgen, Herr Adamietz, ist zu sagen, daß Sie in Ihrer Beschreibung, was die kritische Würdigung des Verhaltens von Bremer Abgeordneten wie auch des Senats in Bonn angeht, nicht ganz unrecht haben. Da können wir uns im übrigen auch einbeziehen.

Es kommt hinzu, daß dieses Problem überhaupt gar nicht neu ist. Wenn wir die Entwicklung in der Kaffeeindustrie in der Vergangenheit einmal einbeziehen, dann ist da auch schon eine ganze Menge gelaufen, bei dem einem an sich nicht wohl sein kann, so sehr man dafür ist, daß Berlin wirtschaftlich bestehen muß. Zugegeben, dies ist so, Herr Kollege

(A) Adamietz. Aber das kann doch nicht dazu führen, daß, wenn man jetzt sieht, daß etwas falsch läuft, oder dies zunehmend erkennt, man dann sagt, wir haben es einmal beschlossen, deswegen müssen wir dabei bleiben. Deswegen, finde ich, ist es völlig legitim, daß wir in dieser Situation überlegen, was man machen kann.

Sie haben auch in einem Punkt recht, nämlich dann, wenn Sie kritisieren, daß hier mehrere Entschließungen vorliegen. Ich halte das zwar für verständlich, es ist ja so, wir sind verschiedene Fraktionen, aber ich halte es im Prinzip nicht für optimal, weil wir uns mit unseren Forderungen ohnehin bundesweit einer gewissen Kritik ausgesetzt haben.

Sie sind dabei schlechter weggekommen, Herr Kollege Wedemeier, weil man eben Bremen erst einmal mit der SPD identifiziert. Deswegen haben die Kollegen woanders auf Sie eingedroschen, das müssen Sie hinnehmen, das haben Sie auch hingenommen.

(Abg. Kunick [SPD]: Das tragen wir gern!)

Ob Sie es gern tragen, weiß ich nicht, denn zuviel Dresche, Herr Kollege Kunick, bekommt Bremen auf die Dauer nicht!

(Beifall bei der CDU)

(B) Aber es ist wohl in dieser wichtigen Frage, bei der man mißverstanden werden kann, richtig — insbesondere wenn Anträge nur von Teilen dieses Hauses beschlossen werden —, wenn zumindest die Fraktionen in diesem Haus zu einer gemeinsamen Entschließung kämen. Die Alternative wäre, es gibt drei Entschließungen, und wir stimmen allen dreien zu. Ich halte das nicht für glücklich!

Deshalb möchte ich mir den Vorschlag für eine gemeinsame Entschließung erlauben. Die könnte so aussehen: Bei gemeinsamen Entschließungen ist es sinnvoll, wenn man die Zustimmung von allen haben will, daß man alle integriert, irgendwo und irgendwie, weil es leider nicht üblich ist, daß der eine oder andere auf die Idee kommen könnte, seinen eigenen Antrag zurückzuziehen.

Ich schlage deshalb vor, daß wir den ersten Absatz, der das allgemeine Bekenntnis zur Notwendigkeit, für Berlin zusätzlich etwas zu tun, betrifft, an den Anfang stellen. Das wäre dann der erste Absatz, der auch in unserem Antrag der erste ist. Die FDP hat ihn auch übernommen.

Dann würde ich vorschlagen, daß wir den zweiten Absatz der CDU-Fraktion als nächsten Absatz nehmen. Herr Kollege Wedemeier, ich habe Ihnen dies mündlich bereits mitgeteilt, ich habe es Ihnen vorhin in einem Gespräch gesagt. Dieser zweite Absatz, ich will ihn jetzt nicht vorlesen, Sie haben ihn vorliegen, hat die große Stärke, daß wir ihn auf der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz auch abgesprochen haben mit den Berliner Freunden, die das natürlich nicht alles optimal finden, aber gesagt haben, an sich wollen wir diese Entwicklung auch nicht, daß

(C) da einfach wegverlagert wird. Diese Formulierung könne man mindestens hinnehmen, ich will das so vorsichtig formulieren.

Ich finde, das ist eine starke Sache, wenn wir darauf verweisen können, wir haben hier etwas beschlossen, was zumindest in dieser Passage nicht auf den Widerspruch des Berliner Abgeordnetenhauses stoßen muß.

Ich schlage dann ferner vor, daß wir den FDP-Absatz Nummer zwei, und zwar den ersten Absatz, an diesen Absatz anschließen mit Ausnahme des Wortes „jedoch“. Der paßt nämlich dahin, der erste Satz der FDP, der interpretationsfähig ist, wird durch den vorangegangenen Absatz im Grunde klargestellt. Ich würde dann vorschlagen, anstelle des dritten Absatzes der CDU wie auch des dritten Absatzes der SPD den gesamten zweiten Absatz — da geht es um die ganz konkreten Forderungen — der SPD zu übernehmen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie meinen die Ziffer 2!)

Entschuldigen Sie bitte, die Ziffer 2 zu übernehmen!

Jetzt könnten Sie sagen, dann fehlen bei uns nur noch die Formulierungen, die im zweiten Absatz stehen. Wenn Sie die Formulierungen von uns und von der FDP nehmen, ist genau dasselbe dort gesagt. Wenn wir dies so machen, mindestens aus unserer Sicht, der Sicht der CDU-Fraktion, gäbe das einen gemeinsamen Antrag, der in dieser Frage von hoher Bedeutung wäre. Die Alternative wäre eben die, wir stimmen hier unterschiedlich über die verschiedenen Anträge ab.

(D) Ich darf also meinen Vorschlag zusammenfassen: Absatz eins, CDU-Fraktion/FDP-Fraktion; Absatz zwei, der zweite Absatz CDU-Fraktion; Absatz drei, Ziffer 2 FDP, aber nur der erste Absatz, dann kommt ein ganz neuer Absatz, das ist die bisherige gesamte Ziffer 2 der SPD-Fraktion.

**Präsident Dr. Klink:** Und das letzte dann auch, Herr Abgeordneter Neumann?

Abg. Neumann (CDU): Nein, das, was als letzter Absatz bei der FDP und CDU steht, fiele dann logischerweise weg!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine solche Entschließung hat nicht nur den Vorteil, daß alle Gedanken enthalten sind, sondern eine solche Entschließung hätte die große Chance, daß wir in dieser für Bremen wichtigen Frage auch im Außenverhältnis, was alle drei Fraktionen angeht, einig dastehen, und das halte ich für wichtig. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um der Richtigkeit der Geschichtsschreibung

(A) willen muß es hier erlaubt sein, zu einigen der in der Diskussion gefallenen Äußerungen einige Anmerkungen zu machen.

Herr Lahmann, Sie haben gesagt, wir hätten es uns selbst zuzuschreiben, daß wir bei dem Eindringen in die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur erfolglos geblieben seien, weil es da überhaupt keine vernünftigen Anträge gegeben habe.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich muß Ihnen ganz eindeutig sagen, daß die Aufnahme in diese Gemeinschaftsaufgabe nach Kriterien erfolgt, die festgelegt werden im Planungsausschuß zwischen Bund und Ländern, daß wir selbst oftmals den Versuch unternommen haben, diese Kriterien zu ändern, um selbst hineinkommen zu können, dabei erfolglos geblieben sind, daß zweitens ein Seiteneinstieg über das sogenannte Ersatzarbeitsplätzeprogramm Stahl mit einem formell von uns gestellten Antrag erfolglos geblieben ist, weil wir keine Mehrheiten fanden in diesem Planungsausschuß. Mit anderen Worten, das, was Sie in einem Brief also zu lesen geglaubt haben, muß von einem Briefschreiber stammen, der entweder das System nicht kennt und deshalb die Erfolglosigkeit nicht erkennen konnte und die Begründung dafür nicht erkennen konnte, oder aber dieser Briefschreiber muß Hauff oder einer der Gebrüder Grimm sein.

(B) Ganz schlimm ist allerdings die Vokabel, die hier umschrieben in die Diskussion mit eingeführt worden ist, das Küstenstrukturprogramm betreffend. Wir haben dieses Programm seit Jahren vorgestellt, nicht nur als Unterweser-Strukturprogramm, als Küstenstrukturprogramm. Wir sind erfolglos geblieben, weil uns die Diskussion — die inhaltliche Diskussion — verweigert worden ist, und zwar verweigert worden ist von einem Partner, von einem Bonner Counterpart, der immer der gleiche geblieben ist, der immer Lambsdorff hieß!

Es gibt darüber hinaus allerdings noch eine Äußerung, die nach meiner Einschätzung eine Anmerkung verlangt, das ist der Hinweis auf den angeblich konfiskatorischen Charakter der Gewerbesteuer. Ich muß Ihnen hier sagen, wenn das der Fall sein und eine Begründung hier für Bremen geben sollte, dann gibt es andere Städte in der Bundesrepublik, die viel, viel schrecklicher dastehen müßten. Die CDU-geführte Stadt Frankfurt, die CSU-geführte Stadt München haben sich beide entschlossen, Hebesätze in der Größenordnung 490 festzulegen, wir sind bei 400 Punkten. Was müßte das für grausliche Auswirkungen haben? Versuchen Sie, die Gewerbesteuer aber einmal auf das Produkt zu beziehen, dann werden Sie beim Pfund Kaffee gar nicht mehr ausmachen können, in welcher Höhe sich die Gewerbesteuer dort niederschlägt. Das ist mit Sicherheit gar nicht in Pfennigen festzustellen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Bank- und Industriezentren!)

(C) Aber jetzt zum Thema Berlin-Förderungsgesetz! Ich glaube, darauf zurückzukommen ist eine Notwendigkeit. Wir begrüßen den Vorstoß zu diesem Problem Berlin-Förderung! Dabei übersehen wir nicht, daß das Berlin-Hilfegesetz beziehungsweise das Berlin-Förderungsgesetz die bestehenden Standortnachteile Berlins ausgleichen wollte und somit dazu beitragen sollte, die Lebensfähigkeit dieser Stadt zu erhalten. Da das Gesetz auch in den vergangenen Jahren über den Ausgleich des Standortnachteils hinaus Wettbewerbsvorteile zugunsten Berlins geschaffen hat, sind nach unseren Schätzungen aufgrund dieser Förderung 1977 in Bremen rund 1600 Arbeitsplätze im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie verlorengegangen.

Dennoch hat die Berlin-Förderung mit den hohen Sockelbeträgen von 4,5 Prozent bei den Hersteller- und 4,2 Prozent bei den Abnehmerpräferenzen nicht zu dem gewünschten Erfolg bei der Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Berlin geführt, und deshalb also auch die Versuche, das Berlin-Förderungsgesetz am Ende des letzten Jahres zu ändern und dazu zu kommen, nicht nur Produktionsbereiche mit einem großen Maschinenpark und wenigen Arbeitsplätzen nach Berlin zu verlagern.

(D) Das wurde einstimmig dann auch so beschlossen, wobei die Sockelbeträge für die Herstellerpräferenzen gesenkt wurden und damit gleichzeitig eine von der in Berlin geschaffenen Wertschöpfung abhängige Staffelpreferenz eingeführt wurde. Das Ganze war also eine Bewegung nach unten in der Subventionspraxis. Ich gebe allerdings zu, dabei übersehend und nicht mit einbeziehend andere Bereiche, die in Zeiten des wirtschaftlichen Wohlstands und ausgeglichener Arbeitsmarktverhältnisse bei anderen auch nicht so aufgefallen sind.

Ich glaube, daß unabhängig von der Notwendigkeit, Berlin auch in Zukunft Hilfe zu gewähren, gerade in der Konjunkturphase, die wir jetzt hier erleben, überdeutlich geworden ist, daß die Hilfe für eine sich in einer Zwangslage befindlichen Region wie Berlin nicht Hilfsbedürftigkeit in anderen Bereichen auslösen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eben der Kasus, auf den es uns ankommen sollte. Hier zeigt sich nach meiner Einschätzung auch die Grenze der sinnvollen Subvention. Die Gewinnung neuer zusätzlicher Arbeitskräfte zum Beispiel in Innovationsbereichen wird von uns überhaupt nicht bestritten, ist auch eine, die man in Berlin anstoßen und auch in Zukunft fördern sollte. Diese verdient die Förderung, nicht aber die Abwerbung von Arbeitsplätzen aus strukturschwachen Regionen. Ich halte dabei die Anregung, die Sie gegeben haben, hier zu einer Beschränkung auf das Bremen-Berlin-Verhältnis zu kommen, für eine, die man nachvollziehen sollte und für die man werben sollte. Anstöße und Regelungen jedenfalls müßten aber erfolgen.

(A) Einem Irrtum möchte ich allerdings an dieser Stelle entgegentreten. Die Änderung der Berlin-Hilfe am Ende des letzten Jahres hat die Entwicklung, die früher bereits eingetreten war, nicht weiter nach vorn getrieben und verschärft, sondern hat sie im Grunde genommen quantitativ nach unten gezogen, das muß gesehen werden. Ich will hier nichts verniedlichen, bloß, das Ganze findet heute natürlich vor einem Hintergrund statt, bei dem man über 2,5 Millionen Arbeitslose klagt. Das war nicht die Situation Mitte der siebziger Jahre, als wir von anderen Ausgangsvoraussetzungen ausgehen konnten.

Der Senat wird sich nach allem um die Klärung bemühen, ob und bei welcher Änderung der verzerrenden Subventionen wir die erforderlichen Bundesgenossen finden können, die brauchen wir nämlich, um Mehrheiten zu haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann. Ich bitte, auch dazu Stellung zu nehmen, ob es möglich ist, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen!

Abg. **Lahmann (FDP)\*:** Ja, das hatte ich vor! Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte doch recht, daß ich vorhin angefangen bin mit der allgemeinen Bemerkung zur Subventionitis, als hätte ich fast geahnt, daß das Gespräch noch auf Graf Lambsdorff kommen würde. Diese Bemerkung würde ihn sehr gefreut haben und Sie ja auch, weil Sie inzwischen sehen, daß dieses Subventionsgebaren uns eben in Schwierigkeiten bringt und daß man das eben nicht so undifferenziert sehen kann.

(B) Herr Kollege Wedemeier, ich will vielleicht einmal bei anderer Gelegenheit auf die einzelnen Fragen eingehen, die Sie hier aufgeworfen haben. Aber Sie können davon ausgehen — das wissen Sie auch ganz genau, daß das so ist —, daß ich und die ganze FDP-Fraktion in diesem Hause sich bemühen, gerade auch gegenüber unseren Bonner Freunden, bremische Interessen wahrzunehmen. Nur, wir haben die Erfahrung gemacht, und das, glaube ich, wäre ganz gut, wenn das die anderen politischen Kräfte in Bremen auch so handhaben würden, daß es wenig Sinn hat, bremische Interessen mit ständigen Querelen, mit ständigem Widerspruch, mit ständigem Krach etwa wahrnehmen zu wollen, sondern man muß sehen, wie man ohne großes Geräusch zu der von uns allen gewünschten Lösung kommt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, damit das ein für allemal klar ist, was Sie hier über Graf Lambsdorff verbreiten, daß er etwa auch den Sektoren, wo natürlich kein funktionierender Markt existiert, den Selbstheilungskräften des Marktes das Wort redete, das ist falsch, das wissen Sie auch, daß das falsch ist.

(Abg. **Wedemeier [SPD]:** Das haben wir nicht gesagt!)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Gut, ob Sie das nun so gesagt haben oder jemand anders, ich greife nur dieses Zitat auf!

(Abg. **Wedemeier [SPD]:** Aber er hat gerade im Dezember zu den Werften gesagt, er kenne keine notleidenden Werften!)

Das eben ist falsch, ich habe das auch schon einmal hier widerlegt! Herr Wedemeier, das ist nicht fair, daß Sie das wiederholen! Ich habe hier schon einmal widerlegt, auch unter Vortrag eines Briefes von Lambsdorff

(Abg. **Neumann [CDU]:** Schon wieder ein Brief!)

zu eben dieser falschen Behauptung, daß er durchaus nicht gesagt hat, es gäbe keine Krise bei den Werften, sondern er hat gesagt, es muß diese Szene sehr differenziert gesehen werden, es gibt eine Krise, eine scharfe Krise im Großschiffbau bei den Großwerften, um die wir uns nun dauernd quälen, aber die Lage bei den mittleren und kleineren ist anders, und das hat er gemeint damit, daß man diese Szene differenziert betrachten muß. Genau wie ich wissen wir alle, daß das so ist. Nun hören Sie auf mit diesem falschen Gerede, er hätte das alles über einen Kamm geschoren!

(Beifall bei der FDP)

Nein, ein Wirtschaftsminister ist verpflichtet, die Ursachen zu erkennen und dann auch dazu beizutragen mit den Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, sie zu bekämpfen. Dazu ist auch Graf Lambsdorff bereit, und ich finde, auch Sie behandeln ihn ungerrecht.

(Abg. **Klein [CDU]** meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Lahmann (FDP):** Nein, im Moment nicht, ich komme darauf zurück, Herr Kollege!

Das ist ungerecht. Aber wir wollen dem Problem, das natürlich in der Diskussion mit dem Wirtschaftsminister auch ordnungspolitisch immer wieder hervortritt in solchen Situationen, auch in solchen Situationen, in denen er nicht unentwegt Geld vom Bundesfinanzminister bekommt für solche Zwecke, das müssen wir doch auch einmal sehen, das wissen Sie auch, daß da natürliche Grenzen bestehen, wir wollen dem gar nicht aus dem Weg gehen.

Graf Lambsdorff wird nach Bremen kommen, und er wird sich öffentlich hier der Diskussion all dieser Fragen in diesem Haus in einer Veranstaltung stellen, wo Sie meinetwegen auch Gelegenheit haben sollen, mitzuwirken und ihn auch zu nageln, wenn Sie meinen, daß das erforderlich ist, das wird geschehen. Er hat mir das zugesagt, und ich bin ganz zuversichtlich, daß wir dann trotz Wahlkampfnebel vielleicht endlich einmal zu einer gerechten Behandlung der Wirtschaftspolitik von Graf Lambsdorff

(D)

(A) kommen können, das geschieht nämlich hier nicht bei solchen Diskussionsbeiträgen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein  
[CDU]: Sind Sie jetzt bereit, Herr Kollege?  
— Glocke)

Nein, ich melde mich!

(Heiterkeit — Abg. Beckmeyer [SPD]:  
Sie sind doch schon daran!)

Nun zu der heißen Luft,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber das haben Sie gesagt!)

die in der Tat mir erkennbar erscheint bei dem, was da in Hamburg mit den Werften passiert oder bei der Diskussion der Ministerpräsidenten über die Werften passiert ist! Ich hatte den Eindruck, daß das Ergebnis nicht konkret genug ist. Den Eindruck hatten auch die Gewerkschaften, hatte auch unser gemeinsamer Freund Lenz in Bremerhaven, ich habe das ja gestern zitiert.

(Abg. Neumann [CDU]: Wie? Sind Sie mit dem befreundet? — Abg. Hildegard Lenz [SPD]: Gemeinsamer!)

(B) Ja, gemeinsamer habe ich gesagt! Ich habe mit der Fragestunde gestern den Zweck verfolgt, daß der Senat etwas stärker konkretisiert, was eigentlich herausgekommen ist, weil in der Tat eine große Unsicherheit herrscht — das wissen Sie aus der öffentlichen Diskussion —, was denn nun die Ergebnisse sind. Daß man nicht alles mit einer Konferenz in Hamburg lösen kann, die ein paar Stunden dauert, das ist klar! Aber dann kann doch deutlich gesagt werden, was herausgekommen ist, wie geht es jetzt weiter, wie weit sind wir noch entfernt, Herr Kollege Wedemeier, von einem Konzept, das die Werften vorlegen sollen,

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, Bremen auch!)

das die öffentliche Hand in Bund und Ländern beurteilen soll daraufhin, ob sie nun Anpassungssubventionen und, wenn ja, in welcher Höhe leistet.

Ich bin dafür, daß Anpassungssubventionen geleistet werden. Vollkommen klar! Der Bund ist auch dazu bereit. Er verlangt ein Konzept, das wissen Sie! Wir wollen wissen, wie weit ist dieses Konzept vorgelegt, inwieweit nicht. Das wollten wir gestern erfahren. Es ist uns leider nicht gelungen, das zu erfahren, weil der Wirtschaftssenator darauf keine befriedigende Antwort gegeben hat. Heiße Luft mag ein bißchen leger sein als Ausdruck zur Schilderung dieses Zustands, aber viel mehr, Herr Kollege, das müssen Sie selbst sagen, vielleicht nehmen Sie einen seriöseren Ausdruck, viel genauer war es nun nicht, was der Wirtschaftssenator uns gestern hier gesagt hat.

Letzte Bemerkung, bevor ich zu Herrn Klein komme!

(Abg. Klein [CDU]: Das ist fair! Das ist in Ordnung!)

Den Vorwurf, daß wir immer, wenn es in Bremen Probleme gibt, darauf hinweisen, daß wir zunächst einmal selbst daran seien, diese Probleme zu lösen, daß wir einen Darstellungszwang, einen Begründungszwang haben, bevor uns andere helfen, bevor zum Beispiel die Bonner uns beispringen, weise ich zurück. Der Sachverhalt ist zwar so, aber es ist nun einmal eine Tatsache, daß nach diesen Schilderungen, die ich vorgetragen habe, Herr Senator Willms, die Bonner den Eindruck haben, daß Bremen die Situation nicht genügend detailliert dargestellt hat.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Was haben Sie dagegen unternommen?)

Es gibt einen Küstenplan, das mag sein! Es gibt auch Zeitungen, die über die Arbeitslosenquote berichten, Herr Kollege Wedemeier! Aber deswegen ist noch nicht klar, welche Auffassung die Landesregierung, meinestwegen auch dieses Parlament, vertritt bei der Frage, welche Maßnahmen denn nun mit Sinn und Verstand ergriffen werden sollten, um dieses System zu ändern.

Herr Senator Willms, übrigens der Briefschreiber heißt nicht Grimm oder Hauff, sondern der heißt von Würzen. Er ist ein Gesprächspartner von Ihnen, der im Zusammenhang mit den Beratungen des Planungsausschusses für ein Land, das in diesem Planungsausschuß „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beteiligt ist, diese Lage dargestellt hat. Wieso ist es Bremen nicht gelungen, die Kriterien durchzusetzen in diesem Gremium, in dem Sie mindestens sechs Länder und den Bund brauchen, um da akzeptiert zu werden?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das ist schon die Begründung!)

Moment! Ja, gut! Das mag ja die Begründung sein, aber die Kriterien und die Modelle und die Maßnahmen, die der Senat vorgeschlagen hat, waren eben nicht so überzeugend —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wieder der Senat!)

Zeitungslektüre allein genügt offenbar nicht, um Mehrheiten herzustellen —, waren nicht überzeugend genug, um das tatsächlich nachzuweisen, daß wir da hineingehören. Wir sind der Auffassung, daß die Voraussetzungen vorliegen, meine Damen und Herren. Aber wir können nicht umhin zu unterstreichen, daß es dem Senat nicht gelungen ist, die anderen Länder und offenbar partiell auch den Bund davon zu überzeugen, daß wir hineingehören.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wo ist denn bei Ihnen das verantwortliche Handeln von Herrn Lambsdorff?)

(A) — Darauf eben drängen wir! Das eben ist erforderlich! Ich meine, daß das auch möglich ist. Wir tun das mit unseren Mitteln. Der Senat aber hat den Apparat, und der Senat muß schlüssige Konzepte vorlegen. Das verlangen wir auch bei dieser Gelegenheit.

Meine Damen und Herren, wir sind sehr dafür, wenn ich das noch zu diesem eigentlichen Thema der Entschließungsanträge sagen kann, daß ein gemeinsamer Antrag herauskommt, daß wir einen gemeinsamen Beschluß fassen. Wir werden da über unseren Schatten springen, auch wenn wir die eine oder die andere Vorstellung technisch für schwer verwirklichtbar halten — Systemveränderung der Berlin-Förderung —, weil wir in der Grundrichtung einig sind.

Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die die Probleme, die in Bremen in diesem Zusammenhang entstehen, mindern. Darum werden wir uns dem Vorschlag, wie er sich inzwischen herauskristallisiert hat, anschließen und dem dann so zusammengefaßten Antrag zustimmen. Herr Klein, ich wollte Ihnen noch die Gelegenheit geben, eine Frage zu stellen!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie jetzt bereit?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ich bin bereit!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Klein!

(B) Abg. **Klein** (CDU): Schönen Dank, Herr Kollege Lahmann, daß Sie mir noch Gelegenheit geben zu fragen, zumal meine Frage sich auf den letzten Absatz Ihrer Rede bezieht!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das wußten Sie doch vorher noch nicht!)

Nein! Deswegen begrüße ich das, Herr Kollege Wedemeier! Das ergab sich so!

Da ich der Meinung bin, daß der von Ihnen erwähnte Brief des Herrn von Würzen für die hier in Rede stehende Sache von außerordentlicher Bedeutung ist, möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, dem Haus erstens den Empfänger des Briefs und zweitens den Inhalt im einzelnen mitzuteilen, weil das doch für die Meinungsbildung von großer Bedeutung sein könnte?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ich erlaube mir, Sie zu bitten, Herr Kollege Klein, damit einverstanden zu sein, daß ich diesen Wunsch an Herrn Senator Willms weitergebe, dem dieser Brief bekannt sein muß.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Der schüttelt aber mit dem Kopf! — Senator **Willms**: Es gibt viele Briefe von Herrn von Würzen!)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Klein!

(C) Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege, was halten Sie denn davon, daß in einem sogenannten Backbencher-Gespräch zwischen Herrn Senator Willms und mir durchaus glaubhaft mir die Überzeugung vermittelt worden ist, daß Herr Senator Willms diesen Brief nicht bekommen hat?

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das macht doch nichts! — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Der ist vielleicht gestern abend herausgegangen!)

Abg. **Lahmann** (FDP): Vielleicht haben Sie das Gespräch in ausländischer Sprache geführt, Herr Kollege, darauf deutet Ihr Ausdruck hin. Vielleicht wiederholen Sie das noch einmal in deutsch, dann werden Sie wohl erfolgreich sein!

(Heiterkeit — Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. **Schröder** (GUL)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem sich hier nun die große Einigkeit abzeichnet und die Kommunikation anscheinend jetzt auch wohl klappen kann, muß ich noch einige Worte sagen zu dem, was hier eigentlich passiert.

Ich habe eigentlich daraus gelernt, ich bin dankbar dafür, ich habe nämlich daraus gelernt, daß Subventionen im Prinzip schlecht sind

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Von Herrn Adamietz haben Sie das gelernt! Nicht von uns!)

(D) mit Ausnahme der Subventionen, die für einen nicht vorhandenen Markt ausgegeben werden, und mit Ausnahme der Subventionen, die für Berlin ausgegeben werden.

Ich frage mich — ich möchte auch die Berlin-Subventionen doch einmal im Prinzip in Frage stellen —, ob hier nicht das, was Sie als Bonner Regierungskoalition von sich geben, ich zitiere einmal aus der Regierungserklärung, da wird nämlich von Herrn Kohl gesagt, daß er die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft kraftvoll zu erneuern wünscht, ob nicht das, was hier am ganzen Spektrum von Subventionen von Ihnen, Herr Neumann, und von Ihnen, Herr Lahmann, angegangen wurde, zu dieser sozialen Marktwirtschaft eigentlich im diametralen Gegensatz steht.

Wir alle wissen — zum Beispiel Berlin-Subventionen —, daß die Subventionen im Grunde genommen Blüten getrieben haben. Wir wissen ganz genau, daß nicht nur im Bereich Nahrung/Genuß, also im Bereich des Kaffees und des Tees beispielsweise und des Tabaks, Arbeitsplätze verlagert wurden, sondern daß auch im Bereich des Wohnungsbaus — da fragen Sie die kritischen Berliner einmal! — es dort Blüten getrieben hat, daß dort auch über den Markt hinaus produziert wurde und ähnliches.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wenn Sie sagen, Herr Lahmann, Sie wollen die Hilfe zur Selbsthilfe für Bremen haben, dann müßten Sie eigentlich auch sagen, daß Sie Hilfe zur Selbsthilfe für Berlin wollen. Aber genau das wollen Sie nicht, sondern Sie wollen die uneingeschränkte Subvention.

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller [FDP] — Abg. Neumann [CDU]: Dann gibt es gar keine Subventionen!)

Sollte sich das hier so über die Fraktionen abzeichnen, ich weiß es nicht, ich hatte zunächst an sich den Eindruck, daß der Antrag der SPD-Fraktion etwas anderes beinhaltet als das, was CDU und FDP wollten, sollte sich ein gesamter Antrag der drei Fraktionen hier abzeichnen, so wie er von Herrn Neumann formuliert wurde, so müssen wir diesen Antrag ablehnen. — Vielen Dank!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat immerhin eines deutlich gemacht — und das vielleicht erst einmal als Antwort auf Herrn Wedemeier —, daß das, was ich hier vorgetragen habe, durchaus seine Richtigkeit hatte, auch im Hinblick auf die Problematik, wie diese Debatte initiiert und dann geführt wurde.

(B) Ich meine, daß es ungerechtfertigt ist von Herrn Wedemeier, dann so rückzufragen, ja, was wollt ihr denn tun, wenn denn nicht so einem Antrag zustimmen? Also, was wollt ihr denn tun, um die Brinkmann-Arbeiter hier in Bremen zu unterstützen?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das habe ich so nicht gefragt!)

Doch! So ungefähr haben Sie das in den Raum gestellt! Wir sind der Meinung, daß eben ein solcher Antrag oder solche Anträge, wie hier vorgelegt wurden, ihre Problematik gerade darin hatten, daß sie ihre Realisierung, ihre Verwirklichung in politische Maßnahmen kaum deutlich machen können, gerade weil bisher das Gesetzgebungsverfahren so gelaufen war und weil Bremen da eben nicht tätig gewesen ist.

Wir meinen, daß für bremische Arbeitnehmer arbeitsplatzschaffende Politik in Bremen notwendig ist, also eine Umkehr insgesamt der Art der Subventionspolitik, aber auch hin zu solchen Dingen, wie etwa das System der Gewerbesteuer in Frage zu stellen. Zumindest eines kann Bremen machen, wenn es schon nicht die ganze Gewerbesteuerregelung ändern kann, bitte, dann überlegen Sie doch, ob Sie einen Kampfpfeil machen in den Hebesätzen!

Aber Bremen hat ja auch immer wieder angehoben, statt nun einmal zu senken, nun einmal deutlich zu machen, wir nehmen da selbst etwas in Kauf, daß da etwa die Einnahmen heruntergehen. Aber

\*) Vom Redner nicht überprüft.

wir machen etwas! Wir zeigen, wir wollen sozusagen diesen Kampf auch mit dem Bremer Umland aufnehmen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir sind doch bei der Berlin-Förderung! Sie verwechseln den Tagesordnungspunkt!)

Nein! Sie haben mich gefragt, was wir denn tun wollen — das können Sie hinterher einmal nachlesen! —, um den Brinkmann-Arbeitern hier zu helfen.

Wir meinen, daß auch ein gutes politisches Klima mit den bremischen Unternehmern natürlich wichtig ist, weil das auch Sachen sind, bei denen es nicht nur um Pfennige geht. Herr Wedemeier, daß Sie da dann zusehen müssen, ob diese bremischen Unternehmer eben sich doch vielleicht an Bremen gebunden fühlen! Immerhin, der Herr Jakobs ist ja nun aus dem Hapag-Lloyd-Aufsichtsrat herausgegangen, weil da eine Politik stattgefunden hat, die letztlich eben den Ausverkauf Bremens in diesem Bereich von Hapag-Lloyd bedeutet hat. Immerhin, der Herr Becher war ja bereit, da hineinzugehen. Den haben Sie auch noch ein bißchen gefördert. Ich will das nicht näher ansprechen. Aber das sind doch unsere Erfahrungen!

Wir waren immer gegen die Verlagerung bremischer Firmen, ob das das Hapag-Lloyd-Beispiel ist, ob das die Fusion VFW/MBB ist, wo im Grunde das wesentliche, nämlich der Firmensitz, denn das ist auch steuerrechtlich so wichtig, hier weggeht und Bremen die Klempnerschmiede bleibt.

Beim Stahlmoderatorenthema haben wir doch hier heiß debattiert! Da haben wir doch darauf hingewiesen, was das heißt, wenn man diesen Vorschlag Ruhrschiene annehmen würde mit dem Sitz in Dortmund, wiederum Verlagerung, Bremen fällt da immer hinten herunter. Werftenfusion! Wenn es denn innerhalb des bremischen Bereichs bliebe, wäre das eine Sache. Aber wenn das darüber hinausgeht, nur noch zwei Werften überhaupt hier an der norddeutschen Küste, dann wäre das wiederum ein Punkt Verlagerung. Also, wir haben deutlich genug gemacht, wie wir dazu stehen.

Nun, ich will aber auch ein anderes deutlich machen. Ich meine, daß die Punkte, die ich versucht habe anzuführen, hier immerhin auch eine Wirkung gezeigt haben, eine Wirkung dahin immerhin, daß Sie eine Kritik an dem bremischen Verfahren, an dem bisherigen Schlaf der bremischen Politiker, insbesondere derer in Bonn, der Vertretung in Bonn, akzeptiert haben, einräumen mußten und vom Verfahren her immerhin soweit gekommen sind, dann auch hier einen neuen eigenen Antrag vorzulegen. Das halten wir durchaus für einen Fortschritt. Das heften wir uns an unser Revers als etwas, was diese Debatte auch auf gerade unseren Beitrag hin gebracht hat.

Wir wollen das durchaus unterstützen, auch wenn jetzt in dem neuen Antrag noch einmal so etwas darin ist wie diese Bemerkung, daß erst die letzten

(C)

(D)

(A) Auswirkungen gewissermaßen des neuen Berlin-Förderungsgesetzes zu dieser Initiative veranlaßt haben, sei es darum, da wollen wir nicht päpstlicher als der Papst sein. Wenn Sie das als Entschuldigung brauchen, daß erst jetzt diese Geschichte initiiert wird, soll es darin stehen bleiben. Wir wollen darüber nicht rechten.

Der neue Antrag, so wie er zusammengesetzt ist, enthält erstens den Punkt Berlin-Förderung, das halten wir für richtig, und da unterscheiden wir uns durchaus, wir sind der Meinung, Berlin muß gefördert werden.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Sind wir auch!)

Aufgrund der besonderen Situation Berlins geht es gar nicht anders. Da kann man das nicht in einen Topf werfen und sagen, wir schaffen die ganze Subventionspolitik ab. Wir sagen allerdings, das System — Herr Lahmann, wir wären dankbar, wenn Sie das auch einmal weiterverfolgen könnten in Ihren Kreisen — muß geändert werden, hin auf Arbeitsplätze, weg von der kapitalintensiven Maschinenfinanzierung.

Der zweite Punkt, der in diesem Antrag, so wie er jetzt zusammengesetzt ist, auch im Schwergewicht zum Ausdruck kommt, ist durchaus, daß Arbeitsplätze zu fördern sind als Schwerpunkt. Das wollen wir auch honorieren in dem Sinne, daß wir das für richtig halten, weil dadurch eine Andeutung in die Richtung ist, daß Berlin-Präferenzen eben in diese Richtung gehen müssen und man auch diese Problematik eigentlich deutlicher berücksichtigen müßte, als das bisher der Fall war.

(B) Also, wir wollen, um den Eindruck dieser Initiative auch bundesweit nicht verwässern zu lassen und um dem auch, wenn überhaupt noch, eine Chance auf Erfolg zu geben, zustimmen, damit hier ein möglichst breiter Konsens für einen solchen Antrag herrscht und damit wenigstens dann, wenn bundesweit gesehen wird, was veranstalten die Bremer da wieder, das auf alle gemeinsam gleichermaßen herabregnet und alle im Regen stehen. Vielleicht wäre es dann sogar nützlich, diesen Antrag gemeinsam einzubringen und nicht als einen Antrag von einer Fraktion, der dann umgeändert wird, hier zu verabschieden.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar möchte ich jetzt erst einmal feststellen, wieweit das Einvernehmen da ist. Es wurde angeregt, alle drei Anträge zu einem Antrag zusammenzufassen. Das wäre dann ein interfraktioneller Antrag beziehungsweise selbstverständlich auch der Gruppen. Es wäre sozusagen ein neuer Antrag.

Dieser neue Antrag würde sich wie folgt zusammensetzen: Der erste Absatz wäre der erste Absatz des Antrags der CDU, Drucksache 10/1098. Das ist die Neufassung. Der zweite Absatz wäre der zweite

Absatz des CDU-Antrags, Drucksache 10/1098. Der dritte Absatz wäre die Ziffer 1 des SPD-Antrags, Drucksache 10/1087. (C)

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Ziffer 1 Absatz 1!)

Der vierte Absatz wäre die Ziffer 2 Absatz 1 des FDP-Antrags, Drucksache 10/1099, wobei das Wort „jedoch“ in der ersten Zeile gestrichen wird.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ja, ist richtig!)

Der fünfte Absatz wäre dann die Ziffer 2 des SPD-Antrags 10/1087. Die Ziffer 2 ganz!

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Ja, richtig!)

Damit wäre das der neue Antrag. Besteht darüber Klarheit?

Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Antrag jetzt zur Abstimmung stellen und er eine Mehrheit findet, gehe ich davon aus, daß die übrigen Anträge erledigt sind. Ist das so?

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Ja, das ist so!)

Dann lasse ich jetzt über diesen von mir gerade eben erläuterten interfraktionellen Antrag abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe! (D)

(Dagegen GUL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu. Damit entfällt eine Beratung der Anträge 10/1087, 10/1098, 10/1099.

### Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1089)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die bisherige Wirtschaftspolitik des Senats im wesentlichen darin bestand, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit im Lande Bremen durch ABM-Programme zu mildern und durch Hilfen an existenzbedrohte Unternehmen der Großindustrie bestehende Arbeitsplätze zu sichern. So wichtig diese Maßnahmen auch sind, reichen sie jedoch nicht aus, weil hierdurch keine neuen Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb den Senat auf, zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Finanzplanung Einsparungen im konsumtiven Bereich und Umschichtungen zugunsten von Investitionen vorzunehmen. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, daß die positiven Entlastungseffekte auf den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen durch die Beschlüsse der Bundesregierung nicht im konsumtiven Bereich verwandt, sondern auch zur Finanzierung sinnvoller,

(A) arbeitsplatzschaffender Investitionen eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert in diesem Zusammenhang,

1. im Wohnungsbau zusätzliche eigenschaftsfördernde Maßnahmen zu ergreifen,
2. forciert die Einführung der neuen Medientechnologie zu betreiben,
3. die Mittel im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für
  - Baumaßnahmen generell,
  - bauliche Unterhaltung öffentlicher Gebäude und Grundstücke,
  - Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden im Besitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen,
  - Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Straßen und Brücken
 den Erfordernissen anzupassen,
4. im Hafenbereich die notwendigen Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen beschleunigt vorzunehmen,
5. umweltfördernde Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen, z. B. Beschleunigung des Kanalbaustufenprogramms.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. Kudella (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer gestern die neuen Arbeitsmarktzahlen des Landes Bremen gelesen hat, mußte feststellen, daß die Lage sich im Gegensatz zur Bundesrepublik in Bremen weiter dramatisch verschlechtert hat und sich die Abkopplungstendenzen weiter fortsetzen.

(B)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben, wenn man die Statistik sehr genau liest, eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in der Stadt Bremen, während sie in Bremerhaven aufgrund besonderer Umstände dieses Mal zurückgegangen ist. Wir liegen etwa dreieinhalb Punkte höher in der Arbeitslosigkeit als der Bund. Wir lagen bis vor wenigen Jahren noch besser.

Die Frage, die man aufwerfen muß, ist, was kann Bremen selbst tun, um Initiativen auf dem bremischen Arbeitsmarkt zu ergreifen? Was müssen wir tun, um der dramatischen Entwicklung entgegenzuwirken?

Ich will bei der heutigen Debatte ausdrücklich vorab sagen, daß wir hier nicht eine Debatte suchen über die Probleme der Werften, der Schifffahrt, der Fischindustrie, der Luft- und Raumfahrt, der Stahlindustrie. Das alles muß diskutiert werden und ist Gegenstand und Teil unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber wir haben darüber in der Vergangenheit schon des öfteren geredet und werden, leider, muß man fast sagen, auch in den kommenden Wochen und Monaten noch genug Anlaß

haben, diese Themen hier zu bewältigen. Allerdings ist klar, daß Bremen in diesen Fragen auch nicht allein handeln und reagieren kann, sondern daß wir die Hilfe anderer, insbesondere auch die Hilfe des Bundes, brauchen.

(C)

Worüber wir hier heute debattieren möchten und was Inhalt unseres Antrags ist, ist die Tatsache, daß Bremen zwar nicht umfassend, aber begrenzt auch selbst etwas zur Linderung der Arbeitslosigkeit tun kann und dringend tun muß. Dies ist leider in den vergangenen Jahren unterblieben.

(Beifall bei der CDU)

Die Politik des Senats beschränkt sich, was bremische Ansätze betrifft, mehr und mehr darauf, ABM-Programme durchzuführen und auszunutzen. Dagegen ist prinzipiell nichts zu sagen, es ist sogar gut, daß es solche Programme gibt, und die neue Bundesregierung hat ja solche Möglichkeiten erweitert. Herr Senator Willms hat in der vergangenen Woche zwar nicht auf die Bundesregierung hingewiesen, hat aber immerhin die 600 zusätzlichen Plätze in der Öffentlichkeit für sich, wenn man so sagen darf, „verkauft“, obwohl es eigentlich nicht sein Verdienst ist, sondern ausschließlich Sache der Bundesregierung.

(Abg. Klein [CDU]: Sich an den Hut gesteckt!)

Ich will dazu nur sagen, wir kritisieren nicht ABM-Maßnahmen, aber ich sage genauso deutlich, Herr Senator, dies ist eigentlich nur eine begleitende Maßnahme, die allein nicht ausreicht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist, daß es zwar notwendige Hilfen für die existenzbedrohte Großindustrie geben muß, auch dies ist unbestritten — wir wissen, daß vieles in Bremen schlimmer wäre, wenn diese Hilfen nicht gegeben worden wären, und daß wir noch einige tausend Arbeitslose mehr hätten —, aber dennoch gibt es daneben einiges zu tun, und um diese Fragen geht es uns in unserem Antrag.

Wir wiederholen noch einmal, daß wir als wichtigste Aufgabe sehen, Haushaltsmittel, Mittel, die Bremen zur Verfügung hat, aus dem konsumtiven Bereich in den investiven Bereich umzuschichten, daß wir weg müssen von der ständigen Abnahme investiver Mittel.

(Zuruf)

Sie werden ja nicht, Herr Senatsdirektor Stahl und Herr Senator Meyer, in dieser Debatte die Tatsache, daß Grundstücke aufgeräumt werden müssen, zum Anlaß nehmen zu sagen, daß deswegen zuviel konsumtive Mittel ausgegeben werden. Ich höre das schon, was Sie auf der Senatsbank sagen! Dies wäre wirklich etwas unsinnig und kleinkariert, wenn ich das so bezeichnen darf.

(A) Darum geht es ja in Wirklichkeit gar nicht, und das wissen Sie auch,

(Abg. Neumann [CDU]: Außerdem dürfen Sie da gar nichts sagen! — Abg. Wedemeier [SPD]: Gestern ging es aber!)

sondern es geht darum, daß die generelle Linie verändert werden muß und daß Sie beispielsweise die Vorteile, die Sie durch Beschlüsse der Bundesregierung jetzt haben,

(Abg. Neumann [CDU]: Finanziell!)

nämlich zusätzliche finanzielle Mittel, die Sie bekommen, nutzen. Es ist ja nicht so, wie oft behauptet wird oder wie der Anschein erweckt wird, daß die neue Bundesregierung Bremen zusätzlich Geld kostet, das gibt es zwar in einigen Positionen auch, aber auf der anderen Seite

(Abg. Neumann [CDU]: Insgesamt!)

bekommen Sie erheblich mehr Geld. Unter dem Strich bekommen Sie 1983 70 Millionen DM und nach 1983 weit über 70 Millionen DM. Uns geht es darum, daß Sie neben der Umschichtung konsumtiver Mittel in den investiven Bereich auch diese Mittel für Arbeitsplätze einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir haben in Bremen auch, was notwendige Maßnahmen des Landes betrifft, eine andere Situation als in vielen anderen Ländern und als im Bund. Ich möchte Ihnen doch in diesem Zusammenhang, Herr Senator Willms, aus dem „Konjunkturspiegel“, den Sie selbst mit herausgeben als Senator für Wirtschaft und Außenhandel in Zusammenarbeit mit dem Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, der Ihnen unterstellt ist, einige Sätze zitieren, die deutlich machen, wo das Problem liegt.

„Während die Erwerbsfähigkeitszahlen zwischen 1974 und 1982 im Bundesgebiet um sieben Prozent anwachsen, betrug der Zuwachs in Bremen im Gesamtzeitraum lediglich 1,5 Prozent, wobei erst 1981 die bis 1978 verzeichneten Rückgänge der Erwerbsfähigkeitszahlen kompensiert wurden. Gleichzeitig fiel der Rückgang an Arbeitsplätzen im Lande Bremen mit 7,5 Prozent erheblich deutlicher aus als im Bundesdurchschnitt mit 3,5 Prozent. Dies bedeutet, daß die demographische Entwicklung im Lande Bremen in den siebziger Jahren nicht wie im übrigen Bundesgebiet deutlich zur Erhöhung der Gesamtarbeitslosigkeit beitrug, sondern im Gegenteil entlastende Wirkung besaß.“ Das ist Ihnen also hier in Bremen noch zugute gekommen.

Es heißt weiter: „Die Konsequenzen für die Beschäftigungspolitik müssen regional differenziert betrachtet werden. Für die Beschäftigungspolitik des Bundes folgt aus der Analyse“ — die ich hier nicht insgesamt vorgetragen habe, füge ich ein —, „daß die Instrumente der traditionellen Konjunkturpolitik gerade aufgrund der aktuellen Einschätzung der

Arbeitsmarktlage weiterhin ihre Berechtigung behalten.“ (C)

Für Bremen ist dann gesagt: „In Bremen aber sind fast ausschließlich wirtschaftliche Faktoren für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Daraus folgt, daß in Bremen nur das Angebot zusätzlicher dauerhafter Arbeitsplätze dabei helfen kann, die Arbeitslosigkeit mittelfristig abzubauen.“

Also, insofern haben wir eine andere, nicht vergleichbare Situation, und diese zusätzlichen Arbeitsplätze müssen unabhängig von Bundesmaßnahmen auch durch eine aktive Arbeits- und Wirtschaftspolitik des Senats zukünftig geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wer nun, Herr Senator Willms, Ihre Rede auf dem Mahl der Arbeit im Rathaus in der vergangenen Woche gehört hat — ich habe sie mir von der Pressestelle des Senats besorgt —,

(Abg. Klein [CDU]: Das war eine schlimme Rede! — Abg. Wedemeier [SPD]: Die war Klasse!)

der mußte feststellen, daß Sie sich praktisch aus der Verantwortung für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hier in Bremen abgemeldet haben.

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Sie haben zunächst einmal begründet, was objektiv falsch ist, daß Sie die hohe Verschuldung, die wir zu verzeichnen haben und die zum Rückgang der Investitionen geführt hat, ausschließlich deshalb hätten, weil wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben hätten beziehungsweise weil wir Hilfen geleistet hätten. Dies ist objektiv falsch. Das haben Sie zunächst einmal behauptet. (D)

(Beifall bei der CDU und FDP — Abg. Lahmann [FDP]: Sehr richtig, objektiv falsch!)

Dann machen Sie einen Rundumschlag gegen die Unternehmen. Zitat: „Die bremische Wirtschaftspolitik kann aber auch nicht Fehlentscheidungen privater Unternehmen oder der Bundesregierung kompensieren.“ Damit greifen Sie die alte Bundesregierung an, das soll mir recht sein, denn die neue können Sie noch nicht gemeint haben.

Dann kommt, eng geschrieben, verkleinert, auf einer ganzen Seite DIN A 4, eine Forderung nach der anderen an die Bundesregierung: „Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, zusätzliche öffentliche Einnahmen, Steuererhöhungen, Schwierigkeiten mit dem Bund“, und überall zu diesen einzelnen Punkten kommt dann der Satz: Und hier muß der Bund uns helfen!

Ich habe in dieser ganzen Rede vergeblich nach einer einzigen Stelle gesucht, wo Sie gesagt hätten: hier hat Bremen Verantwortung, und hier will Bremen dieses oder jenes tun. Das kommt in dieser

(A) ganzen Rede zur bremischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überhaupt nicht vor, nicht mit einem einzigen Wort, geschweige denn mit einem Satz! Nichts kommt vor, Sie verabschieden sich hier aus Ihrer Verantwortung, Herr Senator!

Dieses Schielen nur auf den Bund ohne den Versuch, das Steuer wieder selbst in die Hand zu nehmen, wieder verantwortungsbereite Politik zu machen, auch Mut zu unpopulären Maßnahmen zu haben, damit entfernen Sie sich immer stärker, und dies, meine Damen und Herren, führt dazu, daß wir den Bankrott auf dem Arbeitsmarkt in Bremen zunehmend erleben müssen.

Wir wollen, daß Sie mit den Möglichkeiten, die Sie haben, die Investitionsquote aus Haushaltsmitteln wieder erhöhen. Wir sind hier inzwischen in der mittelfristigen Finanzplanung bei unter zehn Prozent gelandet, obwohl wir bis 1975 immer über 25 Prozent hatten. Dies macht dramatisch deutlich, wo die Fehler liegen und warum wir diese Situation im Augenblick zu beklagen haben.

Wir brauchen im Wohnungsbau beispielsweise zusätzliche eigentumsfördernde Maßnahmen. Nun weiß ich natürlich, daß Bremen allein diese Aufgabe nicht bewältigen kann. Sie wissen aber auf der anderen Seite, daß der Bund auch gerade durch Sonderprogramme diesen Bereich besonders anregt und zu zusätzlicher Nachfrage Anlaß gegeben hat. Allerdings stellen wir fest, daß in Bremen, wie zugegebenermaßen auch in anderen Stadtstaaten, aber besonders in Bremen, diese Nachfrage nicht im erhofften Umfang einsetzt.

(B)

Da muß man fragen, warum dies nicht passiert, und ob wir gegebenenfalls die politischen Rahmenbedingungen in diesem Punkt ändern müssen. Hier ist zum Beispiel gefordert, mehr Grundstücke auszuweisen, die für den Wohnungsbau erschlossen sind, kleinere Grundstücke auszuweisen, die Möglichkeit zu billigem Bauen zu eröffnen, damit auch kleine und mittlere Einkommensbezieher sich wieder Eigentum leisten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das Argument, daß hier eine Reihe unverkaufter Eigenheime stehen, ist zwar richtig, aber man muß natürlich hinzufügen, daß diese Eigenheime in der Regel zu Preisen angeboten werden, die mit mittleren und kleineren Einkommen nicht mehr zu bezahlen sind, und deswegen müssen Sie die politischen Rahmenbedingungen in Bremen verändern, damit die Leute hier bauen, damit sie hier bleiben und auch hier die Steuern bezahlen, was unter fiskalischen Gesichtspunkten ebenfalls ein erheblicher Punkt für die bremischen Finanzen wäre.

Sie sollten es als SPD aufgeben, sich gegen die neuen Medientechnologien zu wehren.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das machen wir gleich, Herr Kollege! — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

(C) Wir brauchen diese neuen Medientechnologien. Auch wenn Sie sich dagegen wehren, Herr Kollege Kunick,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Warten Sie doch erst einmal ab, das haben wir heute noch auf der Tagesordnung!)

will ich nur sagen, daß Sie auch hier in Bremen möglicherweise einiges an Zukunftsinvestitionen durch Ihre Politik in Bremen wie auch im Bund abschneiden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie einmal an die Möglichkeiten denken, die sich in der Anschlußindustrie ergeben, die sich beim Verbraucher ergeben,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Wir haben doch noch gar nichts gesagt! Was sagen Sie dann, wenn wir das mitmachen?)

was das an zusätzlichen Arbeitsplätzen und an zusätzlichem Umsatz bedeutet, dann könnten Sie leicht feststellen, daß hier Hunderte, Tausende von zusätzlichen neuen Arbeitsplätzen

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: In Bremen?)

auf mehrere Jahre auch in Bremen

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Tausende?)

geschaffen werden könnten, und Sie sollten sich nicht weiter dagegen sperren, meine Damen und Herren!

(D)

(Abg. K u n i c k [SPD]: Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, daß wir schon einen gemeinsamen Antrag haben!)

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, weiter zu beklagen, daß die Mittel im Haushalt sowohl des Landes als auch der Stadtgemeinde Bremen insbesondere für Baumaßnahmen, aber auch für die baulichen Unterhaltungsmaßnahmen öffentlicher Gebäude und Grundstücke sowie für Modernisierung und Instandsetzungsarbeiten seit vielen Jahren nicht ausreichen, und ich beziehe hier ausdrücklich noch die Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Straßen und Brücken ein.

Gerade dieser Bereich ist, wenn ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, besonders arbeitsplatzintensiv, weil hier kaum Mittel für Material ausgegeben werden, sondern überwiegend, ja fast ausschließlich direkt den Arbeitsplätzen zugute kommen, so daß damit eine besondere arbeitsplatzintensive Förderung möglich wäre.

Ähnlich sieht es im Hafenbereich aus, wo wir seit langer Zeit davor gewarnt haben, die Mittel, die zur Unterhaltung erforderlich sind, zusammenzustreichen.

Wir haben allein im Bereich der Bildungsbehörde einen zusätzlichen Mittelbedarf für Unterhaltung und Instandsetzung in Höhe von 54 Millionen DM, und nur vier bis fünf Millionen DM stehen zur Verfü-

(A) gung. Ähnlich ist es bei der Unterhaltung der Straßen, auch hier stehen nur 20 bis 30 Prozent der Mittel zur Verfügung, die wir eigentlich brauchten. Allein in diesem Bereich könnten Sie über 1000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, aber es rührt sich nichts.

Letzter Punkt! Auch im Bereich umweltschutzfördernder Maßnahmen brauchen wir zusätzliche Mittel, die zu einem großen Teil noch nicht einmal zu 100 Prozent aus der Staatskasse entnommen werden müßten, sondern die über Gebühren — etwa beim Kanalbaustufenprogramm zu 80 Prozent — hereinkommen. Natürlich weiß ich, daß wir im Kanalbaustufenprogramm ergänzende Maßnahmen für 22,5 Millionen DM aufgelegt haben, aber dennoch ist der Bedarf erheblich höher, wie uns das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung mitteilt. Sowohl im Instandhaltungsbereich als auch im Neubaubereich gibt es hier noch erhebliche Mängel. Ich denke aber auch an die Abgasreinigung in der Müllverbrennungsanlage, an Luftmeßstellen und andere Probleme, die dringend einer Lösung zugeführt werden müssen.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß der Bremer Senat in seiner Verantwortung für den Arbeitsmarkt und für die Wirtschaftspolitik einiges mehr tun könnte, um Arbeitsplätze zu schaffen,

(Zuruf von der CDU: Muß!)

(B) daß er einige tausend Arbeitsplätze schaffen könnte,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

wenn er die zusätzlichen Millionen, die aus Bonn kommen, verwendet und bereit wäre, stärker als bisher vom konsumtiven in den investiven Bereich umzuschichten.

Meine Damen und Herren, diese Wende in der Politik müssen Sie endlich vollziehen, damit in Bremen der Arbeitsmarkt entscheidend entlastet und verbessert wird!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, Herr Kudella, wenn man über die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze spricht — und ich hatte erwartet, daß Sie sich jetzt als neuer wirtschaftspolitischer Sprecher vorstellen,

(Abg. **Kudella** [CDU]: Was, das bin ich ja gar nicht!)

das war nicht beabsichtigt, das wäre auch gründlich mißlungen —, dann kann man nicht sagen, wie Sie das am Anfang getan haben, die Problembranchen lassen wir jetzt weg, wir unterhalten uns nicht über Luft- und Raumfahrtindustrie, nicht über Stahlindustrie, nicht über Werftindustrie, sondern wir reden

unter der Überschrift „Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze“ einmal über etwas anderes. Ohne diese Diskussion und die Aufarbeitung der Probleme in Bremen geht das gar nicht.

Herr Präsident, darf ich noch einmal einschieben, ich wollte 30 Minuten Redezeit beantragen!

**Präsident Dr. Klink:** Sie haben es mitbekommen, der Abgeordnete Wedemeier hat gemäß der Geschäftsordnung 30 Minuten Redezeit beantragt!

Abg. **Wedemeier** (SPD): Das habe ich vorhin vergessen! Ich meine, daß das Thema das wert ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so einfach nicht darzustellen, und ich habe mir schon bei der Betrachtung des Antrags gesagt, er zeugt eigentlich von großer Unkenntnis über die Lage in Bremen, über unsere Arbeitsmarktlage. Sie sind ein exzellenter Bauexperte, Herr Kudella, aber mit dem Reinigen von verwahrlosten Grundstücken kann man die Arbeitsmarktprobleme in Bremen wirklich nicht beheben.

(Beifall bei der SPD)

Auch nicht mit solchen Anträgen! Wir hatten schon einmal einen ähnlichen Antrag von der Gruppe der BGL, der ist aber rechtzeitig zurückgezogen worden, weil sie wahrscheinlich gemerkt hat, daß Masse gefehlt hat.

Das ist Flickwerk, was uns hier vorgelegt worden ist. Sie haben das Primat der Baupolitik in den Vordergrund gestellt und haben nicht darauf geachtet, daß man eigentlich auch als Opposition eine Gesamtkonzeption, finde ich, vorstellen muß, zumal wenn man dem Senat Vorwürfe machen will. Das fängt schon damit an, daß Sie AB-Maßnahmen der Wirtschaftspolitik unterordnen! Ich will mich darüber nicht weiter auslassen, aber das zeigt schon, wie schludrig das Ganze zusammengeschrieben worden ist, wie leichtfertig Sie solche Anträge vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann schreiben Sie, daß die bisherige Wirtschaftspolitik des Senats im wesentlichen darin bestand, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit im Land Bremen durch ABM-Programme und so weiter und natürlich durch Hilfen für existenzbedrohte Unternehmen der Großindustrie zu mildern.

Ich weiß nicht, ob Sie nur aufgepaßt haben bei der Debatte um die bremischen Werften oder bei der Debatte um existenzbedrohte große Unternehmen und ob Sie zum Beispiel Daimler-Benz zu einem existenzbedrohten Unternehmen machen wollen. Eine ganz massive Wirtschaftshilfe des Senats, ein ganz massiver Eingriff in den bremischen Arbeitsmarkt mit einem großen Werk!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Da sagen Sie existenzbedroht! Wir gehen alle davon aus, daß das nicht der Fall ist.

Ich weiß auch nicht, ob Sie nicht mitbekommen haben oder ob Ihr hafenpolitischer Sprecher Ihnen das nicht gesagt hat, was denn bei den Hafenanlagen passiert ist. Sicherlich nicht all das, was notwendig wäre, um Hafenanlagen auch zu sichern, das ist ja auch eine Frage des möglichen Mitteleinsatzes, aber ich nenne einmal Oslebshäuser Schleuse, Containerterminal-Nord in Bremen-Nord.

(Zuruf von der CDU: Bremerhaven!)

Bremerhaven, Entschuldigung!

(Abg. Neumann [CDU]: In Bremen-Nord bekommen wir auch einen, vielen Dank!)

Die Bremerhavener schaffen das noch, den nach Bremen-Nord zu verlängern!

Herr Generalsekretär, Sie nehmen mir die Sicht auf den eigentlich unübersehbaren Herrn Kudella!

Das sind doch, Herr Kollege, Maßnahmen, und da kann man nicht sagen, wir hätten uns um existenzbedrohte Großbetriebe allein gekümmert. Bedenken Sie bitte, was allein mit der Oslebshäuser Schleuse für mittelständische Unternehmen im Hafen gemacht worden ist, und ähnlich kann man doch beim Containerterminal denken! Es ist ja nicht nur die große BLG, die existenzbedrohte, wie Sie meinen, sondern es sind die vielen kleinen Firmen, die jetzt davon leben.

(B)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Die hat uns die Finanzierung ermöglicht, die BLG!)

Ja, und dazu sagt er existenzbedroht! Oder meint er uns vielleicht?

Sie vergessen auch völlig, was an Gewerbeflächenpolitik in Bremen gemacht worden ist, wenn Sie meinen, der Senat, die SPD würde sich nur um Großunternehmen kümmern. Das müßten Sie aber wissen, was wir in der Gewerbeflächenpolitik in Bremen getan haben — vielleicht nicht genug, das mag Ihre Kritik sein, das ist aber nicht vorgetragen worden — und wie das inzwischen zum Erfolg geworden ist bei den Gewerbegebieten, die angefaßt worden sind, ob das in Bremerhaven oder in Bremen ist.

Da ist einiges getan worden, da gibt es wirklich etwas vorzuweisen. Betriebe siedeln nicht mehr aus, sie bleiben in Bremen, weil wir ganz massiv eingegriffen haben. Es ist auch gelungen, neue Betriebe nach Bremen zu holen. Die Erfolge sind da, nicht so berauschend, wie wir uns das alle wünschen, aber in welcher Großstadt sind sie das bei der Wirtschaftslage und bei den schweren Bedingungen, die wir insgesamt haben? Ich meine, daß das keine Wirtschaftspolitik gewesen ist für die Großindustrie, sondern daß hier auch eine ganze Menge für die kleinen und mittleren Unternehmen getan worden ist.

Sie haben sich in Ihrer Rede im wesentlichen auf Ihre Pressekonferenzen gestützt. Aber auch wenn vielleicht die Zeitungen, die Sie dazu lesen, natürlich nur über spektakuläre Fälle berichten und nicht über all das, was mit kleinen und mittleren Unternehmen hinsichtlich Neuschaffung von Arbeitsplätzen und Existenzsicherung passiert, darf das einen Oppositionspolitiker Ihres Formats nicht dazu verleiten zu sagen, die kümmern sich nur um die Großindustrie und haben für die Kleinen nichts übrig! Sie wissen das besser!

(C)

Außerdem wissen Sie natürlich, und das will ich einmal am Beispiel des Bremer Vulkan klarmachen, wenn wir eben nicht diesen Großbetrieben helfen — glauben Sie, gerade mir macht es Spaß, nur der Großindustrie zu helfen? —, was dann in Bremen-Nord mit dem Einzelhandel, mit den kleinen und mittleren Betrieben, mit den Zulieferbetrieben passiert!

(Beifall bei der SPD)

Was passiert denn da? Das ist doch Existenzsicherung für kleine und mittlere Betriebe! Sie können die Zahl 4 500 oder 5 000, was der Bremer Vulkan an Arbeitsplätzen zu bieten hat, doch verdoppeln,

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Verdreifachen!)

wenn wir diesem existenzbedrohten Bremer Betrieb nicht helfen würden!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Das waren mehr! Dem Bremer Vulkan ist eigentlich, und darüber waren sich hier viele einig, doch nicht geholfen worden, weil wir meinen, da müßten immer mehr Subventionen in den Bremer Vulkan hineingesteckt werden, sondern weil in Bremen-Nord die Lichter ausgegangen wären! Nur deshalb, nicht mehr um des Bremer Vulkans willens oder weil er Mist bei Konkar gebaut hat!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Verständnis für Vorwahlkampfzeiten, aber das ist reine Propaganda, was Sie hier uns auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Sie reden von etwas, was ich gar nicht gesagt habe! Ich habe genau das Gegenteil behauptet!)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen! Ich rede hier, gerade wenn ich mich mit Ihnen unterhalte, nicht nur über das, was Sie hier natürlich sehr geschickt vortragen, sondern über Ihre ständigen Pressekonferenzen, in denen Sie etwas anderes verkaufen als das, was offizielle CDU-Politik ist.

(Beifall bei der SPD)

Da müssen Sie auch einmal an der Nase gefaßt und geführt werden, so schwer das ist!

(Heiterkeit bei der SPD)

- (A) Sie müssen hier die Wahrheit über das sagen, was Sie wirklich denken!

Sie haben auch vergessen bei Ihrem Diskussionsbeitrag, wenn Sie einmal die Maßnahmen dieser Legislaturperiode zusammennehmen, daß vom Senat, was die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen, ob bei der Großindustrie oder in kleinen und mittleren Betrieben, angeht, ungefähr 20 000 Arbeitsplätze durch Steuergelder, durch Ausweitung der Investitionen in Bremen gesichert worden sind, daß wir durch außeruniversitäre Forschung ein Standbein geschaffen haben, das in den nächsten zehn Jahren auch noch von Nutzen sein wird, daß wir darüber hinaus auch in der Infrastruktur — gerade weil Sie als Bauexperte mehr Investitionen verlangen — noch eine ganze Menge getan haben, um Arbeitsplätze in der Bauindustrie zu halten. Wer hat uns denn den Bau der Frauenklinik vorgehalten, waren wir das oder waren Sie das?

(Beifall bei der SPD)

Da sind doch eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie auch gesichert worden und darüber hinaus noch Effekte erzielt worden. Also, ich glaube, daß Sie sich das insgesamt ein bißchen zu einfach gemacht haben.

- (B) Ich komme trotzdem noch einmal auf gestern zurück, obwohl das ein kleiner Mosaikstein ist und hier vielleicht nicht hingehört, aber Ihre Doppeltzungigkeit doch ziemlich deutlich macht. Gestern stellte er sich hier hin und beschwerte sich mit großem Klang darüber, daß angeblich öffentliche Grundstücke verwahrlosen, und forderte mehr konsumtive Mittel, heute fordert der gleiche Abgeordnete das Gegenteil. Da fehlt völlig die Linie bei Ihnen, Herr Kudella! Es fehlt völlig die Linie!

(Beifall bei der SPD)

Sie schauen nur darauf, wo Sie denn noch ein bißchen Propaganda machen können, wo Sie dem Senat noch eines auswischen können. Also, eine politische Linie muß in der CDU nicht sein! Der Vorsitzende sitzt daneben und sieht sich das an!

Auch sagen Sie, wir hätten konsumtive Mittel nicht genügend umgeschichtet. Ich beziehe mich da wieder auf den Presseartikel, da war das ja so nachzulesen, und ich glaube, Sie haben es eben auch gesagt. Da will ich Ihnen jetzt einmal ein paar Zahlen nennen, was unsere Umsteuerung angeht. Sie haben die Umsteuerung ja gar nicht mitbekommen. Seit 1980 diskutieren nicht nur die SPD-Fraktion, der Senat, die Opposition, sondern ganz Bremen die auch von Ihnen lange geforderte Umstrukturierung des bremischen Haushalts, und Herr Kudella schläft, er bekommt das überhaupt nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal das Ergebnis mitteilen, Herr Kollege, gerade weil Sie mehr Investitionen fordern, und dann verbinden Sie das mit den 70 Millionen

DM des Bundes. Zu dem Geschenk komme ich noch. 612 Millionen DM mehr an Investitionen in dieser Legislaturperiode! Wir können uns darüber verständigen, daß das vielleicht noch zu wenig ist, aber dann hören Sie auf mit Ihrer Kritik an unserer Schuldenpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen Sie auch zu der Verschuldung stehen, Herr Kollege! Das ist ein Umsteuern im bremischen Haushalt gewesen!

70 Millionen DM weniger Personalausgaben in dieser Legislaturperiode, unter großen Schmerzen vieler SPD-Mitglieder dieses Hauses! Das ist ein Umsteuern gewesen!

Zinsausgaben: 180 Millionen DM mehr, nicht nur wegen der 612 Millionen DM, sondern auch wegen der Zinsentwicklung! Das wird sich jetzt wahrscheinlich nach den Beschlüssen der Bundesbank wieder anpassen, aber nach unten entwickeln werden sich die Zinsausgaben sicherlich nicht.

Übrige konsumtive Sachausgaben außer Zinsen: 214 Millionen DM weniger in dieser Legislaturperiode! Herr Kudella, 214 Millionen DM! Wo denn jetzt noch? Das fehlt sowieso in dem ganzen Konzept, daß Sie einmal sagen, wo denn konsumtiv eingespart wird.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Kudella [CDU])

(D) Ich sage Ihnen im Augenblick nur, daß wir 214 Millionen DM eingespart haben. Aber lustig hin und her, die CDU behauptet erst einmal das Gegenteil, egal ob es nun wahr ist oder nicht.

Wenn wir über Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik reden, dann hat zweifellos der Senat seine Verantwortung, die Mehrheitsfraktion ihre Verantwortung, aber es hat auch, Herr Kudella, und daran kommen Sie durch noch so viel Kritik am Senat nicht vorbei, die Bundesregierung natürlich ihre Verantwortung. Oder hat es bei Ihnen aufgehört, seit Sie regieren?

Bis zum 1. Oktober des letzten Jahres jedenfalls haben Sie immer, übrigens zum Teil zu Recht, die Bundesregierung wegen mangelnder Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Sie wollten ja alles besser machen. Der Aufschwung kam, im Augenblick nur schwingt sich die Zahl der Arbeitslosen auf, und jetzt plötzlich hat die Bundesregierung wohl nichts mehr zu tun mit der Arbeitsmarktpolitik, jetzt darf man das hier vielleicht plötzlich nicht mehr ansprechen.

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Dann haben Sie nicht nur in Ihrer Pressekonferenz, sondern auch hier eben den „Konjunkturspiegel“ zitiert. Ich habe ihn nachgelesen. Sie haben einen wichtigen Satz gebracht: „In Bremen kann nur das Angebot zusätzlicher dauerhafter Arbeitsplätze dabei helfen, die Arbeitslosigkeit mittelfristig abzubauen.“

(A) Sie haben noch ein paar Sätze davor auch richtig zitiert, aber nicht, wie es dann weitergeht. Das ist ja immer das Schöne beim Zitieren, man wird ja immer nur erwischt, wenn andere die gleiche Lektüre haben. Da steht nämlich weiter: „Deshalb ist eine gezielte Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes Bremen unter Einbeziehung der Konjunktur- und Wachstumspolitik des Bundes erforderlich.“ Diesen Satz haben Sie schlicht unterschlagen.

Diese Konjunktur- und Wachstumspolitik des Bundes, in die wir uns einbetten können, die vermissen wir eben bis heute. Jede neue Bundesregierung hat natürlich auch das Problem, daß sie erst einmal in Gang kommen muß, daß sie anfangen muß, aber es ist mittlerweile Zeit, daß man in Gang kommt. Wir haben bald einjähriges Jubiläum dieser Bundesregierung.

(Abg. Lüerssen [CDU]: Sie haben 13 Jahre Mist gebaut, und jetzt soll das in einem Jahr anders werden!)

Es ist nett, daß ich einmal merke, daß Sie auch noch da sind! Sie müssen sich über die 13 Jahre Mist mit Ihrem jetzigen Kollegen, Herrn Lahmann, auseinandersetzen. Ich bin nicht der Meinung, daß alles richtig war, was die sozialliberale Koalition gemacht hat, ich hoffe, daß Sie nun auch nicht blind hinter Ihrem Bundeskanzler herlaufen.

(Abg. Lüerssen [CDU]: Okay!)

(B)

Er sagt okay, gut, dann haben Sie das damit zurückgenommen! Dann kann ich mich wieder meinem Konzept zuwenden.

Herr Kudella, ich meine, wir können uns in Bremen nur im allgemeinen Fahrwasser der Konjunktur in der Bundesrepublik bewegen. Wir können hier etwas steuern, da etwas steuern, aber wenn die Rahmenbedingungen insgesamt nicht stimmen, dann können Sie hier in Bremen Politik machen, die Sie für richtig halten oder die anderen für richtig halten, keiner von uns wird Erfolg haben, weil die Bundespolitik das Ganze nicht richtig begleitet. Wenn das kommt, was die Wirtschaftsinstitute jetzt noch gesagt haben, keine Hilfen für Stahl, keine Hilfen für die Werften, dann sind wir sowieso völlig weg.

Ich begrüße, daß Herr Neumann das gleich so scharf kritisiert hat. Ich schließe mich dieser Kritik auch an, was die Wirtschaftsinstitute angeht. Ich hoffe nur, daß dieses Jahresgutachten der Wirtschaftsinstitute in den Bonner Ministerien nicht so gläubig hingenommen wird, wie das auch bei unserer Beteiligung damals noch der Fall war, sondern daß man sich ein paar Gedanken darüber hinaus macht. Die Herren sind auch im Fernsehen sehr forsch aufgetreten, und man merkte ihnen an, daß sie noch nie Sorge um ihren Arbeitsplatz gehabt haben, als sie ihr Gutachten vorstellten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Anneliese  
Leinemann [SPD]: Ja, so ist es!)

Sie äußern sich natürlich auch nicht darüber, was eigentlich mit den Betroffenen passiert, wo denn die Ersatzarbeitsplätze für die Betroffenen der Stahlindustrie und der Werftindustrie sind. Aber das teilen Sie nicht, was da steht, das teilen wir nicht, und die FDP teilt es auch nicht. Deshalb brauchen wir uns wahrscheinlich hier nicht weiter darüber zu unterhalten. Wir können uns auch wieder dem Thema zuwenden, was denn die Regierungen selbst machen können, auch die Bundesregierung.

Der Aufschwung ist zum 6. März versprochen, ich habe es eben schon gesagt.

(Abg. Neumann [CDU]: Ab 6. März, zum ist ja wohl zuviel!)

Ab, ich bitte um Entschuldigung! Zum hatten Sie einen Aufschwung, Herr Neumann, in den Stimmen, meine ich,

(Abg. Neumann [CDU]: Einigermaßen!)

bei der Wahl am 6. März. Jetzt ist der Aufschwung ab dem 6. März versprochen, und jetzt ist er ab, auch nach der gestrigen Regierungserklärung, da kann ich nicht allzuviel an Aufschwung erkennen.

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, doch, einiges schon!)

Ich habe nach wie vor das Gefühl, daß die Bundesregierung wirklich meint, man könne über die Strategie mehr Markt, weniger Lohn zum Beispiel der Wirtschaft helfen.

(Abg. Neumann [CDU]: Weniger Lohn im öffentlichen Dienst!)

Sie wird, weil die Ertragslage dann verbessert ist, schon selbst dafür sorgen, daß mehr Arbeitsplätze kommen. Das sind Strategien, wenn sie auf Bundesebene wirklich angewandt werden, mit denen Regierungen in England und in den Vereinigten Staaten gescheitert sind, meine Damen und Herren, und Gott behüte uns davor, daß solche Strategien auch in Bremen Anwendung finden!

(Beifall bei der SPD)

Das ist Unfug, was da diskutiert wird. Ich bin der Meinung, daß wir ein massives, ein ganz massives Eingreifen der Bundesregierung auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Mit Herrn Kallweit setze ich mich nachher noch einmal gesondert auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Ohne Eingreifen der Bundesregierung ist diesem Arbeitsmarkt nicht mehr zu helfen. Auch wenn wir Wachstumsraten wie in den sechziger Jahren erzielen würden, hätten wir trotzdem eine Sockelarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Da kann man sich nicht hinstellen und sagen, wir sorgen dafür, daß die Arbeitnehmer weniger verdienen, daß die Unternehmer mehr Gewinne machen, dann werden die wieder investieren, und dann gibt es mehr Arbeitsplätze. Das ist überhaupt nicht zu machen.

(C)

(D)

(A) Hier gibt es strukturelle Probleme, die von Unternehmern allein überhaupt nicht gelöst werden können. Hier gibt es Probleme der Arbeitszeitverkürzung zum Beispiel,

(Abg. Neumann [CDU]: Die sehen wir genauso!)

die von Unternehmern allein ohne gesetzliche Rahmenbedingungen überhaupt nicht gelöst werden können. Ich halte es immer noch für besser, auch wenn Sie vielleicht doch meinen, es ist die falsche Strategie, die Bundesregierung würde sich mehr als geplant verschulden, um Arbeitsplätze zu finanzieren, als um Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wenn so etwas gemacht werden würde, dann könnte man auch denen, von denen man Opfer verlangt — und Opfer müssen zweifellos gebracht werden —, diese Opfer auch wirklich guten Gewissens abverlangen. Das Problem ist nur, daß in der Regel Opfer von Schwachen verlangt werden, und das ist auch nicht anders bei den Beschlüssen der Bundesregierung.

Wir bedanken uns für die 70 Millionen DM. Es wurde Zeit, daß sie kommen, wir haben ja schon über 600 Millionen DM im Vorgriff darauf mehr ausgegeben an Investitionen. Deshalb war es schon richtig, daß die 70 Millionen DM nach Bremen kommen. Wir haben sie längst ausgegeben, wir brauchen sie nicht mehr auszugeben.

(B)

(Lachen bei der CDU)

Ja, das ist doch klar!

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Ja, sicher, bei euch!)

Guten Morgen, Herr Fischer! Was die Bundesregierung mit ihren 70 Millionen DM gemacht hat, wo sie die eingespart hat, das bitte ich auch zu beachten! Sie können zum Teil, Herr Kollege, beim Sozialsenator nachfragen, was denn die Einsparungen der Gemeinde auch mehr kosten. Die sind mit darin, das ist ja auch eine Saldorechnung.

(Abg. Neumann [CDU]: Die Zahlen sind doch von Herrn Stahl!)

Aber fragen Sie ihn einmal, ob die Zahlen sich wirklich so halten, wie sie damals beim Senat ausgerechnet worden sind!

(Abg. Kudella [CDU]: Dann ist die Senatsantwort falsch!)

Was ich Ihnen sagen wollte, gerade dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, ist, daß Sie, und das hat er über einen Zeitungsartikel bereits gemacht, aber jetzt bitte auch über Parteibeschlüsse, dafür sorgen, daß der

Opfergang der kleinen Leute in der Bundesrepublik (C) aufhört und jetzt andere an die Reihe kommen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Wann hat er denn begonnen, der Opfergang?)

Sie können von niemandem verlangen, Herr Klein, daß er bereitwillig Opfer bringt, wenn er spürt, und das ist Tatsache, daß die Großen laufengelassen werden — wir beide übrigens auch, wir bekommen unsere Investitionshilfeabgabe zurück —

(Abg. Neumann [CDU]: Na, warten Sie einmal ab!)

und nur er zur Kasse gebeten wird. Das sind auch atmosphärische Dinge, die eine Bundesregierung, meine ich, hätte bereinigen müssen.

(Abg. Neumann [CDU]: An wem liegt denn das? — Abg. Klein [CDU]: Und wenn es ein Opfergang war, hat er begonnen unter der Regierung der SPD!)

Herr Klein, das können Sie zehnmal behaupten, daß das so war. Natürlich haben auch wir dem kleinen Mann Opfer zugemutet, anders ist das gar nicht möglich, man muß allen Opfern zumuten, aber Sie werden auch mit dieser Polemik nicht davon ablenken, daß sich die Frage, wer Opfer zu bringen hat, inzwischen radikal verkehrt hat. Nur noch die kleinen Leute haben inzwischen Opfer zu bringen, die großen überhaupt nicht mehr. (D)

(Beifall bei der SPD)

Was die Bundesregierung tun muß, ist, Investitionen in Gang zu setzen, die sie selbst steuert, damit nicht über eine Investitionshilfe, wie wir sie damals auch mit beschlossen haben, Mitnahmeeffekte für das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen gegeben werden, Investitionen, die sie selbst steuert, zum Beispiel auf dem Sektor Energie/Umwelt, das ist von Herrn Kudella angesprochen worden.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Sie haben das ja mit Ihren Patentlösungen nicht geschafft, als Sie an der Regierung waren!)

Wir beide haben mit dem gleichen Partner — wir wahrscheinlich mehr als Sie — zu kämpfen gehabt, aber ich meine, daß auch gerade die sozialliberale Koalition, was Umweltsanierung zum Beispiel angeht, eine ganze Menge an Leistungen erbracht hat. Aber es kommt darauf an, daß das weitergemacht wird und daß Sie jetzt nicht plötzlich damit aufhören.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: TA Luft!)

Weiter, Wohnungsversorgung und Verkehrsversorgung! Das sind nur zwei, drei Dinge, die man der Bundesregierung anraten kann, die wir machen müssen. Da ist natürlich die Frage berechtigt, was

(A) macht denn Bremen eigentlich, womit kurbelt ihr denn den Wahlkampf an.

(Abg. Neumann [CDU]: Den Wahlkampf nicht! — Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das wollte ich eigentlich hier noch nicht verraten!

(Abg. Klein [CDU]: Der alte Herr Freud läßt grüßen! — Abg. Neumann [CDU]: Das waren die Gedanken!)

Das liegt natürlich daran, daß das mehr oder weniger ein Wahlkampf Antrag ist, den Herr Kudella hier zusammengeschrieben hat!

(Beifall bei der SPD)

Aber trotzdem, ich bleibe einmal bei dem Stichwort! Das, was ich Ihnen jetzt sage, was wir zur Ankurbelung tun, soweit es überhaupt in unseren Möglichkeiten steht, werden wir natürlich auch im Wahlkampf sagen, das ist völlig klar, zumal wir meinen, daß das ein Beitrag Bremens ist, der, gemessen an dem, was wir finanziell überhaupt leisten können, doch eine ganze Menge ist.

Ich erinnere an das Aufstocken des Kanalbaustufenprogramms, an die Sanierung von Kanälen, an neue Kanäle in den Außengebieten. Das sind allein ungefähr 22 Millionen DM in den Jahren 1983 und 1984. Was Sie zu dieser Maßnahme für den Arbeitsmarkt beigetragen haben, ist: kaum waren die Maßnahmen angelaufen in Schwachhausen, haben Sie das in Ihrer Parteizeitung auseinandergenommen, weil die Autofahrer einmal zehn Minuten länger warten mußten.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das war Ihr Beitrag zum Kanalbaustufenprogramm! Das war alles!

(Abg. Stichweh [SPD]: Kleinkariert!)

Jetzt fordert er aber ein Kanalbaustufenprogramm! Ich weiß nicht, was das soll.

Kläranlage Seehausen! Darauf will ich gar nicht mehr eingehen, was da an Investitionsmitteln hineingesteckt wurde, allein 50 Millionen DM in diesem Jahr.

Wohnungsversorgung, Herr Kudella! Die Rahmenbedingungen, daß das in Anspruch genommen werden kann, was die Bundesregierung angekurbelt hat beim Wohnungsbau — ich meine jetzt die Möglichkeit der Bausparzwischenfinanzierung und die Möglichkeit, die 10 000 DM abzusetzen —, brauchen vom Bremer Senat nicht mehr besonders geschaffen zu werden.

Es ist eigentlich nur noch eine Rahmenbedingung zu schaffen bei denen, die sich in Bremen noch ein Haus, eine Wohnung kaufen wollen. Billig genug sind sie inzwischen. Nicht billig genug, aber billiger sind sie inzwischen geworden, das merkt man ja. Ihre

Dinger da in Oslebshausen, darauf werden sie wohl sitzenbleiben, aber es gibt schon wieder — —.

(C)

(Zuruf des Abg. Kudella [CDU])

Dann bleibt die darauf sitzen! Es gibt schon wieder Wohnungen weit unter 300 000 DM.

(Abg. Dinné [BGL]: Die Bremische wird am Osterdeich darauf sitzenbleiben!)

Ich glaube, viele Leute würden auch Wohnungen kaufen. Sie brauchen natürlich das Gefühl, und das sind wir wieder bei der Gesamtpolitik, daß man sich das auch über mehrere Jahre oder Jahrzehnte leisten kann, also das Gefühl der Sicherheit des Arbeitsplatzes, zum Beispiel in der Werftindustrie, um so etwas überhaupt bezahlen zu können. Diese Sicherheit müssen die Leute noch haben, dann sind die Rahmenbedingungen wirklich klar.

Mehr ist vom Senat oder von der Bundesregierung, wenn sie uns hier helfen kann, wirklich nicht zu tun, auf keinen Fall, wie Sie das meinen, jetzt noch einmal Mittel zusätzlich hineinzustecken. Ich glaube, daß zusammengenommen das, was in Bremen an Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau da ist, reicht und Beschlüsse der Bundesregierung zur Ankurbelung des Wohnungsbaus nichts mehr daraufgesetzt werden sollten. Das ergibt einen Mitnahmeeffekt und bewirkt nicht eine neue Wohnung mehr.

Deshalb war es auch richtig, daß wir eine Maßnahme, mit der wir in Bremen bis dahin immerhin über 400 Wohnungen errichtet haben, zurückgenommen haben, ich meine das eigene Zinsbeihilfeprogramm. Das war richtig, weil es keinen Sinn mehr hat, jemandem, der schon 800 DM Förderung bekommt, nun noch die letzten 200 DM zu geben, damit er unter den Sätzen des sozialen Wohnungsbaus liegt. Also, weitere Mittel sind da nicht erforderlich, und trotzdem wird das Wohnungsbauprogramm des Senats 1983 und 1984 fortgeführt, und ich gehe davon aus, auch in der mittelfristigen Finanzplanung.

(D)

Ich könnte Ihnen jetzt auch vorhalten, wie viele Wohnungen in Bremen gebaut oder gefördert worden sind, aber ich will mir das schenken. Ich will Ihnen nur sagen, daß, weil Sie nach kleinen Einzelgrundstücken gefragt haben, in Bremen über 2000 wirklich baureife Grundstücke liegen, die man sofort bebauen kann, die man auch sofort an Einzelinteressenten verkaufen könnte. Das sind nicht unsere Grundstücke, diese Grundstücke gehören, glaube ich, überwiegend Wohnungsbaugesellschaften. Man könnte 4000 Wohnungen darauf bauen, aber die Wohnungsbaugesellschaften haben es leider, das sage ich auch einmal, an sich, daß sie zwar den großen Wurf lieben, ob das in Arsten oder sonstwo ist, daß sie aber diese kleinen Scheiben meiden. Damit wollen sie sich offenbar nicht so gern befassen. Es wäre aber sicherlich sinnvoll, diese kleinen Scheiben dann an Einzelinteressenten zu verkaufen.

(A) Weitere 15 000 Wohnungen können in Bremen gebaut werden, wenn die Flächen, die im Flächennutzungsplan dafür vorgesehen worden sind, ausgewiesen werden.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir die Mittel für bauliche Unterhaltung sowohl im nächsten Jahr als auch mindestens in der mittelfristigen Finanzplanung — da fällt das nächste Jahr mit hinein — stabilisieren müssen, wenn nicht sogar etwas anheben müssen. Bremens Gebäude oder überhaupt Gebäude bei uns, die der Öffentlichkeit gehören, dürfen nicht den Eindruck von DDR-Staatsgebäuden machen, das ist richtig. Wir müssen uns da anstrengen, in der baulichen Unterhaltung mehr zu tun. Substanzerhaltung geht vor Neubau, auf diesen Nenner will ich das einmal bringen. Das müssen wir auch in den nächsten Jahren durchhalten, sonst werden wir erleben, daß wir sehr viel mehr in die Substanzerhaltung hineinstecken müssen, als das bisher der Fall war.

Lieber Herr Kudella, ich habe geglaubt — deshalb habe ich mich so gut vorbereitet, das haben Sie gemerkt —, daß der Antrag zwar schludrig war, aber Herr Kudella nun den großen Wurf bringen würde, die große neue Konzeption, und wir in einer Diskussion uns darüber unterhalten könnten.

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

(B) Ja, Sie haben nichts erwartet, Herr Neumann, insofern kennen Sie ihn besser als ich! Ich habe mehr erwartet, aber Sie kennen ihn besser als ich!

Ich hatte gedacht, daß wir uns darüber unterhalten können, was denn nun in Bremen anders und neu gemacht werden könnte. Statt dessen haben Sie bewiesen, daß Sie nicht verfolgt haben, was der Senat gemacht hat, daß Sie Forderungen stellen, die längst erfüllt sind, daß Sie Pressekonferenzen abhalten, die mit der offiziellen CDU-Politik in Bremen nicht in Einklang zu bringen sind, und daß Sie nun tatsächlich nicht die Substanz, die durch den Weggang von Herrn Hinrichs entstanden ist, füllen können. Sie müssen sich jemand anders suchen. Das tut mir leid!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. Ostendorff (FDP \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ein Wort vorweg! Ich hatte bei dem Antrag der CDU-Fraktion keineswegs den Eindruck, daß hier nun beabsichtigt war, den großen Wurf für die Neuordnung der Wirtschaftspolitik im Lande Bremen zu wagen, sondern es war in meinen Augen ein relativ kleiner, aus konkretem Anlaß geborener Antrag.

(Abg. Neumann [CDU]: Genauso war es gemeint!)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich halte mich durchaus für in der Lage, Herr Kollege Wedemeier, auch 30 Minuten zu sprechen und die ganze Wirtschaftspolitik einzubeziehen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Kann man in 30 Minuten nicht!)

Ich meine nur, das kommt der Zielrichtung des Antrags nicht entgegen, und deshalb werde ich mir ein Großteil der Antworten auf Ihre Ausführungen heute sparen müssen. Um einige werden Sie und ich nicht herumkommen.

Am 8. Februar, Herr Kollege Wedemeier, stellte Ihre Fraktion eine Kleine Anfrage, die der Senat dann am 21. Februar beantwortete. Diese Kleine Anfrage erkundigte sich nach den Auswirkungen des Bundeshaushalts 1983 und der dazugehörigen Begleitgesetze auf Bremen. Der heute zur Debatte stehende Antrag der CDU-Fraktion ist uns dankenswerterweise, was die Tageszeitungen angeht — ob es der Debatte dienlich war, daß es schon vorher in den Tageszeitungen stand, weiß ich nicht —, in seiner Intention durch die Tageszeitungen vom 27. April nähergebracht. So wissen wir also, daß die CDU-Fraktion von den Zahlen des Senats ausgeht, die er auf Ihre Anfrage dem Haus gegeben hat, und daß die CDU-Fraktion demnach infolge der Auswirkung des Bundeshaushalts 1983 mit zusätzlichen 70 Millionen DM, die sich exakt aus der Antwort des Senats ergeben, rechnet.

Wenn Sie nun, Herr Kollege Wedemeier, sagen, diese 70 Millionen DM hätten schon längst vom Bund an das Land Bremen fließen sollen, müssen Sie sich bitte einmal an die vorherige Regierung wenden, denn die jetzige konnte es wohl nicht sehr viel schneller. Ich bin in der glücklichen und häufig unglücklichen Lage, Ansichten hier vertreten zu müssen, die sowohl in der sozialliberalen Koalition wie in der Koalition der Mitte von Ministern der FDP geäußert wurden —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war auch so gemeint, Herr Kollege! Die hätten das auch schon machen können!)

darauf komme ich gleich zurück —, nur habe ich nach Ihren Worten den Eindruck, daß der Bundeskanzler Schmidt 13 Jahre lang unter dem Zwang der FDP gelitten haben muß, weil die FDP die Richtlinien der Politik bestimmte. Dies war wohl nicht ganz so!

(Beifall bei der FDP)

Also, auch hier muß man über Ursachen und Wirkungen und über den notwendigen Zeitbedarf das Maß behalten, auch wenn man beabsichtigt, den Wahlkampf anzukurbeln.

Es ist nun zweifellos etwas fragwürdig, ob ein Politiker die rechnerisch erkennbaren Vorteile, wie sie aus der Antwort des Senats mit 70 Millionen DM hervorgehen, sogleich vereinnahmen und wieder neu ausgeben kann, ohne die zumindest zu ver-

(C)

(D)

(A) mutenden Nachteile vorsorglich dagegengzurechnen. Insofern betrachten die Freien Demokraten die von Ihnen, Herr Kudella, ausgerechnete Zahl von 70 Millionen DM als zu optimistisch. Wir sind nicht in der Lage, genau dagegengzurechnen, welche zusätzlichen Ausgaben aus dieser zusätzlichen Einnahme noch entstehen, die Fairneß gebietet es aber anzuerkennen, daß in der Mitteilung des Senats darauf hingewiesen ist. Sie kennen mich lange genug, ich bedauere immer, wenn ich den Senat in Schutz nehmen oder loben muß, aber in diesem Fall muß es fairerweise geschehen.

Aber dies steht ja nicht in Ihrem Antrag, sondern dies war aus Ihrer Pressekonferenz zu entnehmen. In dem Antrag steht nichts von den 70 Millionen DM, so daß wir uns damit hier weiter nicht zu beschäftigen brauchen, denn zur Abstimmung wird nur der Text des Antrags gestellt, und den finden die Freien Demokraten im Grundsatz gut. Die Freien Demokraten finden es gut, daß hier von einer Fraktion der Versuch unternommen wird, eine, wenn auch schon lange erwartete oder erhoffte, aber nun erfolgte Sondereinnahme arbeitsplatzwirksam einzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, daß nicht das eine oder das andere zu dem Antrag und nur zu dem Antrag und nicht zur allgemeinen Wirtschaftspolitik zu sagen wäre! Rein formal möchten wir zum Beispiel deutlich machen, daß eine extreme Auslegung des Wortes Investition, Herr Kollege Kudella, nicht dazu führen darf, was Sie auch nicht beabsichtigen, daß ältere Gebäude zum Beispiel verfallen, denn eine Reparatur wäre ja bei genauer Auslegung des Wortes eine konsumtive Ausgabe, und es müßte dann für ein Vielfaches des Betrages ein neues Gebäude errichtet werden, was dann eine echte Investition wäre.

(B) Hier möchten wir deutlich machen, daß bei Erhaltung der Begriff „konsumtiv“ meiner Meinung nach nicht immer das trifft, was damit gemeint ist,

(Beifall bei der FDP)

denn eine Vermeidung einer Investition durch eine Reparatur ist, ich wiederhole es absichtlich noch einmal, meist sehr viel billiger als ein Neubau. Die Grenze also zwischen investiv und konsumtiv ist hier nach Meinung der FDP schwer zu ziehen, und wir wollten das deutlich machen.

Der im letzten Absatz Ihres Antrags unter den fünf Ziffern aufgeführte Katalog bedarf nach Meinung der Freien Demokraten noch der Ausfüllung und vielleicht auch der Klarstellung. Was zum Beispiel sind Baumaßnahmen generell? Bei dieser Ausfüllung und Klarstellung bieten sich nach unserer Meinung der Sachverstand und die Mithilfe der Deputationen an, über die wir dankenswerterweise ja in Bremen verfügen.

(C) Deshalb meinen die Freien Demokraten, dieser richtigen Grundtendenz des Antrags sollte — und nun wiederhole ich eines Ihrer Worte — generell bei den jetzt laufenden Haushaltsvorbereitungen in den Deputationen, die ja, wie Sie alle wissen, jetzt gerade in diesen Tagen und Wochen vor sich gehen werden, Rechnung getragen werden. Es sollte hierbei nach der richtig verstandenen Intention Ihres Antrags verfahren werden, und es sollten diese erfreulichen zusätzlichen Mittel, die ich mit etwa 50 Millionen DM annehmen möchte, entsprechend von den Deputationen verplant werden. Ich meine, das wäre ein guter und der Sache dienender Weg.

Ich habe schon erwähnt, die Freien Demokraten werden dem Antrag Ihrer Fraktion zustimmen, allerdings mit der Bitte, daß er in den Deputationen dann ausgefüllt und entsprechend behandelt wird.

Ich sagte schon zwischendurch, die Freien Demokraten haben dies nicht als riesengroßen Antrag der CDU aufgefaßt und fassen ihn auch jetzt noch nicht so auf. Insofern kann ich mich für meine Fraktion auch nicht der Kritik des Kollegen Wedemeier anschließen, der meinte, der Antrag wäre schludrig und leichtfertig vorgelegt.

Er ist auf einem Sektor richtig — vielleicht, Herr Kollege Wedemeier, auf einem zu kleinen Sektor — vorgelegt, aber der Kollege Kudella hat versucht, aus der Kenntnis, die er aus Ihrer Anfrage gewonnen hat, einen kleinen Schritt zu tun. Er hat ausdrücklich gesagt, daß er die Probleme der Großindustrie überhaupt nicht negiert und daß er diese Maßnahmen auch für wichtig hält.

(D) Ich habe mit Herrn Kudella kein Wort über diesen Antrag vorher gewechselt. Ich habe auch von meiner Fraktion nicht den Auftrag, hier nun gutes Wetter für die CDU zu machen, aber, Herr Kollege Wedemeier, ich finde es einfach nicht gut, wenn aus einem kleinen Ansatz von Ihnen ein ganz großer Ballon gemacht und gesagt wird, Kudella, du hast dies und jenes und das dritte und das vierte und das fünfte Problem gar nicht erwähnt. Das steht doch alles überhaupt nicht darin!

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist richtig, aber die Sachen, die hier stehen, machen wir alle! Was sagen Sie denn dazu?)

Bitte?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die lehnen Sie trotzdem ab, nicht wahr? Das, was dort gefordert wird, wird zum großen Teil gemacht, und trotzdem lehnen Sie den Antrag ab!)

Herr Kollege Wedemeier, sicherlich wird einiges davon schon gemacht. Sicherlich weiß auch ich, daß das Kanalbaustufenprogramm schon im Gange ist.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Deshalb fordern wir es ja auch!)

(A) Sicherlich wissen wir auch, daß im Hafbereich die notwendigen Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen zur Zeit durchgeführt werden.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es steht aber darin, sie sollen beschleunigt durchgeführt werden, und Sie haben Herrn Kudella gebeten, sich bei seinen Kollegen aus der Hafendeputation zu erkundigen.

Ich bin zwar kein Kollege von Herrn Kudella, aber ich bin zufällig auch in der Hafendeputation, und ich kann Ihnen Dutzende von Stellen nennen, wo eine Beschleunigung der Reparaturen sehr angebracht wäre. Sie könnten sich auch mühelos mit dem Sprecher der Hafendeputation darüber unterhalten.

Nun einfach zu sagen, das machen wir schon alles, und wir verlängern schon den Containerterminal von Bremerhaven bis Bremen-Nord, ich weiß nicht, ob trotz der in wenigen Monaten bevorstehenden Wahlen es gut war, aus einem kleineren Antrag, der ein Spezialproblem aufpicken wollte, der uns allen einen Hinweis geben wollte, was man mit diesen 70 oder 50 Millionen DM machen kann, aus diesem relativ kleinen Antrag den Vorwurf zu machen, er habe die großen Probleme der Wirtschaftspolitik nicht mit erwähnt.

(B) Ich verspreche Ihnen, Herr Kollege Wedemeier, daß ich Ihnen den Standpunkt der Freien Demokraten zu vielen von Ihnen angeschnittenen Fragen noch vor der Wahl in diesem Hause deutlich zu machen versuchen werde. Nur, eines muß auch erlaubt sein: Wenn der Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit bei einer offiziellen Veranstaltung zum Mahl der Arbeit meiner Meinung nach nur Worte findet, was die Bundesregierung und der Bund tun müssen und wer außerhalb Bremens alles an der Misere schuld ist,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Eigentlich nur Lambsdorff!)

aber kein einziges Wort über die eigene Verantwortung des Bremer Senats und über die Möglichkeiten,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das ist nicht zu glauben!)

die größere und schwierigere Situation in Bremen auch teilweise aus eigener Kraft zu lösen, verliert,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Sehr zurückhaltend gesagt!)

dann allerdings muß einem Sprecher der Opposition erlaubt sein, dies auch zu erwähnen, ob Wahlkampf oder nicht Wahlkampf! Dies allerdings in dem Vorwurf des Kollegen Kudella müssen die Freien Demokraten bedauerlicherweise voll unterschreiben.

(Beifall bei der FDP)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal Herrn Wedemeier aufklären, der gemeint hat, wir hätten einen ähnlichen oder, sagen wir einmal, in der Substanz vergleichbaren Antrag, zumindest im Thema vergleichbaren Antrag, zurückgezogen. Der Antrag ist in der Sitzung am 17. März hier sehr wohl verhandelt worden, so daß Herr Wedemeier entweder wissentlich etwas Falsches gesagt hat, oder er hat das verpennt. Guten Morgen, Klaus! Damals ist die Sache ziemlich breit beredet worden.

(Heiterkeit — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Wir haben darüber sehr eingehend in der Sitzung im Februar geredet! Da haben Sie ihn zurückgezogen!)

Ich möchte auch sagen, warum wir ihn zurückgezogen haben. Das ist eigentlich ein Grund, sich heute wieder nicht an der Diskussion zu beteiligen. Wir haben dort gesagt, daß Sie wirklich wie brünftige Hirsche, die keinen Funken Verstand mehr haben, sondern sinnlos auf eine Mauer losrennen, hier auch aufeinander losgegangen sind. In solch einer Situation ernste Fragen der bremischen Wirtschaft oder der Arbeitsplatzhaltung in Bremen zu diskutieren ist irgendwie unwürdig.

(D) Das merken auch, glaube ich, die Leute. Ich hatte auch eben den Eindruck, daß Sie hier nur zum Fenster hinaus reden und sich an Herrn Kudella hochziehen. Ich bin auch nicht in allen Punkten mit ihm einer Meinung, aber es lohnt sich wirklich, sich damit auseinanderzusetzen, weil das doch Fragen sind, die auf uns mit Sicherheit zukommen werden.

Ein paar Tage vor einem Bundestagswahlkampf, wo sowieso die dicksten Wenden hin und her gehen sollen und jeder die sinnlosesten Sachen in die Debatte wirft, sich über solch ernste Themen gerade mit Ihnen zu unterhalten, Herr Wedemeier, ist Quatsch! Das kann ich dazu nur sagen. Das zeigt die Erfahrung in diesem Hause.

Wir haben deshalb — für mein Gefühl immer noch sinnvollerweise — den Antrag aus der damaligen Sitzung zurückgezogen und für die nächste Sitzung eingebracht. Und Ihr Kollege Schmidt hat sich durchaus ernsthaft damit auseinandergesetzt und hat uns auch in einigen Punkten recht gegeben. Ich weiß nicht, ob Sie das alles nicht mitbekommen haben, jedenfalls ist darüber geredet worden. Damit bin ich jetzt auch bei der Sache.

Ich habe den Eindruck, daß das Problem von Herrn Kudella und uns ähnlich angesprochen worden ist, daß aber die Analysen einerseits und die Zielsetzung andererseits völlig auseinandergehen. Ich fürchte, Herr Kudella, daß bei Ihnen immer noch der Glaube herrscht, daß mehr Wachstum die Sache schon wieder in Gang bringen würde — so läßt sich auch die gegenwärtige Bundesregierung jetzt wieder ein —,

(A) daß dann eigentlich alles werden würde wie früher, und die goldenen Zeiten kommen wieder hoch. Ich kann mich da nur wiederholen: Wir sind der festen Überzeugung, daß es so nicht sein wird. Dazu möchte ich ein paar Anmerkungen machen.

Wir hatten seinerzeit auch einen Katalog vorgelegt von Problemen oder zumindest von Marschrichtungen, die unseres Erachtens dringend angegangen werden müssen, die eines schönen Tages sowieso in Angriff genommen werden müssen. Die Frage ist nur, ob es dann nicht vielleicht zu spät ist. Ich hatte deshalb auch diesen Exkurs gemacht auf eine „Spiegel“-Analyse, warum Hitler überhaupt an die Macht gekommen war — da ging es auch um die Arbeitslosen —, wer wen eigentlich gewählt hatte und so weiter. Vielleicht erinnern Sie sich dunkel. Ich glaube schon, daß das Thema sehr ernst ist, und deshalb möchte ich versuchen, mich damit noch einmal auseinanderzusetzen.

Wir sind folgender Meinung, um das noch einmal in Stichworten zu sagen: Wir leben in einer Zeit, in der die Wirtschaft deshalb nicht mehr so läuft wie bisher, weil die Grundbedürfnisse gedeckt sind, weil also der Absatz stagniert. Das ist keine besonders revolutionäre These, das hat Herr Steinkühler kürzlich gerade erst wieder gesagt. Er sagte: „Die Grundbedürfnisse der Arbeiterschaft sind im wesentlichen erfüllt!“ Ich fühle immer das Beispiel an, daß man nicht zwei Würstchen von Herrn Fischer auf einmal essen kann, man kann auch nicht zwei Autos auf einmal fahren. Diese Thesen brauche ich alle nicht zu wiederholen, die haben wir schon mehrfach vortragen.

Wenn also der Absatz stagniert, Sie immer weiter investieren und die Produktivität steigt, erzeugen Sie automatisch Arbeitslose. Damit sind wir beim Thema. Wenn Sie nur hoffen, durch Wachstum das wieder in Gang zu bekommen, dann brauchen Sie Wachstumsraten, an die Sie schlicht selbst nicht glauben. Sie hoffen ja, daß Sie allenfalls eineinhalb bis zwei Prozent in diesem Jahr und vielleicht im nächsten Jahr erzielen, aber damit erhalten Sie bestenfalls den Sockel von zweieinhalb bis drei Millionen Arbeitslosen, den wir jetzt haben. Damit bekommen Sie keinen einzigen Arbeitslosen von der Straße.

Das wissen Sie aber auch meines Erachtens. Deshalb finde ich es auch an der Sache vorbei zielend oder zynisch denjenigen gegenüber, die jetzt Arbeit suchen, wenn Sie immer nur wieder diese Hoffnung auf erneutes kräftiges Wachstum beschwören. Wir sind also der Meinung, daß bei der Situation, wie sie sich in der Wirtschaft darstellt, kein einziger Weg um Arbeitszeitverkürzung herumführt.

(Beifall bei der BGL)

Wir sind dort anscheinend auch schon weiter voraus als vielleicht die SPD, denn die Gewerkschaften fangen auch an, die Frage zu diskutieren, ob die Arbeitszeitverkürzung nicht auch ohne vollen Lohn-

ausgleich funktionieren kann. Es tut weh, das zu sagen. Wir haben dieses Tabu hier schon seit zwei Jahren angesprochen und sind schwer verketzert worden. Herr Wedemeier hält uns deshalb für rechte Leute. (C)

(Abg. K u n i c k [SPD]: Nicht deshalb!)

Er wird dort eines schönen Tages auch noch hinkommen müssen.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das ist aber nicht der Grund, Herr Dinné!)

Darin wird ihn niemand hindern können, auch diese Erkenntnis zu gewinnen. Wir können nur versuchen, bei dieser Arbeitslosenzahl die Arbeitszeit zu verkürzen und versuchen, den Lohnausgleich so gerecht wie möglich vorzunehmen, so daß diejenigen, die wirklich am Existenzminimum sich befinden, nicht so viel dabei einbüßen wie diejenigen, die großzügig sich dies oder jenes abkniefen lassen können und dann immer noch sehr gut leben. Das ist eine Frage, die bei der Gelegenheit allerdings behandelt werden muß!

Wenn wir sehen, daß die Absatzfrage das Problem der Wirtschaft ist, dann müssen wir auch mit dem Tabu aufräumen, das natürlich auch sozialdemokratische Tradition ist, daß man meint, nachfrageorientiert an dieses Problem herangehen zu können. Wenn man sagt, man geht nicht nachfrageorientiert heran, sondern angebotsorientiert, dann ist das noch keine Reagan-Politik oder keine Thatcher-Politik, denn auch sie setzen auf Wachstum. (D)

Vielmehr läßt sich zu diesem Thema ganz kurz sagen: Wenn die Nachfrage stagniert und sie auf der einen Seite künstlich angekurbelt wird, während auf der anderen Seite den Unternehmern die Initiative fehlt, sei es durch zu knappe Gewinne oder dadurch, daß durch überhöhte Subventionen Phantasie und Wagemut einschlafen, wenn Sie dann also die Nachfrage künstlich stimulieren, dann erreichen Sie nur, daß die gleichen Produkte, die heute gerade in die Sättigungszone hineingeraten sind, weiter nachgefragt werden. Damit steigern Sie höchstens die Sättigung, aber Sie kurbeln im Ernst nichts Neues an. Neues kurbeln Sie nur an, wenn die Wirtschaft oder die Industrie oder überhaupt die produzierenden Teile unserer Gesellschaft anfangen müssen, sich neue Produkte auszudenken.

Nun haben Sie hier unglücklicherweise einen solchen Punkt. Zu diesen neuen Produkten gehören zweifellos auch neue Medientechniken und neue Kernkraftwerke. Das ist uns klar. Nur, wenn Sie glauben, daß über diese sehr fragwürdigen Dinge ausgerechnet die Wirtschaft wachsen soll oder die Wirtschaftsankurbelung funktioniert, ist das nun ein Punkt, wo wir Ihnen überhaupt nicht folgen können.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Tausende von Arbeitsplätzen!)

(A) Das ist die Frage!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Sagt er! Die FDP sagt das!)

Bei der Kernenergie ist ja nun nachgewiesen worden, daß Tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Zwar trägt die Kernindustrie zum Wachstum bei — das soll nicht geleugnet werden —, aber der Beschäftigungseffekt ist ja sehr gering. Ob der Beschäftigungseffekt bei der Verkabelung so groß ist? Da kann man höchstens hoffen, daß die Post, die das vielleicht machen wird, mit ihrem Beamtenapparat so ineffektiv vorgeht, daß es zu den berühmten Heizern auf den E-Loks kommt, aber sonst sehe ich dort auch nicht große Beschäftigungseffekte in dieser Angelegenheit. Das sind die Hauptgründe, weshalb wir uns Ihrem Antrag, Herr Kudella, nicht anschließen können.

(B) Nun möchte ich nur noch kurz erläutern, daß wir auch meinen — wir werden dort oft falsch eingeschätzt, jedenfalls wir von der Bremer Grünen Liste, wir unterscheiden uns dort auch sehr wohl von Grünen und Alternativen —, daß, wenn angebotsorientierte Politik gemacht wird, sie natürlich so rationell wie möglich vorgehen soll. Wir sind also gegen jede Form von Maschinenstürmerei, das ist ganz klar. Wir haben das auch häufiger zum Ausdruck gebracht hier. So sind durch Dinge der Innovation und auch des Weitergehens der Wirtschaft ohne Wachstum möglich. Wachstum heißt ja immer zusätzlicher Umsatz in Dienstleistungen und Produkten.

Wir haben dann, ich will das nur stichwortartig wiederholen, in dem Katalog, in dem wir bremische Initiativen vorgeschlagen haben, städtebauliche Maßnahmen. Bei jedem Bebauungsplan unterhalten wir uns hier über den Wahnsinn, der dort abläuft. Ich will das jetzt nicht näher erläutern, wir machen das bei den Bebauungsplänen immer. Über Bebauungspläne wird hier ja jetzt häufiger geredet, als es früher der Fall war. Da kann man Dinge ausdrücken und für die Zukunft sehr gut steuern, die für eine Gesellschaft, die unter Beschäftigungsmangel leidet, vorsorgen können.

Wir haben auch als erste hier die Haushaltskonsequenzen zu ziehen versucht, Herr Kudella. Wir haben als erste gesagt, es muß gespart werden, es muß auch bei dem Tabu Sozialausgaben gespart werden. Das werden Sie uns nicht abstreiten. Auch deshalb sind wir schwer in die rechte Ecke gestellt worden.

Wenn heute jemand sagt, daß im Ostertor oder anderswo auch bei Sozialhilfeempfängern zum Teil sinnlos Gelder ausgegeben werden oder auch nicht nur sinnlos, sondern ins Negative verführend Gelder ausgegeben werden, dann wird man gleich als inhuman und Gott weiß was tituiert. Das nehmen wir alles auf uns. Der Wahrheit muß ja irgendwo die Gasse gebrochen werden! Aber daß wir das als erste hier gesagt haben, und zwar recht drastisch,

(C) das wird uns niemand absprechen. Das habe ich Herrn Stäcker auch schon mehrfach gesagt, der ja nun aufgrund seiner filzigen Verwicklungen hier nicht mehr bei uns sitzen darf.

(Widerspruch bei der SPD)

Na ja, es gibt ja politischen Urlaub, das ist klar!

Wir haben schon häufiger gesagt, daß die SPD in dieser Frage allmählich auf uns zukriechen muß. Das sehen wir immer wieder. Herr Wedemeier hat die neuen Zahlen genannt, die zwar leichte Tendenzen der Änderung gegenüber den früheren Wahlversprechen enthalten, das ist klar, gegenüber dem hochgepriesenen Bremen-Plan, aber die eigentliche Tendenzwende ist noch nicht vollzogen. Die einzige Frage ist, ob wir den Wettlauf mit der Zeit in dieser Hinsicht schaffen. Ich bitte deshalb zu verstehen, Herr Kudella, daß wir in vielen Punkten von der Richtung Ihres Antrags gar nicht so weit entfernt sind, aber daß wir Ihnen in Ihren prinzipiellen Hoffnungen und in den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht folgen können.

Vielleicht könnten wir uns, das haben wir schon mehrfach angeboten, einmal in Ruhe über diese ganzen Fragen unterhalten. Ich glaube, daß das besser sein würde als nun wieder in einer Situation brünftiger Hirsche, weil nun Wahlkampf ist. Herr Wedemeier hat das ja hier wieder vorgemacht, nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ, er braucht dafür die doppelte Zeit der anderen Redner. In solchen Situationen über ernste Fragen zu reden ist sehr schwierig. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zu Herrn Wedemeier komme, eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Dinné machen. Herr Kollege Dinné, Wirtschaftswachstum löst nicht alle Probleme.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Schafft Probleme!)

Da sind wir sogar einer Meinung. Nur gibt es einen wesentlichen Unterschied: Je mehr Wirtschaftswachstum es gibt, desto mehr werden wir durch begleitende Gesetze in der Lage sein, Eingriffe in den sozialen Bereich, in die sozialen Standards unserer Bürger zu vermeiden. Ohne Mehrbeschäftigung, ohne Wachstum auch weniger soziale Sicherheit! Das ist die Formel.

Wenn Sie sagen Nullwachstum oder Minuswachstum, dann heißt dies auch Absinken des sozialen Standards.

(Beifall bei der CDU)

(A) Deswegen sagen wir, soviel Wachstum, wie eben noch verantwortbar ist, wir sagen ja zum Wachstum und zur Notwendigkeit von Wachstum.

(Abg. Dinné [BGL]: Aber wenn es nun nicht kommt, was ist dann? — Abg. Wedemeier [SPD]: Dann bricht alles zusammen, das hast du doch gehört!)

Wir glauben, daß dies erreichbar ist, und die Zeit wird es lehren, ob dies ein realistisches Ziel ist oder nicht. Wir sind davon überzeugt, daß es durch eine richtige Politik — Ansätze dazu sind ja heute erkennbar — möglich ist, Wirtschaftswachstum zu erreichen.

(Abg. Willers [GUL]: Die wirklichen Utopisten hier im Hause sind Sie!)

Ich sage ja nicht, daß wir allein durch Wirtschaftswachstum die Probleme lösen können. Das bitte ich zu unterscheiden! Nur, um noch einmal auf dieses immer wiederkehrende Argument von Ihnen eine kurze Antwort zu geben!

Nun zu Herrn Wedemeier! Herr Wedemeier, ich teile manchmal von diesem Podium aus auch hart aus, und insofern nehme ich es auch mit Gelassenheit hin, wenn Sie mich persönlich angehen. Das erschüttert mich eigentlich in meinen Grundfesten und Grundüberzeugungen nicht.

(B) (Abg. Adamietz [BGL]: Bei Ihnen ist das immer gut gepolstert!)

Aber ich stelle doch fest, und das erfreut mich, daß Sie meine Argumente in der Presse und auch in der heutigen Rede offensichtlich sehr beeindruckt haben, denn sonst hätte sicher der wirtschaftspolitische Sprecher und nicht der Fraktionsvorsitzende der SPD hier geredet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]: Und der hat sich auch noch stundenlang vorbereitet!)

Sie haben etwas anderes erwartet und haben den Wahlkampf hier eingeläutet. Nun gut, Sie haben es nötig, ich habe auch dafür Verständnis.

(Abg. Stichweh [SPD]: Ihr habt es auch nicht nötig, das bringt sowieso nichts!)

Nur, meine Damen und Herren, daß Herr Wedemeier auch noch versucht, mir Dinge einzureden, die ich gar nicht gesagt habe, das ist allerdings schlimm! Er hat einfach Argumente, die weder in der Presse noch hier in der Debatte gefallen sind, als Popanz aufgebaut, hat auf diesen Popanz eingeschlagen, nur damit er seine vorbereitete Rede hier ablesen und halten konnte.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war keine!)

Dies, Herr Kollege Wedemeier, ist schlicht unfair! (C)  
(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, das Schlimme, was sich für mich in dieser Debatte gezeigt hat, ist, daß Sie, und das gilt für große Teile der SPD ganz generell, nicht mehr in der Lage sind, auf sachliche Argumente, die begründet sind, einzugehen, sich mit diesen auseinanderzusetzen und dann Ihre Stellungnahme dazu hier abzugeben,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Haben Sie nicht zugehört?)

sondern daß Sie nur noch in der Lage sind, über Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu reden, wenn Sie entweder die Weltwirtschaft, die Bundesregierung oder andere angreifen. Aber selbst sind Sie nicht mehr in der Lage, einmal über Ihre eigene Politik nachzudenken.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch deutlich geworden — wenn Sie unseren Antrag lesen, kann es da auch gar kein Mißverständnis geben, ich habe dies zusätzlich begründet, und ich bedanke mich beim Kollegen Ostendorff, der das hier noch einmal ausdrücklich gesagt hat —, daß es hier natürlich nur um einen Teil bremischer Arbeitsmarktpolitik gehen konnte, daß ich nicht hier wieder über Werften und Stahl und Gott weiß was rede, sondern über das, was konkret im Augenblick machbar ist.

(D) Ich habe hier gesagt, damit können Sie die Welt nicht verändern, aber Sie können kleine Schritte tun. Sie können vielleicht für wenige tausend Arbeitsplätze einiges durch praktische Politik tun. Nur, da melden Sie sich nach wie vor aus Ihrer Verantwortung ab, Sie sagen, alles, was Sie fordern, tun wir im übrigen, um in Ihrer gleichen Rede, allerdings an anderer Stelle, zu sagen, das wollen wir demnächst tun. Das paßt nicht zusammen.

Es gibt auch Mißverständnisse, die Sie bewußt herbeiführen. Ich sage das noch einmal am Beispiel Wohnungsbau. Die Frage des Wohnungsbaus ist nicht allein eine Frage des Geldes, sondern die Frage im Wohnungsbau ist zum Beispiel, wie groß Grundstücke sind, nicht allein, daß ich überhaupt Grundstücke habe, sondern wie groß sie sind, wie sie zugeschnitten werden, wie sie erschlossen werden, damit Häuser wieder gekauft werden können von kleinen und mittleren Einkommensschichten.

Sagen Sie denn, alle Leute der freien und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Bremen sind verrückt, weil sie das auch seit zwei Jahren fordern, nur keine Reaktion auf Ihrer Seite erfolgt, auf seiten der SPD? Ich nehme ja für mich gar nicht in Anspruch, daß ich das allein erfunden habe,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Was denn?)

sondern ich sage ganz einfach, diese Forderungen, die vielleicht früher nicht berechtigt gewesen sein

(A) mögen, weil es auch dort in der Relation von Einkommen und Kosten eines Hauses mittlere Einkommensbezieher sich das noch haben leisten können, haben sich verändert, die Bedingungen sind andere geworden! Darauf muß die Baubehörde reagieren, und sie tut es nicht.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Hier zum Beispiel müssen Sie Ihre Politik ändern!

(Beifall bei der CDU)

Baumaßnahmen und Unterhaltungsmaßnahmen! Das sind vier wichtige Unterpunkte in unserem Antrag. Da geben Sie allerdings hinterher selbst zu, da müsse einiges getan werden, unsere öffentlichen Bauten dürften nicht wie DDR-Staatsgebäude aussehen! Ja, gut und schön! Das kann ich auch unterstreichen, nur, erstens tun Sie es nicht und zweitens sind keine Ansätze erkennbar, wie Sie das verändern wollen und wie Sie damit Arbeitsplätze schaffen wollen! Das sollten Sie doch einmal sehen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Gucken Sie einmal in die mittelfristige Finanzplanung!)

(B) Herr Kollege Ostendorff hat Ihnen gesagt, daß auch im Hafengebiet nach wie vor ein erheblicher zusätzlicher Bedarf besteht.

Sie machen es sich einfach zu leicht, wenn Sie sagen, die 70 Millionen DM haben wir schon verbraucht. Ich will mich hier auch gar nicht streiten um eine Million DM mehr oder weniger. Sicher, das ist eine ungefähre Rechnung. Sie sagen, die 70 Millionen DM haben wir ausgegeben, die sind weg, es bleibt also im Prinzip alles beim alten, und wir haben alles richtig gemacht.

Wenn Sie so weitermachen, Herr Kollege Wedemeier, wenn die SPD und ihre Regierung so weitermachen, dann werden wir in diesem Abkoppelungsprozeß im Arbeitsmarkt, immer mehr Arbeitslose in Bremen als anderswo, in dieser negativen Spitzenstellung noch weiter nach vorn schreiten und ein Desaster erleben, wie wir es uns alle nicht vorstellen können.

Deswegen seien Sie doch einmal vernünftig! Klopfen Sie doch einmal an Ihre eigene Brust, und versuchen Sie einmal zu überlegen, ob nicht auch einmal, in dem einen oder anderen Punkt wenigstens, die Opposition auch recht haben könnte!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Meine Damen und Herren! Ich werde die viele Zeit, die diesem Antrag gewid-

met worden ist, nicht über Gebühr verlängern. Ich bin mit Herrn Wedemeier ausnahmsweise einig. (C)

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Kudella [CDU]: Schlimm für euch!)

Ich finde, dieser Antrag hat es eigentlich nicht verdient, daß man sich sehr intensiv damit beschäftigt. Um so weniger, Herr Wedemeier, habe ich aber verstanden, warum Sie das dann eine halbe Stunde oder vielleicht noch länger, ich weiß es nicht genau, getan haben.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nun wollte ich einmal sagen, daß man mit solcher Flickschusterei nicht auch nur ein Detailproblem beheben kann! Das wollte ich ihnen einmal sagen!)

Herr Wedemeier, das hätte man aber auch kürzer tun können!

(Unruhe bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Keine Zwiegespräche bitte!

Abg. Willers (GUL): Herr Wedemeier, Ihr freudischer Versprecher mit der Wahl, das war schon das Richtige. Sie haben das nicht angefangen, das hat Herr Kudella angefangen mit diesem Antrag. Aber Sie sind ganz gut darauf eingestiegen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das stimmt!)

(D) Es gibt überhaupt keinen Punkt, glaube ich, in diesem ganzen Katalog von Herrn Kudella, der nicht in angemessener Weise an anderer Stelle verhandelt worden wäre oder hätte verhandelt werden müssen. In dieser Zusammenfügung und in dieser Allgemeinheit, wie es hier jetzt steht, finde ich, ist es unter aller Kanone, Herr Kudella! So etwas kann man nicht machen!

(Abg. Klein [CDU]: Hören Sie, Sie halten uns doch lange genug auf! Sie haben doch keinen Anlaß, uns mangelnde Konzentration vorzuwerfen!)

Herr Kudella, wenn Sie vorschlagen, aus dem konsumtiven Bereich in den investiven Bereich umzuschichten zugunsten dieser Maßnahmen, die Sie hier nennen, dann kommen Sie nicht darum herum, auch einmal zu sagen, wie und woher. Das können Sie nicht einfach einmal so in den Raum stellen. Sie können auch nicht Maßnahmen vorschlagen, zum Beispiel die forcierte Einführung der neuen Medientechnologien zu betreiben, wenn Sie wissen, daß gerade auf diese Angelegenheit das Land Bremen nur den allergeringsten Einfluß hat, einmal abgesehen davon — wir werden nächstes Mal darüber reden —, daß wir den Mikroprozessoren sehr kritisch gegenüberstehen.

Wir bekommen in Debatten dauernd auch von Ihrer Partei und von der SPD vorgehalten, wir in Bremen könnten gerade in dieser Angelegenheit nun überhaupt nichts tun, weil das Bundesangele-

(A) genheit sei, weil es freie Wirtschaft sei. Das stimmt natürlich auch irgendwie. Dann möchte ich bitte aber einmal von Ihnen wissen, Herr Kudella, wie Sie sich das denn praktisch vorstellen, daß Bremen mit seinen Mitteln die Einführung der neuen Medientechnologien fördert oder betreibt. Das möchte ich einmal wissen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir lassen alle Straßen aufreißen!)

Die Verkabelung zum Beispiel, wenn Sie die meinen sollten, ist wieder eine Angelegenheit der Bundespost! Das haben wir hier oft genug gehört. Darauf hat Bremen keinen Einfluß.

Die Allgemeinheit Ihres Antrags im Punkt drei gefällt mir auch überhaupt nicht. Was heißt denn — das ist schon gesagt worden — Baumaßnahmen generell? Was um Gottes willen heißt das? Bauliche Unterhaltung öffentlicher Gebäude und Grundstücke, Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, Unterhaltung und Instandsetzung an Straßen und Brücken, was soll das alles heißen?

(Abg. Gassdorf [CDU]: Wenn Sie das nach vier Jahren noch nicht begriffen haben!)

Das soll den Erfordernissen angepaßt werden. Was sind denn die Erfordernisse?

Herr Kudella, einen solchen Antrag kann man wirklich abhaken unter dem Stichwort Wahlkampf. Deswegen werde ich mich auch nicht intensiver damit beschäftigen,

(B)

(Abg. Gassdorf [CDU]: Da ist seine Kapazität auch überfordert!)

so gern ich auf die Medientechnologie eingehen würde, sondern ich werde ihn als das nehmen, was er ist, als einen Wahlkampfbeitrag, und über die Dinge, die Sie hier im einzelnen aufgeführt haben, Herr Kudella, möchte ich an anderer Stelle, wo es hinpaßt, gern sprechen.

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

(Abg. Dinné [BGL]: Ich ziehe erst einmal zurück!)

Dann hat als nächster das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich muß mich zunächst einmal erklären zu dem, was hier gesagt worden ist über meine Ausführungen beim Mahl der Arbeit. Dazu kann ich nur eines sagen und wiederholen: Ich habe keine Veranlassung, auch nur um einen Deut abzuweichen von den Ausführungen, die ich dort gemacht habe.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Schlimm genug!)

Ich habe beim Mahl der Arbeit auf die Dimension der Probleme insbesondere anhand der wahnsinnig hohen Arbeitslosenzahlen hingewiesen, habe darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, diese Probleme in den Griff zu bekommen und habe versucht, das in eine Relation zu setzen zu unserer Leistungsfähigkeit hier, habe versucht, es in Relation zu setzen zu allen Lösungsversuchen bis hin zu den Arbeitsmarktproblemen, und daraus begründet, daß wir einen Hilferuf nach Bonn senden müssen und unbedingt sagen müssen, hier ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik des großen Bruders vonnöten. Davon gibt es nichts abzuweichen, keinen Zentimeter!

(C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Ostendorf [FDP]: Das hat Ihnen auch niemand vorgeworfen!)

Ich glaube aber — wenn wir uns jetzt auf diesen Antrag der CDU beziehen —, daß wir dann schon bei den Eingangssätzen die Feststellung treffen müssen, daß es hier eine Menge von Unterstellungen und falschen Annahmen gibt.

Selbstverständlich war und ist der Senat bemüht, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in unserem Lande durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu mildern. Im Rahmen dieser Bemühungen konnten auch erhebliche Mittel nach Bremen gezogen werden, und, Herr Kudella, die sind nicht vom Himmel gefallen! Die sind wirklich nicht vom Himmel gefallen. Wir haben in allen Gremien der Bundesanstalt für Arbeit eben nur überzeugen können mit unseren programmatischen Vorstellungen, haben deshalb einen Nachschlag bekommen in der Größenordnung von 13 Millionen DM, auch weil wir Komplementärmittel zur Verfügung gestellt haben. Deshalb ist es uns möglich, in diesem Jahr rund 60 Millionen DM allein für diesen Bereich zu mobilisieren.

(D)

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Diese überproportionale Inanspruchnahme von ABM-Mitteln in unserer Region müssen Sie einmal beachten und müssen Sie einmal in Relation setzen zu dem, was an anderen Orten passiert. Dann erkennen Sie auch die politische Leistung, die aus der Region kommt.

Es ist doch so, daß wir zum Beispiel mit AB-Maßnahmen zur Zeit rund 4,1 Prozent unserer Arbeitslosen beschäftigen. In der Gemeinde Hamburg gibt es eine Zahl, die deshalb so einprägsam ist, weil Sie dort nur die zwei Zahlen umdrehen müssen. Dort sind es 1,4 Prozent der Arbeitslosen, die in AB-Maßnahmen stehen. Daran können Sie sehen, daß man hier möglicherweise ein wenig ideenreicher an die Probleme herangeht, mit Sicherheit aber auch energischer in den Gremien der Bundesanstalt für Arbeit sich um die Lösung dieser Fragen bemüht. Herr Blüm hat uns das Geld nicht per Postanweisung geschickt.

(A) Selbstverständlich hat der Senat durch notwendige Hilfen — das ist unbestritten — an existenzbedrohte Unternehmen bestehende Arbeitsplätze im Rahmen seiner Möglichkeit zu sichern versucht, und zwar nicht nur bei Großunternehmen, nicht nur bei den Werften. Ich könnte Ihnen eine Menge von Beispielen nennen, aus dem Bereich auch der kleinen und mittleren Unternehmen, die genau die gleiche Hilfe bekommen haben, die wir den anderen haben angedeihen lassen.

(Abg. D i n n é [BGL]: Nennen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Es sind nur nicht so spektakuläre Fälle, und die sind hier nicht so diskutiert worden. Sie werden auch völlig zu Recht in anderen Gremien, zum Beispiel in den Bürgerschaftsausschüssen, diskutiert, weil man solche Dinge nicht auf dem Markt vorträgt, Herr Dinné!

(Beifall bei der SPD)

Dazu können Sie mich auch mit Ihrem Zwischenruf nicht zwingen und dazu bringen, Beispiele zu nennen!

(Abg. D i n n é [BGL]: Über Schmalfeldt haben wir doch dauernd hier diskutiert!)

Das ist allerdings auch das untauglichste Beispiel, das Sie hier bringen!

(B) (Abg. D i n n é [BGL]: Allerdings!)

Wir haben mit diesen Maßnahmen gegengesteuert, und wenn wir dieses Gegensteuern nicht unternommen hätten, sähe es möglicherweise noch viel, viel trauriger aus.

Die bisherige Wirtschaftspolitik des Senats hat sich aber selbstverständlich nicht auf diese wichtigen Maßnahmen beschränkt, wie Sie in Ihrem Antrag leichtfertig und nach meiner Einschätzung unverantwortlicher Weise unterstellen. Das ist die falsche Schlußfolgerung. Im Gegenteil, wir haben uns sehr darum bemüht, Dauerarbeitsplätze in anderen Branchen zu schaffen, und Daimler-Benz ist mit Sicherheit der spektakulärste Fall. Keiper-Recaro oder Weissheimer-Malz sind kleinere Ansiedlungen, aber das sind auch die Bemühungen um die Schaffung dauerhafter neuer Arbeitsplätze und im Grunde genommen damit die Widerlegung Ihrer Schlußfolgerung, da sei nichts passiert. Die Eingangsfeststellung Ihres Antrags ist deshalb nach meiner Einschätzung nachweisbar falsch.

Der Senat nimmt aber auch — und das sei zu der finanzpolitischen Dimension gesagt — für sich in Anspruch, als eine der ersten Landesregierungen hier in der Bundesrepublik gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion auf der Grundlage eines von ihm zu Beginn dieser Legislaturperiode entwickelten wirtschafts- und finanzpolitischen Ansatzes energisch die für notwendig erkannte finanzpolitische Umsteuerung eingeleitet zu haben.

Ich verkneife mir dabei, hier in diese Betrachtung zur Saldenmechanik mit den 70 Millionen DM einzutreten. Das ist ein Geschehen, das mit Sicherheit nicht mit der Überweisung eines Schecks in der Größenordnung von 70 Millionen DM durch Bonn bewältigt worden ist. Das sind im Grunde genommen Aktionen, die so nicht zu vereinfachen sind, wie sie hier von Ihnen vereinfacht dargestellt werden.

Wir haben mit der Unterstützung der SPD-Gremien bei unseren Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung seit 1980 stets den Aspekt der Arbeitsplatzwirkungen investiver Ausgaben berücksichtigt. Diese Bemühungen haben dann doch auch zum Beispiel ihren Ausdruck in dem als 68-Millionen-DM-Programm umschriebenen und apostrophierten Maßnahmenkatalog gefunden. Gerade dort sehen Sie die arbeitsmarktpolitischen Ansätze sehr stark betont.

Der Erfolg dieser aufeinander abgestimmten bremischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, das heißt auch der Begrenzung der konsumtiven Ausgaben im engeren Sinne bei gleichzeitiger Schonung und Stärkung der für Investitionen vorgesehenen Ausgaben, kann dabei ganz eindrucksvoll durch Zahlen belegt werden. Herr Wedemeier hat Ihnen einige dieser Zahlen vorgehalten, aber ich glaube, es ist nötig, sie noch einmal zu wiederholen, weil möglicherweise bei dem einen oder dem anderen nur das Uralte, seit vielen Jahrhunderten übliche Konzept der Wiederholung verfängt, daß man ständig wieder sagen muß, was dort passiert ist!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

Die sächlichen Verwaltungsausgaben konnten zum Beispiel vom Ist 1980 von rund 390 Millionen DM um rund 40 Millionen DM auf einen Anschlag von 350 Millionen DM im Jahr 1983 zurückgeführt werden, und das trotz steigender Preisentwicklung! Das müssen Sie doch auch einmal sehen! Das ist ein realer Rückgang, der nicht nur in der Relation zwischen den hier genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, sondern bei der Berücksichtigung der Preiskomponente wesentlich stärker ausfällt, als es so deutlich ist. Demgegenüber wird das Investitionsvolumen dieser laufenden Legislaturperiode mit rund 2,6 Milliarden DM auf dem Stand der vorherigen Legislaturperiode gehalten.

Das sind die Fakten der tatsächlichen Entwicklung, und dort stimmt der grundsätzliche Ansatz, den Sie in Ihrem Antrag hineinzubringen versucht haben, nicht. Es besteht absolut kein Anlaß, den Senat zu Umschichtungen im Haushalt zugunsten der Investitionen aufzufordern. Diese Umschichtung findet und fand statt. Man muß sagen, in vielen Fällen „leider“, denn das geht nicht ohne Schmerzen ab.

Wir haben bei konsumtiven Ausgaben die Situation, daß wir in vielen Fällen bereits mit dem Rücken an der Wand stehen, und wir haben auch die Situation, daß wir im Bereich der Personalkosten auch schon sehr oft nicht mehr wissen, wie wir es hinbiegen können. Dort sollten Sie uns dann wirklich kon-

(A) kret sagen, wo Sie überhaupt glauben, daß es noch Spielräume gibt.

Zu den von Ihnen im einzelnen geforderten Maßnahmen hat Ihnen Herr Wedemeier eindrucksvoll dargelegt, wie in den angesprochenen Bereichen bereits gearbeitet wird. Hier sind die erforderlichen Akzente gesetzt, angefangen beim Bereich des Wohnungsbaus bis hin zur Aufstockung der Mittel für den Bereich des Kanalbaustufenprogramms. Herr Ostendorff hat ja auch gesagt: Die fünf Punkte, das wird ja alles gemacht, nur eben, es könnte noch schneller gehen. Das war seine Schlußfolgerung.

Was die Schnelligkeit betrifft, sagt der Kollege Meyer zum Beispiel ganz eindrucksvoll zum Bau geschehen: Hier haben wir gerade die Landesbauordnung so geändert, daß wir ein großes Lob einstecken von der Architektenkammer, jetzt könne man aber wesentlich schneller bauen.

(Senator Meyer: Nur billiger! — Abg. Wedemeier [SPD]: Er erzählt am selben Tag genau das Gegenteil!)

Ganz wirkungsvoll! Herr Kollege Kudella erzählt hier etwas anderes. Er nimmt offensichtlich solche Entwicklungen gar nicht wahr!

(B) In diesem Zusammenhang muß allerdings auch, Herr Kudella, glaube ich, auf eines hingewiesen werden: Mit der Förderung von ausschließlich bauwirtschaftlichen Maßnahmen wird die zunächst geforderte strukturelle Änderung nicht erreicht. Das ist eine Beschränkung, die nicht ausreichen kann. Um Ergebnisse zu vermeiden, die ausschließlich Strohofercharakter haben, ist es wirklich erforderlich, Maßnahmen durchzuführen, die Nachfolgeeffekte haben, im Klartext, Maßnahmen, mit denen man dann auch private Unternehmen und Personen zu Nachfolgeinvestitionen anreizt und anreizen kann.

Das ist bei der Gewerbeflächenerschließung zum Beispiel der Fall. Herr Wedemeier hat darauf hingewiesen und deutlich gemacht, daß das in Ihrem Forderungskatalog ulkigerweise nicht aufgetaucht sei. Ich halte das entweder für eine falsche Einschätzung der Grundsituation oder aber für ein bewußtes Übersehen eines Bereiches, auf den wir unser Schwergewicht gelegt haben. Leider liegt es aber nicht im Rahmen bremischer Handlungsspielräume, das reale Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik zu steigern und damit einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu bewirken.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Unsere Bemühungen jedoch, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Voraussetzung für eine positivere Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, werden fortgesetzt, auch über diese Legislaturperiode hinaus. Substanzerhaltung, der Vorrang für arbeitsmarktwirksame Maßnahmen und die Weiterführung von strukturverbessernden Aktivitäten sind die Ak-

zente, die heute und morgen vom Senat und von der den Senat tragenden Fraktion gesetzt werden. (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL): Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal gemeldet, weil mir bei meinem Weggang von SPD-Bänken zugerufen wurde: Du rennst bei uns offene Türen ein, wir sind ja auch für Arbeitszeitverkürzung, nur Bonn hat schuld, wir können es nicht machen!

Meine Damen und Herren, Bremen hat den relativ größten öffentlichen Dienst eines Bundeslandes oder überhaupt einer städtischen Kommune. In diesem Ihrem öffentlichen Dienst könnten Sie doch einmal anfangen mit Halbtagsarbeitsplätzen, und dort könnten Sie doch anfangen mit dem sogenannten Job-Sharing oder wie immer das genannt werden soll. Statt dessen führen Sie Prozesse gegen die Leute, die das wollen. Das ist die Realität. Fangen Sie einmal bei sich selbst an!

(Unruhe)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/1089 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, BGL und GUL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Eingeständnis der Erfolglosigkeit der Senatspolitik zur Verwaltung der Gleichstellung der Frau**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1091)

D a z u

#### **Anderungsantrag der Fraktion der FDP vom 5. Mai 1983**

(Drucksache 10/1110)

#### **Drucksache 10/1091**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Angesichts der Tatsache, daß der Senat seiner gesetzlichen Pflicht, der Bürgerschaft jährlich einen Bericht über das Ergebnis der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau — § 2 Ab-

(A) satz 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 1980 (Gesetzblatt S. 399) — vorzulegen, nicht nachgekommen ist, geht die Bürgerschaft davon aus, daß nunmehr auch der Senat von der Erfolglosigkeit dieser bürokratischen Form von Gleichstellungspolitik überzeugt ist. Darin ist die Bürgerschaft mit dem Senat einig. Sie fordert daher den Senat auf, die notwendigen Schritte zur baldigen Auflösung des bürokratischen Apparats der Zentralstelle einzuleiten, und bekundet ihre Bereitschaft, gemeinsam mit dem Senat neue, und zwar effektive Formen einer Politik zur Förderung der Interessen der Frauen, insbesondere zur Verwirklichung des Anspruchs auf Gleichberechtigung.

Josette Delphine Brox und Gruppe der BGL

#### Drucksache 10/1110

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Sätze 1 und 2 werden gestrichen.

Es wird ein 4. Satz angefügt mit folgendem Wortlaut:

„Die Bürgerschaft teilt insbesondere die Auffassung der Zentralstelle, „daß es nach wie vor notwendig ist, ein Anti-Diskriminierungsgesetz zu schaffen, mit dessen Hilfe die unmittelbare wie mittelbare Diskriminierung von Frauen künftig wirksam verhindert werden kann.“

v. Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Brox.

Abg. Josette Delphine Brox (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dank unseres Antrags haben wir jetzt plötzlich gestern den Bericht auf den Tisch bekommen. Es ist viel Papier, und ich muß gestehen, daß es mir im Laufe der Sitzung nicht möglich war, es durchzulesen. Ich kann nur in Kürze feststellen, was auch eine Zeitung gemeldet hat, das hat eine Dame geschrieben mit dem Titel „Vorurteil gegen Frauen bei Frauen — Bericht der Gleichberechtigungsstelle —, öffentlicher Dienst im Visier“.

(Abg. Klein [CDU]: Der kommt aber auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, dafür werden wir sorgen! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wir haben einen Tagesordnungspunkt aufgerufen, und jetzt spricht Frau Brox dazu! Bitte sehr!

Abg. Josette Delphine Brox (BGL): Ich kann trotzdem, Herr Klein, auch sagen, wir hatten angeboten angesichts dieser Tatsache, daß dieser Bericht gekommen war, daß wir das vielleicht zusammen beim nächsten Mal beraten könnten, aber es ist abgelehnt worden, so zu verfahren.

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Das kann ich mir gar nicht vorstellen!)

In dieser Zeitung steht auch, ich mußte mich orientieren, was überhaupt darin war: „Die Formulierung drückt einen Tatbestand aus, der die Gründung der Dienststelle in den Augen der Opposition anfänglich als unwirksam und deshalb überflüssig erscheinen ließ. Sie verfügt über keinerlei Sanktionsmöglichkeiten.“

Ich will mich heute nicht ewig darüber auslassen. Wir haben nur festgestellt, das das, was wir damals

(C) befürchtet hatten, voll eingetroffen ist. Wir hatten damals gesagt, wir sind alle der Meinung, daß in dieser Gesellschaft auch die Frau im Beruf nicht mit dem Mann gleichgestellt ist. Aber das ist eine Binsenwahrheit, meine Damen und Herren, dazu brauchen wir nicht eine B-3-Stelle zu organisieren, um das festzustellen. Jede Frau in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt weiß das. Dafür brauchten wir nicht eine sozialdemokratische Bürokratie zu Diensten von Parteipolitik der Sozialdemokratie auf überparteilichen Kosten der Bremer. Ob Sozialdemokraten oder nicht, da bezahlen die Bremer eine Alibi-Stelle mit einem B-3-Gehalt! Das finde ich auch einen gewissen Skandal für alle Frauen, einen anscheinend sicherlich sehr solide und seriös geschriebenen Bericht über Selbstverständlichkeiten zu liefern.

Meine Damen und Herren, in der Universität, in den Frauengruppen, wo ich mich im Laufe meines Lebens schon aktiviert habe, haben wir solch einen Bericht schon lange geschrieben. Die Fälle kennen wir, dafür brauchen wir nicht extra eine Stelle zu haben. Ich hatte damals vor zwei Jahren den ausgezeichneten Bericht der Universität Bremen gezeigt, den wir haben, in dem die Problematik auch erwähnt war. Natürlich, wenn die Sozialdemokraten daran interessiert gewesen wären, daß für uns Frauen in der Ungleichbehandlung sich etwas ändert, dann hätten sie eine Stelle geschaffen mit Befugnissen und mit Möglichkeiten zu prozessieren, um wirklich die Fälle, die skandalös sind, zu beseitigen.

(D) Glauben Sie mir und uns, daß wir kämpfen, wo wir sind, gegen diese Ungleichbehandlung! Nun, die Sozialdemokraten reiten auf dieser Frauenbewegung und klatschen uns eine Stelle ohne Macht an. Wir hatten eine Kollegin, Frau Kerstein, die eine Politikerin war. Man hat sie aus diesem Parlament genommen, ihr politischer Einfluß ist ihr weggenommen. Sie hatte gehofft, befreit zu sein von diesem Fraktionszwang. Was merken wir, meine Damen und Herren? Daß es sich um eine B-Stelle mit Fortsetzung des Fraktionszwangs handelt! Wir haben das gesehen. Ein Problem mit dem Senat!

Dieser Bericht lag vor, ich weiß es nicht, vielleicht hat der Senat gesagt, es ist doch peinlich oder zu dünn oder sonst etwas, oder vielleicht ärgert uns die Problematik mit dem öffentlichen Dienst, oder was der Senat gesagt haben mag, das weiß ich nicht, vielleicht kann er es uns sagen. Aber, meine Damen und Herren, die Beziehung, die die ehemalige Kollegin haben soll, reicht gar nicht aus, um bei den eigenen Genossen in irgendeiner Weise etwas zu bewirken, warum also so eine Stelle?

Unser Vorschlag einer überparteilichen Kommission hätte dazu besser gedient und hätte dasselbe bewirkt. Nein, von dem Moment an, als Frau Kerstein es wagte, diesen Sozialdemokratengenossen etwas entgegenzusetzen, war sie ineffektiv! Der Bericht wurde festgehalten. Sie sehen, eine Politikerin ist uns abgegangen und reduziert damit die Zahl der Frauen im Parlament. Ist es ein Trost für eine Frau, im Namen aller aufgebrauchten Frauen da zu sitzen

(A) und ihre Unwirksamkeit permanent zu registrieren? Auch eine B-3-Stelle ist kein Ersatz für dieses Gefühl der Hilflosigkeit. War das nicht möglich, wenn die SPD wirklich diese Stelle zu Diensten und zu Nutzen der Bremerinnen haben wollte, hätte die SPD schon am Anfang eine gesetzliche Möglichkeit gegeben. Es ging aber nicht darum, es ging lediglich um einen Alibiposten!

Was haben die Frauen, die betroffen sind, davon, daß eine Apparatur, eine sozialdemokratische Apparatur geschaffen ist? Was haben die Frauen? Ist es ein Trost, daß wir eine Jammerstelle haben, wo wir jammern können? Ist es ein Trost? Ist es eine Hilfe? Reden Sie nicht mit den Frauen? Es ist manchmal peinlich, zur Kenntnis zu nehmen, wenn Frau Kerstein sagt, wir haben 300 Telefongespräche geführt. Ist es nicht peinlich? Wie viele Bremerinnen sind von dieser ungleichen Behandlung betroffen? Wie viele Bremerinnen? Nun, sie können jammern, wir haben eine Jammerstelle.

Diese Jammerstelle macht einen Forschungsbericht aus unserer Jammerei. Ich bin ganz sicher, daß er seriös geschrieben ist. Aber was haben wir davon? Nur Papier, um zu rechtfertigen, daß man eine Stelle eingerichtet hat! Aber gleichzeitig hört man bei der SPD, wenn man wirklich die Politik der Frauen in der SPD betrachtet — und es tut mir weh, das zu hören —, aus den Reihen der SPD-Frauen permanent das Wort „Heimchen am Herde“. Ist es nicht skandalös, daß diese Frauen, die diese Stelle unterstützt haben, immer noch diskriminieren, auch trotz dieser Alibistelle? Es wird wieder von den SPD-Frauen die Welt in zwei Teile geteilt, die Frauen im Beruf und die Frauen zu Hause. Diese Frauen zu Hause werden als Heimchen am Herd bezeichnet. Jeder weiß, welche Diskriminierung dabei gemeint ist.

Wissen Sie, ich glaube, wenn wir uns gesellschaftlich emanzipieren wollen, wir als Frauen sind eigentlich emanzipiert, können wir doch nicht Emanzipation und Gleichstellung vergleichen, obwohl ich nicht gleichgestellt bin, fühle ich mich emanzipiert. Mir tun die Männer mit ihrem Machtgehabe leid, sie sind noch nicht so weit wie wir Frauen,

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Soweit kommen wir auch nicht!)

aber wir können mit diesen armseligen Würstchen, die nur von Macht besessen sind, umgehen.

(Heiterkeit)

Aus unserer Unterdrückung, aus der Tatsache, daß wir nicht Träger dieser Kapitalverwertung waren, haben wir unsere Lebensfähigkeit, unsere Lebenslust bewahrt. Ich hätte gehofft, daß die Frauen in der SPD, schauend auf die Zukunft, auf eine Gesellschaft mit weniger Arbeit, auf eine Gesellschaft mit mehr Freizeit, sich auf ihre eigene Macht be-

sinnen, die man ihnen nicht nehmen kann, die Macht, verstanden als Lust zu leben.

(Abg. Marlis Stuchlik [SPD]: Ja, wir haben Lust zu leben!)

Wenn die Frauen in der SPD, schauend auf diese Gesellschaft, in der die Karriere nicht mehr eine solche Rolle spielt, nein, meine Damen und Herren, die Frauen in der SPD haben nichts anderes vor, neidisch! Ich kann es verstehen aus ihrer Parteistruktur, neidisch auf die Karriere ihrer Männer, daß Sie diesen Anspruch stellen, die Karriere ihrer Männer auch zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Diné [BGL])

Wir stellen diese Karriereabsichten in Frage.

(Abg. Gassdorf [CDU]: CDU-Frauen kennen keinen Neid!)

Wir haben ja gesehen, wie es mit der SPD ist. Damals hatte ich eine Presserklärung gemacht: Warum ist Frau Leinemann nicht genauso senatorabel wie Herr Fröhlich? Ich stelle heute die Frage, warum ist Frau Tuzek nicht so senatorabel wie Herr Beckmeyer?

(Heiterkeit)

Aber diese Frage, wenn es um die Wurst, um die Macht geht, meine Damen und Herren, bleibt bestehen. Die Frauen in der SPD haben weiterhin überhaupt nur wenig Rechte. Die SPD-Männer sagen, ihr habt eure Stelle.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Herr Beckmeyer hat zu Hause auch nichts zu sagen, wie wir!)

Ihr habt eure B-3-Stelle! Jammert doch bei der Ursell! So ist es, meine Damen und Herren. Die Frauen in der SPD fallen auf diese Falle herein, und wir rufen sie trotzdem auf, schafft diese Stelle ab, und macht mit uns allen Frauen, ob wir in der Partei sind oder nicht, eine überparteiliche Stelle, die nicht abhängt von den Gefühlen unseres Frauenkommissars oder von den Ängsten des Herrn Koschnick oder der anderen Senatoren, die entweder Angst haben, daß die Frauen sich blamieren oder nicht in die politische Landschaft passen! Wir können es nicht akzeptieren, daß in diesem neuen Zivilisationszustand die Frauen in der SPD immer noch bei August Bebel bleiben. Wir brauchen neue Gedanken, und wir Frauen haben diese Macht und diese Möglichkeiten, weil wir nicht in der Apparatur der Männer sind. Darüber freuen wir uns.

Unser Antrag hat sich natürlich auch aus der Tatsache heraus, daß uns dieser Bericht auf den Tisch gelegt worden ist, irgendwie verändert. Wir würden bitten, ich stelle diesen Antrag, daß wir darüber nicht abstimmen und daß wir bei der nächsten Bürgerschaftssitzung gemeinsam mit der Diskussion über diesen Frauenbericht ihn in einer veränderten Form verbinden.

(C)

(D)

(A) Zum Schluß darf ich noch, da ich davon überzeugt bin, daß die Männer sich emanzipieren müssen mit Hilfe von uns Frauen, unserem Frauenkommissar ein Buch von Dr. Bodamer übereichen, das heißt „Der Mann von heute“. Ich meine, wir müssen einfach subversiv jeden von unseren Kollegen und Mitarbeitern überzeugen, und mit einer B-3-Stelle schaffen wir es sicherlich nicht!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal die Leiterin der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Frau Kerstein, recht herzlich in unserem Kreis begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Brox, Sie haben einen Antrag auf Vertagung gestellt. Ist das richtig?

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Ja, verbinden mit dem Bericht!)

Das heißt, ich werde diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt sofort zur Beratung stellen.

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Dann wäre es eine Unterbrechung, das heißt, daß man die Beratungen fortsetzen will bis zur Beschlußfassung und die Beschlußfassung dann aussetzt, ist das richtig?

(B)

(Abg. Adamietz [BGL]: So ist es!)

Das ist der Wunsch!

Meine Damen und Herren, ist die Geschäftsordnungslage klar? Das wäre ein Antrag auf Aussetzung des Beschlusses, aber auf Fortsetzung der Beratung. Ist das so?

(Zurufe: Nein!)

Entschuldigung! Das ist der Wunsch! Es soll das nächste Mal mit dem Bericht praktisch die Beratung und Beschlußfassung verbunden werden.

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Ja!)

Wer dafür ist, daß wir jetzt die Beratung fortsetzen, aber die Beschlußfassung über den Antrag aussetzen —

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor hier jetzt eine Abstimmung erfolgt, möchte ich doch noch eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen. Wenn man dem Anliegen von Frau Kollegin Brox folgt, muß man dabei aber berücksichtigen, daß es sachdienlich ist, Beratung und Würdigung des Berichts miteinander zu verbinden. Das bedeutet, daß man jetzt sofort unterbricht und dann die Beratung fortsetzt in der nächsten Sitzung in Kenntnis des Inhalts des Berichts.

(C) Dann kann Stellung genommen werden zu dem Antrag von Frau Brox, zu ihren Ausführungen heute und zum Bericht, und am Schluß kann dann auch abgestimmt werden über den heute eingebrachten Antrag oder über andere Initiativen, die dann noch möglich sind. Aber jetzt zu beraten, ohne Kenntnis des Berichts, der ja einschlägig ist, also zur Sache unmittelbar gehört, und dann die Beratung wieder zu eröffnen in Kenntnis des Berichts in der nächsten Sitzung, das erscheint uns nicht sachdienlich. Wenn also so abgestimmt werden soll, wie es gerade der Herr Präsident vorgeschlagen hat, müßten wir ablehnen!

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL): Zur Geschäftsordnung! Wir ziehen diesen Geschäftsordnungsantrag von Frau Brox zurück. Das hat uns beeindruckt, Herr Klein!

**Präsident Dr. Klink:** Dann wird also weiterdiskutiert, weil kein Antrag vorliegt, oder war das von Ihnen ein Antrag, Herr Klein? — Gut!

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg Förster (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hilft alles nichts, ich habe den Bericht nicht bekommen und kann infolgedessen nicht auf die Inhalte eingehen. Das müssen Sie verstehen, damit muß ich mich erst auseinandersetzen!

(D)

Im Oktober 1980 haben wir begonnen, über die Gleichstellungsstelle zu sprechen. Ende des Jahres 1980 wurde in zweiter Lesung diese Stelle beschlossen. Im Jahr 1981 sind wahrscheinlich noch irgendwelche Präliminarien fällig gewesen.

(Abg. Diné [BGL]: Die Besetzung!)

Für 1982 ist dann die Stelle voll ausgefüllt, und man hat dort mit der Arbeit begonnen. Für 1982 erwarten wir natürlich einen Bericht. Dieser Bericht hat sich reichlich verzögert, und ich muß sagen, der Antrag von Frau Brox ist insofern völlig berechtigt.

Im Senat wollte man die Beratung zum Jahresbericht offensichtlich hinausschieben, weil Senatsstellen sich im Widerspruch zu Postulaten der Zentralstelle befanden oder befinden. Um diese Widersprüche geht es hier nicht, darüber wäre im Juni zu befinden und zu beraten. Es geht darum, daß entgegen den Aussagen von Herrn Dr. Czichon der Senat die Frauenstelle auf Kurs bringen will und mit Sicherheit auch Zensur ausübt.

(Zuruf: Was?)

Wenn tatsächlich Teile der Sachdarstellungen im Bericht falsch sind und man die Gleichstellungsstelle vor peinlichen Widersprüchlichkeiten in der Öffentlichkeit bewahren will — so haben wir es in der Presse gelesen, und so zitiere ich das einmal hier mit Genehmigung von Ihnen, Herr Präsident —, so

(A) ist es nicht Sache des Senats, daraufhin den Bericht zurückzuhalten.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig!)

Wie wir meinen, muß sich die Zentralstelle mit einem ungeschönten Bericht einer Debatte in der Bürgerschaft stellen.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Ja, lieber Herr Wedemeier, Sie lachen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein, nicht deshalb!)

Als wenn ich es geahnt hätte! Beim ersten Mal, als wir hier debattierten, wie Cassandra, die ich nicht bin, aber Sie wissen ja, Cassandra hatte immer recht mit ihren Vorstellungen und schrecklichen Prophezeiungen, forderte ich schon für die CDU-Fraktion durch das von uns vorgeschlagene Referat, nicht das Gesetz, wir wollten ein Referat, jährlich informiert zu werden, und zwar nicht geschönt, auch nicht nach Absegnung und Änderung durch den Senat. Gerade letzteres scheint nun eingetroffen zu sein.

Es verfestigt sich bei uns der Eindruck, daß der Senat von der Erfolglosigkeit der Gleichstellungsstelle überzeugt ist, und wir teilen diese Meinung.

(Beifall bei der CDU)

(B) Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, daß die Verabschiedung des Gesetzes ein Fehler war. Die SPD hätte es sich nicht so einfach machen sollen, indem sie Anregungen, Anträge und Vorschläge der CDU kurzerhand vom Tisch wischte. Die CDU-Fraktion war ursprünglich der Meinung, eine Stelle beziehungsweise ein Referat für die Gleichberechtigung der Frau sei ein Weg in die richtige Richtung. Damit unterschieden wir uns von der FDP und von der Bremer Grünen Liste. Wir haben zunächst ja Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, zugestimmt in der Intention.

(Abg. Dinné [BGL]: Das ist ja der Kardinalfehler der CDU!)

Hören Sie bitte zu, Herr Dinné, das tue ich bei Ihnen auch immer!

(Abg. Dinné [BGL]: Ich höre angestrengt zu!)

Als wir jedoch merkten, daß bereits alles SPD-parteiintern zementiert und abgeseignet war, die Leiterin stand fest, natürlich ohne vorherige Ausschreibung, ein nichtständiger Ausschuß wurde nicht einmal erwogen, sondern stur abgelehnt, mußte die CDU-Fraktion ihre positive Meinung revidieren und nein zu dem kurzatmigen Gesetzeswerk sagen.

Eigenartigerweise — das muß ich noch einmal betonen — hielten sich die Mitglieder des Senats aus den Debatten heraus. Ich kann das heute gut verstehen. Si tacuisses hat sich einmal wieder als rich-

tig erwiesen, jedoch konnte sich Herr Dr. Czichon nicht als Philosoph bedeckt halten, da er als verantwortlicher Senator im Februar 1981 das Gesetzeswerk durch seine positiven Auslassungen krönte. Unverständlich erscheint uns — damit muß ich jetzt etwas zu der Stelle sagen, und das hat nichts mit der Frau Kerstein zu tun — der außergewöhnlich unfreundliche offene Brief einer Mitarbeiterin der Gleichstellungsstelle.

Den Tenor dieses Briefes, in dem unter anderem unterstellt wird, die Grünen läsen keine Tageszeitungen, und jedermann könne sowieso alles die Gleichstellungsstelle Betreffende den Zeitungen entnehmen, finde ich, mit Verlaub gesagt, schnoddrig.

(Beifall bei CDU und BGL)

Die CDU-Fraktion hätte dem Antrag, wenn er sich hier gestellt hätte, zugestimmt.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Er stellt sich! — Abg. Klein [CDU]: Er steht noch!)

Er steht noch, na gut, dann stimmen wir zu! Wir hätten ihn sicher in der Form anders gefaßt, halten ihn in der Sache jedoch für richtig.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal als Finanzdeputierte sprechen! Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen! Wir tragen Verantwortung gegenüber den Bremer Steuerzahlern. In der immer verzweifelter werdenden finanziellen Lage unseres Stadtstaates können wir uns jetzt weniger denn je leisten, ein umstrittenes Projekt weiter zu finanzieren. Das gleiche gilt im übrigen für das Anti-Diskriminierungsgesetz, das uns die FDP jetzt auf kaltem Wege wieder unterjubeln möchte.

(Abg. Jäger [FDP]: Weder kalt noch unterjubeln! — Abg. Wedemeier [SPD]: Warm unterjubeln ist noch schlimmer!)

Gut, wir haben alle Ihre Auslassungen heute im Laufe des Tages auf den Tisch bekommen, und die konnten wir in der Eile auch lesen. Hier soll noch ein zusätzliches Gesetz mit der dazu unvermeidlichen Bürokratie geschaffen werden.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Liberal!)

Die CDU auf Bundes- wie auf Landesebene lehnt das Anti-Diskriminierungsgesetz ab und verweist auf die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten,

(Abg. Klein [CDU]: Über das Grundgesetz!)

die, wenn sie ausgeschöpft werden oder würden, den Frauen besser helfen. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

(Abg. Klein [CDU]: Warum sprechen Sie denn als Mann dazu?)

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Warum sprechen Sie als Mann dazu, fragt Herr Klein. Herr Klein, ich habe in dieser Hinsicht keine Probleme.

(Beifall und Heiterkeit — Abg. Klein [CDU]: Das wollte ich auch nicht andeuten!)

Vielleicht liegt es an meinem Alter, vielleicht liegt es auch an dem Tatbestand, daß ich noch glücklich verheiratet bin,

(Heiterkeit — Abg. Klein [CDU]: Ich habe eine politische Bemerkung gemacht!)

vielleicht kann die Frage der Emanzipation des Mannes und der Frau sich manchmal auch auf diesen Tatbestand reduzieren.

Jetzt aber im Ernst, meine Damen und Herren! Wir haben festzustellen, daß der erste Teil des Antrags der BGL erledigt ist, weil der Senat nun doch den Bericht vorgelegt hat

(Abg. Diné [BGL]: Das wissen wir doch nicht!)

(B) und damit der Schluß, den Sie daraus ziehen, er wolle sich mit dieser Stelle nicht mehr identifizieren, nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Daher bitten wir in unserem Änderungsantrag, diesen Antrag zu verändern und den ersten Teil dieses Antrags zu streichen, und bleiben bei der Feststellung der BGL, daß der Senat aufgefordert wird, die notwendigen Schritte zur baldigen Auflösung des bürokratischen Apparats der Zentralstelle einzuleiten. Auch wir bekunden unsere Bereitschaft, gemeinsam mit dem Senat neue, und zwar effektive Formen einer Politik zur Förderung der Interessen der Frauen, insbesondere zur Verwirklichung des Anspruchs auf Gleichberechtigung durchzusetzen.

(Beifall bei der BGL)

Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag dann ergänzt mit dem wörtlichen Zitat aus dem Bericht der Gleichberechtigungsstelle, wo es nämlich heißt, daß es nach wie vor notwendig ist, ein Anti-Diskriminierungsgesetz zu schaffen, mit dessen Hilfe die unmittelbare wie mittelbare Diskriminierung von Frauen künftig wirksam verhindert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir stützen uns bei diesem Änderungsantrag auch auf weitere Feststellungen in dem Bericht der Zentralstelle. In diesem Bericht heißt es an anderer Stelle, daß die Zentralstelle bedauert, daß sie keine Möglichkeit hat, eindeutige Benachteiligungsfälle

mit Sanktionen zu belegen, und daß es Probleme gibt in der Durchsetzung bei nachgewiesenen Verstößen bei der Stellenausschreibung. Es ist hier davon gesprochen worden, Frau Förster, daß ein solcher Antrag, die Einführung eines Diskriminierungsgesetzes, Bürokratie mit sich bringen würde, und Herr Borttscheller meinte, dies als eine besondere liberale Note bezeichnen zu müssen, wenn wir ein solches Gesetz fordern. (C)

Es ist in der Tat so, denn wir sind der Auffassung, Herr Borttscheller, daß natürlich nicht Gesetzesgläubigkeit das Problem, das offenkundig ist, verändern kann, daß auch ein Gesetz unter Umständen Alibifunktion haben kann insbesondere in diesem Bereich. Wir sind aber andererseits der festen Überzeugung, daß die Probleme, die auch in dem Bericht und in anderen Berichten und in all den Bereichen, in denen Sie sich umhören können, bestehen, nur dadurch erledigt werden können, daß erstens das Bewußtsein in der Bevölkerung, das Bewußtsein unter uns Männern, aber meine Damen, auch das Bewußtsein unter den Frauen geändert werden muß, damit dieser unsagbar verfassungswidrige Zustand der nachweislichen Schlechterstellung im öffentlichen Leben beendet werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist eine ganz nüchterne Feststellung in beiden Bereichen. Bei Mann und Frau gibt es erhebliche Vorbehalte, gibt es nach meinem Dafürhalten einfach einen Bewußtseinsmangel, und dieses Bewußtsein muß in erster Linie geändert werden — (D)

(Abg. Dr. Zollmann [CDU]: Aber doch nicht durch ein Gesetz!)

wir kommen auf das Gesetz zurück —, und zwar trägt dazu, das ist unsere Überzeugung nach Beobachtung der einjährigen Tätigkeit dieser Stelle, diese Stelle selbstverständlich bei.

Wer den Bericht in den Händen gehabt hat, Frau Brox, ich habe ihn hier im Original, der wird feststellen an dem Inhaltsverzeichnis, das ist schreibmaschinengeschrieben, das kann man sehr schnell lesen,

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Woher haben Sie denn den Bericht? Wir haben den nämlich nicht!)

daß Themen angeschnitten worden sind, mit denen sich die Gleichstellungsstelle befaßt hat und auch Vorhaben geplant worden sind, die sehr wohl geeignet sind, das Bewußtsein in der Bevölkerung, unter uns Männern und Frauen, zu verändern, wenn diese Dinge hier auch einmal zu Papier gebracht werden.

Aber, meine Damen und Herren, trotzdem fragen wir, bedarf es zum Aufzeigen eines von, glaube ich, allen aufgeklärten Menschen erkannten Defizits dieser Gesellschaft einer eigenen Stelle? Bedarf es dazu eines Behördenapparats? Bedarf es dafür einer sol-

(A) chen Stelle, oder muß das Problem nicht anders angegangen werden, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP)

Wir können dem Bewußtsein, wir alle können dem Bewußtsein, das hier mangelhaft ist, nachhelfen und uns daran beteiligen. Wir können das in unseren Organisationen, wir können das in den Parteien. Der öffentliche Dienst kann es vorbildlich im Bereich seiner Stellenbesetzung. Wir können es im Bereich des Ausbildungssektors auch im öffentlichen Dienst regeln. Wir können doch erreichen, daß die Senatsdirektoren, Abteilungsleiter und wer immer dieses Bewußtsein als Qualifikationsmerkmal mit in ihre Stelle bringen und dann danach handeln, falls sie einen solchen Bewußtseinsstand erreicht haben.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Aber nur falls!)

Dazu brauchen wir doch nicht nun noch eine Oberbewußtseinsstelle, die mit Steuermitteln ausgestattet ist.

Dies, meine Damen und Herren, ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß wir von der Gleichstellungsstelle in dieser Form nichts gehalten haben und auch heute nichts halten, insbesondere deswegen nicht, das ist der Grund für unseren Änderungsantrag, das wird auch von der Gleichstellungsstelle erkannt, weil wir feststellen müssen mit der Leiterin der Gleichstellungsstelle, daß eine gesetzliche Grundlage, ein Anti-Diskriminierungsgesetz fehlt. Wenn Sie sich an dem Wort stoßen, ich finde es auch nicht so schön, weil es eine Vokabel verwendet, die man mit dieser Negativmarke so gar nicht verwenden sollte. Aber wir meinen das gleiche, Frau Kerstein!

(B)

Wenn eine solche gesetzliche Grundlage geschaffen wäre, an die das gesamte Handeln der Verwaltung, an die auch in gewisser Hinsicht unter Berücksichtigung des Sozialstaatllichkeitsprinzips die privaten Arbeitgeber gebunden wären, dann wäre es möglich, von immer welcher Stelle, auch von den Frauen selbst, darauf zu achten, daß man sich an das Gleichheitsgebot hält. Aber, dies ist nicht vorhanden, deswegen arbeitet die Stelle ohne Netz und ohne Boden, kann sich nur darin verstehen, eine Oberbewußtseinsarbeit zu leisten, die dann auch sicherlich beim nächsten Mal, wenn darüber diskutiert wird, noch in einzelnen Punkten kritisiert wird, und mehr ist nicht.

Daher sind wir nach wie vor davon überzeugt, daß die Konzeption dieser Stelle, so wie sie hier angelegt worden ist, so wie sie sich darstellt, nichts taugt, um das von uns genauso gesehene Problem des Mangels in der Gesellschaft abzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch, Frau Förster, zu diesem Problem etwas sagen,

warum wir hier keine andere Lösung sehen als ein Anti-Diskriminierungsgesetz. Wenn ich davon ausgehe, und das wird sicherlich unstrittig sein, daß in den Bereichen des öffentlichen Lebens unstrittig ein Gleichheitsdefizit der Frau gegenüber dem Mann besteht, wenn wir nach den Möglichkeiten fragen, die wir haben, um dies abzustellen, dann bleibt neben der Bewußtseinsmachung dieses Problems nichts, womit man etwas durchsetzen kann, was man als richtig erkannt hat.

Da wird von verschiedener Seite, insbesondere von einigen Frauen, vorgeschlagen, eine gesetzliche Quotenregelung einzuführen

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wie bei Hochzeiten, immer Hälfte/Hälfte! — Abg. Marianne Hänecke [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

— eine Sekunde, wenn ich den Satz zu Ende ausführen darf! —, und dies wird als wirksames Instrument des Abbaus des Defizits bezeichnet. Ich unterbreche jetzt und möchte dann meinen Gedanken fortsetzen.

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Frau Hänecke!

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr von Schönfeldt, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß das, was das Grundgesetz nicht schafft, ein Anti-Diskriminierungsgesetz schon überhaupt nicht schafft?

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Dann brauchen wir gar keine Gesetze mehr! — Abg. Klein [CDU]: Sie brauchen das nur anzunehmen!)

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Sehr geehrte Frau Hänecke, das Grundgesetz, wenn ich das einmal eben sagen darf, das Grundgesetz, und Sie beziehen sich dabei wahrscheinlich auf den Artikel 3 Absatz 2 und 3, aus der Gleichheit im Recht, Frau Hänecke, resultiert keinesfalls automatisch die Gleichheit im Tatsächlichen. Das heißt, zwischen Mann und Frau besteht immer noch ein tatsächlicher Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall — Abg. Klein [CDU]: Das weiß der Verfasser aber auch! — Abg. Stelljes [SPD]: Das kann man nicht wegdiskutieren! — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt! Er hat gerade eine ganz fundamentale Erkenntnis von sich gegeben.

(Heiterkeit und Beifall)

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Da habe ich manchmal Zweifel, daß das unbestritten ist! Es besteht in diesen beiden Bereichen ein tatsächlicher Unterschied.

(C)

(D)

(A) Es ist unstrittig, daß durch den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 nicht eine solche Ungleichheit gleichgemacht werden kann, sondern es besteht nur die Möglichkeit, eine Gleichheit im Recht herbeizuführen. Wenn wir dabei uns einigen könnten.

(Zurufe — Abg. Klein [CDU]: Das haben wir nie verlangt!)

Nein! Herr Klein, nun steht dieser Artikel 3 aber nicht allein im Grundgesetz, sondern der Artikel 3 des Grundgesetzes ist eingebunden in Begriffe wie Rechtsstaatsprinzip, Übermaßverbot, Verfahrensgleichheit, Qualifikationsgleichheit, gerade bei Arbeitsverhältnissen. Sie können niemals mit dem Artikel 3 zum Beispiel eine Ungleichheit bei der Qualifikation ausgleichen, indem Sie sagen: Hier sind zwei Personen gleichen Geschlechts, Artikel 3, Sie wollen sie gleich im Recht behandeln. Es wird mir jeder recht geben, der sagt, aber wenn es um Qualifikationsmerkmale geht, müssen wir einen ungleichen Maßstab ansetzen, weil, das wollen Sie auch, der Qualifikationsmaßstab zum Beispiel bei der Besetzung von Stellen Vorrang hat in dem Bereich.

So können Sie viele Bereiche feststellen, bei denen Sie einfach mit Artikel 3 nicht zum Zuge kommen. Deswegen ist es wichtig, ein Gesetz zu schaffen, das, deswegen das Wort Anti-Diskriminierungsgesetz, verhindert, daß jemand jetzt trotz gleicher Tatsache, nämlich gleiche Qualifikation, aus der Tatsache heraus, daß es sich um eine Frau handelt, etwas weniger beziehungsweise gar nichts zu geben bereit ist, das heißt, die Bewerbung ablehnt. Dies kann der Gesetzgeber verhindern.

(B)

Aber noch einmal wiederholt! Mit dem Grundgesetz-Artikel 3 erreichen Sie nicht, daß die Verwaltung daran gebunden ist, diese Maßstäbe, die ich hier nur beispielhaft aufzählen kann, auch tatsächlich anzuwenden. Die Verwaltung muß angehalten werden, und dies gilt womöglich auch für andere Bereiche, hier diesem Gedanken Rechnung zu tragen, daß tatsächliche Gleichheiten auch gleich behandelt werden.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Meine Zeit läuft ab, und ich habe — —. Aber, Herr Klein, bitte! Eine Frage!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Eine Frage auch zu meinem eigenen Verständnis! Herr Kollege, es kann doch nur eine Diskriminierung festzustellen sein, wenn eine qualifiziertere Frau, qualifizierter als ein männlicher Bewerber, zu Gunsten des weniger qualifizierten männlichen Bewerbers zurückgestellt wird.

(Abg. Gisela Hüller [FDP]: Wieso denn das?)

(C) Es kann aber niemals eine Diskriminierung sein, wenn der besser qualifizierte Mann — so etwas soll ja vorkommen — bei einer Ausschreibung

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das wäre auch Diskriminierung!)

gegenüber der schlechter qualifizierten Frau den Vorrang erhält. Das ist doch nicht Diskriminierung! Das kann man doch auch durch ein Gesetz nicht verhindern?

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Klein, Sie haben die Antwort selbst gegeben! Ich brauche darauf nicht mehr einzugehen.

Meine Damen und Herren, die zweite Möglichkeit, wenn Sie das bitte nachvollziehen wollen! Ich habe nur die Wahl zwischen einer gesetzlichen Quotenregelung oder einem Gesetz, an das die Verwaltung gehalten ist.

Wir haben hier Ihnen aufzuzeigen ganz kurz unsere grundsätzlichen Positionen: Die Quotenregelung würde bedeuten, daß Sie im Rahmen der staatlichen Betätigung in diesem Bereich einen Staatsdirigismus durchführen würden, daß Sie hier etwas verordnen würden, in einem wichtigen Bereich der Arbeitsverhältnisse und ihrer Ausgestaltung. Ich glaube, keiner im Haus will in die Ausgestaltung, in den wichtigen Bereich der Arbeitsverhältnisse und ihrer Ausgestaltung, mit so einer gesetzlichen Quotenregelung staatsdirigistisch eingreifen.

(D) Eine Ausnahme ist im Bereich der Ausbildungsverhältnisse denkbar. Da ist für mich der einzig denkbare Fall, daß man im Bereich der Ausbildungsverhältnisse, Frau Kerstein, dann, wenn die tatsächliche Benachteiligung der Frauen so schwerwiegend sein sollte, daß ihnen der Zugang zu bestimmten Berufen praktisch unmöglich gemacht wird, dann sagt, alle müssen den gleichen Zugang zumindest zur Ausbildung haben. Das ist der einzig denkbare Fall!

Im privatrechtlichen Bereich ist es noch schwieriger. Da werden Sie mit Quotenregelung, von Staats wegen angeordnet, nichts. Sie können aber mit einem Anti-Diskriminierungsgesetz den privatrechtlichen Arbeitgeber darauf aufmerksam machen, daß er gehalten ist, eine gleich qualifizierte Frau nicht zurückzusetzen gegenüber einem womöglich weniger qualifizierten Mann, beziehungsweise bei gleicher Qualifikation wegen der Geschlechtlichkeit die Sache umzudrehen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Gott sei Dank!)

Gott sei Dank, sagt Herr Klein! Ich kann Ihnen nur sagen, dieses Problem, was wir auch erörtern werden bei der Diskussion über den Bericht, wird Ihnen von Mal zu Mal, inzwischen unterstützt durch die Leiterin der Gleichstellungsstelle, immer wieder vor Augen führen, daß Sie ohne eine gesetzliche Grundlage zur Durchsetzung der vorhandenen Miß-

(A) stände, die in der Verwaltung und im Privaten nachweislich vorkommen, nicht weiterkommen werden. Da können Sie die Stelle erweitern um noch so viele Personen, Sie können noch so viele Berichte und Veranstaltungen initiieren, Sie müssen auch tatsächlich etwas tun! Da bieten wir Ihnen diesen Vorschlag mit unserem Änderungsantrag. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter von Schönfeldt, ich habe eine Frage! Ist Ihr Änderungsantrag so zu verstehen, daß nach Ihrer Vorstellung der Antrag von der BGL nur aus dem letzten Satz bestehen soll und dann ein neuer Satz angefügt werden soll?

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Ja!)

Dann müßte der Eingangssatz aber heißen statt: „Sie fordert daher“ „Die Bürgerschaft fordert den Senat auf“.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Ja!)

Das bitte ich dann auch zu berücksichtigen!

Frau Abgeordnete Brox, wird dieser Änderungsantrag vom Antragsteller übernommen?

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]:  
Nein!)

(B) Nicht! Gut, dann kommt es zur Abstimmung!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. **Schröder** (GUL) \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich ziemlich verärgert, muß ich sagen.

(Zurufe)

Sowohl der Antrag hat mich verärgert, Frau Brox, als auch das Verfahren, das Hickhack, das im Vorfeld gelaufen ist. Ich habe mich, möchte ich einmal sagen, veralbert gefühlt. Das allerdings, was Sie dann als Begründung zu Ihrem Antrag vorgebracht haben, Frau Brox, hat mich peinlich berührt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Was?)

Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß dieser Bericht im Juni hätte diskutiert werden sollen, jedermann hat sich erkundigen können und wußte es auch. Wenn das aber mit so einem Antrag hier vorab geschieht, finde ich, und das hat die Debatte ergeben, ist es nicht mehr als ein zweiter Aufguß der Debatten von damals, als das Gesetz verabschiedet wurde.

(Beifall bei der SPD)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, Frau Brox, daß Sie Ihre Privatfehde von damals gegen Frau Kerstein heute fortsetzen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf [CDU]: Soviel Beifall haben Sie noch nie bekommen!)

Die Stelle, meine Damen und Herren, ist da.

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller [FDP])

Man kann darüber lamentieren, Herr von Groeling-Müller, es gibt sicherlich auch, wenn man das einmal genauer untersucht, Ausgaben im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen, die schlechter angelegt sind.

Ich werde jetzt und hier zu dem Bericht von Frau Kerstein keine Stellung nehmen. Ich kann dazu auch nicht Stellung nehmen, Herr von Schönfeldt, daher werden wir Ihren Antrag auch ablehnen, weil ich nicht nachvollziehen kann, was in dem Bericht der Gleichstellungsstelle ausgeführt wurde. Mir ist die Mitteilung des Senats jedenfalls noch nicht zugegangen.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Mir auch nicht!)

Von daher bitte ich um Verständnis dafür, Herr von Schönfeldt. Ich kann auch an Ihren Ausführungen hier noch keine Kritik üben, weil ich dann, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen ist, hier Stellung nehmen werde. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lütjen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß wir diesen Punkt abschließen und noch bis 19 Uhr die Punkte, für die keine Diskussion vorgesehen ist, ebenfalls abhandeln.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Jawohl!)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lütjen.

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! An und für sich lohnt es sich nicht, über diesen Antrag so viele Worte zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre wohl nur eine Aufwertung der BGL.

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]:  
Was? Danke schön!)

Ich finde diesen Antrag, der uns vorliegt, entlarvend und beschämend,

(Beifall bei der SPD)

beschämend deswegen, weil er von einer Frau gestellt wird, die vor knapp vier Jahren in diesem Parlament eine vielversprechende Rede gehalten

(C)

(D)

- (A) hat, und auch ich, Frau Brox, habe Ihnen damals Beifall gezollt, das tut mir heute leid.

(Unruhe — Glocke)

Vielleicht hören Sie einmal zu!

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben allen Rednern zugehört, bitte jetzt auch der letzten Rednerin auf unserer Rednerliste! — Bitte sehr!

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Ich habe mich doch gemeldet!)

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Ja, damals habe ich gehofft nach Ihrer Rede, daß wir Frauen hier im Parlament eine Stimme mehr erhalten würden. Sie haben seinerzeit ausgeführt — und das darf ich hier vielleicht einmal zitieren, damit Sie selbst noch einmal wissen, was Sie gesagt haben —: „Wir müssen vielmehr untersuchen, was die Gründe sind, warum wir Frauen in den Parteien und in den Gewerkschaften bislang keinen Platz finden, um unsere eigene Emanzipation voranzutreiben.“

Ich fand das einen unterstützungswürdigen Satz, aber spätestens bei der Einrichtung der Zentralstelle zur Gleichberechtigung der Frau und bei der Wahl der Leiterin wurde klar, daß Ihr Anspruch weit hinter Ihren Worten zurückbleibt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Deshalb bezeichne ich Ihren Antrag auch als entlarvend. Während nämlich die Frauenorganisationen der übrigen Parteien mit der Zentralstelle gesprochen haben, Veranstaltungen mit ihr gemacht haben und festgestellt haben, daß ja nicht nur in Bremen eine Zentralstelle existiert, sondern mittlerweile in jedem Bundesland solch eine Einrichtung vorhanden ist, hat man von Ihrer Seite nichts gehört, ganz im Gegenteil, Sie haben überhaupt nichts unternommen, das beweist auch der Brief der Mitarbeiter der Zentralstelle.

Wenn Sie sich in Ihrem Antrag auf das Gesetz berufen, dann wissen Sie, daß dieses Gesetz ein Jahr vor der Wahl der Leiterin dieser Stelle verabschiedet worden ist, nämlich im Dezember 1980. Im Dezember 1981 haben wir gegen die Stimmen des ganzen Hauses Frau Kerstein gewählt, nachdem die BGL keine Gelegenheit ausgelassen hat, Frau Kerstein in übelster Weise zu verleumden und zu verunglimpfen. Auch heute, Frau Brox, haben Sie nichts anderes getan, als das zu wiederholen, was Sie im Zusammenhang mit dieser Gleichstellungsstelle immer wieder vorgebracht haben, Verunglimpfungen und Verleumdungen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Wo denn?)

Aber nun gut, dies ist ja bereits Methode bei Ihnen! Doch lassen Sie sich eines von mir gesagt sein in aller Freundschaft: Haß ist ein schlechter Ratgeber, nicht nur in der Politik!

- (C) Ab Mai letzten Jahres hat die Zentralstelle erst mit voller Besetzung arbeiten können. In dieser Zeit ist eine Fülle von Initiativen, Anregungen und Veranstaltungen erfolgt. Sie hat sich also bezahlt gemacht, und ich würde es mir wünschen, daß manche Stelle im öffentlichen Dienst mit einer solch kleinen Besetzung so effektiv arbeiten würde.

(Beifall bei der SPD)

Dies geht im übrigen auch aus dem Bericht hervor, wie wir heute der Presse entnehmen können, einen Bericht, Frau Förster, der sehr schnell erstellt worden ist, denn der Zentralstelle standen nur maximal neun bis zehn Monate zur Verfügung, um zu arbeiten und einen Bericht zu erstellen. Ich meine, wir sollten der Zentralstelle an dieser Stelle unsere Anerkennung dafür aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie durch Ihren Antrag die Kritik einer Tageszeitung aufgenommen, die gesagt hat, „Männerrunde vertagte Frauenbericht“, und den Anlaß dieser Vertagung problematisiert, so hätten Sie damit auch ganz sicher bei uns in der SPD-Fraktion Unruhe verursacht.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Zustimmung!)

Ich bin ganz sicher, zumindest kann ich das für mich sagen, meine Zustimmung dazu hätten Sie bekommen, aber nichts dergleichen. Sie erinnern mich — das darf ich zum Abschluß zu Ihnen zumindest sagen — mit Ihren Anträgen an billige Krimis, in denen nämlich der bereits tödlich Gefrorene im letzten Aufbäumen noch wild um sich schießt.

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Es leben die SPD-Frauen!)

Frau Brox, meine Herren, Sie treffen nicht mehr, Sie entlarven sich selbst!

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten hier jetzt die Debatte abschließen können, da wir ja in der nächsten Bürgerschaftssitzung Gelegenheit haben werden, den Bericht, den der Senat dem Parlament jetzt zugeleitet hat, zu diskutieren, wenn nicht der Frauenbeauftragte der FDP, der ja keine Gelegenheit ausläßt, alles zu kommentieren, einen Antrag nachgeschoben hätte. Dabei ist es schon interessant zu hören, wie die FDP ihren Antrag begründet. Sie zieht nämlich ihre Begründung aus dem Bericht der Gleichstellungsstelle.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Das haben wir voriges Mal auch vorgetragen!)

Herr von Schönfeldt, die SPD hat sich nie gegen ein Antidiskriminierungsgesetz ausgesprochen. Wir waren allerdings der Meinung — und da möchte ich jetzt noch einmal auf unsere Debattenbeiträge in diesem Zusammenhang hinweisen —, daß ein Gesetz

(D)

(A) nicht viel ausrichtet, wenn nicht eine Einrichtung vorhanden ist, die sich um seine Durchsetzung bemüht.

(Beifall bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Klar, nur ein Gesetz, was soll das denn?)

Dies steht zum Beispiel auch in dem jetzigen Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes, daß zur Durchsetzung der gesetzlichen Forderung es gerade Stellen in den Ländern braucht, die sich darum kümmern, den Einzelfall problematisieren und vor den Gerichten auch vertreten.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Hede Lütjen (SPD): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Schönfeldt!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Frau Kollegin, würden Sie mir dann aber auch bitte zubilligen, daß eine Stelle ohne Gesetz, die nichts durchzusetzen hat, eine untaugliche Stelle ist?

(B) Abg. Hede Lütjen (SPD): Kleinen Moment, ich bin gleich fertig! Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Herr von Schönfeldt, bringen Sie Ihren Antrag im Juni wieder ein, Sie finden unsere Zustimmung! Da dies aber ein Bundesgesetz sein wird, gehe ich davon aus, daß Sie sich selbstverständlich auch bei Ihren Koalitionspartnern für ein solches Antidiskriminierungsgesetz stark machen und stark gemacht haben. Für unlauter, um nicht zu sagen hinterhältig, halte ich es allerdings, Ihren Antrag mit dem BGL-Antrag zu verbinden und damit die Auflösung der Zentralstelle zu fordern zugunsten eines Gesetzes, das es nicht gibt und wofür Sie auch nicht die Gewähr bieten, daß es in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet wird. Da können wir nicht mitmachen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Warum sind Sie denn so giftig?)

**Präsident Dr. Klink:** Anträge, Frau Abgeordnete Lütjen, sind nicht hinterhältig!

(Abg. Hede Lütjen [SPD]: Nein, die Absicht!)

Als nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Adamietz. War das zur Sache oder zur Geschäftsordnung?

(Abg. Diné [BGL]: Zur Hinterhältigkeit!)

Herr Abgeordneter Adamietz, zur Sache oder zur Geschäftsordnung?

(Abg. Adamietz [BGL]: Zur Sache!)

Bitte sehr!

(Abg. Lahmann [FDP]: Tappen Sie nicht in die Hinterhältigkeit!)

Abg. Adamietz (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht verheimlichen, daß ich mich gemeldet hatte zu einem Zeitpunkt, als die Gefahr bestand, daß die SPD-Fraktion diese Debatte überhaupt verhindern wollte aufgrund unseres Antrags, beim nächsten Mal diesen Punkt in Verbindung mit diesem Bericht zu diskutieren. Ich wollte, daß noch jemand auf der Rednerliste steht, um dann tatsächlich hier geschäftsordnungsmäßig das schon einmal so abzuhandeln, wie wir das vorgeschlagen haben, nämlich Abwicklung der Rednerliste.

Ich meine, daß das auch nützlich war, und ich wollte meine Wortmeldung zurückziehen, aber ich sehe mich doch veranlaßt, auf die Ausführungen von Herrn Schröder und Frau Lütjen kurz einzugehen, weil ich es nicht hinnehmen kann, in welcher Weise diese Abgeordneten meinen, sie könnten in dieser Frage auf Kosten einer Person Politik machen.

Es ist schon makaber, wenn man hier vorn steht und liest von seinem Manuskript ab — zumindest ist das der Eindruck von jemandem, der da hinten sitzt —, daß Verunglimpfungen und Beleidigungen eines Redners vorher hier stattgefunden haben. Frau Brox hat frei gesprochen, und wer zugehört hat, hat festgestellt, daß sie Fragen aufgeworfen hat, daß sie appelliert hat, sich eben nicht so weinerlich und jämmerlich aufzuführen, wie es die SPD-Frauen tun, sondern daß im Grunde die Frauen kämpfen sollten.

Darin ist nichts von Verunglimpfungen gewesen und auch nichts von Beleidigungen, aber es ist offensichtlich so, daß eben ein Feindbild hier vorherrscht, offensichtlich geprägt durch die vergangenen drei Jahre, man mußte es nämlich auch aufbauen, das kann man in seine schon vorformulierten Redetexte einführen, ungeachtet dessen, was tatsächlich in einer Debatte hier gesagt wurde.

Ich meine, daß die Antwort der Zentralstelle auf unseren Antrag beim nächsten Mal, wenn der Bericht debattiert wird, noch zu verhandeln ist. Weil das hier angesprochen wurde, möchte ich nur sagen, die Arroganz dieses Antwortbriefs, wie er ja auch in die Presse gekommen ist, ist wirklich beispiellos. Darin wird unterstellt, jemand hier im Haus, eine politische Gruppierung, die einen solchen Antrag stellt, lese nicht die Zeitung, daraus könne man sich ja informieren.

Meine Damen und Herren, Sie wissen überhaupt nicht, was Sie da geschrieben haben. Wofür haben Sie denn — gegen unsere Stimmen allerdings, weil wir das nämlich für ineffektiv hielten, nicht, weil wir die politische Stoßrichtung für falsch hielten — dieses Gesetz verabschiedet? Sie haben in dieses

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Gesetz hineingeschrieben, die Landesregierung, der Senat, hat zu berichten über die Arbeit der Zentralstelle, die hat dem Senat zu berichten. Dies ist genau die Anbindung an einen Senatskommissar, weil Sie keine Frau gefunden haben, die im Senat sozusagen Manns genug wäre. Sie haben das angebunden an einen Frauenkommissar, welch schönes Wort, und der muß hier nach dem Gesetz den Bericht vorlegen, meine Damen und Herren.

Welche Achtung haben Sie eigentlich noch vor Ihren eigenen Gesetzen, wenn Sie dann dieser Zentralstelle, einer nachgeordneten Behörde nach dieser Konstruktion, erlauben, eine parlamentarisch-politische Gruppierung öffentlich zu beleidigen mit der Unterstellung, man lese nicht die Zeitung? Man kann natürlich politisch darüber diskutieren, wir haben die Zeitung gelesen und werden das beim nächsten Mal auseinanderpflücken, welch jämmerliche Presse insgesamt über diese Arbeit doch zustande kam. Die Presse ist in einzelnen Artikeln wohlwollend, aber als Panorama dessen, was an Leistungen da zu präsentieren war, ist es doch insgesamt für so eine Stelle wirklich jämmerlich. Das ist natürlich unsere politische Wertung.

Aber mit dem Vorwurf, daß eine solche Behörde sagt, die lesen nicht mehr Zeitung, die hätten doch lesen können, und wie Frau Lütjen jetzt auch sagt, die sind gar nicht zu uns gekommen, meine Damen und Herren, damit konterkarieren Sie genau Ihr eigenes Gesetz, in dem Berichtspflicht steht und nicht Zeitungslesepflicht für Abgeordnete!

(Beifall bei der BGL)

Der Senat hat hier zu berichten und nicht die Feststellung zu treffen, die Abgeordneten lesen nicht die Zeitung, die hätten sich ja genug informieren können. Nach der Methode, meine Damen und Herren, haben wir hier überhaupt nichts mehr zu debattieren, denn wir können ja alles in der Zeitung lesen, ob intelligente oder schwachsinnige Presseerklärungen. Wir haben eine Pressestelle des Senats, die produziert Papier genug, da kann man sagen, das reicht doch. Wofür haben wir denn dann noch ein Parlament? Das ist doch der Kern dieser Argumentation! Sie haben natürlich eine politische, auch eine verfassungspolitische Haltung, die nicht einmal merkt, was Sie da zustande bringen. Dann stellt sich Frau Lütjen hier hin und führt das noch an!

Meine Damen und Herren, in solch einem Zusammenhang ist es dann auch verständlich, wenn eine andere Fraktion oder ein anderer Abgeordneter, hier Herr von Schönfeldt, einen Antrag einbringt, schwarz auf weiß gedruckt, schön mit einer Drucksachen-Nummer, der jedem vorliegt, jeder kann ihn zur Kenntnis nehmen, jeder kann sich darüber informieren, und dann redet ein Abgeordneter dazu und begründet ihn sogar noch 15 Minuten lang, wenn das dann hinterhältig genannt wird.

Ich weiß nicht, was wir hier eigentlich für eine Aufgabe haben. Ich meine, jeder Antrag ist dann hinterhältig. Wir haben eine andere politische Auffassung als Sie. Wir haben ein Mißtrauensvotum gegen den Senat eingebracht. Das ist alles hinterhältig, das darf man alles nicht machen. Die ganze Gesetzgebung ist hinterhältig! Das allerdings sagen dann nur betroffene Bürger.

(Beifall bei der BGL — Abg. Kunick [SPD]: Wie man sich darüber so aufregen kann, ist trotzdem gut!)

Ja, Herr Kunick, das ist genau der Unterschied, ich kann mich darüber noch aufregen!

(Abg. Kunick [SPD]: Und zwar künstlich!)

Sie haben natürlich die Abgebrühtheit!

Meine Damen und Herren, zu Herrn Schröder! Hinsichtlich des Verfahrens! Als wir unseren Antrag eingebracht haben, war mir nicht bekannt, kann ich nur sagen, daß im Juni sowieso dieser Bericht diskutiert werden sollte. Mir war bekannt, daß überhaupt kein Bericht vorliegt, daß keine Ankündigung vorliegt, wann denn ein Bericht vorgelegt würde, und daß dieses Thema überhaupt nicht in der Debatte ist.

(Beifall bei BGL und CDU)

Wenn wir dann nur aus der Presse erfahren, daß möglicherweise —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das habe ich Ihnen in der Interfraktionellen Besprechung gesagt!)

Moment einmal, was haben Sie in der Interfraktionellen Besprechung gesagt?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das habe ich Ihnen in der Interfraktionellen Besprechung gesagt, daß im Juni der Bericht kommt!)

Ja, sicher! Sollen wir deswegen unsere Anträge zurückziehen, weil Sie ankündigen, irgendwann kommt einmal etwas? Meine Damen und Herren, dann hätten Sie ja auch den Bericht im Juni machen können! Sie haben ihn nun also gestern gemacht, damit er einen Tag vor der heutigen Debatte vorliegt. Das ist genauso wie mit dem Hillmann-Antrag! Zur Debatte der Bürgerschaft wird noch schnell ein bißchen Wortgeklingel gemacht, um den Eindruck zu erwecken, man brauche überhaupt nicht mehr zu debattieren.

Meine Damen und Herren, so kann man doch nicht mit den Initiativen umgehen, die einzelne Fraktionen oder Gruppierungen hier im Haus einbringen! Wenn das so kritisiert wird, wie das geschehen ist, fällt das doch auf den Kritiker zurück!

Meine Damen und Herren, ich will das nun abschließen, um hier auch deutlich zu machen, in

(C)

(D)

(A) welcher geschäftsordnungsmäßigen Weise eigentlich verfahren wurde.

Wir haben heute nachmittag, etwa zum Zeitpunkt, als der CDU-Antrag über das Arbeitsplatzangebot hier in Bremen verhandelt wurde, den Präsidenten angesprochen mit der Frage, wie es denn geschäftsordnungsmäßig heute weitergehen solle. Wir haben ihm angeboten, diesen Antrag zu vertagen, eventuell nämlich zusammenzunehmen, vielleicht auch inhaltlich umzuformulieren auf der Grundlage der Kenntnis des Berichts, die wir ja tatsächlich nicht haben, und beim nächsten Mal zu verhandeln.

Genauso hatte ich aus gesundheitlichen Gründen gebeten, den Punkt Mikroelektronik heute zu verschieben, zumal das eine lange Debatte werden würde. Ich wollte nach Hause gehen. Das sage ich auch ganz freimütig, das war mein Wunsch, mein persönlicher und auch sehr privater Wunsch. Das ist mir aber verweigert worden von der SPD-Fraktion.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie hätten doch nach Hause gehen können!)

Da habe ich ausgeharrt und gewartet, weil vielleicht noch dieser Antrag verhandelt werden würde, und ich war der erste Redner. Ich wollte natürlich nicht, wie das schon einmal geschehen ist, daß dann kurzerhand ohne Debatte so ein Antrag abgebügelt wird, weil ein Abgeordneter vielleicht gerade — von der Opposition natürlich — nicht im Raum ist.

(B)

(Zuruf des Abg. Stelljes [SPD])

Wenn er von der Mehrheitsfraktion ist, dann kommt ja früh genug das Klingelzeichen.

Meine Damen und Herren, ich will damit nur deutlich machen, wie Sie sich bei geschäftsordnungsmäßigen Anliegen verhalten. Wir sehen das Ergebnis, es kommt heute sowieso nicht mehr dazu. Sie haben es eben nur bewirkt, um hier deutlich zu machen, wer hier denn im Haus das Sagen hat. Sie gehen rücksichtslos über die Interessen von Menschen. Das ist viel schlimmer! Wie können Sie dann eigentlich für die Gleichberechtigung von Frauen eintreten, wenn Sie sich in ganz einfachen menschlichen Fragen so verhalten?

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wenn Sie krank sind, bleiben Sie doch zu Hause!)

Herr Beckmeyer, das ist eine sehr bedauerliche Äußerung!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das stimmt doch! Das hätten Sie doch gekonnt!)

Ich wollte ja nach Hause gehen, sehr richtig! Ich hatte gedacht, daß man zumindest in dieser Beziehung sich einigen könnte, nachdem wir hier nun heute etwa acht oder zehn Stunden verhandelt hatten. Da ich bei diesem ersten Beitrag eine halbe Stunde reden werde — es ist ja bekannt, daß ich nicht so lange auf dem Bein stehen kann, weil ein

Blutstau darin ist, das fließt noch nicht wieder richtig zurück —, habe ich gedacht, dann könnte ich vielleicht um 17 oder 18 Uhr nach Hause gehen, und ich habe auf die Fairneß Ihrer Mehrheitsfraktion gehofft, wenigstens in so einer Frage, die politisch gar nichts bringt. Aber nicht einmal in einer solchen Frage kann man offenbar von Ihrer Fraktion Anständigkeit erwarten.

Meine Damen und Herren, aus den Gründen, die ich angesprochen habe, ziehen wir auch unseren Antrag nicht zurück. Nachdem diese Debatte stattgefunden hat und nachdem im Juni eine erneute Debatte stattfinden wird über den Inhalt des Berichts, ist es sicherlich richtig, diesen Antrag hier zur Abstimmung zu stellen, denn man wird natürlich sich vor Augen halten müssen, der Bericht wurde doch jetzt — ob das in der Interfraktionellen Besprechung angekündigt wurde oder nicht — nur deswegen vorgelegt, weil unser Antrag diesen Druck ausübte auf den Senat, endlich überzukommen mit dem Bericht.

Ich meine, daß diese Verzögerung, die bisher eingetreten ist, Beweis genug ist, wie problematisch das überhaupt gesehen wird. Deswegen ist es auch richtig, das hier für die Bürgerschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir bitten also, über diesen Antrag, wie er formuliert war, abzustimmen. Wir denken, daß inhaltlich über den Bericht selbst in der nächsten Sitzung debattiert wird.

(Beifall bei der BGL)

(C)

(D)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, das Präsidium hat keine Beleidigung oder Verunglimpfung festgestellt. Wenn es solche festgestellt hätte, wären sie selbstverständlich zurückgewiesen worden.

(Abg. Adamietz [BGL]: Frau Lütjen hat das behauptet!)

Als nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Czichon.

**Senator für Bundesangelegenheiten Dr. Czichon:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich habe mir fest vorgenommen, in dieser Debatte heute nichts zu sagen, denn die Änderung von Gesetzen ist Sache des Parlaments. Der Senat hat nichts anderes zu tun, als Gesetze durchzuführen. Was der BGL-Antrag vom Senat verlangt, ist eine schlichte Unmöglichkeit: Eine Stelle aufzulösen, die in einem Gesetz gefordert wird. Von daher ist, glaube ich, der Antrag in sich unsinnig gewesen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Sie müssen ihn einmal lesen, den Antrag! — Abg. Sticheh [SPD]: Sie müssen ihn erst einmal richtig schreiben!)

Sie können zum Zeitpunkt der Stellung Ihres Antrags nicht in dem Glauben gewesen sein, es gäbe keinen Bericht, denn der Senat hat diesen Bericht

(A) erstmalig am 11. April beraten. Am 12. April hat in der bremischen Presse gestanden, daß dieser Bericht auf dem Weg ist, daß seine Beratung wegen offener Fragen unterbrochen und vertagt worden ist. Ihr Antrag trägt das Datum vom 19. April! Ich glaube, damit ist deutlich, daß Sie in Kenntnis der Tatsache, daß ein Bericht kommt und daß über diesen Bericht geredet wird, dennoch einmal mehr die Diskussion über die Notwendigkeit oder die Nichtnotwendigkeit der Stelle haben wollten.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat ist uneingeschränkt für diese Stelle! Wir werden unsere Worte, und das werden deutliche Worte sein, in der Debatte im Juni sagen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen, und zwar würde der Änderungsantrag lauten: „Die Bürgerschaft fordert den Senat auf“, das ist der letzte Satz des Antrags, und es geht dann weiter mit einem neuen Satz, der lautet: „Die Bürgerschaft teilt insbesondere die Auffassung“, und dann kommt das Zitat.

(B) Wer dieser Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Damit ist die Änderung abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/1091 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, FDP und Abg. Schröder [GUL])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ebenfalls ab.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, ich würde sehr herzlich darum bitten, daß wir noch drei Tagesordnungspunkte abhandeln, für die keine Debatte vorgesehen ist.

Besteht darüber Einverständnis?

(C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Jawohl!)

Es sind die Tagesordnungspunkte 25 — Steueramt —, die Punkte 29 bis 31 — die Petitionsausschußberichte — und der Punkt 34, da geht es um die Wahl des Rechnungshofsvizepräsidenten.

(Abg. Adamietz [BGL]: Mir ist signalisiert worden, wir wollten nach der Tagesordnung vorgehen!)

Meine Damen und Herren, wir haben eingangs einen Beschluß gefaßt, daß um 19 Uhr die Sitzung beendet ist.

Wer mit der Umstellung der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und Abg. Schröder [GUL])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dann ist die Tagesordnung umgestellt.

**Gesetz zur Übertragung der Aufgaben des Steueramtes der Freien Hansestadt Bremen und zur Änderung des Bremischen Abgabengesetzes sowie des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung**

Mitteilung des Senats vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1095)

(D)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Übertragung der Aufgaben des Steueramtes der Freien Hansestadt Bremen und zur Änderung des Bremischen Abgabengesetzes sowie des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 61  
vom 7. März 1983**

(Drucksache 10/1053)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 62  
vom 21. März 1983**

(Drucksache 10/1074)

(A) **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 63 vom 15. April 1983**  
(Drucksache 10/1086)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.  
Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. Schröder [GUL])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

**Wahl des Vizepräsidenten und eines weiteren Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen**

Meine Damen und Herren, es liegen Ihnen folgende Wahlvorschläge vor:

Das weitere Mitglied des Rechnungshofs, Herr Herbert Elias, wird anstelle von Herrn Dr. Herbert Glud als Vizepräsident des Rechnungshofs und Herr Karl-Ernst Rothe wird anstelle von Herrn

(B)

Herbert Elias als weiteres Mitglied des Rechnungshofs vorgeschlagen.

(C)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da jeweils nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir gemäß Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung die Wahl per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende dessen, was wir uns für heute vorgenommen haben, was uns die Zeit erlaubt hat. Ich wünsche allen Abgeordneten einen guten Heimweg. Das gilt für die Bremerhavener, für die aus Bremen-Nord und selbstverständlich für die aus Bremen-Stadt.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19.11 Uhr)

(D)